3 1761 07550076 9

Internationale Bibliothek

Peter Maßlow

Die Agrarfrage in Rußland

Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz.

br
f-91-

Die Agrarfrage in Rußland

Die Agrarfrage in Rußland

⁂

Die bäuerliche Wirtschaftsform : und die ländlichen Arbeiter :

Eine Untersuchung
von

Peter Maßlow

Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson

Stuttgart 1907 * Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

A. g. XIII

Alle Rechte vorbehalten.

S
469
R9M3415

Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis

o o

Seite

Gewichte, Maße und Münzen VIII
Anmerkungen des Übersetzers IX
Vorwort zur deutschen Ausgabe XI

Erstes Kapitel: Bedingungen der Bevölkerungsvermehrung in Rußland 1

I. Ehe-, Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse in Rußland und in anderen Ländern. — II. Bedingungen der Bevölkerungsvermehrung während der Epoche der Leibeigenschaft. — III. Einfluß der Bauernbefreiung und verschiedener anderer Bedingungen auf die Bevölkerungsvermehrung.

Zweites Kapitel: Der Bodenmangel 15

I. Der Landanteil, der auf die einzelne Person der gesamten und Ackerbau treibenden Bevölkerung in den verschiedenen Ländern und in den Rayons Rußlands entfällt. Die Grundeigentumsverteilung. Die den Bodenmangel hervorrufenden Bedingungen. — II. Die „Materialien der speziellen Beratungskommission." — III. Einfluß des Marktes auf die Wirtschaftskultur in den verschiedenen Rayons. — Die Kultur der Landwirtschaft in den Ackerbau- und Industriegegenden.

Drittes Kapitel: Beweglichkeit des Landbesitzes im europäischen Rußland 39

Viertes Kapitel: Entstehungsursachen des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses 49

Fünftes Kapitel: Folgen der Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses 56
Die Bodenpacht 56

Sechstes Kapitel: Folgen der Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses 60
Die Auswanderung der Bauern nach Sibirien 60

Siebentes Kapitel: Landwirtschaftliche Wirtschaftsformen . . 76
Ernährungspacht. (Nichtkapitalistische Rente) 76

Achtes Kapitel: Die kapitalistische Pacht 86

Neuntes Kapitel: Die technischen Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft 92
Die Bedingungen, unter denen die Kräfte der Menschen, der Pferde und die Maschinen am besten ausgenutzt werden können 92

Zehntes Kapitel: Differenzierung der Bauernschaft verschiedener Gebiete und innerhalb dieser Gebiete 103
I. Angaben der Militärpferdezählung über die Differenzierung der Bauernschaft in verschiedenen Gebieten. — II. Die Anwendung verbesserter landwirtschaftlicher Geräte in den verschiedenen Gebieten. — III. Differenzierung der Bauernschaft der verschiedenen Gebiete. — IV. Differenzierung der Bauernschaft innerhalb eines Gebiets und die Entstehung der bäuerlichen Bourgeoisie; Bodenankauf und Sparkasseneinlagen.

Elftes Kapitel: Die Ernährungswirtschaft 116
Der Einfluß der Produktivkräfte auf die Organisation der Wirtschaft 116

Zwölftes Kapitel: Die Dorfgemeinde und das Artel . . . 124
I. Der Zusammenhang zwischen der Form des Gemeindebesitzes, der Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Agrikultursystem. Ausgleichende Bodenbenutzung. Pachtgemeinde. — II. Die Bedeutung der Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung. Die Bedeutung der Artele.

Dreizehntes Kapitel: Industrie und Landwirtschaft 135
Kustargewerbe (bäuerliches Gewerbe) und bäuerliche Wirtschaft 135
I. Entwicklungsbedingungen der Arbeitsproduktivität in der Industrie. — II. Kustarbetrieb und bäuerliche Wirtschaft. — III. Die Bedeutung des Marktes für die Kustargewerbe. — IV. Die Absatzbedingungen für die Kustarerzeugnisse. — V. Der Ankauf von Rohmaterial. — Schlußfolgerungen.

Vierzehntes Kapitel: Die Fabrik und die Bauernwirtschaft . 173

Fünfzehntes Kapitel: Arbeitslohn und Grundrente 179
I. Die Preise der bevölkerten und nicht bevölkerten Ländereien zur Zeit der Leibeigenschaft. Der Zusammenhang der Preise mit der Rentabilität der Wirtschaft. — II. Der Arbeitslohn und die Grundrente in den verschiedenen Rayons Rußlands. — III. Veränderungen in den Arbeitslöhnen nach den verschiedenen Rayons. — IV. Der Einfluß des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses in den kleinen Wirtschaften auf die Arbeitslöhne.

Sechzehntes Kapitel: Die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft 213

I. Der Umfang der Wanderungen der ländlichen Arbeiter. Richtung dieser Wanderungen. Bedingungen, unter denen die Wanderungen stattfinden. — II. Anmietungsbedingungen. Arbeitsbedingungen in den Ökonomien. Die Maschinen und die traumatischen Verletzungen der Arbeiter.

Siebzehntes Kapitel: Die Regulierung der Arbeitsbedingungen auf dem Lande 224

I. Die provisorischen Gesetze von 1863. Die Kommission Walujew. — II. Der allrussische Kongreß der Landwirte 1895. — III. Die Verordnung vom 12. Juni 1886 und die Äußerungen der Gouvernementsberatungskommissionen von 1896.

Schluß 235

Gewichte, Maße und Münzen.

1 Pud (= 40 russische Pfund) = 16,38 Kilogramm.
1 Pfund (= 32 russische Lot) = 409,51 Gramm.

1 geographische Meile (= 7 Werst) = 7,476 Kilometer.
1 geographische Werst (= 500 Faden) = 1,0678 Kilometer.
1 Faden (= 7 Fuß = 3 Arschin) = 2,134 Meter.
1 Fuß (= 12 Zoll à 12 Linien) = 304,8 Millimeter.
1 Arschin (= 16 Werschok) = 0,711 Meter.
1 Deßjätine (= 2400 Quadratfaden) = 109,25 Ar.
1 Kubikfaden = 9,71 Kubikmeter.

1 Tschetwert = 2,099 Hektoliter.

1 Rubel (= 100 Kopeken) = 2,168 Mark.

Anmerkungen des Übersetzers.

In wirtschaftlicher Beziehung läßt sich das europäische Rußland in zwei der Bodenbeschaffenheit nach ganz verschiedene Gebiete teilen: in das Schwarzerdegebiet und in die Waldzone.

Zu dem Gebiet der Schwarzerde gehören folgende 17 Gouvernements:

a. Zentrale Gouvernements:

1. Woronesch.
2. Kasan.
3. Kursk.
4. Orel.
5. Pensa.
6. Rjäsan.
7. Saratow.
8. Simbirsk.
9. Tambow.
10. Tula.

b. Südwestliche Gouvernements:

11. Wolhynien.
12. Podolien.
13. Kiew.

c. Kleinrussische Gouvernements:

14. Tschernigow.
15. Poltawa.
16. Charkow.

d. Östliches Gouvernement:

17. Samara.

Im Süden von der Schwarzerde liegt das Steppengebiet. Hierher gehören die Gouvernements:

1. Bessarabien.
2. Cherson.
3. Jekaterinoslaw.
4. Taurien.
5. Das Donsche Kosakengebiet.

Zu dem Gebiet der Waldzone gehören folgende 25 Gouvernements:

a. Industrie-Gouvernements:

1. Moskau.
2. Twer.
3. Wladimir.
4. Jaroslaw.
5. Smolensk.
6. Kaluga.
7. Nishnij Nowgorod.
8. Kostroma.

b. Die westlichen Gouvernements:

9. Witebsk.
10. Mohilew.
11. Wilna.
12. Kowna.
13. Grodno.
14. Minsk.

c. Die nordwestlichen Gouvernements:

15. Olonez.
16. Petersburg.
17. Nowgorod.
18. Pskow.

d. Ostseeprovinzen:

19. Estland.
20. Livland.
21. Kurland.

e. Nördliche Gouvernements:

23. Archangelsk.
24. Wologda.

f. Östliches Gouvernement:

25. Ufa.

Zu dem östlichen Gouvernement gehören noch, nach Maßlows Einteilung, die Gouvernements Orenburg und Astrachan.

Im Text des Werkes ist statt des russischen Wortes „Mir" stets „Gemeinde" oder „Bauerngemeinde" gesetzt worden.

Vorwort zur deutschen Ausgabe.

Die Agrarfrage in Rußland erregt ein allgemeines Interesse, weil sie in der gegenwärtigen Zeit, der Zeit der russischen Revolution, den Mittelpunkt bildet, um den sich die gesellschaftlichen Kämpfe bewegen.

Aber außer dieser rein „praktischen" Bedeutung haben die Agrarverhältnisse in Rußland auch ein gewaltiges wissenschaftliches Interesse. Die große Mannigfaltigkeit der Agrarverhältnisse in Rußland, wie sie in keinem anderen Lande der Welt ähnlich anzutreffen ist, liefert einer wissenschaftlichen Untersuchung der Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft und ihrer Wirtschaftsformen reiches Material. Die statistischen Untersuchungen der Semstwos unterstützen in hervorragender Weise die Aufgabe dieses Studiums.

Auch in der sozialdemokratischen Literatur ist ein Kampf über die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft entbrannt. Die nichtrussischen Forscher waren jedoch gezwungen, bei der Beurteilung dieser Frage mit einem beschränkten Material zu operieren, mit einem Material, das sich hauptsächlich auf die westeuropäische Landwirtschaft bezog. Dazu befindet sich die westeuropäische Landwirtschaft gegenwärtig in den besonderen Verhältnissen einer Übergangszeit. Einerseits wird sie durch die rasche Entwicklung der Technik in der Industrie und die vorläufige Rückständigkeit der Technik in der Agrarkultur niedergedrückt; andererseits lastet auf ihr die Konkurrenz der Gegenden mit extensiver Wirtschaft. Die internationale Lebensmittelkonkurrenz mußte *zuerst* auf das westliche Europa einwirken, das sich in ein Weltzentrum der Industrie verwandelt hat und Produkte der Industrie gegen landwirtschaftliche Produkte austauscht. Rußland zeigt, wenn auch in geringerem Umfange, die gleichen Erscheinungen. Auch in Rußland haben wir ein

Industriezentrum, das aus den industriellen Gouvernements besteht; es gibt Rayons, nach denen die überschüssige Bevölkerung auswandert, es findet hier eine Konkurrenz der Landwirtschaft statt, die die Landwirtschaft des Industriezentrums niederdrückt. Aber gleichzeitig entstehen neue Industriezentren, die vom Hauptzentrum entfernt liegen, und stellenweise fließt auch schon das Kapital nicht mehr aus der Landwirtschaft in die Industrie ab, sondern es schafft eine kapitalistische Landwirtschaft.

Um die Frage über die Tendenzen der landwirtschaftlichen Entwicklung aufzuklären, muß man vor allem den Einfluß der Entwicklung und des Sinkens der Produktivkräfte auf die Formen der Landwirtschaft bestimmen. Während sich in Rußland die Produktivkräfte in der Industrie entwickeln, sinken sie in der Landwirtschaft des zentralen Gebietes: es werden im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung weniger landwirtschaftliche Produkte erzeugt, obgleich die Ernteerträge steigen, und dieser Prozeß hat auch vorläufig noch kein Ende gefunden.

Danach dürfte meine Untersuchung der Entwicklung der Bauernwirtschaft in Rußland zur Aufklärung der allgemeinen Frage über die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft unter der kapitalistischen Ordnung beitragen.

In die deutsche Ausgabe ist meine theoretische Untersuchung der nicht kapitalistischen Rente (Ernährungspacht) nicht aufgenommen worden, aber das faktische Material, das der Leser in diesem Buche findet, gewährt ihm die Möglichkeit, sich mit den Entwicklungsbedingungen dieser Art Rente bekannt zu machen, sowie mit dem Sieg des Kleinbetriebs über den kapitalistischen Großbetrieb.

Ist der Leser mit den Agrarverhältnissen bekannt, so wird es ihm möglich sein, die Ursachen und den Charakter der Bauernbewegung in Rußland zu begreifen, die in der Zeit der Revolution begonnen hat und so bald kein Ende finden wird. Die Bauernbewegung hatte, je nach dem Charakter der

Agrarverhältnisse, ebenfalls einen verschiedenen Charakter. Die landwirtschaftliche Arbeiterbewegung, die Bewegung der Pächter, die Bewegung der Hungernden, all diese und noch andere Formen werden vor allem durch den Charakter der Wirtschaft und deren Formen bestimmt. Das Studium der russischen Revolution muß deshalb mit dem Studium der landwirtschaftlichen Entwicklung beginnen.

Der Verfasser hat sich im vorliegenden Buche bemüht, auch eine praktische Lösung der russischen Agrarfrage vom Standpunkte der Sozialdemokratie zu geben. Diese Lösung wurde von der sozialdemokratischen Partei auf ihrem Kongreß von 1906 als die zweckentsprechendste anerkannt; inwieweit sie aber in der gegenwärtigen Zeit verwirklicht werden kann, läßt sich natürlich nicht sagen, denn das hängt davon ab, ob das Proletariat und die ärmsten Bauerngruppen, in deren Interesse diese Lösung liegt, sie durchzusetzen imstande sein werden.

St. Petersburg, Spasski-Gefängnis, den 7. Mai.

Der Verfasser.

Die bäuerliche Wirtschaftsform und die ländlichen Arbeiter

Erstes Kapitel.

Bedingungen der Bevölkerungsvermehrung in Rußland.

I. Ehe-, Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse in Rußland und in anderen Ländern. — II. Bedingungen der Bevölkerungsvermehrung während der Epoche der Leibeigenschaft. — III. Einfluß der Bauernbefreiung und verschiedener anderer Bedingungen auf die Bevölkerungsvermehrung.

I.

In verschiedenen Abschnitten der wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft findet ein Teil der Bevölkerung nicht die genügenden Existenzmittel zur Befriedigung der allernotwendigsten Bedürfnisse. Diese Erscheinung läßt sich nicht ausschließlich durch die Bevölkerungszunahme erklären. Auch bei dünner Bevölkerung kann sich ein Bevölkerungsüberschuß bilden, und es entsteht die damit verbundene Armut und Not; unter anderen wirtschaftlichen Bedingungen vermindert sich die Armut auch bei dichter Bevölkerung und hat diese die Möglichkeit, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und zu erweitern. Durch das Entstehen eines Bevölkerungsüberschusses wird die Bevölkerungsvermehrnng nicht immer aufgehalten; der Bevölkerungsüberschuß wird sozusagen nicht immer durch die Bevölkerungsvermehrung reguliert. Allerdings weist die arme Bevölkerung einen größeren Prozentsatz an Sterblichkeit auf als die wohlhabendere; wohl ist die Armut ein bedeutendes Vermehrungshindernis. In den meisten Fällen jedoch vermehrt sich die Bevölkerung auch bei erhöhter Sterblichkeit und unter ungünstigen Bedingungen, wobei gleichzeitig das physische und kulturelle Niveau der kommenden Generation herabgesetzt wird.

Trotz der ungünstigen sozialen Verhältnisse, die in verschiedenen Momenten der Geschichte einen Bevölkerungsüberschuß geschaffen haben, hat die Bevölkerung oft passiv diese Verhältnisse bekämpft; sie reduzierte ihre Bedürfnisse auf ein Minimum und vermehrte sich weiter. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß günstigere soziale Verhältnisse weniger zu einer Zunahme der Bevölkerung,

als vielmehr zu einer Erhöhung des Niveaus ihrer Bedürfnisse führen wird; sie wird ein physisch und geistig entwickelteres, zivilisierteres Volkstum schaffen. Bessere soziale Verhältnisse führen weniger zu einer Vermehrung der Bevölkerung, als vielmehr zum Wachstum ihres Wohlstandes. So finden wir zum Beispiel in solchen Gegenden, wo dem Anschein nach alle günstigen Bedingungen für das Wachstum der Bevölkerung vorhanden sind, keineswegs immer eine schnellere Vermehrung derselben als in Gegenden mit einem relativen Bevölkerungsüberschuß. In Rußland ist zum Beispiel in den Gegenden, wo sich ein Bevölkerungsüberschuß gebildet hat, der Prozentsatz der Eheschließungen und Geburten bedeutend höher als in Westeuropa und auch in jenen Gebieten Rußlands, wo die Übervölkerung nicht so sehr empfunden wird. In den europäischen Staaten, wo die Bedürfnisse der Bevölkerung bedeutend höher sind, wo man keine russischen Hungersnöte kennt, waren die Prozentsätze der Eheschließungen, Geburten und der Sterblichkeit auf 1000 Einwohner folgende:

	1887—1891 Eheschließungen	Geburten	1884—1893 Sterblichkeit
Frankreich	7,26	23	22,4
England und Wales . . .	7,51	31,3	19,2
Schottland	6,64	31,1	19,2
Italien	7,69	37,6	26,9
Deutschland	7,93	36,5	24,6
Österreich	7,74	38	28,8
Schweden	5,98	28,4	16,9
Norwegen	6,36	30,6	16,9
Europ. Rußland 1833—1897	8,6	47,7	34,7

In Rußland ist der hohe Prozentsatz der Eheschließungen und Geburten von einem hohen Prozentsatz der Kindersterblichkeit begleitet.

Im zentralen Schwarzerdegebiet Rußlands, wo, wie wir sehen werden, ein Überfluß an Landbevölkerung existiert, ist der Prozentsatz der Geburten in dem Jahrzehnt von 1887 bis 1897 nicht nur höher als in Westeuropa, sondern auch höher, als in den übrigen Teilen Rußlands. Im zentralen Schwarzerdegebiet kommen auf 100 Einwohner 5,2 Geburten, während die Durchschnittszahl der Geburten in ganz Rußland 4,83 und im Industriegebiet nur 4,78 beträgt. Nach der zentralen Schwarzerde rangieren dem Land-

bevölkerungsüberschuß nach die Gouvernements Poltawa (Geburten 4,83), Pensa (5,5) und Simbirsk (5,08).

Auch der Prozentsatz der Eheschließungen, die die Geburten beeinflussen, ist in Gegenden mit Bevölkerungsüberschuß bedeutend höher als in anderen.

Auf 100 Einwohner kamen an Eheschließungen:

Im zentralen Schwarzerdegebiet	0,93
Im Gouvernement Poltawa	0,90
Im Gouvernement Pensa	0,98
In ganz Rußland	0,88
Im Industrierayon	0,82

Der verhältnismäßig niedrige Prozentsatz der Eheschließungen und Geburten in anderen Teilen Rußlands, zum Beispiel im Industrierayon, hat seine Ursache nicht in der „Vorsicht" der Bevölkerung, sondern in äußeren objektiven Verhältnissen.

W. J. Pokrowski hält die Produktivität der Landarbeit für eine der Hauptursachen, die die Koeffizienthöhe der Bevölkerungsbewegung beeinflussen. Von den 25 Gouvernements, wo mehr Getreide produziert als verbraucht wird, übersteigt in 21 Gouvernements die Zahl der Eheschließungen und Geburten den Durchschnitt.

Von den 25 Gouvernements, deren Getreideproduktion nicht einmal für den eigenen Gebrauch genügt, ist in 20 Gouvernements die Zahl der Eheschließungen und Geburten niedriger als die Durchschnittszahl für ganz Rußland.

In Wirklichkeit aber hängt die Versorgung der Bevölkerung nicht davon ab, ob in dieser oder jener Gegend eine genügende Getreidemenge produziert wird, da man in einigen Gegenden das Getreide verkauft und in anderen es dagegen einkauft.* Richtiger ist, aus den angeführten Angaben folgenden Schluß zu ziehen: Je größer der Teil der Bevölkerung ist, der sich mit dem Ackerbau beschäftigt, um so höher ist der Koeffizient der Eheschließungen und Geburten; umgekehrt aber ist der Koeffizient um so niedriger, je größer der in der Industrie beschäftigte Teil der Bevölkerung ist.

---

* In Rußland sind die Industrierayons, die Getreide einführen, keinen solchen harten Hungersnöten ausgesetzt wie die Getreide ausführenden landwirtschaftlichen Gebiete.

Auf jeden Fall vermehrt sich die Bevölkerung trotz der ungünstigen Bedingungen, wobei sie ihre Bedürfnisse auf ein Minimum reduziert.

Die relative Übervölkerung durch ein Streben der Bevölkerung nach Vermehrung erklären zu wollen, heißt gar nichts erklären. Das Bedürfnisniveau eines Wilden ist von dem eines reichen Mannes der europäischen Gesellschaft weit entfernt. Die Bevölkerung kann durch Reduktion ihrer Bedürfnisse bis zur äußersten Grenze noch Raum für eine kommende Generation gewähren, ohne dabei die Menge der zu verbrauchenden Produkte zu vergrößern.*

Die Ursache einer Übervölkerung ist in jedem konkreten Falle nicht in dem Streben der Bevölkerung nach Vermehrung, sondern in den Veränderungen der sozialökonomischen Verhältnisse zu suchen. Diese können selbst bei einem allgemeinen Rückgang der Bevölkerung auf einem gegebenen Territorium einen Bevölkerungsüberschuß schaffen. Die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Verhältnisse ist zugleich die Geschichte der Entstehung eines Bevölkerungsüberschusses in verschiedenen Epochen.

In Rußland ist infolge seiner Ausdehnung, infolge der verschiedenen Bedingungen, unter denen die Bevölkerung leben muß, die Bildung des Bevölkerungsüberschusses in den einzelnen Gebieten verschieden und hat auch verschiedene Folgen. Natürlich sind auch die Ursachen der Entstehung eines Bevölkerungsüberschusses in den verschiedenen geschichtlichen Momenten verschieden gewesen.

II.

Vor der Bauernbefreiung, bei der man den Bauern einen großen Teil ihres Landes genommen hatte, bestand eine chronische „Übervölkerung", aber nicht aus Mangel an verfügbarem Boden, sondern gewöhnlich durch die hohen Belastungen mit Steuern und Zins (Obrok). Schon gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts wurde eine Menge Land von den Bauern nicht bearbeitet, und die Dreifelderwirtschaft wurde durch ein extensiveres System ersetzt. Im siebzehnten Jahrhundert wird eine Verödung der Dörfer als Folge der hohen, unerträglichen Steuerlasten konstatiert. Ende des sieb-

* Deshalb wird die Vermehrung nur in den untersten Schichten der ärmsten Bevölkerung aufgehalten, die wegen der ungünstigen sozialen Verhältnisse nicht einmal das Minimum ihrer Bedürfnisse befriedigen können.

zehnten und Anfang des achtzehnten Jahrhunderts fliehen die Bauern vor der ungeheuren Ausbeutung durch den Adel.*

In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, als mit der Entwicklung der Tauschwirtschaft auf dem Herrengute, bei der die Getreideproduktion für den Markt die Hauptrolle zu spielen beginnt, als der Obrok** und die Steuern zum großen Teil in Geld gezahlt werden müssen, erscheint die Übervölkerung in ungleichem Umfang in den Schwarzerdegebieten und den übrigen Gegenden Rußlands.

In der wenig fruchtbaren Waldzone*** war die landwirtschaftliche Arbeit weniger produktiv; daher beschäftigte sich die Bevölkerung außer mit der Landwirtschaft auch noch mit verschiedenen Arten von Gewerben, die in ihrer Entwicklung durch den Waldreichtum befördert wurden. Die Entwicklung des Warentausches erleichterte es der Bevölkerung, zur Industrie und zu den verschiedenen Gewerben überzugehen, da sich mit der Entwicklung des Tausches auch der Absatzmarkt für die nichtlandwirtschaftlichen Produkte vergrößerte. Der Geldobrok und die Steuern der Gutsbauern konnten nicht die Übervölkerung in einer solchen Form wie im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert schaffen, wo der Obrok und die Steuern zur Veräußerung der landwirtschaftlichen Produkte führten.

Der Übergang zum Warentausch gewährte in der Waldzone Rußlands die Möglichkeit einer größeren Bevölkerungsdichtigkeit. Dieselben Ursachen (Obrok und Steuern), die früher eine Übervölkerung hervorgerufen hatten, führten jetzt infolge der Entwicklung des Tausches weniger zur Veräußerung der landwirtschaftlichen Produkte, als vielmehr zur Veräußerung der Industrieerzeugnisse. Die Entwicklung der Gewerbe zog die Erhaltung

---

* Viele Adlige sagen: „Laßt dem Bauern die Haare nicht zu lang wachsen, sondern schert ihn wie ein Schaf bis auf die Haut." — „Da sie den Bauern so ausrauben, daß sie manchem nicht einmal eine Ziege ließen, veröden sie das Reich; einige Bauern verlassen ihre Häuser und laufen weg . . ." Passoschkow, Über Armut und Reichtum, 1842, 1. Band, S. 183. Über die Flucht der Bevölkerung, hervorgerufen durch die Entwicklung des Gutsbesitzertums, siehe Roschkow, Die Landwirtschaft im moskowitischen Rußland. Über die hohen Steuern siehe Solowjew, Geschichte Rußlands.

** Obrok, der Pachtzins, den die Hörigen an ihre Herren zu entrichten hatten. Der Übersetzer.

*** Das Gebiet außerhalb der Schwarzerde. Der Übersetzer.

der Naturallandwirtschaft nach sich, die nunmehr nur zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauernfamilien dienen konnte, da die Steuern und der Obrok in nichtlandwirtschaftlichen Produkten bezahlt wurden. Die Expropriation der landwirtschaftlichen Produkte in der Waldzone wurde durch den Geldobrok ersetzt, den die Bauern durch ihre Tätigkeit in verschiedenen Gewerben aufbrachten. Auf diese Weise konnte ein großer Teil der landwirtschaftlichen Produkte zu unmittelbarem Verbrauch durch die Bevölkerung gelangen.

Andererseits mußte die Gutswirtschaft der Waldzone um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts im Konkurrenzkampf mit der Wirtschaft der Schwarzerde, der mit der Entwicklung des Tausches entstanden war, selbstverständlich unterliegen. Während sich im Schwarzerdegebiet die Zahl der Hofbauern, die zum Teil zur Fronarbeit auf dem Gutsland bestimmt wurden, vergrößerte, nahm in der Waldzone die Zahl dieser Bauern ab.

Die Gesamtzahl der Hofbauern stieg von 4,14 Prozent bei der achten „Seelenrevision" (Volkszählung) und von 4,79 Prozent bei der neunten Revision auf 6,79 Prozent bei der zehnten Revision, während sich in der Waldzone gleichzeitig die Zahl dieser Bauern verminderte.*

Für den Gutsbesitzer der Waldzone war es nicht vorteilhaft, die Bauern in Hofgesinde umzuwandeln und den Gutsacker auf Kosten des Bauernlandanteils zu vergrößern; denn der Obrok, den die Bauerngewerbe lieferten, ergab mehr als die wenig fruchtbare Erde.

---

* Troinitzky, Die hörige Bevölkerung Rußlands nach der zehnten Revision 1861, Seite 59 bis 60. Die Zahl der Hofbauern verminderte sich nach der zehnten Volkszählung im Vergleich zur neunten in folgenden Gouvernements:

Smolensk	um 4161	Grodno	um 1549
Twer	= 1657	St. Petersburg	= 1950
Moskau	= 662	Witebsk	= 707
Jaroslaw	= 1622	Orenburg	= 906
Wladimir	= 212	Wologda	= 1086
Nowgorod	= 1449	Kiew	= 556
Pskow	= 2981	Astrachan	= 141
Motrilew	= 660	Wolhynien	= 111

Die Verwandlung der Fronbauern in Hofbauern wird zum Teil durch das Streben bedingt, das Gutsland auf Kosten des Bauernlandes zu vergrößern. Dies bestätigt nur unsere weiteren Schlußfolgerungen.

So führten die Entwicklung des Warentausches und der Gewerbe, sowie die Möglichkeit, einen Geldobrok zu zahlen, dazu, daß bei denselben Standesverhältnissen sich die Bevölkerungsdichtigkeit des Territoriums erhöhen konnte. Ein bedeutender Teil der Produktivkräfte der Bevölkerung gab sich dem Gewerbe hin, wodurch ein gewisses Korrektiv in jene Verhältnisse gebracht wurde, die früher die Waldzone verödet hatten.

Ganz andere Zustände entwickelten sich während der Leibeigenschaft auf der fruchtbaren Schwarzerde.

Auf einem Territorium der Schwarzerde kann sich bei gleichen Wirtschaftssystem, infolge der größeren Fruchtbarkeit des Bodens, eine bedeutend größere Bauernbevölkerung durch landwirtschaftliche Arbeit ernähren als in der Waldzone. Aber mit der Entwicklung der Tauschwirtschaft wird dieser Vorteil schließlich zu einem Unglück für die Bauernbevölkerung.

Durch die Fruchtbarkeit des Bodens erwies sich in der Gutswirtschaft die Getreideproduktion für den Markt als vorteilhaft. Jede Vergrößerung des Marktes führte zu einer Ausdehnung des Gutslandes, hauptsächlich in der Zone der Schwarzerde. Hier war es für den Gutsbesitzer vorteilhafter, die Arbeitskraft des Bauern auf dem Gutsacker auszunützen, als sie durch den Obrok zu ersetzen; die Landarbeit auf fruchtbarem Boden war ja produktiver.

Die Ausdehnung des Gutsackers bei verhältnismäßig dichter Bevölkerung war jedoch nur auf Kosten des Bauernlandes möglich. Die Verwandlung einiger Bauern in Hofbauern gab den Gutsherren die Möglichkeit, das eigene Ackerland zu vergrößern, gleichzeitig aber auch Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Ein derartiges Vorgehen war ferner deshalb um so vorteilhafter für die Gutsherren, als die Getreideproduktion für den Markt zu einer Steigerung des Bodenpreises und zu einer Herabsetzung des Wertes der Bauern führte, deren Wirtschaft eine bedeutende Fläche wertvollen Bodens einnahm. Nach und nach schätzte man das Bauernland höher als die „Bauernseelen", die das Land bebauten. Hieraus ergibt sich das selbstverständliche Bestreben der Gutsbesitzer, ihr Land zu vergrößern durch Verkleinerung des Bauernlandes.*

---

* Wir besitzen kein Material über den Umfang der Bodenausnutzung durch die verschiedenen Bauernkategorien während der Hörigkeitsepoche. Es scheint, daß der Landanteil der Fronbauern geringer als der der Zins-

Nach den Materialien der „Arbeiten der Redaktionskommissionen“,* die nach den Gouvernementszusammenstellungen Angaben machen über die Zahl der Bauern und Hofbauern sowie über die Zahl der Tjaglo** (arbeitsfähigen Ehepaare) bei den Zinsbauern, Fronbauern und solchen, die teils Frondienste leisten und teils Obrok zahlen, ergibt sich, daß in den Gouvernements der Waldzone weniger Hofbauern und Fronbauern vorhanden waren als Zinsbauern, dagegen in den Schwarzerdegouvernements mehr Hof- und Fronbauern.***

bauern war. Im Kreise Wolsk des Gouvernements Saratow kamen auf den Kopf eines Fronbauern 4,34 Deßjätinen, auf einen Zinsbauern 6,48 Deßjätinen; bei den Fron- und Zinsbauern kamen auf den Kopf 4,4 Deßjätinen. (N. Norbekow, Aus der Geschichte des Grundbesitzes, „Saratower Semstwo-Woche“, Oktober 1902.)

* Eingesetzt am 17. Februar 1859, um die Gouvernementsentwürfe über die Bauernbefreiung zu begutachten. Der Übersetzer.

** Tjaglo wird in der russischen Literatur teils als arbeitsfähiges Ehepaar, teils als das ihm zugeteilte Landstück, teils als die für dieses zu entrichtende Abgabe angewendet. Hier im ersteren Sinne. Der Übersetzer.

*** Gouvernements	Seelenzahl der Leibeigenen männlichen Geschlechtes		Zahl der Tjaglo (arbeitsfähigen Ehepaare)		
	Bauern	Hofbauern	im Zins	in Fron	im Zins und Fron
Moskau	171380	5450	52634	16846	11971
In Prozent . .	97	3	64	20	16
Nishnij Nowgorod . .	232248	4755	29276	28664	13358
In Prozent . .	98	2	41	40	19
Nowgorod	93777	4280	11903	13753	15436
In Prozent . .	96	4	30	34	36
Orenburg	42524	2295	1458	16352	156
In Prozent . .	94	6	8	91	1
Orel	212711	17971	8965	54127	10615
In Prozent . .	92	8	12	73	15
Pensa	190500	11391	7214	53761	4323
In Prozent . .	95	5	11	82	7

Wir haben in alphabetischer Reihenfolge sechs Gouvernements angeführt, von denen drei zum landwirtschaftlichen Schwarzerdegebiet und drei zum Industriegebiet gehören. Nach den Verhältniszahlen der Zins- und

Im Gouvernement Moskau mit entwickelter Industrie ist der Prozentsatz der Zinsbauern der größte. Je nach der Entfernung vom Industriezentrum sinkt zwischen der neunten und zehnten Revision die Zahl der Zinsbauern mehr und mehr; umgekehrt aber steigt die Zahl der Hof- und Fronbauern.

Während in der Waldzone der Übergang zur Tauschwirtschaft ein gewisses Korrektiv herbeiführte und somit die Möglichkeit eines höheren Grades der Bevölkerungsdichtigkeit vergrößerte, brachte dagegen die Entwicklung des Tausches in der Wirtschaft des Gutsbesitzers in der Zone der Schwarzerde, wo sich die Bevölkerung ausschließlich mit der Landwirtschaft beschäftigte, eine Verminderung des Bauernackers hervor, und damit verringerte sich auch die Möglichkeit einer Bevölkerungszunahme. In der Hörigkeitsepoche kam dies nur in einer verhältnismäßigen Billigkeit der leibeigenen Bauern und in der Vergrößerung des Gutsackers zum Ausdruck.

Die Wirkung der weiteren Entwicklung des Warenaustausches war nach Aufhebung der Leibeigenschaft und die der Entwicklung des Kapitalismus ebenso eine für die Bevölkerung der Landwirtschafts- und Industriegebiete verschiedene.

III.

Vor allem wurde durch die Reform von 1861 das Verhältnis des Bauernlandes zum Landbesitz der Gutsherren bis zu einem gewissen Grade festgesetzt, aber bei weitem nicht zugunsten der Bauern. Das Bauernland wurde verkleinert, und da das Wirtschaftssystem bis heute dasselbe geblieben ist, so hat sich natürlich auch die Möglichkeit einer Erhöhung der Bevölkerungsdichtigkeit vermindert. Diese Verminderung des Getreideackers ist einer der wichtigsten Faktoren, der den relativen Bevölkerungsüberschuß geschaffen hat:* die vermehrte Bevölkerung mußte sich auf einer ge-

---

Frontjaglo unterscheiden sich diese beiden Rayons scharf voneinander. Die Zahl der Hofbauern ist in den landwirtschaftlichen Gouvernements doppelt so hoch als in den Industriegouvernements.

* Hier, wie auch unten, ist von einer nichtkapitalistischen Bauernwirtschaft die Rede, in die der Kapitalismus, soweit ihm die Verhältnisse dazu günstig sind, nach und nach neue Differenzierungselemente hineinträgt.

ringeren Bodenfläche ernähren.* Der Einfluß einer solchen absoluten Verminderung des Bauernlandes auf die Bildung einer Übervölkerung ist so klar, daß wir uns dabei nicht weiter aufzuhalten brauchen.

Als anderer, die Existenzmittel der Bevölkerung vermindernder Faktor erscheinen die Steuern, die hierbei nicht produktiv im wirtschaftlichen Sinne verwendet werden.

Einige Ökonomisten sahen im Eisenbahnbau eine Form der nichtproduktiven Verwendung des nationalen Kapitals und eine der Ursachen der Armut der Bauernbevölkerung. Der Eisenbahnbau aber und die Entwicklung der Industrie erhöhen die Aufnahmefähigkeit des Territoriums, insofern die Entwicklung der Industrie der Entwicklung des Warenaustausches entspringt und nicht aus der Begünstigung des einen Industriezweigs auf Kosten eines anderen; denn dadurch würde die allgemeine Entwicklung der Produktion nur

* Interessant ist folgende Tabelle, die die Bauernbefreiung auf den nach ihrer Ausdehnung verschiedenen Gütern des Kreises Wolsk charakterisiert. (Die „Woche" der Saratower Semstwo, Nr. 11, Norbekows Artikel.)

Die Bauern jeder Gruppe von Gütern haben folgenden Prozentsatz an Land, das sie während der Leibeigenschaft besaßen, eingebüßt:

Güter	Nach Erlaß des Urbarialgesetzes. (Regelung der Verhältnisse der Gutsbesitzer zu ihren früheren Leibeigenen.)	Nach Aufhebung „der zeitweiligen Verpflichtungsverhältnisse". (Nach dem 1. Januar 1883.)
mit weniger als 100 Deßjätinen	0,0	8,2
von 100 bis 500 =	24,8	28,8
= 500 = 1000 =	24,6	30,4
= 1000 = 5000 =	27,4	43,4
= 5000 = 10000 =	25,8	56,5
= mehr als 10000 =	63,5	74,6

Je größer also das Gut war, desto mehr verloren die Bauern und gewann der Gutsbesitzer. Eine Analyse der materiellen Gründe der Bauernbefreiung würde wahrscheinlich wertvolle Resultate zum Verständnis dieser Epoche beitragen. Stellt man diese Tabelle der im fünfzehnten Kapitel angeführten über die Preise der bevölkerten und nichtbevölkerten Landstrecken während der Hörigkeitsepoche gegenüber, so ergibt sich, daß durch die Reform die kleinen Gutsbesitzer verloren, die großen dagegen gewonnen haben.

gehemmt werden. Der Eisenbahnbau und die Entwicklung der Industrie schaffen die Existenzmöglichkeit für eine nicht Ackerbau treibende Bevölkerung.

In Rußland führte die mit der Bauernbefreiung verbundene Verminderung des Nadjellandes (Landanteils)* und die Steuerlast dazu, daß der ganze Reinertrag der Landwirtschaft dem Bauern verloren ging. Unter solchen Bedingungen ist die Entstehung eines Bevölkerungsüberschusses ganz natürlich. . . .

Diese ungünstigen Verhältnisse sind für alle Gebiete Rußlands mehr oder weniger die gleichen, die Bevölkerungszunahme mußte auf die ganze Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Wirtschaftsorganisation in allen landwirtschaftlichen Gebieten des Landes einwirken. Der Unterschied, der in der früheren ökonomischen Entwicklung der verschiedenen Landesteile bestand, führte auch zu einem Unterschied in der Lage der Bevölkerung und hatte verschiedene Wirkung auf die Entstehung und Entwicklung des Bevölkerungsüberschusses.

Als Überrest der Leibeigenschaft verblieb der Bevölkerung der Schwarzerde die ausschließliche Beschäftigung im Ackerbau, die sie obendrein auf einer bedeutend reduzierten Bodenfläche betreiben mußte. Die Gewerbe waren hier ganz wenig entwickelt. Der Landanteil befand sich in Gemeindebesitz. Wie wirken nun solche Bedingungen auf die Bevölkerungsvermehrung?

Die typische Bauernbevölkerung der Schwarzerde ist, besonders bei Gemeindebesitz, dem Einfluß des entstehenden komplizierten gesellschaftlichen Milieus wenig ausgesetzt. Die Gemeindeglieder produzieren Getreide, vermehren sich, schaffen neben den alten neue Wirtschaften, ohne ihren Wohnort zu wechseln, und die Gemeinde wächst gleich einem Polypenstock, auf dem ein üppiges Wachstum erblüht.

Auf der einen Seite Leben und Bewegung, auf der anderen Seite aber lassen sich kaum die Spuren organischen Lebens verfolgen, und die Vorstellung von der Schönheit der Sonne und von einem Leben in freier Luft fehlt vollständig. Der biologische Lebens- und Vermehrungsprozeß der rein landwirtschaftlichen Bevölkerung verändert und kompliziert sich innerhalb der Bauerngemeinden bedeutend schwerer, da diese viel weniger Raum für die Aktivität des

---

* Wir brauchen die Ausdrücke Nadjel und Landanteil in einem und demselben Sinne. Der Übersetzer.

einzelnen, sogar in der Sphäre seiner landwirtschaftlichen Betätigung übrig läßt. Jede Familie vermehrt sich, wächst und teilt sich schließlich; die neue Familie setzt sich neben die andere hin und vermindert unbemerkbar die zur Existenz der Stammfamilie notwendige Territorialfläche. Jede vergrößerte Familie vermehrt, dank den in den Gemeinden herrschenden Umteilungen und den gleichmäßigen Landverteilungen, ihren Landanteil auf Kosten des Anteils der anderen Familien.* Diese Art Gemeindeordnung veranlaßt bei reiner Landwirtschaft zu frühen Eheschließungen usw.** Wie wir aus den angeführten Prozentsätzen der Eheschließungen und Geburten gesehen haben, erfüllten die Gemeindeglieder sogar bei Bodenmangel pünktlich das Gebot: „Seid fruchtbar, mehret euch und bevölkert die Erde." Sie übertreffen in der Zahl der Eheschließungen und der Vermehrung alle übrigen europäischen Völker; allerdings weisen sie auch eine größere Sterblichkeit als diese auf.

In den Industriegouvernements sind die Vermehrungsbedingungen bedeutend komplizierter. Obgleich die Bauerngemeinde auch in den Industriegouvernements einem Ehepaar und seinen Kindern von einem gewissen Alter an ein wenig fruchtbares Stück Land zuteilt, so gibt dies doch keinen Anstoß zu frühen Ehen. Ein bedeutender Teil der Jugend reißt sich von der Scholle los und sucht sich außerhalb der Landwirtschaft einen Verdienst, wodurch das bäuerliche Leben komplizierter wird. Ehe und Geburten verlieren ihre Be-

---

* In der Erzählung Werssajews „Lisar" verhält sich ein alter Bauer folgendermaßen zu dieser Erscheinung: „Früher . . . war es besser. Man lebte friedlich. Man dachte an Gott, und der Herrgott sorgte für die Leute und gab jedem das Seine. . . . Es kommt ein Krieg, oder eine Hungersnot reinigt das Volk, und die anderen fangen an, freier zu leben; die Pocken kommen und füllen die Särge. Der Herrgott hat das Volk vermindert, weil es ihm leid tat! Jetzt gibt es so etwas nicht. Man hört nichts vom Kriege; überall herrscht Stille, überall sind Feldscherer. Das Volk klagt deshalb auch über Mangel an Land. Nach unserer Meinung . . . braucht man nicht so viel Kinder. Das Volk sagt . . ., gebe Gott reichliche Viehvermehrung und Kindersterben."

** Das ist eine Art Vorsichtsmaßregel. Die frühe Heirat fügt nicht nur einen Arbeiter der Familie hinzu, sondern der Vater sucht sich schon in jungen Jahren, solange er selbst noch kräftig ist, mit erwachsenen Arbeitskräften zu versehen. Außerdem ist, wie wir sehen werden, bei der Armut der Bevölkerung der relative Wohlstand der Familie eng mit der Zahl ihrer Arbeitskräfte verbunden.

deutung als Mittel zur Vermehrung des Familienanteils, weil nicht mehr der Boden, sondern das Gewerbe die Haupterwerbsquelle bildet. Dem Bauern der Industriegouvernements erwächst aus der Geburt eines Kindes kein Vorteil; auf jeden Fall ist der von der Gemeinde erhaltene Vorteil kein bedeutender. In der zentralen Schwarzerde dagegen ist der Wert des Bodens, den man durch Familienvergrößerung erwirbt, um so höher, je dichter die landwirtschaftliche Bevölkerung und je höher der Bodenpreis im allgemeinen ist. Nach den von N. Tschernenkow angeführten Angaben über die „Molekularbewegung" innerhalb der Gemeinde steht der Familienwohlstand oft in direkter Verbindung mit der Größe der Familie. Wenn sich aber eine große Familie in guter Lage befindet, so ist die Lage einer kleinen Familie um so schlechter, da diese Prämie für die Vermehrung aus dem allgemeinen Fonds der Gemeindeglieder ausgezahlt wird. Die großen Familien heben ihre wirtschaftliche Lage auf Kosten der kleinen.

Für den gewerbetreibenden Bauern hat es keinen Sinn, sich zu früh zu verheiraten, um, erst im Mannesalter stehend, schon einen Landanteil auch für die Kinder zu haben. Die traditionell frühe Ehe verliert mit dem Verlust jener Vorrechte, die das Gemeinderecht gewährt, ihre Anziehungskraft.

Abgesehen davon beeinflussen die objektiven komplizierten Lebensverhältnisse des Bauern in den Industriegouvernements ihn in solcher Weise, daß sich die Eheschließungen und Geburten etwas vermindern.

Von den anderen Bedingungen, die die Geburten und die Sterblichkeit beeinflussen, hat die größte Bedeutung das System der Wanderarbeit (das Aufsuchen von Erwerbsquellen außerhalb der Heimat. Der Übersetzer) und der Umfang jener Bevölkerungsgruppe, die das Minimum ihrer Bedürfnisse nicht befriedigen kann und ausstirbt.

Der Arzt T. Uwarow wies in seinem Bericht: „Über den Einfluß des Systems der Wanderarbeit auf die sanitären Zustände Rußlands" auf die objektiven Verhältnisse hin, die die Geburten bei den Bauern, die sich mit solcher Arbeit beschäftigen, beeinflussen.*

---

* Außer der Arbeit T. Uwarows läßt sich noch die D. Shbankows anführen, die den Einfluß der Wanderarbeit auf die Bevölkerungsbewegung der einzelnen Rayons Rußlands behandelt.

Der Einfluß der Wanderarbeit in den Landwirtschafts- und Industriegouvernements besteht darin, daß die Konzeptionen und folglich auch die Geburten in einer bestimmten Zeit des Jahres vor sich gehen. Die Konzeption zur Zeit der Rückkehr der Wanderarbeiter zu ihrer Familie und die Geburten nach dem entsprechenden Zeitraum. Dieses Moment, das teils durch die von uns schon erwähnten Seiten der bäuerlichen Lebensbedingungen, teils auch durch die langsame Entwicklung der Industrie hervorgerufen wird, führt zu einem eigenartigen Malthusianismus und zu einer ganzen Reihe ungünstiger Folgen für die kommende Generation.

Zweites Kapitel.

Der Bodenmangel.

I. Der Landanteil, der auf die einzelne Person der gesamten und Ackerbau treibenden Bevölkerung in den verschiedenen Ländern und Rayons Rußlands entfällt. Die Grundeigentumsverteilung. Die den Bodenmangel hervorrufenden Bedingungen. — II. Die „Materialien der speziellen Beratungskommission".* — III. Einfluß des Marktes auf die Wirtschaftskultur in den verschiedenen Rayons. Die Kultur der Landwirtschaft in den Ackerbau- und Industriegegenden.

I.

Die Bevölkerung des zentralen landwirtschaftlichen Gebiets hielt bei ihrer Vermehrung am Ackerbau fest, begünstigt durch den Gemeindebesitz und das Fehlen der Gewerbe. Teils durch Verminderung des Landbesitzes der Bauern bei der Bauernbefreiung, teils durch Bevölkerungszuwachs entstand ein relativer Überschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Diese Erscheinung wird gewöhnlich als Bodenmangel bezeichnet. Um diesen Begriff zu erklären, vergleichen wir den Umfang des Landbesitzes in den verschiedenen Ländern und den Unterschied in ihren landwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen.

Bei Vergleichung der kulturfähigen Landmenge (exklusive Wald), die auf eine Person der Gesamtbevölkerung der verschiedenen Länder kommt, mit jener Menge, die auf jede Person der Ackerbau treibenden Bevölkerung entfällt, sehen wir, daß Rußland dem Bodenumfang nach eine der ersten Stellen einnimmt, dagegen vielen anderen Ländern nachsteht, wenn man den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Betracht zieht.

Auf eine Person der landwirtschaftlichen Bevölkerung kommt sogar in Großbritannien und Irland sowie in Dänemark mehr Land als in Rußland. Die Durchsicht der ersten Ziffernreihe beweist, daß von Landmangel in Rußland keine Rede sein kann, weil

* Eingesetzt am 22. Januar 1902 unter dem Vorsitz von Witte.
Der Übersetzer.

die Menge des auf eine Person entfallenden kulturfähigen Bodens hier fast so groß ist als in Kanada und den Vereinigten Staaten und die aller anderen Länder übertrifft.

	Kulturfähiges Land auf eine Person der Gesamtbevölkerung	der Ackerbau treibenden Bevölkerung
	Deßjätinen	Deßjätinen
Kanada	2,2	4,60
Vereinigte Staaten	2,1	4,40
Bulgarien	2,05	2,82
Rußland	2,01	2,59
Spanien	1,30	1,80
Dänemark	1,03	2,70
Schweden	0,92	1,22
Frankreich	0,82	1,81
Ungarn	0,73	0,96
Österreich	0,68	1,26
Deutschland	0,62	1,75
Italien	0,62	1,01
Großbritannien und Irland	0,48	2,82
Belgien	0,28	1,31

Ein völlig anderes Bild ergibt jedoch die andere Zahlenreihe. In Kanada und den Vereinigten Staaten kommt auf jede Person der landwirtschaftlichen Bevölkerung fast zweimal so viel Boden als in Rußland. In Großbritannien und Irland sowie in Dänemark, die Getreide einführen, kommt auf eine Person der landwirtschaftlichen Bevölkerung rechnerisch mehr Bodenanteil als in Rußland. Frankreich und Deutschland stehen in dieser Beziehung Rußland nahe. Auf diese Weise ist das Verhältnis zwischen dem Boden und der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Rußland bei weitem nicht so günstig, wie es bei der Berechnung auf die Person der Gesamtbevölkerung erscheint.

Schon die Angaben über die auf eine Person der Bevölkerung Rußlands kommenden Bodenfläche zeigen, daß die Bedingungen für die landwirtschaftliche Bevölkerung ungünstig ausfallen, da sie einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung bildet. Aber diese allgemeinen Angaben sagen noch nichts über die Ausstattung der Bevölkerung mit Land. Für die westeuropäischen Länder geben derartige Ziffern eine gewisse Vorstellung über das Verhältnis der

Bodenfläche zur landwirtschaftlichen Bevölkerung; für Rußland mit seiner großen Ausdehnung besagen sie sehr wenig. Nimmt man derartige Ziffern für die einzelnen Gebietsteile, so zeigt sich, daß im europäischen Rußland ungeheure Gebiete existieren mit vollständig verschiedenartigen Verhältnissen der Bodenfläche zur landwirtschaftlichen Bevölkerung.*

Rayons	Es kommen auf 100 Personen der Bauernbevölkerung Deßjätinen		Von der Gesamtbodenfläche kommt an Prozent des Grundbesitzes		
	Bauernland	Getreideboden	Bauernland	Privatbesitz	Staats- und Apanagenland
I. Südlicher	294,9	121,8	48,4	39,4	12,8
II. Südwestlicher	107,4†	51,2	46,9	46,0	7,1
III. Mittlere Schwarzerde .	134,5†	63,5	58,9	36,2†	4,9
IV. Südöstlicher	316,9	83,0	58,6	30,2†	11,2
V. Westlicher	165,6	62,4	44,7	46,8	8,9
VI. Schwarzerderayon . .	130,3†	52,3	52,3	38,1	9,6
VII. Östlicher	206,3	83,1	31,6	19,9	48,5
VIII. Baltischer	176,5	42,0	43,4	46,8	9,8
IX. Industrieller	195,9	58,2	46,9	36,1	17,0
X. Rayon der Hauptstädte	161,8	40,3	44,9	42,8	12,3
XI. Nördlicher	267,9	44,7	7,8	4,9	87,3
In ganz Rußland . .	196,0	69,6	36,9	26,8	36,3

* St. F. Schtscherbina, Einfluß der Ernten und Getreidepreise. 2. Band. Auf Grund dieser und der oben angeführten Angaben über das Verhältnis der Bodenfläche zur Bevölkerung beabsichtigen wir dieses Verhältnis in großen Zügen zwecks allgemeiner Schlußfolgerungen zu zeichnen. Genauere und speziellere Angaben sind späterhin für speziellere Schlußfolgerungen erforderlich.

† Wir erinnern daran, daß in Deutschland auf 100 Personen der landwirtschaftlichen Bevölkerung 175 Deßjätinen kommen, in Frankreich 181, in England 282, in den Vereinigten Staaten 460. In England befindet sich der Boden fast ausschließlich in den Händen der Großgrundbesitzer, in Preußen gehören 88 Prozent dem mittleren und großen Grundbesitz.

In der angeführten Tabelle fällt folgende Erscheinung besonders auf: in den verschiedenen Gebieten Rußlands ist die Bodenmenge in ihrem Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung äußerst ungleich. In den südwestlichen und zentralen Schwarzerdegebieten (II, III, VI), wo wir den höchsten Prozentsatz des Bauernlandes im Verhältnis zur Gesamtfläche dieser Gebiete und die günstigsten Grundbedingungen für den kleinen Besitz finden, kommen auf 100 Personen der Ackerbau treibenden Bevölkerung von 107,4 bis 134,5 Deßjätinen Land.

Weiter ist der äußerst niedrige Prozentsatz des Getreidebodens von der Gesamtfläche des Bauernlandes auffallend. Vergleicht man das Verhältnis des Getreidebodens zur Gesamtbodenfläche in den westeuropäischen Ländern mit dem von Rußland, so ergibt sich ein sehr scharfer Unterschied.

So gibt zum Beispiel die Vergleichung der Landverteilung nach der Nutzung folgende Ziffern für Rußland und Deutschland:

	Europäisches Rußland Deßjätinen	Deutschland Deßjätinen
Getreideboden	26,2	48,8
Wiesen	15,9	11,0
Weiden		5,3
Gärten		9,1
Wald	38,8	25,0
Ödland	19,1	—

Die Verteilung des Grundbesitzes unter den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ist in Rußland für die landwirtschaftliche Bevölkerung günstiger als in anderen Ländern. Obgleich bei der Bauernbefreiung den Bauern ein großer Teil des Bodens zugunsten der Gutsbesitzer entzogen wurde, so befindet sich trotzdem in den Händen der Bauern ein bedeutend größerer Teil des Bodens als in Frankreich — dem klassischen Lande des Kleinbesitzes.

In Frankreich gehört den Großgrundbesitzern 45 Prozent des ganzen kulturfähigen Bodens. In England befindet sich fast der gesamte Boden in den Händen der Großeigentümer. In Preußen gehören 88 Prozent des im Privatbesitz befindlichen Bodens den mittleren und großen Grundbesitzern. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika kommt der größte Teil des Bodens auf den mittleren Grundbesitz, während der Kleinbesitz nur eine verhältnismäßig geringe Fläche einnimmt. Folglich ist die Verteilung des

Bodens in Rußland für die landwirtschaftliche Bevölkerung günstiger als in anderen Ländern. Beim Vorherrschen des Kleinbesitzes in Rußland gibt es hier weniger landarme Wirtschaften als in den übrigen Ländern. In Rußland machen die Wirtschaften mit weniger als 5 Deßjätinen nur 10,6 Prozent aller Bauernwirtschaften aus.* Sie bilden in

Frankreich . .	mit weniger als	4,55	Deßjätinen	71,4	Prozent
Großbritannien	=	=	=	7,4	=	55,3	=
Irland . . .	=	=	=	5,55	=	38,6	=
Deutschland .	=	=	=	4,55	=	76,5	=
Belgien . . .	=	=	=	4,55	=	90,1	=

sämtlicher Wirtschaften usw.**

Dem Anschein nach weist Rußland die besten Bedingungen für die landwirtschaftliche Bevölkerung auf. Die Fläche des kulturfähigen Landes ist im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die größte der Alten Welt und steht der Landfläche der Vereinigten Staaten wenig nach. Die Landverteilung ist für die Ackerbau treibende Bevölkerung sehr günstig. Daher muß man die Begriffe „Bodenmangel" und „Übervölkerung" in einem besonderen Sinne verstehen. Man darf sie nicht im Sinne eines absoluten Bevölkerungsüberschusses auf einem gegebenen Territorium auffassen, sondern im Sinne einer relativen Übervölkerung, hervorgerufen durch irgend welche ungünstigen sozialen Bedingungen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Rußland sich in einer Beziehung von anderen Kulturländern scharf unterscheidet: während sich nämlich in Rußland bei Verteilung des Landes auf die Gesamtbevölkerung ein Bodenreichtum ergibt, ist ein solcher Bodenreichtum der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht wahrzunehmen. Das Übergewicht der Ackerbau treibenden Bevölkerung und die geringe Anzahl der im Gewerbe Beschäftigten hat in Rußland zu einer Verminderung der auf jede Ackerbau treibende Person kommenden Bodenfläche geführt.

Demzufolge hätten die Bauern in den besonders dicht bevölkerten landwirtschaftlichen Gebieten (zentrale und südwestliche

---

* Siehe Brockhaus-Ephron, Enzyklopäd. Wörterbuch unter „Bauern". Russische Ausgabe.

** P. Lachtin, Die Lage der Landwirtschaft in Rußland. S. 141.

Schwarzerde), selbst wenn ihnen der ganze Boden zur Verfügung gestellt würde, weniger Land als in vielen europäischen Ländern.

Aus den oben angeführten Zahlen ist ersichtlich, daß in Rußland auf eine Person der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt ziemlich viel Boden kommt, und dennoch herrscht Bodenmangel! In der zentralen Schwarzerde, wo der Bodenmangel am schärfsten hervortritt, ist dieser Mangel nicht für die Gesamtbevölkerung, sondern für die landwirtschaftliche Bevölkerung zu verstehen. Letztere kann sich unter den gegebenen sozialökonomischen Verhältnissen nicht von der Bebauung des Landes ernähren. Der Bodenmangel erwächst nicht nur aus der Verteilung des Bodens und seiner Produkte, sondern auch aus dem Umstand, daß die Produkte für die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung nicht ausreichen.

Den Umfang des Ackerlandes betrachtet, befindet sich die Bauernbevölkerung Rußlands bei einer im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sehr großen Bodenfläche in einer schlechteren Lage als die der westeuropäischen Länder, obwohl die landwirtschaftlichen Bedingungen dort weniger günstig zu sein scheinen.

Die Größe der Ackerfläche bestimmt jedoch noch nicht die Menge des durch die Bevölkerung von der Saatfläche geernteten Getreides. Wenn wir die Getreideernten der verschiedenen Länder mit den russischen vergleichen, finden wir, daß der Ernteertrag in Rußland am niedrigsten ist. Während in England der Reinertrag an Weizen* von einer Deßjätine 124 Pud, in Frankreich 70,5 Pud, in Deutschland 77 Pud ausmacht, beträgt er in Rußland 28,2 Pud pro Deßjätine.

In Rußland besteht also ein ganz eigenartiger Bodenmangel. Bei einer größeren Fläche im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung an kulturfähigem Boden als in den übrigen europäischen Ländern, bei einem Vorherrschen des Kleinbesitzes erntet jedoch die Ackerbau treibende Bevölkerung weniger Getreide, und zwar aus folgenden Ursachen:

* Die Ernten anderer Getreidearten in Rußland stehen in demselben Verhältnis zu den Ernten anderer Länder wie die Weizenernten; produziert wurde in den Jahren 1895 bis 1899 in Holland auf einer Deßjätine 135 Pud Hafer, in Belgien 128, in England 105, in Deutschland 105 usw.; in den 150 europäischen Gouvernements Rußlands dagegen nur 44 und in Polen 47 Pud. (Siehe P. Lachtin, Die Lage der Landwirtschaft. — An. Radzik, Produktion und Konsumtion des Hafers in der ganzen Welt.)

1. weil die landwirtschaftliche Bevölkerung einen zu großen Teil der Gesamtbevölkerung darstellt, also wegen ungenügender Entwicklung der Industrie;

2. weil bei der ungleichmäßigen Verteilung der Bevölkerung in den einzelnen Territorien der Bevölkerungsüberschuß der dicht bevölkerten Gegenden nicht zur Industrie übergeht;

3. weil das Saatland nur einen kleinen Teil des kulturfähigen Landes einnimmt;

4. weil Rußland schlechte Ernten hat.

Das sind die allgemeinen Ursachen des Bodenmangels.

II.

In den „Materialien der speziellen Beratungskommission über die Bedürfnisse der Landwirtschaft" finden wir interessante Angaben über den Veränderungsprozeß der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland, der in einem Sinken der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit zum Ausdruck kommt.

Unter den Materialien, die der Analyse der ökonomischen Verhältnisse gewidmet sind, nimmt wegen seiner reichen Zahlenangaben A. D. Poljenows „Untersuchung der ökonomischen Lage der zentralen Schwarzerdegouvernements" den ersten Platz ein. Seine Angaben liefern uns ein recht trostloses Bild des Zustandes der Landwirtschaft und zum Teil auch der Finanzwirtschaft Rußlands.

Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist nach den von A. D. Poljenow gemachten Angaben in den Jahren 1861 bis 1895 nach und nach gesunken. „Die Menge des ausgesäten Getreides verminderte sich überall im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung: durchschnittlich wurde für jeden Konsumenten der bäuerlichen Bevölkerung in den 50 Gouvernements des europäischen Rußland in den Jahren 1891 bis 1896 nur 65 Prozent jener Menge gesät, die man noch in den Jahren 1861 bis 1865 gesät hatte. Diese Erscheinung findet ihre Erklärung in dem Bevölkerungszuwachs wie auch in der bedeutenden Zunahme des Kartoffelbaus, wie aus den Angaben deutlich hervorgeht. Der Hackfrüchtebau nimmt auf Kosten des Getreidebaus eine immer größere Fläche ein." Dabei erreichte der Rückgang der Aussaat nirgends einen solchen Umfang, als im zentralen Schwarzerdegebiet. Im allgemeinen verminderte sich die Aussaat im europäischen Rußland außer in dem Industriegebiet um 36 Prozent; im zentralen Schwarzerdegebiet dagegen

verminderte sie sich um 44 Prozent, also fast um die Hälfte. Ein bedeutender Rückgang der Aussaat im Verhältnis zur Bevölkerung fand auch in der Gruppe der Industriegouvernements statt. Doch erscheint dies hier ganz natürlich infolge des Überganges der Landbevölkerung zur Industrie. Diese Gouvernements können also in diesem Sinne nicht mit der sogenannten „Kornkammer" Rußlands verglichen werden.

Die Menge des ausgesäten Getreides weist jedoch noch nicht direkt auf ein Sinken der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit hin. Dagegen geben die Angaben über die pro Person der Gesamtbevölkerung berechneten Getreideernten eine direkte Antwort auf die Frage über den Zustand und die Entwicklung der Produktivität der Arbeit. Auch diese Angaben konstatieren ein bedeutendes Sinken der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Die allgemeine Getreideernte vermindert sich in ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in den 50 Gouvernements des europäischen Rußland um 12 Prozent. Mit Ausnahme des Industriegebiets, wo ein bedeutender Teil der Bevölkerung mit nichtlandwirtschaftlichen Gewerben beschäftigt ist, und der südlichen Gouvernements, wo die auf eine Person der Gesamtbevölkerung kommende Getreidemenge bedeutend gestiegen ist, schwankt die Getreideernte in den übrigen Gouvernements, und zwar: in den südwestlichen, den kleinrussischen und nordwestlichen Gouvernements stieg sie etwas, in den östlichen, baltischen und nördlichen sank sie um 2, 8 und 11 Prozent. Im zentralen Schwarzerdegebiet dagegen verminderte sich die Getreideernte im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung um 27 Prozent. Zwar stieg auf Kosten der Getreideernte die Kartoffelproduktion, was allein schon auf eine Verschlechterung der Volksernährung hinweist. Betrachten wir hiermit noch die Kartoffelernte, so ergibt sich, daß in den nördlichen und Industriegouvernements eine, wenngleich unbedeutende, Verminderung der Menge der Nahrungsmittel vor sich ging, die jedoch keinen großen Einfluß auf die ökonomische Lage der Bevölkerung hatte; in fast allen übrigen Gouvernements dagegen trat eine Steigerung ein, stellenweise sogar eine bedeutende. Nur im zentralen Schwarzerdegebiet trat eine Verminderung von 33 Prozent ein. Diese Abnahme bedeutet eine direkte Verschlechterung der Volksernährung und äußerte sich denn auch in einem Ausverkauf des Viehbestandes oder schlechterer Ernährung des Viehes.

Die Menge des auf eine Person kommenden Nadjellandes (Bauernlandanteils) und Außernadjellandes verminderte sich in fast allen Gouvernements. Nichtsdestoweniger war die Verminderung der Getreideernten bei weitem nicht gleichmäßig verteilt und stand in keinem Verhältnis zur Verminderung der Aussaat; in einigen Gebieten stiegen sogar die Getreideernten. Die Ertragsfähigkeit des Bodens erhöhte sich also im zentralen Schwarzerdegebiet weniger als in anderen Gegenden und blieb hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück. Dieses Ergebnis wird auch durch die Angaben über die Getreideernten pro Deßjätine bestätigt, die W. J. Pokrowski in seinem Buche „Über den Einfluß der Ernten und Getreidepreise" anführt.

Durch diesen Zustand der Landwirtschaft hat sich seit den sechziger Jahren die Getreidemenge in den öffentlichen Vorratsmagazinen nach und nach vermindert. Ebenso weist die Bewegung der bäuerlichen Pferdezucht nach den Angaben der Militärpferdezählung und der Steuerdepartements für den Zeitraum von den sechziger Jahren bis zur ersten Hälfte der neunziger Jahre eine größere Verminderung der Pferdeanzahl bei der Ackerbaubevölkerung der zentralen Schwarzerdegebiete auf.

Auf diese Weise sinken nach den von A. D. Poljenow angeführten Angaben die Produktivkräfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dieses düstere Bild wird noch durch die Angaben anderer Autoren in den „Materialien der speziellen Beratungskommission" vervollständigt.

Professor R. E. Lenz konstatiert vor allem die Entstehung eines Überschusses der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der zu der oben konstatierten Verminderung des Nadjellandes und zum Sinken der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit führte. „Bei Gegenüberstellung der Angaben über die Landbevölkerung in den Jahren 1887 und 1899 ergibt sich, daß die Landbevölkerung im allgemeinen um 10,1 Prozent gestiegen ist; in der ‚Waldzone', in dem Gebiet außerhalb der Schwarzerde, um 19,5; in der Schwarzerde um 20,8 Prozent; gleichzeitig verminderte sich aber die Zahl der auf 1000 Personen kommenden Deßjätinen sehr bedeutend: im allgemeinen um 13,3; im Schwarzerdegebiet um 14,9, in der ‚Waldzone' um 9,7 Prozent. Bei seinen weiteren Berechnungen gelangte der Verfasser zu dem Schlusse, daß bei derselben Arbeit, wie im Jahre 1887, im Jahre 1899 auf 1000 Deßjätinen ein Überschuß

von 176 Personen kam." In allen 60 Gouvernements ergibt sich ein Überschuß von rund 12 Millionen Menschen.

Ein Teil dieses Bevölkerungsüberschusses ist in Fabriken, Werken und bei den Eisenbahnen beschäftigt, ein anderer Teil im Kustargewerbe (bäuerliche Hausproduktion). Die Groß- und Kleinindustrie ist jedoch hauptsächlich nur außerhalb des Schwarzerdegebiets entwickelt.

Die Getreideernte verminderte sich in ihrem Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung (nach Lenz) durchschnittlich um 2 Pud pro Person, das heißt um 6,1 Prozent, wobei hauptsächlich das Schwarzerdegebiet in Betracht kommt, wo die Verminderung gar 4 Pud pro Person betrug.

Die allgemeine Getreideernte wird von Lenz nach dem Umfang des Saatlandes und der Menge der Aussaat pro Deßjätine berechnet. Danach läßt sich jedoch noch nicht die Ertragsfähigkeit bestimmen, weshalb Lenz auch diese untersuchte. Dabei ergab sich, daß „der durchschnittliche Ertrag für ganz Rußland in acht Jahren (1891 bis 1899) 44,0 Pud pro Deßjätine ausmachte; für die erste Hälfte dieser Periode 44,9 Pud, für die zweite 43,1 Pud. Im Schwarzerdegebiet war der durchschnittliche Ertrag der ersten Hälfte dieser Periode 44,5, in der zweiten 41,3 Pud. Die entsprechenden Zahlen für die Waldzone sind 45,8 und 46,5 Pud." Aus diesen Angaben geht hervor, daß der durchschnittliche Ernteertrag in der Waldzone steigt, während er in der Schwarzerde sinkt.

Da die Aussaat auf einer Deßjätine im Schwarzerdegebiet bedeutend geringer ist als in der Waldzone, da ferner der Boden gar nicht gedüngt wird — man führt dort eine extensivere Wirtschaft —, so kann nach der Meinung des Verfassers von einer Erschöpfung der Schwarzerde gar keine Rede sein.

Den größten Ernteertrag trifft man in den baltischen Gouvernements an. Dies erklärt sich ausschließlich durch die vorzügliche Einrichtung der Landwirtschaft, da die „Natur dieses Gebiet weder mit besonders fruchtbaren Boden, noch mit günstigen klimatischen Verhältnissen bedacht hat". Die zweite Stelle beim Ernteertrag nimmt das Weichselgebiet ein, und zwar aus denselben Gründen. Im Schwarzerdegebiet findet man den höchsten Ertrag in den südwestlichen Gouvernements, den geringsten in den östlichen. Also hängt der Ernteertrag des Bodens weniger

von der Qualität des Bodens ab, als vielmehr von der Sorgfalt und Intensivität seiner Bearbeitung.

Im Zusammenhang hiermit steht auch die Verbreitung der Getreidekultur. „Die Weizenernte ist im Schwarzerdegebiet niedrig; in der Waldzone dagegen ergibt sie den größten Ertrag, jedenfalls deshalb, weil der Weizenbau eine sorgfältige Pflege fordert, die namentlich in der Waldzone angetroffen wird." Als Resultat einer solchen Lage der russischen Landwirtschaft konstatiert Lenz, daß im Verlauf von zehn Jahren kein einziges Jahr vorüber ging, wo nicht in irgend einem Gouvernement ein großer Mangel an Lebensmitteln empfunden wurde. „Nur in 39 Gouvernements kam ein solcher Mangel nicht vor; von den übrigen zeigte er sich in 9 Gouvernements einmal, in 7 zwei-, in 3 drei- und in 2 viermal." Überdies besteht im Schwarzerdegebiet und in der Waldzone ein ungeheurer Mangel an Futtermitteln für das unumgänglich notwendige Vieh. In der Waldzone müßte die Heuernte nur um 25 Prozent erhöht werden, während im Schwarzerdegebiet dreimal soviel Heu geerntet werden müßte, als es in Wirklichkeit geschieht, um die fehlenden 10 Millionen Hornvieh und 8½ Millionen Pferde zu unterhalten.

Ein anderer Autor (A. F. Filatow) konstatiert eine Vermehrung der Ausfuhr billiger Produkte, wie Ölkuchen und Kleie, die als Viehfutter dienen, sowie auch eine Verminderung der Talgausfuhr. So wurden zum Beispiel während der Periode von 1888 bis 1893 jährlich 202000 Pud Talg ausgeführt, während die Talgausfuhr in den Jahren 1894 bis 1899 bis auf 100000 Pud jährlich sank. Gleichzeitig stieg die Talgeinfuhr in hohem Maße. Diese Erscheinung kann als unbedeutende, aber doch klare Illustration des völligen Ruins der Landwirtschaft dienen, da in anderen Ackerbauländern die Ausfuhr der Viehzuchtsprodukte eine bedeutende Rolle spielt.

Parallel mit dem Sinken der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität läuft die sehr langsame Entwicklung der Technik, die die Produktivität des Bodens und der Arbeit beeinflußt. Verbesserte landwirtschaftliche Geräte werden trotz der äußerst hohen „Prohibitivzölle" nur in geringer Menge produziert, und die Einfuhr landwirtschaftlicher Geräte steigt zwar trotz der Zölle, doch hauptsächlich die der komplizierten Geräte, die ohne Zoll eingeführt werden und nur auf großen Gütern zur Verwendung kommen.

W. J. Pokrowski macht in einer der „speziellen Beratungskommission" vorgelegten Schrift folgende Angaben (in Millionen Rubel):

Jahre	Produktionswert		Einfuhr		Gesamtwert der auf den Markt gebrachten Maschinen	
	aller Maschinen	darunter landwirtschaftliche	aller Maschinen	darunter landwirtschaftliche	aller Maschinen	landwirtschaftliche Maschinen
1887	49,9	5,1	15,3	1,7	65,2	6,8
1893	66,0	8,1	28,8	3,6	94,8	11,7
1897	142,3	9,2	54,8	4,6	197,1	13,8

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß der Verbrauch nichtlandwirtschaftlicher Geräte und Maschinen in Rußland in bedeutend höherem Maße gestiegen ist als der landwirtschaftlichen. Dabei ist folgendes charakteristisch: 1. Rußland ist vorwiegend ein Ackerbau treibendes Land, landwirtschaftliche Geräte werden jedoch wenig gebraucht. 2. Die Hauptproduktion landwirtschaftlicher Geräte findet im Süden statt, und solche werden auch vom Auslande nach den südlichen Grenzgebieten eingeführt. Im zentralen Schwarzerdegebiet sind landwirtschaftliche Geräte in geringem Umfange verbreitet. Als Einfuhrzentren landwirtschaftlicher Geräte erscheinen die Gouvernements Jekaterinoslaw, Taurien, Cherson, Kuban und das Gebiet der Donschen Kosaken.

Ebenso konzentriert sich auch die Produktion der landwirtschaftlichen Geräte auf die drei ersten der oben genannten Gouvernements. Vom Gesamtwert der in Rußland produzierten landwirtschaftlichen Geräte, der 9,56 Millionen Rubel betrug, entfiel 1894 auf das Gouvernement Jekaterinoslaw 2,69 Millionen Rubel, auf Taurien 2,04 Millionen Rubel und auf Cherson 1,22 Millionen Rubel, das heißt eine Summe von rund 6 Millionen Rubel. Rechnen wir noch die Produktion des Gouvernements Charkow hinzu, so ergeben sich zwei Drittel der Gesamtproduktion. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Angaben über die innere Produktion hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, wodurch aber die relative Bedeutung der angeführten Zahlen nicht verändert wird. Auf jeden Fall läßt sich die Tatsache konstatieren, daß von der geringen Summe der verbrauchten landwirtschaftlichen Geräte der kleinste Anteil auf das dicht bevölkerte Zentralrußland entfällt.

Bei einer Gegenüberstellung der Lage der russischen Landwirtschaft und der Landwirtschaft anderer Länder findet M. Fedorow, daß Rußland in allen Beziehungen den übrigen Kulturländern nachsteht: „Eine ernstliche Erhöhung des Ernteertrags, besonders in letzter Zeit, ist eine fast allgemeine Erscheinung, Rußland jedoch ausgenommen. In Deutschland zum Beispiel war der durchschnittliche Ertrag der Roggenernten in dem Jahrzehnt 1887 bis 1896 um 10 Prozent höher als der Durchschnitt des vorhergehenden Jahrzehnts, im Jahre 1899 war er sogar um 52 Prozent höher." In Dänemark stieg die Getreideernte pro Acre in den Jahren 1894 bis 1898 gegen die Jahre 1875 bis 1879 für den Weizen durchschnittlich um 25 Prozent, für Roggen um 7, für Hafer um 17, für Gerste um 11, für Gras, Hackfrüchte und Kartoffeln um 18, 14 und 59 Prozent. Eine noch größere Erhöhung des Ernteertrags ergab sich in Belgien im Jahre 1895 gegen das Jahr 1880. „In den Vereinigten Staaten erhöhte sich die durchschnittliche Ernte pro Acre in dem Jahrzehnt 1889 bis 1898 gegen das Jahrzehnt 1880 bis 1889 für Weizen um 10 Prozent, für Roggen um 14 Prozent, für Gerste um 2 Prozent und verminderte sich nur für Hafer um 2 Prozent, was durch die Mißernte des Jahres 1890 erklärt wird. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehntes überstieg die durchschnittliche Haferernte von einem Acre den durchschnittlichen Ertrag derselben Getreideart im Jahrzehnt 1880 bis 1889 um 11 Prozent."

In Rußland dagegen ist der Ernteertrag niedriger als in den westeuropäischen Ländern, und man nimmt keine Erhöhung wahr. Dabei weist der Verfasser darauf hin, daß sich Rußland auch den Forderungen des Marktes nicht anpaßt, „da es nicht versteht, oder nicht die Möglichkeit besitzt, sich von den bei uns von alters her bestehenden Einrichtungen der Landwirtschaft loszusagen, obgleich dieselben in ökonomischer und technischer Beziehung direkt unvorteilhaft geworden sind". Dafür liefern die ungeheuren Roggenaussaaten den Beweis. Auf Rußland entfällt mehr als die Hälfte der Roggenaussaat der ganzen Welt. Man besät in Rußland mit Roggen mehr als 65 Prozent der mit Roggen bebauten Fläche der ganzen Welt.

Außer dem Vorherrschen der weniger vorteilhaften Kultur ist die Verteilung des Bodens der Nutzung nach in Rußland die ungünstigste.

Die aus den besprochenen Tatsachen hervorgehende Schlußfolgerung ist vollkommen klar: die russische Landwirtschaft geht zurück, und es sind gegenwärtig keine Anzeichen vorhanden, die darauf hinweisen könnten, daß sich dieser Zustand unter den gegebenen Bedingungen zum Besseren wenden wird. Auf der ungeheuren Fläche Rußlands gibt es nur große Oasen, wo das Zusammenwirken günstiger Bedingungen den allgemeinen Prozeß des ökonomischen Rückschrittes aufhält.

Der Mangel an Lebensmitteln treibt die landwirtschaftliche Bevölkerung dazu, Verdienst außerhalb der Landwirtschaft zu suchen, und Millionen landwirtschaftlicher Arbeiter irren aus einem Gebiet des großen Landes in das andere, oft ohne das gewünschte Resultat zu erreichen. H. Zabel* schildert in seinem Artikel das ganze Elend und alle Entbehrungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, die solchen Verhältnissen ausgesetzt sind.

Alle Autoren der „Materialien" stimmen darin überein, daß die Lage der Landwirtschaft eine kritische ist. Den einzigen Fortschritt der Landwirtschaft sehen einige Autoren in der Ausbildung des Baues von Futtermitteln; doch ist sein Gebiet nicht bedeutend. Zudem vermochte die Entwicklung des Futterbaues nur den Zerstörungsprozeß, der in anderen Gegenden stärker zum Ausdruck kam, aufzuhalten. Der Futterbau verbreitete sich auch nur in solchen Gegenden, wo die Gewerbe die Hauptbeschäftigung ausmachen.

Bei dieser Lage der Landwirtschaft, bei diesem Sinken der Produktivkräfte der Bevölkerung, und diesem Mangel an Existenzmitteln bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung, hat sich doch das Staatsbudget Rußlands rasch vergrößert.

Nach den übrigens sehr ungenauen Angaben** beträgt der jährliche wirtschaftliche Umsatz des Landes im Bergbau und in der Industrie 6 bis 7 Milliarden Rubel.

Aus diesem Gesamtumsatz des Landes werden der Bevölkerung ungefähr 2 Milliarden Rubel in Form von direkten und indirekten Steuern entzogen und zu Staatsausgaben verwendet, wovon aber

---

* Unterstützung für die Bauernbevölkerung und Wanderarbeiter. Finanzbote Nr. 28, Beilage.

** Arbeiten der speziellen Beratungskommission: A. D. Poljenow, Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der zentralen Schwarzerdegouvernements.

nur ein geringfügiger Teil den Bedürfnissen der Bevölkerung zugute kommt. Nach den von A. D. Poljenow angeführten Angaben über das Jahr 1897 kam, außer den Gouvernements Petersburg und Moskau, von den Ausgaben, die für die Entwicklung der Produktivkräfte eine größere oder geringere Bedeutung haben (wirtschaftliche Maßnahmen, Schulwesen, Verkehrswesen und Hygiene), auf den Kopf der Bevölkerung:

in der zentralen Schwarzerde . . .	18	Kopeken
im östlichen Gebiet	22,7	=
im Industriegebiet	23	=
in Kleinrußland	31,5	=
im nordwestlichen Gebiet	38,2	=
in Transkaukasien	71	=
im südwestlichen Gebiet	42,8	=
im nördlichen Teil des Kaukasus . .	32	=
im baltischen Gebiet	84,4	=
im nördlichen Gebiet	57	=
im südlichen Gebiet	47	=
im polnischen Gebiet	65	=

Das ist das Bild, das die Verfasser der „Speziellen Beratungskommission" aus den „Materialien" entwerfen.* Es zeigt den deutlichen Verfall der Produktivkräfte der Bevölkerung im zentralen landwirtschaftlichen Gebiete Rußlands.

---

* Anmerkung zu den „Materialien". Nachdem die Verfasser die Lage der russischen Landwirtschaft in dieser Weise geschildert haben, schlagen sie verschiedene Projekte zur Hebung der Landwirtschaft vor. In den Projekten wird die Frage auf verschiedene Weise, aber immer höchst einfach gelöst: man schlägt vor, irgend etwas vorzuschreiben, abzuschaffen oder einzuführen. So zum Beispiel Abschaffung der Gemeinde, Einführung des Futterbaues usw. Wenn Liebhaber derartiger Projekte unser Buch lesen werden, so können sie zum Beispiel ein Projekt schaffen, durch die Bezirksverwaltungen den Bauern vorzuschreiben, daß sie in jedem Hofe höhere Produktivkräfte haben sollen, worüber der Landpolizist Aufsicht zu führen hat, daß ferner die sinkende Produktivität als schädlich zu bezeichnen und zu beseitigen ist. Ähnliche Projekte wurden wirklich der „speziellen Beratungskommission" von einigen „Fachleuten" vorgelegt. — Übrigens berühren auch wahrscheinlich ehrliche Bauernfreunde oft die friedlichen „Landeroberungen", die entsprechende materielle Mittel erfordern. . . .

III.

Bei einer Steigerung der Produktivität des Bodens und seines Ernteertrags ist eine Erhöhung des Dichtigkeitsgrades der landwirtschaftlichen Bevölkerung möglich. Aus der Rententheorie ergibt sich als eine der wichtigsten Schlußfolgerungen, daß die Nähe eines Marktes die notwendige Bedingung für die Steigerung der Produktivität des Bodens ist. Eine Erhöhung der Produktivität des Bodens ist jedoch noch keine Steigerung der Produktivität der Arbeit. Um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, das heißt, daß jede Person der landwirtschaftlichen Bevölkerung mehr produziert, bedeutet eine relative Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und einen geringeren Aufwand von Arbeitskräften zur Bearbeitung der gegebenen Bodenfläche. Zur Erhöhung der Produktivität des Bodens muß der Aufwand von Kapitalien auf diesem Boden Vorteil bringen. Dazu ist aber die Entstehung eines nahegelegenen Absatzmarktes für die landwirtschaftlichen Produkte und die Entwicklung einer zahlreichen gewerbetreibenden Bevölkerung erforderlich. Ebenso kann eine Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, die nur bei einer Verminderung der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte möglich ist, erst durch die Entwicklung der Industrie eintreten, weil sich dann die Bodenfläche in ihrem Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung vergrößert. Die Entstehung einer nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, die die überflüssigen Produktivkräfte aus der Landwirtschaft abzieht, schafft gleichzeitig auch den Absatzmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte. In England kommt auf eine Person der landwirtschaftlichen Bevölkerung mehr Land als in Rußland. Die Produktivität des Bodens ist wesentlich höher, weil der größte Teil der Bevölkerung in der Industrie beschäftigt ist, wodurch ein gewaltiger und günstiger Absatzmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte geschaffen worden ist.

Auch im Industriegebiet Rußlands hat sich infolge der Entwicklung der Industrie die Möglichkeit einer Bevölkerungszunahme auf dem gegebenen Territorium fast verdoppelt. Ferner hat sich auch der Ernteertrag des Bodens, gleichzeitig aber auch die Produktivität der Industriearbeit erhöht. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung ist zur Industrie übergegangen, ohne sich ganz vom Ackerbau loszureißen. Hier stieg auch der Ernteertrag des Bodens mehr als in anderen Teilen Rußlands. Die Ernteerträge in den sieben nördlichen Schwarzerdegouvernements (Tula, Rjäsan, Orel,

Kursk, Tambow, Pensa, Tschernigow) und in den sieben Industriegouvernements (Twer, Moskau, Smolensk, Kaluga, Wladimir, Jaroslaw und Petersburg) ergaben für die Periode 1857 bis 1893 folgende Zahlen:*

Die Ernte des Wintergetreides in den zehn Jahren 1857 bis 1866 stieg in Prozenten:

Schwarzerde-gouvernement	Industrie-gouvernement	Schwarzerde-gouvernement	Industrie-gouvernement
3,6	3,3	3,9	2,9
3,4	3,0	4,1	3,1
3,9	2,8	3,4	3,5
3,5	2,7		

Die Roggenernte in den elf Jahren 1883 bis 1893 betrug in Tschetwert:

Schwarzerde-gouvernement	Industrie-gouvernement	Schwarzerde-gouvernement	Industrie-gouvernement
4,9	5,3	5,5	4,4
5,2	4,8	4,8	4,5
4,7	5,5	3,8	6,2
4,9	4,9		

Das arithmetische Mittel (3,7) der Zahlen der Ernte in den Schwarzerdegouvernements in den Jahren 1857 bis 1866 ist um 0,7 oder 19 Prozent höher als das in den Industriegouvernements in denselben Jahren (3,0), während das arithmetische Mittel (4,9) der Zahlen der Roggenernte in den Schwarzerdegouvernements in den Jahren 1883 bis 1893 um 0,2 niedriger ist als das in den Industriegouvernements (5,1).

Wenn wir die absoluten Zahlen der Ernteerträge nicht vergleichen können, weil sie in verschiedenen Maßeinheiten ausgedrückt sind (für die sechziger Jahre wird nur die Vervielfältigung angegeben, für die achtziger Jahre die Ernte in Tschetwert), so kommt dennoch die relative Veränderung der Ernteerträge in den ver-

---

* Diese Angaben sind dem Buche „Einfluß der Ernteergebnisse und der Getreidepreise", 2. Band, Beilage, Tabellen I bis XVI entnommen. In diesem Falle ist weniger die Genauigkeit der absoluten Zahlen, als vielmehr deren relative Größe von Wichtigkeit. Oben haben wir die Schlußfolgerung des Professors Lenz angeführt, die die Tatsachen des Ernterückganges in der zentralen Schwarzerde bestätigen.

schiedenen Gouvernements in diesen Zahlen zum Ausdruck. In den Industriegouvernements der Waldzone hat sich der Ernteertrag im Vergleich zu den landwirtschaftlichen Gebieten der Schwarzerde bedeutend erhöht.

Die Getreidepreise hängen von der Nähe eines Marktes ab, das heißt eines Gebietes, wo Getreide eingeführt wird. Für die landwirtschaftlichen Gebiete Rußlands kommen zwei Hauptmärkte in Betracht: der Weltmarkt (für die am Schwarzen und Baltischen Meere gelegenen Getreide produzierenden Gebiete) und der innere Industriemarkt, wo Getreideeinfuhr aus den benachbarten Gouvernements stattfindet. In günstigerer Lage zum Weltmarkt befinden sich die Küstengouvernements, da der Wasserweg der billigste ist, also das baltische Gebiet. Den inneren Industriemarkt bilden die Industriegouvernements der Waldzone; sein Zentrum ist Moskau.

Da auf dem Weltmarkt nur das billige Getreide der extensiven Wirtschaft konkurrenzfähig ist, so müssen die lokalen Getreidepreise im zentralen Schwarzerdegebiet und in den östlichen Gouvernements, wo Getreide für den äußeren und inneren Markt produziert wird, niedriger sein als in den Gebieten, die dem Weltmarkt näher liegen (baltisches Gebiet), oder als im Rayon, der dem inneren Markte näher ist (die Industriegouvernements). Die Getreidepreise in Kopeken pro Pud waren in diesen Gebieten für die Jahre 1890 bis 1896 folgende:*

Roggen:

	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	Durchschnitt
Riga	74,4	109,0	109,1	82,2	60,5	57,2	55,8	78,3
Rostow a. D.	57,0	91,8	84,6	59,5	42,4	44,3	45,4	60,7
Moskau	76,2	118,6	123,1	84,3	63,7	42,9	40,5	78,4
Samara	55,4	101,4	91,3	55,7	35,8	30,5	27,7	56,9
Elez	53,3	99,7	100,9	65,3	43,5	38,8	37,4	62,7

Weizen:

Riga	94,5	118,0	118,9	96,0	71,8	74,0	82,0	93,6
Rostow a. D.	88,9	109,4	100,3	80,7	62,2	63,4	74,6	82,7
Moskau	100,0	123,2	126,8	104,7	83,6	68,2	68,5	96,4
Samara	73,4	112,7	115,2	78,6	57,4	49,5	51,5	76,9
Elez	77,3	104,0	113,4	88,4	67,8	61,2	64,4	82,3

* Übersicht der Warenpreise auf den Hauptmärkten Rußlands. Ausgabe des Finanzministeriums 1897.

Aus der Gegenüberstellung der Getreidepreise in den verschiedenen Gegenden Rußlands ist ersichtlich, daß die Entwicklung des inneren Marktes zu einer Erhöhung der Getreidepreise führt. In Moskau sind die Getreidepreise am höchsten, sogar höher als in Riga, das dem Weltmarkt — England und Deutschland — am nächsten gelegen ist. Da die Bodenkultur hauptsächlich durch die Getreidepreise beeinflußt wird, so muß die Intensität der Wirtschaft, folglich auch die Erhöhung des Ernteertrags in solchen Gebieten mit hohen Getreidepreisen höher sein. Dies ist auch aus den oben angeführten Angaben über die Ernteveränderungen der Jahre 1857 bis 1866 und 1883 bis 1893 zu ersehen. In den Gouvernements der Waldzone hat sich der Ernteertrag bedeutend mehr erhöht* als in der Schwarzerde, das heißt in den dem inneren Markte am nächsten liegenden Gegenden wird die Landwirtschaft intensiver betrieben. Also:

1. Die Entwicklung des inneren Marktes vergrößert dank der Entwicklung der Industrie die Möglichkeit einer stärkeren Bevölkerungsdichtigkeit nicht nur bezüglich der industriellen, sondern auch hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung, da die intensive Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte erfordert als die extensive und auch die Ernten erhöht.

2. Der Bodenmangel muß bei der gegebenen Verteilung des Bodens und der in dieser oder jener Gegend gewonnenen Produkte da stärker empfunden werden, wo die Industrie fehlt.

3. Die Produktivität der Arbeit vermindert sich bei einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß nicht nur, weil eine immer

---

* Nach dem Jahrbuch der Zentralen statistischen Kommission (1902) betrug die durchschnittliche Ernte der wichtigsten Getreidearten einer Deßjätine für die Jahre 1896 bis 1900:

	Winterroggen Pud	Sommerweizen Pud	Hafer Pud
In den 50 Gouvernements des europäischen Rußland . . .	46,7	37,4	44,4
Im Königreich Polen . . .	56,3	66,3	47,8
In Sibirien	42,7	49,0	54,0
Im Steppengebiet	33,7	44,8	54,0

Da der Getreideertrag in Wirtschaften mit geringer Kultur in bedeutend höherem Grade von der Qualität des Bodens und den klimatischen Verhältnissen abhängt, kommt der Einfluß der Bodenkultur nicht in absoluten Ziffern, sondern in den Ernteveränderungen zum Ausdruck.

kleinere Bodenfläche auf einen Arbeiter kommt, sondern auch deswegen, weil der Ernteertrag des Bodens sich gar nicht oder doch nur in gewissen Grenzen erhöhen läßt.

Ein Vergleich der Getreideernten der verschiedenen Länder hinsichtlich des zentralen Weltmarktes zeigt dasselbe Bild, das wir in Rußland bezüglich des inneren und äußeren Marktes finden. In Ländern mit höher entwickelter Industrie und höheren Getreidepreisen finden wir auch höhere Getreideernten.

Bei der oben erwähnten Vergleichung Rußlands mit anderen Ländern haben wir konstatiert, daß der „Bodenmangel" aus folgenden Ursachen entsteht:

1. Weil die landwirtschaftliche Bevölkerung einen zu großen Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht, also die Entwicklung der Industrie zu gering ist;

2. weil die Saatflächen einen geringen Teil des Territoriums bilden;

3. weil die Ernten von den betreffenden Saatflächen zu niedrig sind.

Das Verhältnis der Saatfläche zur Gesamtbodenfläche wird in hohem Grade, genau so wie die Ernteerträge, durch die Wirtschaftskultur bedingt.

Eine Vergrößerung der Saatfläche kann vor sich gehen: 1. infolge einer Verwandlung des für den Getreidebau ungeeigneten Bodens in Getreideland; 2. infolge einer Verminderung der Weidefläche und hauptsächlich der Brachen.

Die Kultivierung des unbebauten Landes fordert gewöhnlich einen bedeutenden Aufwand, der nur bei genügend hohen Getreidepreisen, die den Kostenaufwand decken, von Vorteil ist. Hohe Getreidepreise sind aber nur dort möglich, wo der Absatzmarkt dem Produktionsort nahe liegt, das heißt unter der Entwicklung der Industrie. Genau so ist eine bessere Bodenkultur, die den Ernteertrag erhöht und die Brachflächen vermindert, in hohem Grade mit neuen Ausgaben verbunden, die nur bei hohen Getreidepreisen vorteilhaft sind. Die Vergrößerung der Saatfläche sowie auch die Erhöhung der Ernte sind also in gleicher Weise mit der Erhöhung der Getreidepreise* und mit dem Wachstum der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung verbunden.

---

* In seiner Schrift „Über eine mögliche Hebung der Bodenproduktivität in Rußland", die der Ingenieur Morduchai-Boltowski der „speziellen Be-

Die theoretische Analyse der Entwicklungsbedingungen der Landwirtschaft zeigt, daß man nur dann erhöhte Ausgaben für eine

---

ratungskommission" vorgelegt hat, weist er auf eine rein technische Bedingung hin, unter der sich die Produktivität des Bodens erhöhen kann, nämlich auf die Bedeutung der künstlichen Bewässerung.

„Die auf zwei Gütern des Gouvernements Saratow (des Herrn Bartenjew und der Gräfin Schuwalow) angestellten Beobachtungen zeigten, daß auf bewässerten Feldern von 1 Deßjätine 3,7 mal mehr Weizen erzeugt wurde als auf unbewässerten; Roggen erntete man von bewässerten Feldern 3,4 bis 4 mal mehr als von unbewässerten.

Nehmen wir an, daß die Bewässerung die Weizenernte durchschnittlich um dreimal vergrößert, so würde die Gesamtproduktion für ganz Rußland statt 601 Millionen Pud $601 \times 3 = 1803$ Millionen ausmachen. An Roggen würde man unter gleichen Bedingungen statt 999 Millionen Pud $999 \times 3 = 2997$ Millionen Pud erhalten. Dies würde, bei einem Preise von 90 Kopeken für das Pud Weizen und 70 Kopeken für das Pud Roggen einen möglichen Zuwachs des Volksreichtums von fast $2^1/_2$ Milliarden Rubel nur von diesen zwei Getreidearten ergeben. Selbst wenn die Preise um die Hälfte sinken würden, so wäre dieser Ertrag immerhin mehr als genügend.

Die Bewässerung der Felder und Wiesen kann durch Stauung des Abflusses der Frühjahrsgewässer und durch Ausnutzung des Grundwassers bewerkstelligt werden.

Die Kosten der Bewässerungsanlagen schwanken zwischen 57 und 175 Rubel pro Deßjätine. Berechnet man diese Kosten sogar auf 200 Rubel, so würde sich auch dieser Kostenaufwand sehr schnell decken lassen. Nach dem oben angegebenen um dreimal erhöhten Ernteertrag würde sich der Gesamtgewinn von einer Deßjätine infolge eines Mehrertrags von 82 Pud um 73,80 Rubel erhöhen. Bei einem solchen Gewinnüberschuß würden sich die Kosten für Aufsuchung und Ausnutzung des Wassers, die Ausgaben für die Bewässerungsanlagen und die Kapitalverzinsung während der Arbeitszeit und bis zur Löschung des Kapitals im Verlauf von sieben bis acht Jahren vollständig decken lassen."

Doch bei weitem nicht jeder Boden bedarf der Bewässerung und wird der Ernteertrag durchaus nicht immer in einem solchen Grade erhöht. Außerdem sind die Bewässerungskosten für große Felder nach der richtigen Bemerkung W. J. Pokrowskis bedeutend höher, als es Morduchai-Boltowski berechnet hat. Nichtsdestoweniger weisen seine Angaben darauf hin, daß eine rationelle Landwirtschaft über kurz oder lang dem kleinen Landwirt noch nicht zugänglich sein wird, wohl aber entweder den Großgrundbesitzern oder mit Hilfe großer gesellschaftlicher Institutionen *bei einem gewissen Minimum der Getreidepreise und bei einer genügenden Entwicklung der Produktivkräfte.*

gegebene Bodenfläche aufwendet, die eine Vergrößerung des Ernteertrags herbeiführen können, oder zur Bebauung schlechteren Bodens nur bei erhöhter Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten übergeht.

Vergleichen wir die Ernteerträge der Getreide importierenden Länder mit denen der Getreide exportierenden, so finden wir, daß die Ernten in den Ländern höher sind, die Getreide importieren und eine Industriebevölkerung und hohe Getreidepreise haben.

Exportierende Länder	Ertrag einer Deßjätine* an Weizen in Pud
Vereinigte Staaten	50,3
Rußland (Neurußland)**	25,0
Kanada (Ontario)	62,3
Österreich	40,2
Britisch Indien	40,0
Algier	43,9
Australien	63,8
Rumänien	61,1
Argentinien	79,0
Durchschnittlich	51,7
Importierende Länder	
Großbritannien und Irland	124,4
Dänemark	179,2
Holland	111,3
Belgien	111,3
Schweden	100,2
Norwegen	99,3
Deutschland	77,0
Frankreich	70,5
Spanien	74,8
Durchschnittlich	105,4

Nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern steht die Höhe des Ernteertrags mit den Nachfragebedingungen nach Getreide im engsten Zusammenhang. In Ländern, deren Industrie-

* Die Angaben über die Ernteerträge sind aus Lachtins Werk „Zustand der Landwirtschaft usw." entnommen.

** Der Reinertrag ist nach dem Jahrbuch der Zentralen statistischen Kommission für die Jahre 1896 bis 1900 berechnet.

bevölkerung verhältnismäßig gering ist und die eines inneren Marktes entbehren und Getreide exportieren, ist der Bodenertrag niedriger; die Landwirtschaft wird extensiv geführt und die Getreidepreise sind niedrig. In importierenden Ländern dagegen ist der Bodenertrag höher, da die Industriebevölkerung einen bedeutenden inneren Markt für die Produkte der Landwirtschaft bildet. Nicht nur Produkte wie Getreide, Fleisch usw., die unmittelbar verbraucht werden, sondern auch solche, die in der Industrie Verwendung finden, zum Beispiel Holz, Bast, Leder usw., werden hier abgesetzt. Folglich sind alle oben angeführten Ursachen des Bodenmangels auf eine einzige zurückzuführen, nämlich auf den verhältnismäßig hohen Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung des Landes. Danach würde:

1. der Übergang eines Teiles der Bevölkerung zur Industrie die Bodenfläche im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung vergrößern;

2. die Entstehung eines inneren Marktes (Verarbeitung und Verbrauch der landwirtschaftlichen Produkte in der Industrie) hätte eine relative Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte mit sich gebracht. Dies würde wieder geführt haben:

3. zu einer Ausdehnung der Saatfläche,

4. zu einer Erhöhung der Wirtschaftskultur und Steigerung der Ernteerträge.

Alles das zusammengenommen würde eine Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft zur Folge haben.

Da in Rußland etwas derartiges nicht vorhanden ist, so tritt natürlich die Frage auf, warum hier keine rasche Industrieentwicklung sich zeigt und ob eine solche überhaupt möglich ist.

Im ersten Teile haben wir festgestellt, daß der unproduktive Verbrauch der Erzeugnisse eine der wichtigsten Ursachen ist, die die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen; eine ebensolche und vielleicht noch größere Bedeutung hat das allgemeine Kulturniveau der Bevölkerung und die allgemeinen sozialen Verhältnisse. Die Frage nach der Möglichkeit einer Entwicklung der Produktivkräfte, die Frage nach der Beseitigung der ungünstigen sozialökonomischen Verhältnisse ist eine Programmfrage, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen.

Wenn sich der Warenaustausch auch schon entwickelt hat und die Bevölkerung sich mit verschiedenen Gewerbszweigen beschäftigt,

so kann doch ein Überschuß an Arbeitskräften in einem Gewerbszweig einen Bevölkerungsüberschuß schaffen, wenn dieser Überschuß an Arbeitskräften von den anderen Gewerbszweigen nicht aufgesaugt wird. Eine solche Lage hat sich auch in der zentralen Schwarzerde Rußlands entwickelt. Der Umfang des Bauernlandes fordert beim gegenwärtigen Zustand der Landwirtschaft in diesem nationalen Wirtschaftsgebiet weniger Arbeitskräfte, als hier in Wirklichkeit verwendet werden. Die überschüssigen Arbeitskräfte vermehren die Menge der erzeugten Produkte nicht, die aber auf eine größere Anzahl von Produzenten verteilt werden muß. Die Neuverteilung der Produktivkräfte unter die Gewerbearten würde zu einer Verminderung des Bevölkerungsüberschusses führen. Je größer die Entwicklung des Warenaustausches unter den einzelnen Wirtschaften, je entwickelter die Arbeitsteilung ist und je rascher der technische Fortschritt vor sich geht, um so häufiger müssen neue Verteilungen der Produktivkräfte auf die einzelnen Industriezweige stattfinden, desto nachteiliger sind aber auch die Folgen jeder Hemmung in der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Jede technische Erfindung kann aus einem Gewerbszweig eine Menge Arbeitskräfte ohne Schaden ausschalten, wenn sich gleichzeitig die Gesamtsumme der Arbeitskräfte in allen Industriezweigen erhöht; die aus einem Industriezweig ausgeschalteten Arbeiter finden in einer anderen Branche Beschäftigung. Die Konkurrenz der Grenzgebiete mit extensiver Landwirtschaft führt dazu, daß in dicht bevölkerten landwirtschaftlichen Gegenden ein Bevölkerungsüberschuß entsteht, der einer nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung bedarf, sie aber nicht findet.

Drittes Kapitel.

Beweglichkeit des Landbesitzes im europäischen Rußland.

Die Entwicklung der Landwirtschaft seit der Reform vom Jahre 1861 mußte auch auf den Grundbesitz einwirken. Die Aufhebung der beschränkten rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Leibeigenschaftsepoche führte dazu, daß das Landeigentum auf Besitzer überging, die sich den neuen ökonomischen Verhältnissen besser anpaßten als die früheren, die es nicht auszunutzen verstanden.

Es ist wahr, daß der Grundbesitz eine der unbeweglichsten Formen des Eigentums ist, an der sich die Spuren der Landesgeschichte am längsten halten. Ebenso kommen jene Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf andere Gebiete der wirtschaftlichen Verhältnisse stärker und deutlicher einwirken, beim Grundbesitz nur schwach zum Ausdruck. Nichtsdestoweniger kann die Bewegung des Grundeigentums wertvolle Hinweise auf die ökonomischen Vorgänge geben, die sich in der gegenwärtigen Gesellschaft vollziehen. Die Untersuchungen der verschiedenen Seiten des Wirtschaftslebens der Bevölkerung können in hohem Grade auch durch die Angaben über die Bewegungen des Grundeigentums ergänzt werden.

Im wirtschaftlichen Leben der Gesellschaft, das auf Privatgrundbesitz gegründet ist, findet eine Art Auswahl einzelner Grundbesitzer statt, die aus ihrem Grundbesitz den größten Nutzen für sich ziehen. Diese Auswahl geht um so intensiver vor sich, je leichter die Beweglichkeit des Grundeigentums und je intensiver die Konkurrenz der Wirtschaften untereinander ist.

In der Leibeigenschaftsepoche war eine derartige Auswahl unter den Landwirten äußerst erschwert. Die festen Grenzen der Standesverhältnisse beschränkten diese Auswahl nur auf einen Stand, nämlich den adligen; aber auch hier beseitigte die Fronarbeit beinahe die Notwendigkeit, sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und schwächte die Konkurrenz der Unternehmer untereinander ab.

Habsucht auf der einen Seite und Verschwendung auf der anderen waren fast die einzigen Ursachen, die die Bewegung des Grundeigentums beförderten.*

Nach der Aufhebung der Leibeigenschaft konnte sich die Mobilisation des Grundeigentums fast unbeschränkt vollziehen. Alle Stände traten in Konkurrenz um den Grundbesitz. Vor allem mußte natürlich der Grundbesitz vom Adel, der einen gewaltigen Teil Land erhalten hatte, auf andere Stände übergehen, und zwar in dem Maße, als eine solche Bewegung früher durch die Bedingungen der Leibeigenschaft verhindert worden war.

Der Bodenwert stieg seit Aufhebung der Leibeigenschaft sehr schnell, und die Bewegung des Grundeigentums mußte eine entsprechende Bewegung ungeheurer Kapitalsummen hervorrufen.

Der Übergang eines bedeutenden Teiles des vom Adel verkauften Bodens auf andere Stände führte zu einem Übergang bedeutender Geldsummen aus den Händen jener in die Hände der adligen Verkäufer.

In 30 Jahren, von 1863 bis 1892, wurde in den 45 Gouvernements des europäischen Rußland verkauft:

	Rubel
Von Adligen, Beamten und Offizieren . . . . für	1459064506
= der Geistlichkeit . . . . . =	6901461
= Ehrenbürgern . . . . . =	20075373
= Professionisten ohne Angabe des Standes . =	20075373
= Kaufleuten . . . . . =	135312954
= Kleinbürgern und Handwerkern . . . . . =	58799781
= einzelnen Bauern . . . . . =	66537422
= Bauerngenossenschaften . . . . . =	16506251
= Bauerngemeinden . . . . . =	9750001
= Kosaken . . . . . =	14022405
= anderen Dorfbewohnern, die einem anderen Rechte unterstehen . . . . . =	30176614
= ausländischen Untertanen . . . . . =	20636759
Zusammen mit Personen anderer Kategorien für	2027308856

* Das Wesen der wirtschaftlichen Beziehungen in der Hörigkeitsepoche ist von Schtschedrin in seinem Werke „Poschechonskaja Starina“ mit der Genauigkeit einer wissenschaftlichen Untersuchung und der Meisterschaft eines Künstlers beschrieben worden. Die von ihm geschilderte Grundeigentumsmobilisation entspricht der im Texte angeführten Formel.

Das für die Summe von 2027308856 Rubel verkaufte Land wurde von Personen verschiedener Stände angekauft:

		Rubel
Von Adligen, Beamten und Offizieren	für	821081152
= Geistlichen	=	12141420
= Ehrenbürgern	=	90367834
= Professionisten ohne Angabe des Standes .	=	24013239
= Kaufleuten	=	318239282
= Kleinbürgern und Handwerkern	=	82435984
= einzelnen Bauern	=	158414267
= Bauerngenossenschaften	=	129733779
= Bauerngemeinden	=	46976742
= Kosaken	=	27799754
= anderen Dorfbewohnern, die einem anderen Rechte unterstehen	=	80686822
= ausländischen Untertanen	=	24701439
Zusammen mit Personen anderer Kategorien	für	2027308856

Auf diese Weise erhielt der Adel beim An- und Verkauf des Landes, das ihm nach Aufhebung der Leibeigenschaft als Erbteil der verflossenen Epoche verblieben war, eine ungeheure Geldsumme, da er bedeutend mehr verkaufte als ankaufte. In den dreißig Jahren von 1863 bis 1892 ergab sich für den Adel beim An- und Verkauf des Bodens ein Unterschied von 638 Millionen Rubel. In den folgenden Jahren vergrößerten sich noch die Summen, die dem Adel durch Landverkauf zufielen.

In den zehn Jahren von 1883 bis 1892 überstieg der Landverkauf des Adels den Ankauf durchschnittlich um 30 Millionen Rubel.

In den Jahren 1893 bis 1895 erreichte der Unterschied zwischen der Ankaufs- und Verkaufssumme eine Höhe von 31 bis 41 Millionen Rubel jährlich. Diese ungeheuren Summen gingen von Personen anderer Stände auf den Adel über.

Ziemlich bedeutende Käufer waren außerdem, die in der Rubrik „juristische Personen, außer den Genannten" eingetragen sind, und „Vereinigungen verschiedener Stände".

Durch den Charakter der Ankäufe und den Stand der Käufer werden auch zum Teil die Zwecke der Landerwerbungen bestimmt. Wenn zum Beispiel ein Kaufmann ein großes Landgut ankauft

so kann man von vornherein sagen, daß dasselbe nicht von ihm persönlich bearbeitet werden wird: das Land wird ihm entweder nur als eine Quelle von Renteneinkünften dienen oder zur Einrichtung einer großen Wirtschaft. Wenn wir von diesem Standpunkt aus den Ankauf des Landes durch verschiedene Personen betrachten, so finden wir, daß bei der Mobilisation des Grundbesitzes nicht die Veränderung des Charakters der Bodenausnützung, sondern der Übergang des Grundbesitzes aus den Händen des einen Standes in die des anderen die Hauptbedeutung hat.

Von den 2 Milliarden Rubel, für die einzelne Personen und Gruppen verschiedener Stände Land angekauft haben, kommen auf die Bauerngenossenschaften und Gemeinden nur ungefähr 177 Millionen Rubel; dagegen haben sie nur für 26 Millionen Rubel Land verkauft. Wenn wir annehmen, daß alle diese Genossenschaften und Gemeinden aus Personen bestehen, die das Land selbst bebauen, so wäre auch in diesem Falle weniger als der zehnte Teil sämtlichen angekauften Landes in die Hände dieser Gruppe gelangt. Auf jeden Fall führte der Ankauf des Bodens durch diese Genossenschaften und Gemeinden dazu, daß an Stelle des Einzelbesitzers mehrere Kleinbesitzer traten. Das hat die große sozialökonomische Bedeutung, daß es zu einer Verteilung der Renteneinkünfte aus dem erworbenen Lande unter eine zahlreiche Gruppe Eigentümer führte.

Über die Entwicklung des Grundbesitzes der Großbauern, deren Landanteil mehr als 25 Deßjätinen beträgt, geben folgende Zahlen aus dem Jahre 1893 ein Urteil ab.

Größe eines Landgutes in Deßjätinen	Durch einzelne Bauern angekaufte Deßjätinen	verkaufte Deßjätinen
25 bis 50	33070	19502
50 = 100	34881	21315
100 = 250	67380	31772
250 = 500	46574	19861
500 = 1000	49079	27290
1000 = 2000	38902	13362
2000 = 3000	7315	5767
3000 und mehr	7126	6187
Zusammen	284327	145056

Im Vergleich zur Vergrößerung des Grundbesitzes der Großbauern ist die des einzelnen Kleinbauern äußerst gering. „Daß der

kleine Privatbesitz in der Vergrößerung des Bauernlandes nur eine geringe Rolle spielt, zeigen folgende Angaben aus dem Jahre 1893."*

Größe des Landgutes in Deßjätinen	Durch einzelne Bauern angekaufte Deßjätinen	verkaufte Deßjätinen
weniger als 1	594	348
1 bis 3	2931	3522
3 = 5	4708	6018
5 = 10	14003	14606
10 = 15	8627	12402
15 = 20	6186	9061
20 = 25	6716	10980
Zusammen . .	43765	56937

Danach übersteigt der Ankauf den Verkauf nur um 16272 Deßjätinen. Im Jahre 1893 verkaufte jedoch der Adel 2091412 Deßjätinen und kaufte 1104411 Deßjätinen; folglich ging ungefähr 1 Million Deßjätinen in die Hände anderer Stände über. „Eine etwas größere, wenn auch im allgemeinen geringe Rolle spielen in der Verteilung des Grundbesitzes die Dorfgemeinden." Für das Jahr 1893 kauften die Bauerngemeinden 63535 Deßjätinen und verkauften 23126 Deßjätinen; danach stieg der Besitz dieser Gemeinden um 40409 Deßjätinen, was ungefähr 4 Prozent des gesamten vom Adel veräußerten Landes ausmacht. So hat dieser Übergang des Bodens aus den Händen des Adels in die der Bauern nicht die Bedeutung, die man ihm gewöhnlich zuschreibt. Die Hauptmasse des Bodens fällt denjenigen Bauern zu, die nun als Großgrundbesitzer erscheinen.

Neben dem einzelnen Großgrundbesitzer stehen im Ankauf des Landes die Bauerngenossenschaften. Leider ist der Umfang des Landes, das auf jeden Teilhaber kommt, aus den vorhandenen Angaben nicht ersichtlich.

Zwar haben die Landkäufe der einzelnen Bauern im allgemeinen keine Wirkung auf die Veränderung der Größe des Grundbesitzes, wohl aber hat es eine große gesellschaftliche Bedeutung: durch

* Reinbot, Statistische Materialien über die Bewegung des Grundbesitzes. Lieferung 1.

diesen Mobilisationsprozeß verschwindet allmählich der Standescharakter des Grundbesitzes.

Durch den Landankauf einzelner Bauern entsteht eine neue Kategorie von Großgrundeigentümern, die zwar juristisch zu den unprivilegierten Ständen gehören, die aber doch ihrer sozialökonomischen Lage nach an Stelle des Adels treten. Zieht man in Betracht, daß eine ungeheure Menge Landes in ungeteilter Form auf Personen übergeht, die dem Handels-, Bürger- und Bauernstand angehören, so tritt schon die Bedeutung der Grundeigentumsmobilisation deutlich hervor. Früher waren der Adel und die Klasse der Grundeigentümer identisch, allmählich aber trennten sie sich. Die Klasse der Grundeigentümer füllt sich mit Personen anderer Stände an, die teilweise die früheren Grundeigentümer daraus verdrängen, indem sie ungeheure Summen für den Boden zahlen.*

Der Übergang des Bodens in andere Hände und die hieraus folgende Auswahl geeigneter wirtschaftlicher Persönlichkeiten hätte doch der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft günstig sein sollen. Aber abgesehen von den allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, die die Organisation produktiverer landwirtschaftlicher Betriebe verhindern, liegen in den Bedingungen des Grundbesitzes selber die Ursachen, die die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen.

Die gewaltige Summe von 2 Milliarden Rubel, die von den neuen Besitzern zum Ankauf von Land verwendet wurde, stellt für die Landwirtschaft einen direkten Verlust dar. Während in der Industrie der Aufwand an Grundkapital unmittelbar zu einer Steigerung der Produktivität führt, erscheint das in der Landwirtschaft zum Bodenankauf verwendete Kapital als ein totes. Es dient nur zu Verschiebungen im Besitz des Landes, ohne irgend

* Dies hat eine große Bedeutung in der Frage über die Regulierung der landwirtschaftlichen Arbeiterverdingung. Hier treten die Standesverhältnisse, die der Gesetzgebung über die landwirtschaftlichen Arbeiter zugrunde liegen, sehr scharf hervor. Die Mobilisation des Bodens vermischt die Stände und macht das Standesprinzip zu einem Anachronismus, sie setzt an Stelle der landwirtschaftlichen Stände verschiedene landwirtschaftliche Klassen, — an Stelle des adligen Grundbesitzerstandes die Klasse der Großgrundbesitzer, — an Stelle des Bauernstandes die Klasse der Kleingrundbesitzer und Arbeiter.

welchen Einfluß auf die Produktivität der Arbeit zu haben. Dieser Umstand ist nicht nur bei den kleinen Besitzern, Genossenschaften und Gemeinden zu konstatieren, die oft ihren letzten Groschen für den Bodenankauf ausgeben und sich infolgedessen der Möglichkeit berauben, diese Groschen zur Verbesserung der Wirtschaft zu verwenden, sondern auch bei dem großen Käufer — dem Kapitalisten.

Von den 2 Milliarden Rubel, die auf Bodenankauf und Bodenverkauf bis zum Jahre 1893 aufgewendet wurden, wurde nicht ein einziger Rubel zur Verbesserung der Getreideproduktion auf dem gekauften Boden verwendet.

Diese Seite der Grundeigentumsverteilung hatte eine gewaltige Bedeutung besonders für die Wirtschaft der kleinen Landkäufer, Bauern- und anderer Dorfbewohnergenossenschaften.

Diese zum Landankauf verwendeten bedeutenden Geldmittel, die durch eigene oder durch Ausnutzung fremder Arbeit erworben waren, erwiesen sich auf jeden Fall unproduktiv für die Wirtschaft der Landkäufer, gingen ihnen verloren, und die Verbesserung ihrer Wirtschaft ist nur bei einer weiteren Kapitalanhäufung in den Händen dieser kleinen Landwirte möglich. Je niedriger das ökonomische Niveau dieser gewöhnlich wohlhabenderen Gruppe der Landbevölkerung ist, eine um so größere Bedeutung hat ein solcher „Extra"abfluß der Geldmittel aus dem Dorfe; denn um so später werden die Resultate der Grundeigentumsmobilisation in der Bauernwirtschaft zum Ausdruck kommen. Diese wohlhabendere Gruppe der Bauernschaft verwendet ihre Mittel zur „Ansammlung" von Land und verbleibt doch zeitweilig auf dem Niveau der gewöhnlichen Bauern. Wenn irgend welche Mittel vorhanden sind, so kauft man dafür kein Pferd, keine Kuh, keinen Pflug usw., sondern eine oder zwei Deßjätinen Land, da die Erwerbung des Bodens unbedingt der Erwerbung von Inventar vorausgehen muß. Die angeführten Erwägungen beziehen sich auch auf die großen Landkäufer aus dem Stande der Bauern, der Kaufleute und anderer.

Dieser Mobilisationsprozeß des Grundeigentums verstärkt noch auf solche Weise den Abfluß der Geldmittel aus dem Dorfe, aus der Landwirtschaft, der hervorgerufen wurde durch die geschichtlichen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse, die noch heute im Dorfe herrschen.

Wenn wir zur Betrachtung der Mobilisation des Bodens in den einzelnen Gebieten übergehen, so finden wir einen Unter-

schied in der Bewegung des Grundeigentums in den verschiedenen Rayons.

Im zentralen Schwarzerdegebiet verteilte sich das Grundeigentum beim An- und Verkauf während dreißig Jahren in folgender Weise (Gouvernements Woronesch, Kasan, Kursk, Orel, Pensa, Rjäsan, Saratow, Simbirsk, Tambow und Tula):

	Gekauft		Verkauft	
	Rubel	Deßjätinen	Rubel	Deßjätinen
Adlige und Beamte .	262259480	5900628,6	424944989	9162899,0
Ehrenbürger . . .	29681892	621332,9	17661521	351621,1
Kaufleute	101946924	2105332,7	38028964	745165,5
Kleinbürger. . . .	20175485	381526,1	15595599	274702,5
Einzelne Bauern . .	47251518	898405,4	23067604	471674,5
Bauerngenossenschaften	26489144	463312,7	4618983	85903,9
Bauerngemeinden . .	14849810	258077,8	4244393	60849,5
Zus. mit Personen anderer Gruppen . .	558795221	11788795,3	558795225	11788795,3

Auf diese Weise kam ein großer Prozentsatz des verkauften Landes in der bevölkertsten Gegend der zentralen Schwarzerde in die Hände der Kaufleute, Bürger und Großbauern. Die Bauerngemeinden vergrößerten den Umfang ihres Grundbesitzes in dreißig Jahren nur um 200000 Deßjätinen, das heißt von allem an- und verkauften Boden erwarben die Bauerngemeinden weniger als 2 Prozent.

In den südlichen Schwarzerde-Steppengouvernements (Bessarabien, Gebiet der Donschen Kosaken, Jekaterinoslaw, Taurien und Cherson) erscheint eine neue große Gruppe einzelner Käufer, die unter der Rubrik Dorfbewohner angeführt sind, die einem besonderen Rechte unterstehen, aber nicht zu den Kosaken gehören.

Von einer ungefähr gleichen Menge angekauften und verkauften Landes (11913680,7 Deßjätinen), wie in der zentralen Schwarzerde, kaufte diese Gruppe 1872945,5 Deßjätinen für die Summe von 69770766 Rubel und verkaufte 686688 Deßjätinen für die Summe von 23742208 Rubel. Die übrigen Gruppen erwarben von dem Adel eine Landmenge ungefähr in demselben Verhältnis wie in der zentralen Schwarzerde.

Im östlichen Schwarzerdegebiet (die Gouvernements Orenburg, Samara und Ufa) spielen die Gemeinden beim Landankauf eine noch geringere Rolle; der Boden wird meist von Kaufleuten, einzelnen Bauern und Genossenschaften erworben.

Im ganzen wurden im Schwarzerdegebiet von 40455692,5 Deßjätinen während dreißig Jahren verkauft:

	Gekauft	Verkauft
Adlige und Beamte . . .	18107072,6	18669872,4
Ehrenbürger	1635696,6	997229,5
Kaufleute	6555005,9	2532058,5
Bürger	1475688,5	920328,5
Einzelne Bauern	2366596,6	998450,1
Bauerngenossenschaften . .	1952571,6	271138,6
Bauerngemeinden . . .	665706,7	155083,5

In den Gouvernements der Waldzone machte das Kleineigentum etwas größere Erwerbungen, sowohl durch die Genossenschaften als auch durch die Gemeinden. Von 40271099,5 Deßjätinen verkäuflichen Landes wurde verkauft beziehungsweise angekauft:

	Gekauft	Verkauft
Adlige und Beamte . . .	15195187,5	28669872,4
Ehrenbürger	2318557,9	997229,5
Kaufleute	8050031,6	2532058,5
Kleinbürger	1314768,3	920328,5
Einzelne Bauern	3423266,1	998450,1
Bauerngenossenschaften . .	2895071,8	271139,6
Bauerngemeinden . . .	807604,6	155083,5

Die größten Erwerbungen wurden durch die Bauerngenossenschaften und -gemeinden in den Industriegouvernements der Waldzone gemacht, wo von den Genossenschaften 127143,4 Deßjätinen angekauft und 124497,1 Deßjätinen verkauft wurden; die Gemeinden kauften 435151 Deßjätinen und verkauften nur 19282,6 Deßjätinen.

Die von uns angeführten Zahlen charakterisieren nur im allgemeinen den Mobilisationsprozeß des Grundeigentums. Aber auch diese allgemeinen Ergebnisse geben ein lehrreiches Bild der Verschiebungen der gesellschaftlichen Gruppen untereinander, wobei die dem ganzen europäischen Rußland gemeinsame Tendenz am schärfsten zum Ausdruck kommt, nämlich die, die adligen Groß-

grundbesitzer durch solche aus anderen Ständen zu ersetzen.

Die ungeheuren Aufwände der landwirtschaftlichen Bevölkerung für den Landankauf, die für den landwirtschaftlichen Betrieb nicht verwendet werden konnten, hatten hier eine ebensolche Bedeutung, wie die unproduktive Verwendung eines bedeutenden Teiles des in der Industrie erhaltenen Gewinns. Vorläufig dienten diese Aufwände nicht zur Entwicklung der Produktivkräfte, sondern zum Übergang des Bodens aus den Händen des einen Standes in die der anderen Stände. Vorläufig siedelt sich auf dem angekauften Boden der Kaufmann an. Der Ankauf aber durch die Bauerngenossenschaften ist für die Entwicklung der Produktivkräfte ein direkter Verlust. Gleichzeitig ist dies aber ein Anzeichen dafür, daß im Dorfe ein allmählicher Akkumulationsprozeß stattfindet. Der Landwirt, auch der kleine, hat sich beim Ankauf des Bodens schon dadurch eine gewisse Einnahmequelle gesichert.

Viertes Kapitel.

Entstehungsursachen des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses.

Mit der Bevölkerungszunahme auf einem gegebenen Territorium ändert sich gleichzeitig auch die Form der Landwirtschaft. Gewöhnlich ist bei einer dünnen Bevölkerung und genügendem Landvorrat die Viehzucht vorteilhaft, da sie unter diesen Bedingungen einen verhältnismäßig geringen Arbeitsaufwand erfordert. Die Landwirtschaft, sei sie nun Natural- oder Geldwirtschaft, besteht in dünn bevölkerten Gegenden hauptsächlich in Viehzucht, und gewährt der große Landvorrat die Möglichkeit einer höchst extensiven Führung der Landwirtschaft. Deshalb ist eine bedeutende Entwicklung der Viehzucht in dünn bevölkerten Gegenden das wichtigste Zeichen des Wohlstandes der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Mit der Bevölkerungszunahme, der Steigerung der Getreide- und Bodenpreise, mit der Entwicklung der Getreideproduktion für den Markt vergrößert sich das Ackerland und wächst die Möglichkeit für eine dichtere Bevölkerung, sich auf einem gegebenen Territorium ernähren zu können. Die Bebauung großer Flächen mit Getreide für den Markt fordert gleichzeitig auch eine größere Menge Arbeitskräfte, als an Ort und Stelle für die Ernte- und Bestellungsarbeiten zu haben sind. Unter solchen Bedingungen entwickelt sich rasch eine halb- oder reinkapitalistische Bauernwirtschaft und eine bedeutende Nachfrage nach Arbeitskräften. Bei einer dichteren Dorfbevölkerung, wo bereits ein großer Teil der Bodenfläche mit Getreide bestellt ist, wird sehr bald kein Mangel an Arbeitskräften, sondern Mangel an Boden empfunden. Je ausgedehnter das gepflügte Land ist, um so geringer ist die Viehmenge, die durch Weidefütterung ernährt wird. Folglich wird bei einer Bevölkerungszunahme und größeren Ausdehnung der Getreidefelder, die zur Befriedigung der eigenen Lebensbedürfnisse bebaut werden, die Weidefläche für das Vieh beständig verkleinert und der Unterhalt für das Vieh teurer. Der Ernährungscharakter der Landwirtschaft führt bei einem bedeutenden Teile der Bauern zu einer Verminderung

der Viehzucht. In dicht bevölkerten Gegenden vermindert sich die Menge des jungen, nicht zur Arbeit verwendeten Viehes, wie es die Militärpferdezählungen bestätigen. Dabei ist jedoch das Arbeitsvieh zur Landbearbeitung erforderlich; wo sich das Ackerland schnell vergrößert, muß sich auch die Menge des Arbeitsviehes vermehren. Diese beiden entgegengesetzten Tendenzen können nur durch den Übergang zu einer neuen intensiveren Kultur, dank welcher das Land mehr Getreide und Viehfutter liefert, ausgeglichen werden. Wo aber ein solcher Übergang noch nicht stattgefunden hat, gerät das Bestreben der Bevölkerung, sich mit Getreide zu versorgen, in immer größeren Widerspruch mit der Notwendigkeit, sich das nötige Arbeitsvieh zu verschaffen. Die Fläche des Bauernlandanteils reicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauernfamilie und Fütterung des Viehes nicht mehr aus. Darum entwickelt sich gleichzeitig mit der Bildung eines relativen landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses auch ein relativer Überschuß an Arbeitspferden auf dem gegebenen Territorium; gleich den Mitgliedern der Bauerngemeinde wird auch das Arbeitsvieh der Bauern ungenügend ernährt.

In den 20 Gouvernements des westlichen und zentralen Rußland hat sich die Gesamtmenge der Bauernpferde von 1888 bis 1893/94 bedeutend vermindert. „In den drei bis fünf Jahren, die zwischen den beiden Zählungen liegen, wird eine Erhöhung des Prozentsatzes der pferdelosen Wirtschaften und solcher, die nur ein Pferd halten, beobachtet, sowie eine Verminderung der relativen Bedeutung der Wirtschaften mit vielen Pferden in der Gesamtsumme der Bauernhöfe; je mehr Pferde die betreffende Gruppe früher besaß, um so deutlicher macht sich jetzt diese Verminderung bemerkbar. Alle Gruppen bewegten sich nach einer Richtung hin — sie näherten sich der pferdelosen Gruppe. Da aber diese Tendenz bei der Gruppe mit vielen Pferden stärker war als bei den Wirtschaften mit einem Pferde, so vergrößerte sich die letztere und ihre relative Bedeutung wuchs.“ *

Dieser Rückgang der Pferdezahl, der nach P. Wichljajew von den südlichen Grenzgebieten aus nach dem Zentrum Rußlands hin stattfindet, wird bei jeder Pferdezählung konstatiert, da er schon

* P. Wichljajew, Einteilung der ländlichen Wirtschaften nach dem Arbeitsvieh in Rußland, „Volkswirtschaft“, 7. Band, 1900.

seit langer Zeit besteht. Die Bevölkerungszunahme mußte bei einer unveränderten Bodenkultur zu einer Verminderung der Pferdeanzahl im zentralen Rayon führen.

Die Verkürzung des Bauernlandes bei Aufhebung der Leibeigenschaft, die Notwendigkeit, einen bedeutenden Teil der landwirtschaftlichen Produkte der Steuerentrichtung wegen zu veräußern, mußte die Existenzmittel der zunehmenden Bevölkerung verringern. Das Sinken des Bauernwohlstandes mußte vor allem in einer Verminderung des Arbeitsviehs zum Ausdruck kommen, und die Bevölkerungsvermehrung konnte nur vor sich gehen unter einer weiteren Reduzierung ihrer Bedürfnisse.*

---

* Die Angaben über die bäuerlichen Wirtschaftsbudgets könnten am besten die Abhängigkeit des Konsums von dem wirtschaftlichen Wohlstand und den Einfluß erklären, den die Steigerung und Verminderung der Bedürfnisse bei gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen auf die Aufnahmefähigkeit des Territoriums ausübt. Leider sind die vorhandenen Arbeiten über die bäuerlichen Budgets noch zu sehr von der Meinung durchdrungen, daß die Bauern eine einheitliche Masse darstellen. Dieser Standpunkt hindert die objektive und wissenschaftliche Untersuchung dieser Frage. Dennoch geben die in methodologischer Hinsicht ungenügenden Arbeiten F. Schtscherbinas (Die Bauernbudgets) eine gewisse Vorstellung darüber, in welcher Weise die Befriedigung der Bedürfnisse von der Größe der Bauernparzelle abhängt. Folgendermaßen stellt sich die Höhe der Bedürfnisse für eine männliche oder weibliche Person der verschiedenen Wirtschaftsgruppen:

	Persönliche Bedürfnisse	Wirtschaftliche Bedürfnisse	Zusammen
Landlose Gruppe	33,78 Rubel	20,01 Rubel	53,79 Rubel
Hof bis 5 Deßjätinen . . .	32,89 =	21,38 =	54,27 =
= von 5 bis 15 Deßjätinen	32,73 =	26,96 =	59,69 =
= = 15 = 25 =	34,17 =	29,91 =	64,18 =
= = über 25 =	40,42 =	35,95 =	76,37 =

Das von Schtscherbina bei Aufstellung seiner Tabelle angenommene Merkmal ist für die verschiedenen Wirtschaftstypen nicht charakteristisch. Dennoch ist aus seiner Tabelle ersichtlich, daß die ärmsten Bauerngruppen (die landlosen, die ihre Einkünfte aus Gewerben beziehen, davon ausgenommen) ihre persönlichen Bedürfnisse (an Nahrung, Wohnung, Kleidung usw.) beschränken, um die wirtschaftlichen zu befriedigen und die zu ihrer Existenz erforderliche Wirtschaft unterhalten zu können. Nur um einen solchen Preis ist die Zunahme der Familie und die Vergrößerung der Parzelle möglich.

Das Sinken des bäuerlichen Wohlstandes mußte auch eine Wirkung auf die Organisation der Bauernwirtschaft ausüben. Schon a priori läßt sich der Schluß ziehen, daß bei einem allgemeinen Sinken des bäuerlichen Wirtschaftsniveaus nur wenige imstande sind, sich in ökonomischer Hinsicht zu heben; daß ferner ein bedeutender Teil der landwirtschaftlichen Produkte nicht in die Hände der ökonomisch stärkeren Bauern gelangt, sondern in Form von Steuern veräußert wird. Der Rest fällt als Pachtzins den Großgrundbesitzern zu. Und wirklich ist der Pachtzins, wie wir weiter sehen werden, im zentralen Schwarzerdegebiet verhältnismäßig sehr hoch. Hier ist es also für den Bauern schwerer, aus seiner Wirtschaft nicht nur den Arbeitslohn, sondern auch einen gewissen Profit zu erzielen: der Profit geht ihm gänzlich in Form des Pachtzinses verloren.

Der Bodenmangel führte bei gleichbleibender Kultur (Dreifelderwirtschaft) zu einer absoluten Verminderung des Arbeitsviehs.* Nur in jenen kleineren Rayons, wo die Bauern zu einer intensiveren Wirtschaft, zum Futterbau übergingen, fand eine geringe Vermehrung des Hornviehs statt.** Eine solche Veränderung in der Bodenkultur wird jedoch nur in zwei bis drei Industriegouvernements der Waldzone beobachtet.

Je schlechter jene allgemeinen Bedingungen sind, unter denen sich die kleine Landwirtschaft befindet, je höher die Steuerlast und je mehr Land den Bauern entzogen worden ist, desto eher tritt eine Übervölkerung ein, in desto schärferer Form kommt sie zum Ausdruck. Die Einschränkung der Bedürfnisse der landarmen Bauern gelangte schließlich, beim Fehlen der Gewerbe, auf jenem äußersten Minimum an, auf dem die Degeneration beginnt. Als Illustration der schlimmen Folgen des Bodenmangels für die landwirtschaftliche Bevölkerung kann die Lage der Einwohner in den Dörfern Nowo-Schiwotinski und Mochowatka (im Gouvernement Woronesch) dienen, wie sie von dem Semstwoarzt A. Sch. Schingarew beschrieben worden ist.*** Die Einwohner dieser Dörfer er-

* Siehe P. Wichljajew, Einteilung der ländlichen Wirtschaften nach dem Arbeitsvieh in Rußland, „Volkswirtschaft", 7. Band, 1901.

** Siehe P. Wichljajew, Überblick über die Entwicklung des bäuerlichen Futterbaues im Gouvernement Twer.

*** A. Sch. Schingarew, Die Dörfer Nowo-Schiwotinski und Mochowatka in sanitärer Beziehung. Versuch einer sanitär-ökonomischen Vor-

hielten bei der Bauernbefreiung einen Schenkungs-„Bettelanteil", der ihnen einen so geringen Ertrag gewährte, daß davon nicht einmal die Wanzen und Schaben, geschweige denn die Bevölkerung dieser Dörfer ernährt werden konnten. Die Armut ist so groß, daß das Vorhandensein von Wanzen und Schaben in einem solchen Bauernhaus als Zeichen eines gewissen Wohlstandes gilt.

Hier kann keine Differenzierung der Bauern stattfinden, da fast alle arm sind.

Die Dörfer Nowo-Schiwotinski und Mochowatka stellen den Typus eines aussterbenden Dorfes dar. Der Gemeindebesitz rettet die Einwohner nicht vor dem Aussterben; im Gegenteil verhindert er, wie wir sehen werden, das Auswandern der Bevölkerung. Ebenso konnten auch die Einwohner dieser Dörfer die Zerstörung der Gemeinde nicht aufhalten.

In ähnlicher Lage befinden sich alle landarmen Bauern in den rein landwirtschaftlichen Gouvernements, denen ihr ungenügender Landanteil kein ausreichendes Einkommen gewährt; auch fehlen die Gewerbe, die ihnen als Erwerbsquelle dienen könnten. So kommt W. Obuchow in seinem Artikel „Die ökonomischen Ursachen der Sterblichkeit und der Degeneration der Bauernbevölkerung des Gouvernements Woronesch" zu dem Schlusse, daß mit der Vergrößerung des Landanteils die jährliche Sterblichkeit folgendermaßen sinkt: von 45,6 auf 39,7, 32,7, 26,8 und 24,4 pro 1000 Personen männlichen Geschlechtes.

Gleichzeitig mit dem Steigen der Sterblichkeit je nach der Verminderung des Landanteils häufen sich auch die Anzeichen der Degeneration. So kommen an Verkrüppelten auf 10000 Personen in Bezirken mit einem Einkommen

	bis	10	Rubel	. . .	643	Verkrüppelte
von	10	= 15	=	. . .	457	=
=	15	= 20	=	. . .	395	=
=	20	= 25	=	. . .	276	=
	über	25	=	. . .	371	=

Die Entwicklung der Industrie hängt von vielen Ursachen ab; aber der Gemeindebesitz ist nicht imstande, in irgend einem Rayon

---

sehung über ein aussterbendes Dorf. Beilage zu Nr. 38 bis 41 der „Saratower Semstwo-Woche" für das Jahr 1901.

diese Entwicklung aufzuhalten. Dennoch haben die Verteidiger der Bauerngemeinde vollkommen recht, wenn sie diese als ein Bollwerk gegen den „zersetzenden" Einfluß des Kapitalismus auf die Gemeindemitglieder bezeichnen.*

Der infolge der ungünstigen sozialökonomischen Verhältnisse entstandene landwirtschaftliche Bevölkerungsüberschuß hält an der Gemeinde fest und sucht Beschäftigung in der Landwirtschaft, obgleich eine solche nicht zur Deckung aller ihrer Bedürfnisse ausreicht.

Daraus ergibt sich der Widerspruch, daß die landlosen Bauern, bei denen ein großer Prozentsatz von Familien keinen Arbeiter hat, fast ein doppelt so großes Einkommen aus den Gewerben beziehen als die anderen Gruppen der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Dort, wo sich die landwirtschaftliche Bauernbevölkerung nicht unter dem Einfluß der Industrieentwicklung befindet, führt sie einen ihren Kräften entsprechenden Kampf gegen die ungünstigen Bedingungen; sie vermehrt sich ebenso energisch weiter, indem sie häufig ihre Bedürfnisse herabsetzt, die Zahl der Haustiere einschränkt usw. Je ärmer also unter solchen Bedingungen die Bevölkerung ist, desto weniger kann sie sich nach dem ökonomischen Wohlstand und den wirtschaftlichen Interessen differenzieren. Wie aus den statistischen Angaben der Semstwo und zum Teil aus den Militärpferdezählungen hervorgeht, verhindert die allgemeine Armut der Bauern den Differenzierungsprozeß, der viele unserer vaterländischen Ökonomisten so erschreckt. Diese Garantie der Armut leistet die Gemeinde in ihrer jetzigen Gestalt, da sie eine verborgene landwirtschaftliche Übervölkerung dort schafft, wo der „zersetzende" Einfluß des industriellen Kapitalismus nicht vorhanden ist. Die Entwicklung des Warenaustausches, die zum Kapitalismus in der Industrie führt, schafft die Möglichkeit einer erhöhten Bevölkerungsdichtigkeit nur in jenen Gebieten, wo die Bevölkerung zur Industrie übergeht. Darum kann in rein landwirtschaftlichen Gebieten das Fehlen des industriellen Kapitalismus und der Differenzierung als ein sicheres Anzeichen einer landwirtschaftlichen Übervölkerung gelten.

* * *

* Als Hauptursache, die die Entwicklung der Industrie hemmt, erscheint der unproduktive Verbrauch des „nationalen" Einkommens.

Nach alledem schützen selbst für die Landwirtschaft günstige Naturbedingungen (fruchtbarer Boden) bei ungünstigen sozialen Verhältnissen nicht vor einer schweren, bedrückten ökonomischen Lage. Das Fehlen der Industrie führt im zentralen Schwarzerdegebiet zur Entwicklung einer Übervölkerung in schärfster Form. Da die landwirtschaftliche Bevölkerung keinen anderen Erwerb als den in der Landwirtschaft findet und finden kann, zahlt sie entweder dem benachbarten Grundbesitzer die erhöhte „Hungerpacht" und vermietet sich für einen äußerst geringen Lohn zu landwirtschaftlicher Arbeit an Ort und Stelle, oder aber sie sucht Arbeit außerhalb, übersiedelt schließlich in andere Gegenden, sie wandert aus.

Nach der Höhe des Bodenpachtzinses, der Fluktuation der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Auswanderung nach Sibirien lassen sich die Herde der landwirtschaftlichen Übervölkerung bestimmen, die gezwungen ist, entweder einen besseren Erwerb oder einen besseren Ansiedlungsort zu suchen.

Fünftes Kapitel.

Folgen der Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses.

Die Bodenpacht.

Die Pacht des Privatgrundbesitzes, der Apanagen- und Staatsländereien ist von gewaltiger Bedeutung für die Bauernwirtschaft, sowohl hinsichtlich des Umfanges des gepachteten Bodens, als auch der Anzahl der Pachthöfe. Für die wohlhabenden Bauern hat die Bodenpacht insofern Bedeutung, als sie ein Mittel ist, die Geldeinnahme durch Vergrößerung des Ackerlandes zu erhöhen. Je wohlhabender der Pächter ist, desto mehr hat die Pacht einen Unternehmungscharakter, von um so größerer Bedeutung ist für ihn die dadurch gewonnene Geldeinnahme. Für die ärmsten Pächter hat die Bodenpacht eine ganz andere Bedeutung: für sie ist die „Pachtung" kleiner Strecken von Privatland ein eigenartiges Mittel, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; sie erhalten für ihre Arbeit eigentlich nur einen kleinen Teil der Produkte der von ihnen bearbeiteten Parzelle.

Hieraus läßt sich schon schließen, daß die Bodenpachtpreise im letzteren Falle höher sein müssen, da der kleine Pächter nicht imstande ist, den Unternehmerprofit für sich zu behalten.

Dieser Unterschied im Charakter der Pacht kommt auch in ihrer Form, hauptsächlich aber in der Höhe des Pachtzinses zum Ausdruck. Für den Pächter, der aus der Pacht eine Geldeinnahme und Profit erzielen will, ist es nicht vorteilhaft, einen so hohen Pachtzins zu zahlen, der nicht nur den Profit, sondern auch einen Teil des Arbeitslohns verschlingt. Nur die äußerste Not zwingt den armen Bauern, unter Bedingungen Land zu pachten, bei denen er dem Grundbesitzer den ganzen Profit in Form des Pachtzinses auszahlt, seine eigene Arbeitskraft aber äußerst niedrig einschätzt. Es versteht sich, daß es zwischen diesen beiden extremen Pächtergruppen zahlreiche Zwischengruppen gibt, die zur Erhöhung ihres Geld- und Naturalbudgets Land pachten. Der Unterschied im Wohlstand der verschiedenen Gruppen führt auch zu einem Unterschied

in den Pachtformen. Die wohlhabenderen Bauern pachten auf mehrere Jahre für einen niedrigen Pachtzins, die weniger wohlhabenden pachten nur auf ein Jahr und zahlen oftmals einen doppelt hohen Pachtzins.

Obwohl die ärmere Bauernbevölkerung die Pachtpreise in die Höhe treibt und stellenweise sogar gezwungen ist, eine „Hungerpacht" zu zahlen, fällt doch der größte Teil des gepachteten Landes den reicheren Landwirten zu. Die Pachtpreise in den Gebieten einer relativen landwirtschaftlichen Übervölkerung steigen schließlich infolge der gegenseitigen Konkurrenz zu einer solchen Höhe, daß die Pacht für die wohlhabenderen Bauern immer unvorteilhafter wird. Es findet also eine allgemeine Verarmung der Pächter statt.

Auf diese Weise führt die landwirtschaftliche Übervölkerung zu einer Zerstückelung des Pachtlandes und zum Abfluß des Kapitals aus der Landwirtschaft, da die ländliche Bourgeoisie die Industrie und den Handel der Landwirtschaft vorzieht. In Gebieten mit relativer landwirtschaftlicher Übervölkerung steht die Technik niedriger als in weniger bevölkerten Gebieten. Man könnte glauben, daß in Gebieten mit hohem Pachtzins auch die Technik der Produktion höher steigen müßte. In Wirklichkeit aber ist das Umgekehrte der Fall. Die landwirtschaftliche Technik sinkt regelmäßig, je mehr man sich den Gebieten mit hohen Bodenpachtpreisen und dichter landwirtschaftlicher Bevölkerung nähert.

Folglich erhöhen dieselben ökonomischen und sozialen Faktoren, die eine relative Übervölkerung schaffen und die Bevölkerung an die Scholle fesseln, den Pachtzins.* Sie versetzen auch die an Besitz von Arbeitsvieh und wirtschaftlichen Einrichtungen wohlhabenden Bauern in eine schwierige Lage. Hiervon haben bis zu gewissen Grenzen nur die Grundbesitzer, die ihr Land verpachten, einen Vorteil. Die ärmeren Bauern haben von der Landpachtung, wie wir oben gesehen haben, sehr geringen Nutzen.

* N. Karyschew gibt zu, daß „die ganze Summe der Ursachen, die die Verbreitung der mehrjährigen Pacht auf Kosten der einjährigen fördern, auch die Herabsetzung der Pachtpreise beeinflußt, und zwar nicht nur im Verhältnis zu dem vorhandenen Preisunterschied der beiden Pachtformen, sondern auch progressiv, da die Preise bei mehrjähriger Pacht sehr schnell sinken". Es ist leicht verständlich, daß die Verbreitung der einjährigen Pacht eine entgegengesetzte Wirkung ausübt.

Auf diese Weise können die Höhe des Pachtzinses und der Umfang der gepachteten Landstücke als Hinweis auf eine relative Übervölkerung dienen, in welcher die Ackerbauern so fest an der Scholle kleben, daß sie selbst die erhöhte Pacht zahlen.

Der höchste Pachtpreis für kleine Parzellen findet sich im zentralen landwirtschaftlichen Gebiet, und zwar in folgenden Gouvernements: Tschernigow, Poltawa, Kursk, Orel, Rjäsan, Tambow, im nördlichen Teil von Saratow und Woronesch. Dieses Gebiet weist auch einen niedrigen Arbeitslohn der ländlichen Arbeiter auf. Ferner liefert es die größte Masse solcher landwirtschaftlicher Arbeiter, die außerhalb der Heimat Beschäftigung suchen. Von hier aus findet auch die stärkste Auswanderung nach Sibirien statt.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter wandern aus dem zentralen Schwarzerdegebiet nach allen Richtungen, nach den Grenzgebieten hin. Aus den westlichen Gouvernements wenden sie sich nach Süden, aus den östlichen weiter nach Osten. So treffen wir im Gouvernement Cherson Arbeiter aus den benachbarten nördlicheren Gouvernements, im Gouvernement Samara aus den naheliegenden westlichen Gouvernements. Die Auswanderer nach Sibirien kommen in immer wachsender Menge aus dem zentralen Schwarzerdegebiet, trotz der gewaltigen Hindernisse, die dieser Auswanderung entgegenstehen.

Durch die Verkürzung der Landanteile nach Aufhebung der Leibeigenschaft, durch das Fehlen von Gewerbe und Industrie, die imstande wäre, einen Teil der Produktivkräfte von der Landwirtschaft abzuziehen, entsteht also im zentralen Schwarzerdegebiet ein relativer Bevölkerungsüberschuß, die Pachtpreise steigen unermeßlich (Ernährungspacht*), die Bevölkerung verarmt und kann infolgedessen die Produktivität der Landwirtschaft nicht erhöhen. Die Verarmung der Bauernschaft mußte zu einer ökonomischen Gleichheit führen, weil das aus der Landwirtschaft erhaltene Überprodukt nicht von den Bauern verbraucht wird, sondern ihnen in Form von Pachtzins und verschiedenen Abgaben verloren geht.

---

* Unter „Ernährungspacht" versteht der Autor eine Pacht, die zur Ernährung der Familie unbedingt notwendig ist. Als „Hungerpacht" betrachtet er die Maximalhöhe der Ernährungspacht. Siehe darüber weiter Kap. 7. Der Übersetzer.

Je geringer die Menge der Produkte ist, die dem Bauernstand nach Abzug der zur unmittelbaren Deckung der notwendigsten Bedürfnisse erforderlichen Quanten übrig bleibt, desto geringer muß auch die Differenzierung innerhalb dieses Standes sein. Das Überprodukt verschwindet aus dem Dorfe und geht in andere Hände über. Je besser aber die Lage der Bauernschaft ist, je mehr Produkte, die nicht unmittelbar verbraucht werden, im Dorfe bleiben, desto besser sind die Bedingungen für die ökonomische Entwicklung der Bauernwirtschaft. An Stelle der wohlhabenden Bauern treten im Falle einer allgemeinen Verarmung die Großgrundbesitzer, die sich das Überprodukt in Form eines hohen Pachtzinses oder durch niedrige Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter aneignen. Die Übervölkerung, die unter der ökonomischen Gleichheit der nur halb selbständigen Wirtschaften verborgen ist, befördert eine äußerst wenig rationelle Wirtschaftsorganisation in Form der kleinen „Ernährungspacht" und der kleinen, entweder ein oder kein Pferd besitzenden Wirtschaften. Die relative Übervölkerung wird auch durch die Lebensbedingungen des Dorfes unterstützt, welche die Bevölkerungsmobilisation hemmt, aber gleichzeitig den allgemeinen Landvorrat nicht vergrößert und auch keine Möglichkeit besitzt, dies zu tun. Alle diese Bedingungen führen zu einer Verkleinerung der Viehweidefläche und zu einem Sinken des Ernteertrags, was von fast allen Erforschern des landwirtschaftlichen Zentrums konstatiert wird.

Sechstes Kapitel.

Folgen der Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses.

Die Auswanderung der Bauern nach Sibirien.

I.

Die Bauernauswanderung gewinnt nicht nur für die Auswanderer, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft eine immer größere Bedeutung. Zuerst siedelten die Bauern nach dem Süden und Osten des europäischen Rußland über, jetzt geht die Auswanderung in der Richtung über den Ural nach Sibirien. „Auf Grund der Berichte der sibirischen Gouverneure und nach den Angaben über die Ansiedler auf den Staatsländereien im Gouvernement Tomsk und im Altaigebiet . . . läßt sich sagen, daß die Auswanderung aus den inneren Gouvernements über den Ural seit der Bauernreform unaufhaltsam vorwärtsgeschritten ist. In den ersten Jahren betrug die durchschnittliche Zahl der Auswanderer ungefähr 2000 Seelen pro Jahr. Seit den achtziger Jahren steigt die Zahl der Auswanderer und machte bereits 1881/82, nach den Berechnungen von Gurwitsch, 74000 Seelen aus. Im Jahre 1885 beginnt das Registrieren der Auswanderer bei ihrer Durchreise durch das Gouvernement Tobolsk, wodurch die Zahlen an Genauigkeit gewinnen. Sie ergeben im Jahre 1885 11832, im Jahre 1890 aber schon 47378 Personen.* Im Jahre 1891 verdoppelte sich fast die Zahl der Auswanderer und erhöhte sich auf 82150 Personen. In den folgenden vier Jahren überstieg die Durchschnittszahl der Auswanderer 50000 und erreichte 1896 die noch nie dagewesene Höhe von 202302 Personen. Sie verminderte sich im Jahre 1897 auf 86575, erhöhte sich aber wieder im Jahre 1898 auf 205646, 1899 auf 223981 Personen beiderlei Geschlechtes und im

---

* Die Kolonisation Sibiriens im Zusammenhang mit der allgemeinen Kolonisationsfrage. Verlag der Kanzlei des Ministerkomitees. St. Petersburg 1900. S. 127 bis 129.

Jahre 1900 auf 230000, wie aus den Angaben der sibirischen Eisenbahnverwaltungen hervorgeht.

Die Zahl der nach Sibirien auswandernden Bauern zeigt trotz der ziemlich großen Schwankungen in den verschiedenen Jahren eine steigende Tendenz, je nachdem sich die Aufnahmefähigkeit und Ernährungsmöglichkeit auf dem einheimischen Territorium vermindert. Die Wirkung dieses Faktors zeigt sich in der Entstehung jenes „Bodenmangels", den die Erforscher der Auswanderung nach Sibirien einstimmig als die Grundursache dieser Auswanderung betrachten. Zu demselben Schlusse gelangten auch die Vertreter jener Regierungsorgane, die mit der Ausarbeitung der Kolonisationsgesetze beauftragt waren.* Sie weisen alle „einstimmig" auf den „Bodenmangel" als die Ursache der Auswanderung hin. Betrachten wir jedoch die Auswanderungen aus den verschiedenen Gebieten Rußlands ihrem Umfang nach, so ergibt sich, daß die Bauern nicht aus allen landarmen Gegenden auswandern. Sogar bei genügendem Landanteil, aber großen Abzahlungen kann sich die Bevölkerung nicht ernähren und wandert nach Sibirien aus, während oft bei ungenügendem Landanteil und Vorhandensein anderer Erwerbsquellen keine Auswanderung stattfindet.

Aus der Waldzone, wo infolge der geringeren Fruchtbarkeit des Bodens auch ein größerer Mangel an Land und ein größerer Bevölkerungsüberschuß vorhanden sein müßte, sollte eigentlich auch eine größere Auswanderung stattfinden; ebenso würden hauptsächlich die ärmsten Bauern des europäischen Rußland auswandern, wenn der Bodenmangel die einzige Ursache der Auswanderung wäre. Dagegen wurde konstatiert, daß „die Auswanderer aus den

---

* Auch die Rückbewegung der Übergesiedelten erhöht sich mit jedem Jahre. Im Jahre 1898 betrug sie 51028 Personen, 1899 55943, 1900 68593 Personen. Als naheliegendste Ursachen dieser Rückbewegung ist hauptsächlich der Mangel an freiem Lande zu bezeichnen. Seit dem Jahre 1897 verschiebt sich das Kolonisationszentrum aus der landwirtschaftlichen Kulturzone nach den Waldgebieten. In den letzten drei Jahren aber drang die Kolonisation der Wälder so vor, daß die Bildung neuer Kolonisationspunkte große Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Der für diese Zwecke bestimmte jährliche Kolonisationsfonds konnte die Nachfrage der Auswanderer nach Land nicht ganz befriedigen. Endlich ist auch die Besiedelung der entfernten Waldstrecken oder sumpfiger Gegenden mit großen Schwierigkeiten verbunden. „St. Petersburger Nachrichten" 1902.

Schwarzerdegouvernements schon in den fünfziger Jahren den überwiegenden Teil der Auswanderer bildeten. Dasselbe ist auch von den Auswanderern in der Periode nach Aufhebung der Leibeigenschaft zu sagen. Wenn auch bis zur Mitte der achtziger Jahre keine genügende Registrierung der Auswanderer existierte, so weisen doch die nach dem Jahre 1877 erhaltenen Ergebnisse deutlich auf das Vorwiegen der Auswanderer aus den Gouvernements der Schwarzerde hin." Danach ist klar, daß die Ursachen der Auswanderung keineswegs so einfache sind und sich nicht lediglich auf den Bodenmangel zurückführen lassen, wie dies zum Beispiel von den Erforschern der Auswanderung und von der Verwaltung der sibirischen Eisenbahn behauptet wird. Übrigens wird auch in dem vom Ministerkomitee herausgegebenen Buche zum Teil auch auf andere historische Bedingungen hingewiesen, die die Bevölkerung der zentralen Schwarzerde veranlaßt haben, das Hauptkontingent zu stellen. „Noch in der Hörigkeitsepoche zeichneten sich diese Gouvernements (zentrale Schwarzerde) durch die größte Dichtigkeit der Bevölkerung aus; hier konzentrierte sich die größte Zahl leibeigener Bauern, die 40 bis 60 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten. Die Beschäftigung dieser Bauern hatte einen höchst einseitigen Charakter und beschränkte sich fast ausschließlich auf landwirtschaftliche Arbeit. Bei der Landverteilung an die Bauern, auf Grund des Befreiungsgesetzes von 1861, wurde für die hier in Betracht kommenden Gouvernements eine etwas zu niedrige Norm im Vergleich zu den anderen Gouvernements angenommen; ein verhältnismäßig großer Teil der Bauern erhielt hier einen „Schenkungs"- oder „Bettelanteil".* Fügen wir noch die hohe Steuernorm der Gutsbauern hinzu, sowie ihre Armut, die ihnen keine rationelle Wirtschaftsführung gestattet, so ist die Auswanderungsursache, der „Bodenmangel", als eine ganze Reihe sozialer und ökonomischer Mißstände in einem gewaltigen Teile der Bauernwirtschaften zu betrachten.

Wenn wir die Auswanderer nach ihren Ausgangspunkten einteilen, so finden wir, daß es gewisse Gebiete gibt, die das Hauptkontingent der Auswanderer stellen; es sind jene, wo gewisse Auswanderungsursachen mehr oder weniger beständig wirken. „Nach den Angaben über die Jahre 1887 bis 1893 waren von der Ge-

* Der Bettelanteil machte ein Viertel des Minimalsatzes, der seinerseits ein Drittel des Maximums war. Der Übersetzer.

samtzahl der 67041 Auswandererfamilien, die die sibirische Landgrenze überschritten, 57140 oder mehr als fünf Sechstel aus 14 Gouvernements, die zu folgenden Gebieten gehörten: nördliche und mittlere Schwarzerde und die süd- und nordöstlichen Gouvernements jenseits der Wolga. Aus dem Gouvernement Kursk wanderten 10785 Familien aus, aus Tambow 6796, aus Woronesch 5558, aus Wjatka 5356, aus Samara 5072, aus Perm 4547, aus Poltawa 3643, aus Rjäsan 3139, aus Saratow 2635 und je 2000 Familien aus den Gouvernements Kasan, Pensa, Charkow und Tschernigow.“*

Eine Erklärung der Auswanderungsursachen läßt sich nur auf Grund genauer Zahlenangaben über die Auswanderer, über ihre wirtschaftliche Lage, Steuern usw. abgeben.

Die ausführlichsten und genauesten Angaben über die Auswanderer finden wir in den statistischen Arbeiten, die unter der Leitung G. A. Prijmaks herausgegeben wurden, die, nebenbei gesagt, von unserer ökonomischen Literatur bis jetzt viel zu wenig ausgenutzt worden sind.

II.

Nach den Angaben G. A. Prijmaks (Zahlenmaterial zum Studium der Auswanderung nach Sibirien aus dem Registrationsbuch für die im Jahre 1895 nach Sibirien Auswandernden und die über Tscheljabinsk von dort Zurückkehrenden) ergibt sich, daß die Auswanderung hauptsächlich vom Gebiet der zentralen Schwarzerde ausging. Von den im Jahre 1895 registrierten 13706 Familien oder insgesamt 85933 Personen beiderlei Geschlechtes entfällt der größte Teil auf die Bauern der Schwarzerdegouvernements. Aus den Gouvernements außerhalb der Schwarzerde wurden nur 250 Familien mit 1083 Personen beiderlei Geschlechtes registriert.

So weisen die Auswanderungsangaben auf die Schwarzerde als auf den Herd der landwirtschaftlichen Übervölkerung hin. Doch auch hier ist die Auswanderung der verschiedenen Bauernkategorien und aus den verschiedenen Gouvernements bei weitem nicht gleich. Den höchsten Prozentsatz liefern die ehemaligen Gutsbauern, von denen 8045 Familien mit 51408 Personen registriert wurden. Es folgen die Staatsbauern mit 3158 Familien und die Kosaken mit 1757 Familien.** Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Zahl

* A. Kaufmann, Die Auswanderung nach Sibirien gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts. „Russische Ökonomische Rundschau“, März 1901.

** Aus den Gouvernements Tschernigow und Poltawa.

der Staatsbauern des europäischen Rußland fast der der Gutsbauern gleich ist, so wird der Unterschied zwischen den Prozentsätzen der ausgewanderten Staats- und Gutsbauern sehr bedeutend erscheinen.

Ihren früheren Wohnorten nach verteilen sich die Auswanderer bei weitem nicht gleichartig auf die verschiedenen Gouvernements der Schwarzerde.

Nach dem Verhältnis der Auswanderer zu den in der Heimat Verbliebenen* stellen sich die Gouvernements folgendermaßen.

Auf 1000 Personen der Bevölkerung kommen Auswanderer in den Gouvernements

Pensa	16	Samara	1,5
Tschernigow	7	Tula	1,2
Poltawa	6	Woronesch	1,2
Kursk	2	Charkow	1
Orel	2	Tambow	1
Rjäsan	1,3	Simbirsk	1

Aus anderen Gouvernements machen die Auswanderer weniger als 1 auf 1000 der Bevölkerung aus.

Schon in diesen Angaben über die Auswanderer zeigt sich eine höchst eigenartige Erscheinung: die Bauern verlassen die gesegnetste Gegend mit fettem schwarzem Boden, mit der geringsten Menge kulturunfähigen Landes. Dabei ist charakteristisch, daß aus den erwähnten Gouvernements nur in vier die Gutsbauern, die einen „Schenkungsanteil" erhalten haben, einen bedeutenden Prozentsatz ausmachen. Es ist damit klar, daß nicht nur die landlosen und landarmen Bauern auswandern.

Nach dem Umfang des Landanteils zerfallen die registrierten Auswanderer in folgende Gruppen:

Ohne Nadjelland	16 Proz.	24,3 Proz.	
Mit einem Nadjel bis 1 Deßjätine . .	8,3 =		
= = = = 3 = . .	33,3 =		
= = = = 5 = . .	20,5 =	42,4 =	
= = = = 10 = . .	17,6 =		
= = = über 10 = . .	4,3 =		

* Die Bevölkerungsmenge jener Orte, aus denen die Auswanderer kamen, ist nach der allgemeinen Volkszählung von 1897 berechnet.

Man könnte vielleicht annehmen, daß der Mangel an dem zur Landbearbeitung notwendigen Inventar die einen Nadjel (Landanteil) besitzenden Auswanderer gezwungen habe, ihr Glück in Sibirien* zu suchen; doch wird diese Annahme durch die Angaben über die Auswanderer nicht bestätigt. Von den registrierten Auswandererfamilien hatten nur 29,2 Prozent kein Arbeitsvieh; die übrigen hatten wenigstens ein Pferd oder zwei Stück Hornvieh. Folglich können ein Landanteil und das Arbeitsvieh unter den vorhandenen Bedingungen der Bauernfamilie ein einigermaßen erträgliches Dasein nicht gewähren. In Wirklichkeit konnten nur wenige Auswanderer, obgleich sie Nadjelland und Arbeitsvieh besaßen, Getreide verkaufen; der größte Teil mußte es sogar kaufen. Von 6833 Wirtschaften kauften 4126 Getreide; es verkauften aber nur 1088; außerdem kauften 2044 Wirtschaften Futter für ihr Arbeitsvieh.

Unter solchen wirtschaftlichen Bedingungen mußte die Hälfte aller Auswandererfamilien (3343) mehr als 10 Rubel Steuern bezahlen. Der größte Teil dieser Gruppe hatte mehr als 15 Rubel obligatorischer Abgaben pro Wirtschaft zu entrichten. Weniger als 5 Rubel obligatorischer Abgaben hatten nur 1669 Wirtschaften zu zahlen. Die Abgabensumme sämtlicher registrierter Auswandererfamilien, die 6647 Wirtschaften ausmachten, betrug 86125 Rubel.

Man fragt sich, woher diese Wirtschaften, die Getreide für den eigenen Gebrauch zukaufen mußten, eine solche ungeheure Summe aufbringen konnten. Welche Bedeutung hat dann diese „eigene" Wirtschaft eigentlich noch für Bauern, die Getreide ankaufen und in den meisten Fällen 4 bis 10 Rubel Steuern pro Deßjätine zahlen müssen?**

Obgleich der bittere Scherz, „er wird es schon schaffen", im allgemeinen auf die Bauernschaft anwendbar ist, die eine bewundernswerte Fähigkeit besitzt, etwas zu „schaffen", indem sie hungert, so zeigt doch die Tatsache der Auswanderung aus dem

* Aus folgenden Gouvernements wanderten über 25000 Bauern nach Sibirien aus: Poltawa, Tschernigow, Tambow, Pensa, Samara, Kursk, Orel, Charkow, Woronesch. Siehe: Die Kolonisation Sibiriens in Zusammenhang mit der allgemeinen Kolonisationsfrage.

** Die Anzahl der Wirtschaften, die pro Deßjätine zahlen mußten: bis 1 Rubel 233, bis 2 Rubel 812, bis 3 Rubel 953, bis 4 Rubel 1394, bis 5 Rubel 967, bis 10 Rubel 1182, über 10 Rubel 193, unbekannt 913 Wirtschaften.

Schwarzerdegebiet, daß es hier am schwersten ist, außerhalb der eigenen Wirtschaft Geld zu „schaffen".

Dennoch haben die Auswanderer in ihrem alten Wohnort sich nicht nur ernährt, sondern sogar Steuern gezahlt. Der größte Teil der Bauern suchte sich außerhalb einen Verdienst, da die eigene Wirtschaft sie nicht ernähren konnte. Von allen 6898 Wirtschaften waren nur 569 selbständige Ackerbauwirtschaften; 762 selbständige Wirtschaften beschäftigten sich auch mit Gewerben. Von den übrigen 5567 Wirtschaften, deren Mitglieder eine Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft fanden, besaßen 683 keinen eigenen Acker, während 4884 im Besitz eines solchen waren. Die ganze Masse dieser Halbproletarier, dieser halbselbständigen Landwirte, zerfällt in folgende Gruppen.

Es beschäftigten sich mit

Terminarbeit	1430	Familien
Tagarbeit	3318	=
landwirtschaftlicher Akkordarbeit . .	1390	=
Gewerben am Orte	2483	=
gewerblicher Wanderarbeit	1701	=

Es ist klar, daß ein großer Teil der Auswanderer in der Heimat mit Tag- und Akkordarbeit bei den Gutsbesitzern beschäftigt war. Schwerer ist es zu bestimmen, worin die Wanderarbeit der Auswanderer bestanden hat. Da ein bedeutender Teil mit Tagarbeiten beschäftigt war, so ist anzunehmen, daß auch die Wanderarbeit landwirtschaftlicher Natur war. Das wird auch durch die Angaben über die landwirtschaftlichen Wanderarbeiten bestätigt, die an den Verpflegungsstellen der Gouvernements Cherson und Samara gesammelt wurden: die landwirtschaftlichen Arbeiter kommen aus denselben Gegenden, aus denen die Auswanderung nach Sibirien strömt.

Die Auswanderung fordert gewisse Mittel, bedeutend größere als das Suchen einer Beschäftigung außerhalb der Heimat. Die Wanderung kann sogar nach sehr entfernten Arbeitsstätten fast ohne Ausgaben vollzogen werden. Und aus der verhältnismäßig großen Zahl der Auswanderer, die Vieh besaßen, ist tatsächlich ersichtlich, daß keineswegs die ärmsten Bauern auswandern. Wenn die letzteren in der Heimat bleiben, so geschieht dies allerdings nicht deshalb, weil es ihnen gut geht, sondern weil sie, da ihnen die Mittel zur Auswanderung fehlen, sich mit Wanderarbeit begnügen müssen.

III.

Betrachten wir die Auswanderergruppen nach der Form ihres Grundbesitzes, so fällt folgende Erscheinung in die Augen. Bekanntlich herrscht in Rußland der Gemeindebesitz vor, während der Privatbesitz (Hofbesitz) verhältnismäßig gering ist. Dennoch stellen die Hofbesitzer unter den Auswanderern ein bedeutendes Kontingent.

Von den 6898 Auswandererfamilien gehörten 4078 zu den Bauerngemeinden, 2704 davon waren Hofbesitzer; bei den übrigen 116 blieb die Form des Landbesitzes unbekannt.

Bei einer Betrachtung der Auswandererkategorien nach dem Umfang ihres Landanteils bemerken wir, daß die Hofbesitzer durchschnittlich einen kleineren Nadjel haben als die Gemeindemitglieder, daß die Hofbesitzer überhaupt ärmer an Land, Inventar und Saatgut waren.

Diese Erscheinung läßt sich entweder dadurch erklären, daß die Hofbesitzer sich leichter von der Scholle trennen können, oder aber, daß es der Hofbesitzer nicht nötig hat, auszuwandern, wenn er einen ebenso großen Landanteil hat wie das Gemeindemitglied!*

Bei 1134 von 1893 Hofbesitzern macht der Nadjel weniger als 3 Deßjätinen, bei 849 mehr als 3 Deßjätinen aus. Dagegen besaßen 1570 von 3357 Gemeindemitgliedern einen Nadjel von weniger als 3 Deßjätinen und 1787 einen solchen von mehr als 3 Deßjätinen. Ebenso waren unter den auswandernden Hofbesitzern mehr pferdlose als unter den Gemeindemitgliedern.

Folglich wandert von den Hofbesitzern der ärmste Teil aus,** während von den Gemeindemitgliedern, unter denen sich in Rußland bedeutend mehr pferdlose, wirtschaftslose und arme Bauern mit kleinem Nadjel als unter den Hofbesitzern befinden, nur jene Bauern auswandern, die besser mit Vieh und Land versorgt sind.

---

* Hier wie unten wird die Gemeinde als eine administrative, standesrechtliche Einheit betrachtet und nicht als eine abstrakte Form des Landbesitzes und der Landnutzung.

** Darunter befanden sich:

	Gemeindemitglieder		Hofbesitzer	
	absolute	Proz.	absolute	Proz.
Ackerlose	314	7,7	711	26,3
Viehlose	450	11	542	23,4
Mit Arbeitsvieh und Milchkühen .	667	16,3	199	7,4
Mit allerhand Vieh	1650	40,4	700	28,5
Mit Wiesen	1946	47,7	773	28,5
Wirtschaften ohne Getreideboden .	217	5	505	22,4

Diese Auswanderungsmöglichkeit für die armen Hofbesitzer, die für die gleiche Kategorie der Gemeindemitglieder unerreichbar ist, erklärt sich durch den verschiedenartigen Charakter der Eigentumsliquidation und durch die sozialen Verhältnisse, unter denen sie in der Heimat gelebt haben.

Aus den oben angeführten Ziffern über die ökonomische Lage der Gemeindemitglieder und Hofbesitzer könnte man schließen, daß die ersteren bei der Liquidation ihrer Wirtschaften mehr Geld herausnehmen müßten als die letzteren. In Wirklichkeit aber liegt die Sache umgekehrt.

Der Unterschied zwischen beiden Kategorien beschränkt sich allein nicht darauf. Während von den Gemeindemitgliedern 2928 mit Erlaubnis und 1160 ohne Erlaubnis auswanderten, erlangten von den Hofbesitzern 2433 Familien eine solche Erlaubnis, während nur 271 ohne Erlaubnis auswanderten.

Ein schärferer Unterschied besteht bei der Wirtschaftsliquidation dieser Auswanderergruppen. Wie zu erwarten, gab der größte Teil der Gemeindemitglieder ihr Land an die Gemeinde ab, während die Hofbesitzer ihren im Privatbesitz befindlichen Nadjel an einen anderen Bauern abtraten. Dieser Unterschied im Charakter der Liquidation des Landanteils ist von wesentlicher Bedeutung. Den Gemeindemitgliedern wird das Eigentum in den meisten Fällen zur Deckung der Rückstände gänzlich abgenommen; oder sie übergeben es der Gemeinde auch ohne Rückstände. Dabei überläßt ein bedeutender Teil der Gemeindemitglieder der Gemeinde auch die Gebäude ohne Vergütung.

Die auswandernden Hofbesitzer, die einen durchschnittlich geringeren Nadjel hatten und wahrscheinlich auch keine besseren Gebäude, überließen beides den anderen Bauern gegen ein gewisses Entgelt. Folgende Tabelle zeigt die Art der Wirtschaftsliquidation.

Zahl der Familien, die ihr Land der Gemeinde abgegeben haben:

	Gemeindemitglieder	Hofbesitzer
Für die Rückstände das Ganze	500	0
= = = einen Teil	661	4
= = = das Ganze mit Überschuß	25	1
Ohne Rückstände und ohne Vergütung . . .	707	12
= = gegen Entgelt	154	63
Für die Rückstände ohne Vergütung . . .	735	4

Zahl der Familien, die ihr Land den anderen Bauern abgegeben haben:	Gemeindemitglieder	Hofbesitzer
Für die Rückstände das Ganze	29	9
Für die Rückstände mit Überschuß	19	44
Ohne Rückstände und ohne Vergütung . . .	146	36
= = und gegen Vergütung . .	125	1447
Zusammen ohne Vergütung in Prozent .	90	4

Die Gemeindemitglieder mußten der Gemeinde nicht nur ihre Nadjels, sondern auch ihre Gebäude ohne jede Vergütung abgeben. Von den Gemeindemitgliedern übergaben 1818 Familien der Gemeinde ihre Gebäude auf dem ihnen zugeteilten Hofe ohne Vergütung, von den Hofbesitzern taten das aber nur 15 Familien. Außerdem überließen 456 Familien von den Gemeindemitgliedern ihre Gebäude anderen Bauern ohne Vergütung, von den Hofbesitzern aber taten das nur 106 Familien. Während von den Gemeindemitgliedern nur 712 Familien ihre Gebäude gegen Vergütung abgaben, gab es unter den Hofbesitzern 1726 solcher Familien.

Eine ziemlich bedeutende Anzahl der Gemeindemitglieder mußten bei Liquidation ihrer Wirtschaften die Rückstände durch ihren Nadjel decken. Solcher Familien wurden unter den auswandernden Gemeindemitgliedern 1100 gezählt, während sich unter den Hofbesitzern nur 10 Familien befanden.

Es ist natürlich, daß unter solchen verschiedenen Bedingungen der Wirtschaftsliquidation die Gemeindemitglieder — obgleich sie wohlhabender waren als die Hofbesitzer — doch weniger als die letzteren erhielten.

3130 Familien der Gemeindemitglieder erhielten bei der Liquidation ihres Eigentums 434636 Rubel, während 2322 Hofbesitzerfamilien 562722 Rubel bekamen. Ein bedeutender Teil der Gemeindemitglieder ruinierte sich bei der Auswanderung vollständig, da ein Erlös von 50 bis 100 Rubel pro Familie kaum die Reisekosten zu decken vermochte. Die Familien der auswandernden Gemeindemitglieder, deren Erlös weniger als 100 Rubel betrug, machten eine Zahl von 1592 = 38,8 Prozent aus, die der Hofbesitzer aber nur 533 = 23 Prozent. Dagegen erhielten von den Gemeindemitgliedern 66 (1,6 Prozent) Familien über 500 Rubel, von den Hofbesitzern aber 190, also 7 Prozent der Familien.

Dieser Unterschied in der Lage der Hofbesitzer und Gemeindemitglieder läßt sich zum Teil dadurch erklären, daß das Recht auf Bodennutzung innerhalb der Gemeinde geringer eingeschätzt wird als das Eigentumsrecht des Hofbesitzers. Wodurch soll man den Umstand erklären, daß auch die im Privatbesitz der Gemeindemitglieder befindlichen Gebäude oft von den Auswanderern ohne jede Vergütung nur für die Rückstände der Gemeinde überlassen werden? Es ist klar, daß der Unterschied in der Lage der Gemeindemitglieder und Hofbesitzer auch im Charakter der Steuerbelastung zu suchen ist, da der Bauer einen Überschuß erst nach Deckung der Steuerrückstände und nach Entrichtung aller Abgaben erhalten kann. In der Tat lasten bei der allgemein hohen Bodenbesteuerung auf den auswandernden Gemeindemitgliedern höhere Abzahlungen als auf den Hofbesitzern. Es kamen auf die Deßjätine an obligatorischen Abzahlungen aus allen Wirtschaften:

	der Gemeindemitglieder	Prozent	der Hofbesitzer	Prozent
weniger als 4 Rubel in .	1038	28	954	48
mehr als 4 Rubel in . .	2692	72	1028	52
mehr als 10 Rubel in . .	168	4,5	25	1,2
unbekannt in	127	—	611	—

So machen also teils die Rückstände, teils die auf dem Boden lastenden Abgaben das Land wertlos. Bei der Liquidation seiner Wirtschaft wird der Bauer vollständig zum Proletarier, da ihm all sein unbewegliches Eigentum verloren geht.

Keinem Bauern wird natürlich eine so schnelle Proletarisierung angenehm sein, und es ist daher durchaus verständlich, daß die Gemeindemitglieder weniger beweglich sind als die Hofbesitzer. Die ärmeren Bauern können einfach nicht von der Scholle loskommen, weil sie aus der Liquidation ihres Eigentums nicht einmal die geringe Summe entnehmen können, die zur Auswanderung notwendig ist.

Wir haben oben auf zwei Faktoren hingewiesen, die die Übervölkerung schaffen: die hohe Steuerlast verschärft die Not der Bevölkerung und zwingt sie, einen Verdienst außerhalb der Landwirtschaft zu suchen, die ökonomischen Verhältnisse im Schwarzerdegebiet erschweren es aber, einen solchen zu finden. Infolgedessen entwickelt sich unter der Bevölkerung der zentralen Schwarzerde ein Streben,

irgendwohin auszuwandern, um einen Verdienst zu finden. Andererseits lasten die hohen Steuern aber so schwer auf dem Boden und der ganzen Wirtschaft, daß es dem ärmeren Bauern unmöglich ist, sich von der Stelle zu rühren, da er dann Gefahr läuft, zum vollständigen Proletarier zu werden und das wenige, was er noch besitzt, zu verlieren.

Das erklärt uns auch, daß die Gemeindemitglieder, trotz ihrer erdrückenden Mehrheit in Rußland, in verhältnismäßig geringer Anzahl auswandern. Die Hofbesitzer aber, die nur einen geringen Teil der Ackerbau treibenden Bevölkerung betragen, stellen dagegen einen großen Prozentsatz der Auswanderer. Am neuen Wohnort bilden sie die notleidendste Schicht der Bevölkerung. Diese ärmste Schicht der Hofbesitzerbauern erhält aber aus der Liquidation ihrer Wirtschaft und aus dem Verkauf ihres Landes und der Gebäude die nötigen Mittel, um ihr Glück an einem anderen Orte versuchen zu können.

Der Umfang des bei der Wirtschaftsliquidation erhaltenen Erlöses hat eine ausschlaggebende Bedeutung für die Neueinrichtung des Auswanderers.

Wie gut den Auswanderern selbst diese Tatsache bekannt, beweist der Umstand, daß man zum Beispiel von ihnen oft folgendes hören kann: „Der Reiche braucht nicht auszuwandern, der Arme hat nichts dazu" oder: „Es wandern auch Arme aus, aber nur die, die zu Fuß hierherkommen konnten." Das bestätigt auch der Staatssekretär Kulomsin in seinem Bericht über seine sibirische Reise im Jahre 1896, nämlich, „daß die größte Anzahl der Auswanderer zum bäuerlichen Mittelstand gehört".

Im gegebenen Falle verschlimmert die Gemeinde als rechtliche und wirtschaftliche Einrichtung die Lage ihrer Mitglieder. Durch das Verhindern der Auswanderung einzelner ärmerer Mitglieder verschärft sich die schwere ökonomische Lage der Gemeinde. Der Überschuß an Arbeitskräften bleibt dem Dorfe erhalten und verschlimmert noch die allgemeine Not der armen Bauern, setzt den Arbeitslohn herab, treibt den Pachtzins in die Höhe usw. Das Bodennutzungsrecht des Gemeindemitglieds verliert bei der Liquidation der Wirtschaft seinen Wert, besonders infolge der Abzahlungen, da die zurückbleibenden Gemeindemitglieder auch für das von den Auswanderern der Gemeinde überlassene Land Steuern zahlen müssen. Dadurch wird nicht nur der Boden wertlos, sondern

auch die auf ihm errichteten Gebäude, obgleich sie sich in einer Privatnutzung befinden, die dem Eigentumsrecht nahe kommt.

Es ist daher natürlich, daß die Gemeinde dem Auswanderer das Land abnimmt für die Rückstände, die er zu zahlen hat, und für jene Abgaben, die sie selbst an Stelle des Auswanderers in Zukunft zu entrichten haben wird. Hieraus entsteht ein unentwirrbarer Widerspruch, mit dem sich der größte Teil der Gemeindemitglieder erfolglos herumschlägt. Die hohen Steuern verschärfen die Not der Bauern, vermehren den Bevölkerungsüberschuß und treiben ihn zur Auswanderung, wie wir das schon oben aus dem Umfang der obligatorischen Steuern gesehen haben, die die Auswanderer zu zahlen hatten. Andererseits setzen die hohen Abzahlungen den Wert des Bodens, der ohnedies schon durch den Gemeindebesitz an Wert verloren hat, noch mehr herab und berauben den Bauern der Möglichkeit, bei Liquidation seiner Wirtschaft eine zur Auswanderung hinreichende Summe herauszuschlagen.

Die Regelung der Auswanderung „auf dem Papier" und das Eingreifen der zuständigen Behörden erschwerten den Abfluß des Bevölkerungsüberschusses noch mehr, der durch Verkürzung des Bauernlandes, hohe Steuerlasten und natürliche Zunahme geschaffen wurde. „So wurde zum Beispiel im Jahre 1896 von einigen Gouvernementschefs der Versuch gemacht, die Auswanderung der ärmeren Bauern nach Sibirien zu verhindern. Sie untersagten ihnen, ihre Wirtschaft zu verkaufen, falls sie nicht eine Summe von 300 Rubel flüssigen Geldes nachweisen konnten. Die Bauern umgingen jedoch diese Verordnungen; sie brachten nämlich die geforderte Summe gemeinsam auf und legten dem Gouverneur ein Zeugnis darüber vor. Nachdem sie die Erlaubnis zum Verkauf ihres Eigentums erlangt hatten, übergaben sie die gesammelte Summe wieder anderen Bauern, und so bekamen auf diese Weise viele Bauern die Auswanderungserlaubnis."

Oft ließ sich die Lokaladministration von den Interessen der benachbarten Grundbesitzer bestimmen, wenn sie die Auswanderungserlaubnis verzögerte, um jenen dadurch entweder billigere Arbeitskräfte oder Pächter zu erhalten, die ihnen die „Hungerpreise" zahlten. „Die Armen dienen den mittleren und großen Wirtschaften als Arbeitskräfte und Bodenpächter; die Reicheren sind ausschließlich Bodenpächter. Der Grundbesitzer findet, daß die Auswanderung

sowohl der Ärmeren als auch der Wohlhabenderen seine Interessen schädigt, da durch sie die Zahl der ländlichen Arbeiter und Pächter vermindert, der Arbeitslohn erhöht und der Pachtzins herabgesetzt wird. Aus diesen Gründen suchen die Gutsbesitzer die Bauern von der Auswanderung zurückzuhalten.

Eine solche kompetente Instanz wie das Ministerkomitee („Die Kolonisation Sibiriens") behauptet, daß diese Angst der Grundbesitzer, billige Arbeitskräfte zu verlieren, auch in den Perioden nach der Aufhebung der Leibeigenschaft auf die Gesetzgebung eingewirkt hat. Dieselbe Tendenz ist auch bei den Maßnahmen der Semstwo zum Ausdruck gekommen.*

Dieselbe Furcht hegte auch wirklich der größte Teil der Grundbesitzer, die nach dem Jahre 1861 die Arbeit der Leibeigenen nicht mehr zur Verfügung hatten und nun genötigt waren, ihre Zuflucht zur Anmietung von Lohnarbeitern und zur Verpachtung ihres Bodens zu nehmen. Den Grundbesitzern konnte unter solchen Be-

---

* Im Jahre 1901 schlug der Vorsitzende der Gouvernementssemstwoverwaltung von Pskow, Gorbunow, den Kreissemstwoversammlungen vor, ein Gesuch bei der Regierung einzureichen und darin die die Interessen der einheimischen Landwirtschaft schädigende Auswanderung der Bauern aus diesem Gouvernement nach Sibirien als „verfrüht" zu erklären. Die Kreissemstwoverwaltung von Pskow konstatiert in ihrem Bericht an die Semstwoversammlung, daß in den letzten Jahren, als die Mißernte den Bodenmangel und die schlechte Qualität des Bodens besonders fühlbar machten, in zwei Bezirken eine Auswanderungsstimmung entstand. In dem einen erklärten 835, im zweiten zirka 2000 Bauern, auswandern zu wollen. (Die Administration genehmigte diese Gesuche nicht, worauf tatsächlich auch keine Auswanderung stattfand.)

Die Motivierung des Gesuchs kann als eine charakteristische Illustration des Verhaltens der Semstwo gegenüber den Interessen der Bevölkerung gelten. Nach der Überzeugung der Semstwoversammlung erscheint die Auswanderung der Bauern aus dem Bezirk Pskow als eine „unbegründete, nicht durch eine wirkliche Notwendigkeit hervorgerufene". Die Semstwoversammlung fand ferner, daß die Bauern des Bezirkes Pskow in günstigen Verhältnissen leben, daß die Heimarbeit in der Holz- und Tonverarbeitung der Bevölkerung reichlichen und vorteilhaften Verdienst gewähre, daß also „wer Gutes hat, nichts Besseres zu suchen braucht". Auf Grund der angeführten Motive beschloß die Semstwoversammlung, die Regierung um Anwendung äußerster Maßregeln zu ersuchen, um die Auswanderung aus diesem Kreise „zeitweilig" aufzuheben.

dingungen die Auswanderung der Bauern durchaus nicht wünschenswert erscheinen, da sie eine Erhöhung der Arbeitslöhne und eine Verminderung der Nachfrage nach Pachtland zur Folge haben würde. Aber trotz dem feindlichen Verhalten der Gesetzgebung der Auswanderung gegenüber, wanderten die Bauern dennoch aus, da die Entwicklung des Volkslebens Bedingungen geschaffen hatte, die die Notwendigkeit der Auswanderung immer schärfer hervortreten ließen.

Der Widerspruch zwischen der Gesetzgebung und der unüberwindlichen Auswanderungsbewegung lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich. Anfang der achtziger Jahre ergriff sie Maßregeln, um die merklich angewachsene Zahl der freiwillig auswandernden Bauern zu verringern, die unter dem Vorwand, einen Verdienst suchen zu wollen, nach Neurußland, in die Uralgouvernements und nach Westsibirien zur Ansiedlung auswanderten.

* * *

Die wichtigsten, die Auswanderung erschwerenden Ursachen sind folgende: die Beschränkungen durch die allgemeinen Gesetze und durch die Lokaladministrationen, der Gemeindebesitz und die mit ihm verbundenen Einrichtungen, sowie die hohen Steuern, die das Grundkapital des Bauern — den Boden — fast wertlos machen.

Die Untersuchung über die Lage der Auswanderer in ihrer Heimat zeigt, daß sich im zentralen landwirtschaftlichen Schwarzerdegebiet die stärkste Übervölkerung gebildet hat. Folgende Ursachen schufen und schaffen noch heute hier eine Übervölkerung:

1. Die Verkürzung des Landanteils der Bauern bei der Aufhebung der Leibeigenschaft;

2. die hohen obligatorischen Abzahlungen, die die schon ohnedies geringen Einnahmen der Bauern aus der Landwirtschaft und Lohnarbeit verringern;

3. das Fehlen der Gewerbe und anderweitigen Verdienstes in dem betreffenden Rayon, was den niedrigen Arbeitslohn zur Folge hat;

4. die Armut, die durch die aufgezählten Ursachen hervorgerufen wurde und die eine Erhöhung der Rentabilität der Landwirtschaft verhindert.

Infolge aller dieser Ursachen kann die Bevölkerung unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen keinen genügenden Ertrag erzielen, was seinen Ausdruck im Bodenmangel findet. Als Resultat des Bodenmangels erscheint eine Übervölkerung. Durch jene Faktoren, die infolge der oben angeführten sozialen Verhältnisse die Auswanderung des entstandenen Bevölkerungsüberschusses verhindern, werden die Folgen dieser Übervölkerung noch verschärft.

Siebentes Kapitel.

Landwirtschaftliche Wirtschaftsformen.

Ernährungspacht. (Nichtkapitalistische Rente.)

Die Entstehung eines Bevölkerungsüberschusses im Schwarzerdegebiet hat auch, wie wir gesehen haben, eine Erhöhung des Pachtzinses und ein Vorherrschen der kleinen Jahrespacht herbeigeführt. Die theoretische Analyse der nichtkapitalistischen Rente* machte schon ersichtlich, daß ihr Steigen und Vorherrschen mit einer Übervölkerung verbunden ist und zu einem Rückgang der Produktivität der Arbeit führt. Dies muß auch den Charakter der Großgutswirtschaft beeinflussen. Vor allem mußten die Bauern, die gezwungen waren, um jeden Preis zu pachten, sich dazu hergeben, auch den Gutsacker mit ihrem eigenen Inventar zu bebauen, da die Bodenpacht zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse das Fehlen flüssigen Geldes zur Zahlung für die Pacht voraussetzt. Die Grundbesitzer verstehen diesen Umstand gut auszunutzen.

Im Gouvernement Tambow „sind die Jahrespächter im Kreise Lebedjansk immer Bauern aus den benachbarten Dörfern, die alle auf den Gütern arbeiten. Die Abrechnungen solcher Pächter mit den Grundbesitzern werden selten in barem Gelde beglichen. Formell verdingen sie sich gegen Geld. Man setzt für jede Deßjätine einen Preis fest. In Wirklichkeit aber zahlen die Bauern, die kein Geld zur Verfügung haben, mit ihrer Arbeit." Was das von der Statistik bedingungsweise als „jährliche Geldpacht" Bezeichnete in Wirklichkeit ist, kann man daraus ersehen, daß die Bauern sich oft verpflichten, die ganze Pachtsumme auf den Feldern der Gutsbesitzer abzuarbeiten.**

---

* Im ersten theoretischen Teile seines Werkes erklärt der Autor den Ausdruck „Ernährungspacht" in folgender Weise: „Wir verstehen unter nichtkapitalistischer Rente (Ernährungspacht) eine unter kapitalistischen Verhältnissen neben der kapitalistischen Rente bestehende Rente." Der Übersetzer.

** Zitiert aus Lipski, Der Arbeitslohn für vorzeitige Verdingung auf landwirtschaftliche Arbeiten. 1902. S. 105 bis 107.

Im Kreise Tambow verpachten die Gutsbesitzer in den meisten Fällen den Boden nach Deßjätinen zu einem gewissen Geldpreis pro Deßjätine für Sommer- oder Wintergetreide. Dieser Preis wird abgearbeitet. Die Arbeit, die statt der Pachtzahlung angerechnet wird, schätzt man gewöhnlich gleichzeitig mit der Verpachtung des Bodens ein. Dies nennt man Herbst- oder Winterverdingung auf Feldarbeit, die aus den noch nicht abgeschlossenen Rechnungen der Bauern mit den Grundbesitzern oder aus den erhaltenen Vorschüssen entspringt. „Besonders sparsame Landwirte suchen sich durch von den Bezirksverwaltungen bestätigte Kontrakte Arbeitskräfte zu einem mäßigen Preise zu sichern. Alle diese Einrichtungen und Bedingungen bei der Bodenverpachtung pro Deßjätine sind auch in den anderen Kreisen des Gouvernements üblich.*

„Gewöhnlich sind die Arbeitspachtpreise höher als die selten gezahlten wirklichen Geldpachtpreise. Ein Beispiel dieser doppelartigen Verpachtung liefert uns eine der großen Ökonomien im Kreise Lipezk (Gouvernement Woronesch), wo nach den gesammelten Angaben der semstwo-statistischen Abteilung der Pachtpreis pro Deßjätine auf 16 bis 18 Rubel angegeben wird, während die Bauern bei wirklicher Geldpacht nicht einmal 12 Rubel zahlen wollen. Auf einem anderen Gute im Kreise Kirsanow verpachtet man nach den Aussagen des Besitzers eine Deßjätine für Wintergetreide zu 20 Rubel bei Abarbeitung, bei Geldpacht aber nur zu 15 Rubel; eine Deßjätine für Sommergetreide gibt man zu 16 Rubel bei Abarbeitung ab und zu 12 Rubel bei Geldpacht."

Geldpächter gibt es jedoch nur wenig, „nicht nur deshalb, weil die Bauern kein flüssiges Geld besitzen, sondern auch, weil sich die Grundbesitzer durch Verpachtung ihres Bodens ein genügendes Kontingent von Arbeitskräften zu sichern suchen". Als natürliche Folge der niedrigen Einschätzung der Arbeit bei hohem Pachtzins erscheint für die Arbeitspächter die Unmöglichkeit, bis zum Ende der ländlichen Arbeitszeit den vereinbarten Pachtzins aufzubringen. Er muß aber dennoch aufgebracht werden, andernfalls darf der Bauer seine Ernte nicht einfahren.

Schließlich bleibt dem Pächter nichts anderes übrig, als die von der Pachtdeßjätine erhaltene Ernte zu einem Spottpreis zu ver-

---

* Statistisches Sammelwerk für das Gouvernement Tambow, 19. Bd., S. 29 bis 31. 1899.

kaufen oder aber den Gutsbesitzer zu bitten, die Schuld bis zum nächsten Jahre stehen zu lassen. Auf diese Weise „kommen die Arbeitspächter niemals aus den Schulden heraus, und da sie sich in steter Abhängigkeit von dem Gutsbesitzer befinden, sind sie gezwungen, auf jede Arbeit einzugehen".*

„Es unterliegt keinem Zweifel," schließt der Verfasser, „daß die Arbeitspacht den Gutsbesitzern als Mittel dient, den Arbeitslohn herabzusetzen. Dies ist ein noch stärkeres Mittel als die vorzeitige Anmietung mit Vorschuß.... Auch steht fest, daß diese Verpachtungsart im Gouvernement Tambow schon längst den Charakter einer Pacht verloren hat und als eine der stärksten Formen der vorzeitigen Versorgung der Güter mit billigen Arbeitskräften betrachtet werden muß. Gleichzeitig tritt die Rolle des nach Deßjätinen verpachteten Landes deutlicher hervor. Es wird zu einem Werkzeug, mit dessen Hilfe der freie Landmann in einen Fronarbeiter verwandelt wird, der seine Arbeit zu einem Notpreis verkaufen muß."** Der „Vorteil" einer solchen Anmietung besteht für den Grundbesitzer auch noch darin, daß er sich dadurch nicht nur mit billigen Arbeitskräften, sondern auch mit dem Inventar der Bauern versorgt. Man spart die Ausgaben für lebendes und totes Inventar; der Bauer mit seinem Inventar wird gewissermaßen ein Teil der Ökonomie des Gutsbesitzers.

Die Untersuchungen der statistischen Semstwoabteilung zu Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre konstatierten, daß von der Gesamtzahl der Güter mit mehr als 50 Deßjätinen, die kein lebendes Inventar hatten, folgende Prozentsätze sich ergaben: im Kreise Tambow 26 Prozent, im Kreise Lebedjan 33 Prozent, im Kreise Kirsanow 30 Prozent und im Kreise Lipezk ungefähr 40 Prozent.

Nur die äußerste Not kann die Bauern in eine solche Lage versetzen, daß sie ihren eigenen Acker oft unbebaut lassen, um auf dem des Gutsbesitzers zu arbeiten. Für den Grundbesitzer erscheint diese Art der Anmietung als die vorteilhafteste.

Es entsteht hier ein scheinbarer Widerspruch: die Ernährungspacht erscheint als ein Resultat des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses, und doch wird der Boden der Bauern und Grund-

---

* Lipski, Der Arbeitslohn usw. S. 107 bis 109.
** Lipski, Der Arbeitslohn usw. S. 112 bis 115.

besitzer schlecht bebaut. Oft fehlt es dabei den Bauern an Zeit, ihr Land zu bestellen.

Dieser Widerspruch erklärt sich durch das Sinken der Produktivkräfte der Bevölkerung. Der landwirtschaftliche Bevölkerungsüberschuß schafft eine wenig produktive Form der Kleinwirtschaft mit schlechtem und sogar bisweilen ganz ohne Vieh und mit schlechten Geräten, die auch zur Bebauung des Gutsackers benutzt werden. Dabei ist zum Beispiel die Ernte ohne Maschinen so wenig produktiv und muß so eilig ausgeführt werden, daß der Bauer durch seine Arbeit beim Gutsbesitzer oft genötigt ist, sein eigenes Getreide auf dem Felde ausfallen zu lassen. Oft sogar bringt er es infolge der geringen Produktivität seiner Arbeit nicht fertig, seine eigene Ernte und auch die des Gutsbesitzers einzubringen. Diese geringe Produktivität der Arbeit ist die Ursache, weshalb der Bauer bei der beständigen Eile der Sommerarbeiten weder seinen Acker noch den des Gutsbesitzers sorgfältig bebauen kann.

Die niedrige Produktivität der Arbeit auf dem eigenen Acker zwingt den Bauern, auf die schlechtesten Bedingungen, die ihm der Gutsbesitzer stellt, einzugehen. Es entsteht für den Bauern eine aussichtslose Lage: die geringe Produktivität der Arbeit gewährt ihm keine Möglichkeit, seine Wirtschaft durch eine größere Pacht zu erweitern, und zwingt ihn, sich mit einer kleinen Jahrespacht zu begnügen. Der kleine Betrieb bildet seinerseits die Ursache des Sinkens der Produktivität der Arbeit. Eine solche hoffnungslose Lage der Bauern gestattet den Gutsbesitzern, ihren Boden als Umsatzkapital und den Wucherkredit als Mittel zur Herabsetzung des Arbeitslohnes zu benutzen. Die Anmietung der Bauern im Winter auf die Sommerarbeiten stellt sich um 50 Prozent billiger als die Sommermietung. Die Jahres- und Naturalpacht (Teilbau) sind auch für die Gutsherren vorteilhafter als die mehrjährige Pacht.* (Siehe die betreffende Note auf S. 80.)

In einem Wenewsker Kreise, Gouvernement Tula, „wird ein großer Teil der Felder mit bäuerlichem Inventar gegen Geldlohn oder Landverpachtung bearbeitet. Ein anderer Teil aber wird mit eigenem Inventar von Termin- und Tagarbeitern bestellt. Fast alle Arbeiten, wie die Heuernten und das Einbringen, werden im voraus, das heißt im Winter vergeben, wobei auch das Geld im voraus gezahlt wird. Im südlichen Teile des Kreises werden diese Arbeiten schon auf zwei und drei Jahre im voraus bezahlt. Das

geschieht vorwiegend an solchen Orten, wo die Kustarindustrie unter den Bauern gar nicht entwickelt ist." Nimmt man — nach Lipskis Angaben** — als gewöhnlichen Lohn bei Anmietung im voraus 4,50 bis 5 Rubel und als üblichen Normalarbeitslohn 9 bis 10 Rubel an, so ergibt sich, daß „bei vorzeitig abgeschlossenen Kontrakten und bei der Arbeitspacht die Akkordarbeiter 4½ bis 5½ Rubel pro Deßjätine verlieren".

„Angesichts solcher Resultate," fügt Lipski hinzu, „muß man die vorzeitige Anmietung als eine wesentliche Stütze der Landwirtschaft betrachten."

Im Mzensker Kreise des Gouvernements Orel „ersetzt die ‚Akkordarbeit' (hauptsächlich in Form der vorzeitigen Anmietung) gegenwärtig den Teilbau, der bis zur Hälfte der siebziger Jahre die vorherrschende Ausnutzungsform des Privatgrundbesitzes dieses Kreises bildete. Mit der Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte und infolge der gesteigerten Nachfrage der Bauern nach Boden, die eine Erhöhung der Pachtpreise hervorrief, erwies sich der Teilbau als weniger vorteilhaft, so daß ein großer Teil der Wirtschaften der Gutsbesitzer ihren Getreideboden vergrößerte.

---

* Die relative Höhe der Geld- und Naturalpacht läßt sich aus folgenden Angaben über das Gouvernement Saratow bestimmen. Nach der Höhe der Pachtpreise können die Kreise folgendermaßen eingeteilt werden:

Kreise mit billiger Pacht	Naturalpachtpreis für eine Deßjätine	Durchschnittlicher Geldpachtpreis für eine Deßjätine	Verhältnis des Naturalpachtpreises zu dem als 100 angenommenen Geldpachtpreis
Chwalinsk . .	7,76 Rubel	7,60 Rubel	102 Prozent
Zarizyn . . .	3,35 "	2,98 "	117 "
Saratow . . .	11,59 "	9,70 "	119 "
Kamyschin . .	8,24 "	6,20 "	133 "

Kreise mit teurer Pacht	Naturalpachtpreis für eine Deßjätine	Durchschnittlicher Geldpachtpreis für eine Deßjätine	Verhältnis des Naturalpachtpreises zu dem als 100 angenommenen Geldpachtpreis
Wolsk . .	9,51 Rubel	7,10 Rubel	134 Prozent
Kusnezk. .	11,34 "	6,90 "	164 "
Petrowsk .	13,12 bis 15,22 "	8,— "	164 bis 190 "
Serdobsk .	14,26 " 20,31 "	11,10 "	128 " 183 "
Atkarsk. .	14,05 " 15,92 "	8,30 "	169 " 192 "
Balaschew .	17,09 " 21,99 "	11,20 "	153 " 196 "

** Lipski, Der Arbeitslohn usw. S. 14 u. 30.

„Da es aber vielen Landwirten nicht gelang (oder vielleicht hielten sie es für nicht vorteilhaft? Der Verfasser), das zur Bearbeitung sämtlicher Felder nötige Inventar selbst zu beschaffen, so hat gegenwärtig die Akkordarbeit im weitesten Sinne eine vorherrschende Bedeutung erlangt."

Im Gouvernement Orel ist das Naturaldarlehen ausgiebig in Gebrauch, wobei in solchen Fällen entweder die Kapitalsumme der Schuld und die Zinsen oder die Konventionalstrafe für nicht rechtzeitige Tilgung der Schuld durch Abarbeitung bezahlt wird. Bei reinen Geldschulden betragen die Zinsen 48 Prozent, während die Bauern bei Winteranmietung auf Akkordarbeiten den Gutsbesitzern 94 Prozent Zinsen durch Abarbeitung zahlen!*

Im Gouvernement Rjäsan „wird der Gutsacker fast ausschließlich mit bäuerlichem Inventar bestellt und nur in einzelnen Fällen wird das Land durch Tagelöhner und mit dem Inventar des Gutsbesitzers bearbeitet".**

Für den Gutsbesitzer ist es natürlich vorteilhafter, seinen Acker kostenlos mit dem vorhandenen, wenn auch schlechten Inventar der Bauern zu bestellen, als Ausgaben zur Anschaffung und Unterhaltung des Inventars zu machen. Der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, die auf Lohnarbeit gegründet ist, und der Übergang zur Bearbeitung des Gutsackers durch gemietetes Inventar und zur Verpachtung nach Deßjätinen weist außerdem auf ein Sinken der Produktivkräfte hin; ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung stets am Hungertuch nagt.

„Im Kreise Tambow ist die Abgabe des Ackerlandes und der Wiesen an die Bauern nach Deßjätinen infolge der stets vorhandenen zahlreichen kleinen Pächter zu einer weitverbreiteten Form der Nutzung von Privatgütern geworden, zu der sowohl die Grundbesitzer als auch die Pächter ihre Zuflucht nehmen. . . . Bei der Abgabe des Landes nach Deßjätinen haben es die Grundbesitzer mit einer großen Anzahl von Pächtern zu tun, die größtenteils das vereinbarte Pachtgeld abarbeiten. . . ." „Nach einer dreißigjährigen Bewirtschaftung mit Lohnarbeit haben nur noch einige Grundbesitzer, und diese auch nur zum Teil, ständige Arbeiter und eigenes Inventar. Der größte Teil der Ländereien der Grund-

---

* Lipski, Der Arbeitslohn usw. S. 51 u. 73.

** Siehe Korolenko, Landwirtschaftliche und statistische Angaben. S. 162.

besitzer wird durch Akkordarbeit der Bauern mit deren Vieh und Inventar bebaut. Mit diesem das Gutsland jahraus jahrein bebauenden Kontingent von Arbeitern, die nur zeitweilig auf dem Gute beschäftigt sind, stehen die Gutsbesitzer in nahen ökonomischen Beziehungen, wozu ihnen die Verpachtung des nicht besonders vorteilhaften Landes in Deßjätinen an die Bauern der benachbarten Dörfer als bestes Mittel dient."*

Es ist natürlich, daß unter solchen Verhältnissen der Tagelöhner, der keinen eigenen Acker und kein eigenes Inventar hat, mit diesem fast umsonst arbeitenden Kontingent nicht konkurrieren kann.

Nicht besser ist die Lage der Akkordarbeiter. „Der größte Teil der Bauern, die sich dem Gutsbesitzer noch im Winter für die Sommerarbeit verdingen, besteht aus solchen Bauern, die sich von den Gutsbesitzern Geld in Form eines Vorschusses leihen müssen. Nur unter solchen Bedingungen kann man die Bauern zwingen, sich auch für den niedrigsten Lohn zu verdingen." Zu solchen Anleihen zwingt sie die Notwendigkeit, „ihre Familie und ihr Vieh zu ernähren".**

Im Gouvernement Rjäsan „werden die Bauern zur vollständigen Bearbeitung des Saatlandes . . . fast ausschließlich vorzeitig im Herbst oder Winter und manchmal sogar 2 bis 3 Jahre vorher angemietet, indem man ihnen beim Abschluß des Kontraktes im voraus Geld zahlt".***

Im Gouvernement Podolien sucht der landarme Teil der Bauern seine nominelle Selbständigkeit durch die kleine Naturalpacht aufrechtzuerhalten. Sehr oft hält der Gutsbesitzer, wenn er eine selbständige Wirtschaft mit intensiver Zuckerrübenkultur betreibt, es für vorteilhafter, einen kleinen Teil seines schlechten Bodens gegen Abarbeitung zu verpachten. Dadurch sichert er sich im voraus eine bedeutende Zahl fabelhaft billiger Arbeitskräfte für die kritische Zeit in seiner Wirtschaft. Diese Art der Pacht erscheint als das beste Mittel, um die Bauern, für die der Schein der „Selbständigkeit" so anziehend ist, in schlimmster Form auszubeuten. Der Gutsbesitzer tritt dabei noch in der Rolle eines

---

* Statistisches Sammelwerk für das Gouvernement Tambow. 19. Band, S. 28 bis 29.

** Ibid. S. 39.

*** Korolenko, Landwirtschaftliche und statistische Angaben. S. 163.

Wohltäters auf, da die Zahl dieser kleinen Pächter, die für schwere Arbeit ein Stückchen Land erlangen wollen, größer ist als die Zahl der „Auserwählten", die dieses Stückchen für besondere Dienste, für Gehorsam und Ehrerbietung dem Gutsbesitzer gegenüber erhalten.

In einem Dorfe eines südlichen Kreises, das von ehemaligen „Einhofbesitzern" bevölkert war, die bei der Bauernbefreiung keinen Nadjel erhalten hatten, mußten alle für eine halbe Deßjätine gepachtetes Land dem Gutsbesitzer 20 Haufen Weizen (jeder zu 52 bis 60 und stellenweise noch mehr Garben. Der Übersetzer.) schneiden und einfahren oder 600 Pud Zuckerrüben ausgraben und 15 Werst weit nach der Fabrik bringen. Die Bauern sind nicht imstande, sich diese Verhältnisse zu erleichtern: die Konkurrenz untereinander schließt das aus, und der Gutsbesitzer ist unbedingter Herr der Situation. Dabei erwächst auf diesem Boden eine unmenschliche Grausamkeit.

„Die Art der ‚Arbeiterentlohnung in Land' ist im Gouvernement Kursk als eine so vorteilhafte Form der Abrechnung angesehen, daß man im Kreise Lgow sogar die Jahresarbeiter mit Land bezahlt." „Die einzige Möglichkeit, eine Wirtschaft mit Jahresarbeitern vorteilhaft zu führen — schreibt ein Korrespondent aus diesem Kreise an das Landwirtschaftsministerium —, besteht darin, daß man den Arbeitern anstatt des Lohnes einen Teil des Landes zur Bebauung überläßt. In solchen Fällen wird die Deßjätine Wintergetreide mit 15 bis 20 Rubel berechnet." „Und tatsächlich," fügt Herr Lipski hinzu, „garantiert die ‚Entlohnung in Land' unter Androhung des Ernteverlustes die Einhaltung der Kontrakte, wie schwer und grausam sie auch sein mögen."*

---

* Zur Charakteristik der Form der Arbeitspacht führen wir hier einige Kontrakte an.

„Auf dem Gute M. N. D. verpflichteten sich die Bauern, für eine Deßjätine Wintergetreide eine Deßjätine derselben Saat vollständig zu bearbeiten, 20 Wagen Dünger herauszufahren und 13 Rubel zu zahlen." „Auf den zahlreichen und ausgedehnten Ökonomien des Fürsten M. ist die Arbeitspacht in einem solchen Umfang entwickelt, daß der Fürst niemals Feldarbeiter anzumieten braucht. Das Land wird dort unter folgenden Bedingungen abgegeben. Die Bauern verpflichten sich, für 140 Deßjätinen Wintergetreide, 140 Deßjätinen Sommergetreide und 111 Deßjätinen Wiesen ebensoviel Deßjätinen Wintergetreide und Sommergetreide zu bearbeiten, 4700 Wagen Dünger auszufahren, die Hürden und Pferdeställe mit Stroh

Auf diese Weise ist diese nichtkapitalistische Ernährungspacht mit der Armut der Bevölkerung und der wenig produktiven Arbeit eng verbunden. Dies gilt nicht nur von der Bearbeitung des Bauernlandes, sondern auch von den Ländereien der Gutsbesitzer.

Da die Gutsbesitzer fertiges bäuerliches Inventar und Geräte zur Verfügung haben, so schaffen sie keine verbesserten Geräte an. Wenn die landwirtschaftliche Technik bei den Grundbesitzern in Rußland niedriger steht als in Westeuropa, so hat dies selbstverständlich seinen Grund nicht darin, daß die verbesserten Geräte und Maschinen die Produktivität der Arbeit nicht erhöhen und untauglich sind, sondern die Möglichkeit, das Land mit Akkordarbeitern und bäuerlichem Inventar billig zu bestellen, machen die Ausgaben für den Ankauf landwirtschaftlicher Geräte überflüssig. Die primitiven landwirtschaftlichen Geräte — Hackenpflug, Sichel, Sense und eine schlechte Egge — sind nicht nur bei den Bauern, sondern auch auf großen Privatbesitzungen gebräuchlich. Die zurückgebliebene Technik führt einerseits zu einem Sinken der Produktivität der Arbeit, zu einer Verminderung der Gesamtproduktion und andererseits zu dem Streben der Gutsbesitzer, durch Herabsetzung der Arbeitslöhne ihren erlittenen Verlust auszugleichen. Dieselbe Ursache zwingt auch die Bauern, auf die unvorteilhaftesten Bedingungen einzugehen.

Die zurückgebliebene Technik steht also mit der Übervölkerung im engsten Zusammenhang; in den übervölkerten Rayons sind auch verbesserte Geräte am wenigsten in Gebrauch.

Jedem einzelnen Landwirt scheint es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge vorteilhaft, bei den landwirtschaftlichen Arbeiten lieber schlechte und billige als gute und teure Gerätschaften zu benutzen.

---

auszulegen, das Heu von 108 Deßjätinen Wiesen zu mähen und einzufahren, den Park sauber zu halten, das Unkraut aus dem Roggen und Winterweizen auszujäten, 420 Tage Frauenarbeit zu leisten (andernfalls sind 50 Kopeken für den Tag zu zahlen); überdies müssen sie noch für die Deßjätine Wintergetreide 4 Rubel in Geld zahlen, für die Deßjätine Sommergetreide 2 Rubel, im ganzen 843 Rubel; wenn es die Ökonomie fordert, so müssen die Bauern auf dem Sommeracker noch eine gewisse Anzahl Deßjätinen mit Kartoffeln bebauen, wobei sie das Feld überackern, eggen und Furchen ziehen müssen. Bei Nichterfüllung dieser Bedingungen — 200 Rubel Strafgeld."

So wird der Großbetrieb durch die Kleinpacht besiegt!

Und doch wirkt die Bestellung des Ackers mit schlechten Werkzeugen nicht nur auf die Produktivität der Arbeit, sondern auch auf die Getreideernten zurück. Die Benutzung schlechter Geräte führt schließlich zu einer Verminderung der Ernten und stellenweise zu Mißernten. Um einen höheren Ernteertrag zu erzielen, muß der Boden tiefer umgepflügt werden. Der Semstwoagronom, der die Bauernwirtschaft des Gouvernements Moskau untersuchte und sich an Ort und Stelle mit der Verbreitung verbesserter Geräte beschäftigte, charakterisiert die Bedeutung des Pfluges in der Bauernwirtschaft in folgender Weise: „Die sogenannte ‚Erschöpfung' des Bauernlandes darf nur in sehr relativem Sinne verstanden werden. Die oberste 2 oder nur $1^1/_2$ Werschok starke Ackerschicht ist erschöpft; sie wird periodisch jahrzehntelang mit dem Hackenpflug (Socha) gelockert, der nie in die tieferen Schichten eindringt. Wenn man eine vorsichtige und allmähliche Vertiefung des gepflügten Ackers vornähme, so würde die ‚Erschöpfung' in den meisten Fällen verschwinden, da man dadurch neue, noch unausgenutzte Mineralien in die Ackerschicht bringen würde. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß eine tiefer gehende Pflügung des Bodens mit Hilfe eines Hackenpflugs ganz undenkbar ist."

Die Wirkung einer mit besseren Geräten ausgeführten Bodenbestellung auf die Ernteerträge ist so klar, daß wir uns mit dem angeführten Zeugnis durchaus begnügen können. Obwohl die verbesserte Bodenbestellung für das Schwarzerdegebiet und der Waldzone sehr wichtig wäre, haben die modernen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte hauptsächlich in den Grenzgebieten Rußlands, im Rayon der extensiven Wirtschaft, größeren Eingang gefunden.

Auf diese Weise siegt der Kleinbetrieb in den Gebieten mit einem Überschuß an landwirtschaftlicher Bevölkerung, der sich infolge ungünstiger sozialer Bedingungen gebildet hat, und führt zu einem Vorherrschen der Ernährungspacht, die mit dem niedrigen Stand der Produktivität der Arbeit nicht nur in den Bauern-, sondern auch in den Gutswirtschaften verbunden ist; sie führt endlich zur „Hungerpacht", zum Sinken der Ernteerträge und hält die Anwendung der primitiven, urväterlichen landwirtschaftlichen Geräte aufrecht.

Achtes Kapitel.

Die kapitalistische Pacht.

Die Ernährungspacht ist mit Bedingungen verbunden, die für das zentrale landwirtschaftliche Gebiet charakteristisch sind.

Die kapitalistische Pacht dagegen steigt und verdrängt die Ernährungspacht bei entgegengesetzten Bedingungen, bei höherer Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, bei technischem Fortschritt und höheren Getreidepreisen.

Der Ausgang des Kampfes zwischen der kapitalistischen und der Ernährungswirtschaft hängt in hohem Grade von dem relativen Überschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung ab: je größer die Bodenfläche im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung ist, desto besser sind die Bedingungen für die Entwicklung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Bodenfläche ist im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung entweder in dünnbevölkerten Gebieten größer oder in solchen Rayons, wo ein bedeutender Teil der Bevölkerung sich gänzlich von der Landwirtschaft losgelöst hat und sich mit Gewerben beschäftigt.

Günstige Bedingungen für die Arbeitsproduktivität finden wir in Rußland ausschließlich in den Grenzgebieten, in den süd-neurussischen Gouvernements und an der Ostgrenze des europäischen Rußland, wo die Bevölkerung dünner ist und ein bedeutender Teil (im Süden) in den Städten wohnt. Außerdem sind die Getreidepreise in den Südgouvernements höher, weil diese dem Weltmarkt näher liegen.

Urteilt man nach der Einfuhr der ausländischen Maschinen, so ist in diesen Rayons die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, also auch die kapitalistische Rente höher. Wenn kein landwirtschaftlicher Bevölkerungsüberschuß* vorhanden ist, verdrängt

* Ein „Bevölkerungsüberschuß" in Form einer „Reservearmee" von Arbeitern existiert überall, wo sich die kapitalistische Produktion eingebürgert hat. Wir brauchen aber diesen Ausdruck hier, wie überall, im Sinne eines Bevölkerungsüberschusses, der in der Produktion beschäftigt ist und dadurch die Produktivität der Arbeit herabsetzt; deshalb kann es

die kapitalistische Rente die Ernährungspacht und den Hörigkeitscharakter der Arbeitsbedingungen. N. Karyschew formuliert dies folgendermaßen: „In direktem Verhältnis zum Nadjel steht die Pacht. Die nivellierende Rolle der Ausnutzung fremden Bodens verschwindet. Bei anderen gleichen Bedingungen, bei nebeneinanderliegenden Landstrecken pachtet der größere Besitzer mehr als der kleine Besitzer. Und in der Tat pachteten die Bauern im Gouvernement Taurien, nach den Angaben der Bauernhofzählung, an Nadjel- und Außernadjelland:*

	Im Kreise Berdiansk Deßjätinen	Im Kreise Melitopol Deßjätinen	Im Kreise Dnjeprowsk Deßjätinen
Die arme Gruppe, die bis 10 Deßjätinen bebaut . .	8120	12424	7838
Die mittlere Gruppe, die 10 bis 25 Deßjätinen bebaut .	38970	61858	48397
Die reiche Gruppe, die über 25 Deßjätinen bebaut . .	70596	146485	81646

---

bei einem ungeheuren Bevölkerungsüberschuß in dem von uns angeführten Sinne gar keine Reservearmee von Arbeitslosen geben; siehe oben über das Gouvernement Podolien, wo „alle ohne Ausnahme ihre Parzelle bearbeiten".

* Als passende Illustration der Wirkung der angegebenen Verhältnisse auf den Charakter der Pacht können folgende Angaben über den durchschnittlichen Umfang der gepachteten Parzellen dienen, die nach den von N. Karyschew (Ergebnisse der ökonomischen Untersuchungen) zusammengestellten Tabellen berechnet sind. Durchschnittlich war die Größe des gepachteten Landes (es sind hier diejenigen Kreise angeführt, über die genaue Zahlenangaben vorhanden sind) der Gebiete mit hoher Produktivität der Arbeit pro Hof im:

	Deßjättnen		Deßjättnen
Gouvernement Samara		Kreis Simferopol . .	12,0
Kreis Samara . . .	17,0	" Berdiansk . .	18,0
" Busuluk . . .	12,3	" Perekop . . .	31,0
" Buguruslan .	9,0	" Eupatorien . .	20,0
" Bugulmin . .	7,0	Gouvernement Cherson	
" Nikolajew . .	13,3	Kreis Odessa . . .	15,2
Gouvernement Taurien		Gouvern. Jekaterinoslaw	
Kreis Melitopol . .	13,0	Kreis Rostow . . .	16,0
" Dnjeprowsk .	14,4	" Bachmut . .	11,0
" Theodosia . .	15,7		

(Fortsetzung der Note siehe S. 88.)

In Gebieten, wo kein landwirtschaftlicher Bevölkerungsüberschuß vorhanden ist, kann die kapitalistische Rente sehr hoch sein, sogar höher als in dichtbevölkerten Rayons. Unter solchen Bedingungen wird natürlich die Kleinpacht durch die Großpacht verdrängt werden. Im Kreise Nikolajew, Gouvernement Samara, kommen auf einen Hof 13,3 gepachtete Deßjätinen.

Bei der Durchsicht der Pachtpreise im Kreise Nikolajew bemerken wir, daß sich dieser Kreis durch hohe Pachtpreise sowohl bei größerer als auch bei kleinerer Deßjätinenpacht auszeichnet. Der Preis für ein gepachtetes Landgut ist in diesem Kreise um 150 Prozent und bei Deßjätinenpacht um 152 Prozent höher als im Kreise Busuluk, wo die Pachtpreise schon höher sind als in anderen Kreisen. Der im Vergleich zu den anderen Kreisen hohe Pachtpreis im Kreise Nikolajew hängt bei der Größe des Landteiles seiner Bevölkerung hauptsächlich davon ab, daß hier die Guts- und Großhandelswirtschaft sehr verbreitet ist, sowie die Wirtschaft der kleinen Pächter aus dem Handels- und Kleinbürgerstande, die sich aus Handelsinteressen mit der Landwirtschaft beschäftigen, und so den Bauern

---

Der Gebiete mit niedriger Produktivität der Arbeit pro Hof im:

	Deßjätinen		Deßjätinen
Gouvernement Wjatka		Kreis Rylsk . . .	3,3
Kreis Malmyfch . .	1,7	" Putiwl . . .	3,0
" Urshum . . .	0,8	" Schtschigrow .	4,4
" Orel	1,6	" Graiworon . .	3,7
" Wjatka . . .	0,6	" Obojansk . .	1,9
" Nolinsk . .	1,4	Gouvernement Orel	
Gouvernement Kursk		Kreis Mzensk . . .	3,8
Kreis Kursk . . .	6,5	" Jelezk . . .	3,0
" Lgow . . .	3,3	" Trubtschewsk .	4,2
" Dimitrowsk .	4,3	" Kromsk . . .	3,1
" Sudsha . . .	2,7	" Karatschew . .	5,4
" Fateg . . .	3,2		

Es ist selbstverständlich, daß die Ernährungspacht auch im ersten Gebiet existiert, indem sie die durchschnittliche Pachtnorm herabsetzt; daß ferner auch im zweiten Gebiet die kapitalistische Pacht vorkommt. Dennoch tritt bei einem Vergleich der durchschnittlichen Größe der gepachteten Parzellen der Unterschied in der Pachtform scharf hervor. Und doch verschleiern die Durchschnittszahlen diesen Unterschied, wie dies schon aus ihrer Gegenüberstellung mit den im Texte angeführten Zahlen hervorgeht. So beträgt die Durchschnittsgröße der gepachteten Parzelle im Kreise Melitopol 13 Deß-

in der Landpachtung Konkurrenz machen. „Das Nadjelland wird auch von reichen Bauern gepachtet, die durch Anpachtung fremden Landes ihr eigenes abrunden können, so daß sich das „Pflügen lohnt".

So nimmt die Landwirtschaft in Gebieten, wo die Bevölkerung besser mit Land ausgestattet ist und keine landwirtschaftliche Übervölkerung existiert, einen kapitalistischen Charakter an und die Ernährungspacht verschwindet. In entgegengesetzter Lage befinden sich die landarmen Gebiete mit einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß.

Die verhältnismäßig größere Differenzierung der Bevölkerung ihrem Wohlstande nach in den Gebieten mit geringerer Übervölkerung zeigt, wie falsch die Meinung derjenigen ist, die in der Ausstattung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Boden einen Schutz gegen die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in der Landwirtschaft erblicken. Ebensowenig schützt der technische Fortschritt gegen den Kapitalismus. Aus den oben angeführten Angaben über die Verbreitung der landwirtschaftlichen Maschinen ist leicht ersichtlich, daß die letzteren sich in den Gebieten der kapita-

---

jätinen, während sie sich nach den verschiedenen Gruppen folgendermaßen verteilt. (Statistisches Sammelwerk über das Gouvernement Taurien. 1. Band.)

Es kommen auf Wirtschaften, die bebauen:

	Gepachtete Deßjätinen	Pro Hof Deßjätinen
bis 5 Deßjätinen	1738,28	0,4
5 = 10 = ...	10479,95	1,4
10 = 25 = ...	61531,—	4,5
25 = 50 = ...	78628,—	14,2
über 50 = ...	67428,25	43,0

Im Kreise Nikolajew beträgt die Durchschnittsgröße des gepachteten Landes 13,3 Deßjätinen, nach den Gruppen aber verteilt sich das gepachtete Land folgendermaßen:

Gruppen	Gepachtete Deßjätinen	
Ohne Arbeitsvieh	347,6	11658,0
Mit 1 Stück Arbeitsvieh . .	2340,3	
= 2 bis 3 = = . .	8971,2	
= 4 = = . .	8221,1	50401,9
= 5 = 10 = = . .	24808,2	
= 10 = 20 = = . .	19245,7	
= über 20 = = . .	6358,0	

listischen Pacht, wohin die Arbeiter auf landwirtschaftliche Arbeit gehen, verbreiten.

Diese faktischen Angaben über den Charakter der Pacht in den verschiedenen Gebieten Rußlands könnte man schon durch aprioristische Betrachtungen erklären, die so elementar sind, daß man über das Erscheinen der Fabel von den „Vorzügen" der „Ernährungswirtschaft" erstaunen muß. Und in der Tat, was kann den Grundbesitzer dazu treiben, sein Land zu verpachten? Natürlich nur das Streben, einen höheren Pachtpreis zu erzielen. Nun muß man zwei Dinge auseinanderhalten: entweder verpachtet der Grundbesitzer, weil ihm die Pacht mehr einbringt als die eigene Bewirtschaftung, oder weil er überhaupt keine eigene Wirtschaft führen will.

Betrachten wir den ersten Fall: das Land wird entweder von kapitalistischen Pächtern, die einen Unternehmerprofit erzielen wollen, gepachtet oder von Bauern, die durch die Pacht einen Verdienst finden wollen.

Wenn der Grundbesitzer sein Land verpachtet, um mehr herausschlagen zu können als aus seiner eigenen Bewirtschaftung, so muß der Pachtzins schon so hoch sein, daß er außer der kapitalistischen Rente auch noch einen Profit abwirft, das heißt der Pächter wird für die Bebauung des gepachteten Landes einen geringeren Ertrag haben, als der landwirtschaftliche Arbeiter ihn haben würde, der für die gleiche Arbeit vom Grundbesitzer entlohnt wird. Der bäuerliche Pächter muß also in eine solche Not geraten sein, daß er sich mit weniger als die ländlichen Taglöhner begnügt.

Der zweite Fall: Der Grundbesitzer will keine eigene Wirtschaft führen, aber doch den höchsten Pachtzins erzielen.

Es wird stets Pächter geben, die aus der Landpachtung einen Profit ziehen wollen. Deshalb wird bei der Landpachtung ein Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Pächtern und den Bauern entstehen, die die Pachtung für ihre Ernährung notwendig brauchen. Die ersteren werden aber nur dann pachten, wenn ihnen ein Profit in Aussicht steht. Steigt der Pachtzins so hoch, daß der Pächter ebensoviel oder sogar weniger als die landwirtschaftlichen Arbeiter bekommt, so wird die Pacht für den Unternehmer unvorteilhaft sein und er tritt zurück. Können andererseits die Bauern ihre Existenz aus ihrer Wirtschaft irgendwie fristen, so werden sie nicht zur Pachtung greifen, aus der sie höchstens nur den Lohn der Landarbeiter erhalten können.

Je höher die Produktivität der Arbeit in seiner Wirtschaft ist, desto weniger sucht der Bauer Land zu pachten. Und ebenso umgekehrt: je niedriger die Produktivität der Arbeit in der eigenen Wirtschaft ist, für einen um so geringeren Anteil wird er auf die Pacht eingehen. Ein Unternehmer pachtet unter entgegengesetzten Verhältnissen. Je höher die Produktivität der Arbeit, je höher sein kapitalistischer Profit ist, eine um so höhere Rente kann er dem Grundbesitzer zahlen. Dagegen ist bei niedriger Arbeitsproduktivität sein Profit geringer und er weicht der Ernährungswirtschaft.

Je niedriger also die Produktivität der Arbeit ist, je mehr die Bauern verarmen, um so leichter ist der Sieg der Ernährungswirtschaft über die kapitalistische. Und umgekehrt: je höher die Produktivität der Arbeit ist, je einträglicher die Wirtschaft des Bauern ist, um so günstiger sind die Bedingungen für die kapitalistische Pacht. Die Vergrößerung des Landfonds der Bauern und die Erhöhung der Produktivität der Arbeit, infolge des technischen Fortschritts, führt zum Siege der kapitalistischen Pacht.

Neuntes Kapitel.

Die technischen Entwicklungsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Bedingungen, unter denen die Kräfte der Menschen, der Pferde und die Maschinen am besten ausgenutzt werden können.

In jedem Stadium der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft herrscht oder strebt vorzuherrschen jene typische Wirtschaft, die der Entwicklungsstufe der in der Gesellschaft existierenden Produktivkräfte am meisten angepaßt ist.

Die bäuerliche Naturalwirtschaft stellte bis zu ihrem Eintritt in den Warentausch einen bestimmten normalen Wirtschaftstypus dar, dessen Umfang einerseits durch die Menge der der Familie zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, andererseits durch die Größe ihres Grund und Bodens bestimmt ist. Der Umfang einer solchen Wirtschaft darf hinter gewissen Grenzen nicht zurückbleiben, weil sie der Familie die nötigen Existenzmittel gewähren mußte. Um bei einer kleineren Landfläche mit demselben Wirtschaftssystem existieren zu können, mußte die Familie entweder ihre Arbeitskräfte verkaufen oder irgend welche Produkte für den Markt erzeugen.

Ebenso wird in der Industrie bei Handbetrieb der normale Unternehmertypus (unter dem Wort „normale" ist nicht rationellste zu verstehen, sondern der den ökonomischen und sozialen Orts- und Zeitverhältnissen angepaßte) durch den Grad der Arbeitsteilung unter den Produzenten, durch den Umfang des Marktes usw. bestimmt. Wenn neue Arbeitskräfte nicht zur Verminderung der Produktionsausgaben, zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität in einem solchen Maße führen, daß man durch die Konkurrenz die kleinen Betriebe aus dem Felde schlagen kann, so verliert für den Unternehmer die weitere Konzentration der Produktion ihre Bedeutung.

Einen ganz anderen Charakter aber weist die Landwirtschaft auf. Der Grundbesitzer hält es oft für vorteilhafter, sein Land

unter verschiedene Farmer zu verteilen, die dann kleine Betriebe führen. Andererseits wieder können die Bauern ganz kleine Parzellen haben, die in den Händen der reicheren Bauern, die dann größere Betriebe führen, konzentriert werden. Wie eben gezeigt, ist es schwer, den normalen Wirtschaftstypus nach den gegebenen sozialökonomischen und technischen Bedingungen zu bestimmen, da man dabei die ganze Summe dieser Bedingungen in Betracht ziehen muß.

Infolge der Schwierigkeit, den normalen Wirtschaftstypus a priori zu bestimmen, versuchen die Ökonomisten meistens mit Hilfe der statistischen Angaben und durch das Vergleichen der verschiedenen Wirtschaftsgrößen in verschiedenen Perioden miteinander, die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes festzustellen.

Aber auch an der Hand der statistischen Angaben ist es noch schwierig, die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung zu bestimmen, weil verschiedene Bedingungen die Bildung eines Wirtschaftstypus hindern, der sich der gegebenen Entwicklungsstufe am besten anpaßt. So beeinflussen zum Beispiel die Formen des Grundbesitzes den Charakter der Bodennutzung und die Organisation der landwirtschaftlichen Betriebe in bedeutendem Maße. Bei langsamer Entwicklung der Industrie steigt die Zahl der kleinsten Betriebe, weil die Bevölkerung — der Möglichkeit beraubt, ihren landwirtschaftlichen Erwerb verlassen zu können — zum Kleinbetrieb greift, um sich wenigstens eine halbe Hungerexistenz zu sichern. Um die Wirkung der Produktivkräfte auf die Wirtschaftsorganisation zu bestimmen, muß man zuerst die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft unter den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen feststellen. Diese Tendenzen bestimmen in hohem Grade sowohl die Formen des landwirtschaftlichen Betriebes, als auch den Charakter der wirtschaftlichen Beziehungen der ländlichen Bevölkerungsklassen.

In den verschiedenen Gebieten Rußlands gibt es in der Landwirtschaft ein gewisses Betriebsminimum, unter dem die Produktivität der Arbeit bedeutend sinken würde. Der Umfang dieses Minimums wird teils durch den Stand der landwirtschaftlichen Technik, teils durch das in dem betreffenden Rayon rationellste System der Wirtschaft und des Ackerbaus bestimmt.

Die Produktivität der Arbeit steigt durch die rationellere Ausnutzung der dabei verwendeten menschlichen Arbeitskraft und der

des lebenden Inventars, der Maschinen und des Bodens (Düngung, Ent- und Bewässerung usw.).

Die Arbeit kann in der Landwirtschaft nur bei einem gewissen Minimum der Landfläche, die jeder zu bearbeiten hat, am rationellsten ausgenutzt werden. Je besser die landwirtschaftlichen Geräte sind, um so höher ist dieses Minimum und umgekehrt, da mit besseren Geräten ein Arbeiter mehr Land bebauen kann. Mit der Verbesserung der Technik muß sich auch die bebaute Bodenfläche vergrößern. Eine Verkleinerung der Bodenfläche führt zu einem Sinken der Produktivität der Arbeit. Deshalb dehnt sich in den Grenzgebieten, wo bessere landwirtschaftliche Geräte verwendet werden, das Ackerland schneller aus, als die Bevölkerung wächst.

Die intensive Bearbeitung der Wirtschaft dagegen führt zu einer Verminderung des Landminimums eines Arbeiters; bei diesem Umfang des Landminimums ist die Produktivität der Arbeit am höchsten. Doch bleibt dabei die Bedeutung der landwirtschaftlichen Geräte dieselbe: Je besser die Geräte sind, desto größer ist die Landfläche, die jeder Arbeiter bearbeiten kann. Eine intensive Landwirtschaft führt also zu einer Verminderung des Landminimums, das zur Erreichung der höchsten Produktivität der Arbeit nötig ist, während die Verbesserung der Geräte den Umfang des für eine rationelle Kultur notwendigen Bodens vergrößert. Wie groß in dieser Hinsicht die Bedeutung des technischen Fortschritts ist, sehen wir an England, wo bei einer außerordentlich hohen Intensität der Agrikultur die Bodenfläche im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung größer ist als in Rußland. Der einzelne landwirtschaftliche Arbeiter bestellt dort mehr Boden als in Rußland.

Genau so existiert ein gewisses Minimum für die Ausnutzung des lebenden Inventars. Seine rationelle Ausnutzung ist nur möglich, wenn der Betrieb, nach den statistischen Angaben, nicht weniger als 25 Deßjätinen umfaßt. Die offizielle sowie die Semstwostatistik konstatiert für die Schwarzerde und Waldzone, im Gebiet der Pferdearbeit oder in dem des Ochsengespanns, überall ein regelmäßiges Sinken der Produktivität der Arbeit des Arbeitsviehes, je nachdem sich der Umfang der Bauernwirtschaft vermindert. „Diese Regelmäßigkeit zeigte sich um so deutlicher, je genauer die Einteilungsmethode war (nach Höfen, Dörfern und Kreisen) und je näher der erhaltene Produktivitätskoeffizient dem

wirklichen Verhältnis zwischen der Menge des Arbeitsviehes und der bearbeiteten Bodenflächen stand. Überall wird bei einem geringeren Landanteil und bei einem geringeren Umfang der bäuerlichen Wirtschaft zur Bearbeitung einer und derselben Menge gepflügten Landes mehr Arbeitsvieh verwendet."

Um die Bedeutung dieser Tatsache klarzulegen, benutzt Herr Wichljajew Angaben über zwei Kreise des Gouvernements Woronesch. Hier kommen „bei einem Nadjel bis zu 5 Deßjätinen 1,39 Deßjätinen auf ein Arbeitspferd, bei einem Landanteil von 5 bis 15 Deßjätinen 2,54 Deßjätinen, bei 15 bis 25 Deßjätinen 3,32 Deßjätinen und bei mehr als 25 Deßjätinen Nadjellandes 4,20 Deßjätinen auf ein Arbeitspferd. Da also ein Pferd der letzten Gruppe 4,20 Deßjätinen bearbeitet, während ein solches der ersten Gruppe nur 1,39 Deßjätinen, ist die Arbeit eines Pferdes der landreichen Bauerngruppen dreimal produktiver als die eines solchen der ärmsten Gruppe. Während ein Bauer mit 25 Deßjätinen Landanteil zur Bearbeitung seines Bodens drei bis vier Pferde hält, müssen fünf seiner Nachbarn, die je 5 Deßjätinen haben, zur Bearbeitung derselben Bodenfläche neun bis zwölf Pferde halten. Das Futter des Pferdes wird in den meisten Fällen auf denselben Gütern produziert und erscheint als Ergebnis eines bestimmten Aufwandes von Arbeitskraft. Wenn man also einem Pferde pro Tag 20 Pfund Heu gibt, so werden diese 20 Pfund in verschiedenen Bauerngruppen mit dem gleichen Arbeitsaufwand produziert. Die individuellen Eigenschaften des Arbeiters und die Qualität der Wiesen gleichen sich um so mehr aus, je größer die Zahl der beobachteten Fälle ist. Die in dem Viehfutter verkörperte Arbeit verteilt sich im Resultat auf eine um so größere Menge Ackerprodukte, je größer der Umfang des Grundbesitzes ist. Bei einem Landanteil von mehr als 25 Deßjätinen verteilt sich der Unterhalt eines Arbeitspferdes auf die Produkte von 4,20 Deßjätinen, bei dem kleinen Landanteil aber auf die Produkte von 1,39 Deßjätinen, also vermindert sich die Produktivität der Arbeit mit der Verkürzung des Landanteils.

„Auf diese Weise verschlingt der Unterhalt eines Arbeitspferdes — je nach der Verkürzung der Nadjelgröße — einen immer höheren Prozentsatz des Bruttoertrags der Wirtschaft."*

* P. Wichljajew, Skizzen aus der russischen Landwirtschaft. S. 42.

Für eine produktive Ausnutzung des lebenden Inventars hat der Umfang der Wirtschaft eine wesentliche Bedeutung, während für die Steigerung der Arbeitsproduktivität auch die auf jeden Arbeiter entfallende Bodenfläche in Betracht kommt. Wenn selbst ein großer kooperativer Betrieb bei einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß existiert, so wird die Arbeit in diesem Betrieb doch wenig produktiv sein. Wenn also in einer großen kooperativen Wirtschaft 100 Personen 200 Deßjätinen bearbeiten, die von 50 Personen bebaut werden könnten, so ist die Arbeitsproduktivität der ersteren um zweimal niedriger als die der letzteren, obgleich die Wirtschaft eine größere ist. Je besser dabei die Geräte der Mitglieder sind, um so größer ist der Überschuß an Arbeitskräften in diesem landwirtschaftlichen Betrieb. Als Illustration dieser Tatsache kann folgende von W. E. Posnikow aufgestellte Tabelle über die Bauernwirtschaften im Gouvernement Taurien dienen.*

Das Verhältnis der Arbeitskräfte zum Saatland stellt sich bei 100 Deßjätinen Ackerlandes bei den verschiedenen Gruppen folgendermaßen dar:

Getreideboden	Bevölkerung einschließlich Taglöhner			
	Höfe	Personen	Arbeiter	Stück Arbeitsvieh
Mit 5 Deßjätinen . .	28,7	136	28,5	28,2
= 5 bis 10 = . .	12,9	67	12,6	25
= 10 = 25 = . .	6,7	41,2	9,3	20
= 25 = 50 = . .	2,9	25,5	7	16,6
= über 50 = . .	1,3	18	6,8	14
Durchschnittlich	5,4	36,6	9	18,3

Ähnliche Angaben finden wir in den Semstwostatistiken über andere Gouvernements.** Die angeführte Tabelle illustriert glänzend folgende „Gesetze" in der Landwirtschaft:

1. Je geringer die Anzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist, desto höher ist die Arbeitsproduktivität. Dies ist aus der ersten,

---

* W. E. Posnikow, Die südrussische Bauernwirtschaft. S. 117.

** In dem Kreise Serdobsk zum Beispiel ändert sich der Umfang des Saatlandes in den verschiedenen Grundbesitzergruppen folgendermaßen

zweiten und dritten Rubrik ersichtlich. Ein und dieselbe Fläche Ackerlandes kann von einer um viermal kleineren Anzahl Arbeitern bestellt werden, wenn in der Landwirtschaft ein geringerer Teil der Bevölkerung beschäftigt ist. 6,8 Arbeiter können dieselbe Getreidemenge produzieren wie 28,5 Arbeiter, aber das produzierte Getreide wird schon von einer nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung konsumiert werden, weil diese Produktivität der Arbeit auf 100 Deßjätinen Getreideboden nur bei einer landwirtschaftlichen Bevölkerung von 18 Personen möglich ist; mit anderen Worten: die Erhöhung der Produktivität der in der Landwirtschaft unmittelbar verwendeten Arbeit ist nur bei einer solchen Verteilung der Produktivkräfte der Bevölkerung möglich, wo ein bedeutender Teil derselben mit nichtlandwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt ist.

2. Daraus folgt, daß je größer der landwirtschaftliche Betrieb ist, desto größer ist auch dessen Arbeitsproduktivität. Die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit steigt im gleichen Verhältnis mit dem Umfang des Betriebs.

3. Mit der Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses sinkt die Produktivität der Arbeit, gleichzeitig ernährt sich aber aus der Landwirtschaft eine größere Zahl von Personen.

(Statistisches Sammelwerk über das Gouvernement Saratow, 9. Band, S. 259):

Wirtschaftsgruppen mit Bodenfläche	Getreideboden in Deßjätinen		
	Auf einen Arbeiter männl. Geschlechts	Auf eine Person	Auf ein Stück Arbeitsvieh
0 Deßjätinen	2,49	0,55	4,39
bis 2 = ...	4,07	1,01	3,96
von 2 = 5 = ...	3,87	0,94	4,49
= 5 = 10 = ...	4,63	1,15	4,63
= 10 = 20 = ...	5,79	1,44	4,82
= über 20 = ...	6,69	1,72	5,12

Ebenso steht es auch in anderen Kreisen des Gouvernements Saratow. Im Gouvernement Taurien ist der Unterschied der Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Gruppen noch bedeutender als im Kreise Serdobsk, weil hier in größerem Maße verbesserte Geräte Verwendung finden. Der technische Fortschritt muß den Unterschied der Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Betrieben immer mehr vergrößern.

Während bei einem Getreideboden von 5 Deßjätinen pro Wirtschaft sich 136 Personen in 28,7 Höfen durch Bebauung von 100 Deßjätinen Getreideboden ernähren, leben von der Bebauung der gleichen Landfläche bei einem Landanteil von über 50 Deßjätinen nur 18 Personen in 1,3 Höfen. Dabei könnten bei einer anderen Einteilung der Produktivkräfte der Bevölkerung statt 28,5 Arbeiter 6 bis 8 Arbeiter dieselbe Bodenfläche bebauen. Folglich wenden von 28,7 Personen 21,7 Arbeiter eine ganz überflüssige Arbeit auf, um auch nur einen Teil der Produkte zu erlangen, weil sie keine Möglichkeit haben, ihre Arbeitskraft produktiver ausnutzen zu können.

4. Die Unterhaltungskosten für das Arbeitsvieh sind in großen Wirtschaften zweimal geringer. Mit anderen Worten: die Arbeitsproduktivität des Viehes steigt mit der Vergrößerung des Betriebs. Um aus der Landwirtschaft sich zu ernähren, muß ein größerer Teil der Bevölkerung auch mehr Vieh unproduktiv füttern.

5. Den ersten und vierten Punkt kann man folgendermaßen formulieren: Je höher die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit ist, desto geringer ist bei derselben Bodenkultur die Anzahl der menschlichen Arbeitskräfte und des Viehes, die zur Bebauung des Bodens notwendig ist, und desto schneller verringert sich die landwirtschaftliche Bevölkerung. In Ländern, wo das Ackerland nicht ausgedehnt werden kann und die Produktivität der Arbeit steigt, vermindert sich die landwirtschaftliche Bevölkerung oder erhöht sich der Ertrag einer gegebenen Bodenfläche sehr rasch infolge einer intensiven Bearbeitung der Wirtschaft. Letztere ist aber nur, wie die Rententheorie lehrt, bei verhältnismäßig hohen Getreidepreisen möglich. Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität infolge der Einführung von Maschinen macht bei gleichbleibender Bodenkultur eine Ausdehnung der für einen Betrieb mit erhöhter Arbeitsproduktivität erforderlichen Bodenfläche notwendig. „Im Gouvernement Taurien ermöglichte die Einführung der Mähmaschine für einen Bauernhof die Bearbeitung einer doppelt so großen Bodenfläche als früher; als Norm für eine Arbeitsfläche werden jetzt nicht mehr 10 Deßjätinen angenommen, sondern 20. Die Arbeitsfläche eines Bauernhofs wird in den meisten Gebieten Rußlands bis jetzt noch von den Bedingnngen der Handmähung bestimmt, die während eines Monats die höchste Anspannung aller Kräfte der Bauern fordert. Bei Anwendung der Mähmaschine aber,

die fünfmal so schnell arbeitet, vergrößert sich natürlich auch die Leistungsfähigkeit eines Bauernhofs.“*

„Man muß jedoch sagen, daß die Mähmaschine nicht den vollen Effekt in der Verminderung der Arbeitskräfte aufweist. . . . Durch die Einführung von Maschinen kann ein Bauernhof mit drei Arbeitern und drei Paar Pferden bei Dreifelderwirtschaft auf 60 Deßjätinen 40 Deßjätinen Getreideboden bebauen, wie das bei den tauriſchen Bauern und den südruſſiſchen deutſchen Koloniſten der Fall iſt.“**

Wir kommen zu dem Schluſſe, daß die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes in der Trennung verſchiedener Induſtriezweige von der Landwirtſchaft und in der Organiſation dieſer Induſtriezweige zu Großbetrieben zum Ausdruck kommt. Die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtſchaft vermindert — wie aus der Analyſe ihrer Entwicklungsbedingungen hervorgeht — die Anzahl der Arbeiter in ihrem Verhältnis zur Bodenfläche und macht auch hier die Organiſation des Großbetriebs notwendig. Daraus folgt: Je raſcher die Entwicklung der Induſtrie in einem Lande vor ſich geht, je mehr Arbeitskräfte ſie aus der Landwirtſchaft an ſich zieht, deſto größer wird die Bodenfläche in ihrem Verhältnis zur landwirtſchaftlichen Bevölkerung, was ſeinerſeits als notwendige Entwicklungsbedingung der Produktivkräfte in der Landwirtſchaft erſcheint.

In kleinen landwirtſchaftlichen Betrieben, wo nur für den eigenen Verbrauch produziert wird, in kleinen Gewerbebetrieben, die nur auf Beſtellung arbeiten, hat der Produzent keinen Grund, die Produktivität ſeiner Arbeit zu erhöhen, die Produktivkräfte ſeiner Wirtſchaft weiterzuentwickeln. Bei eingeſchränkten Bedürfniſſen und bei einem beſchränkten oder ganz fehlenden Abſatzmarkt erſcheint eine Produktion in größerem Umfang ganz überflüſſig. In Sibirien faulte noch vor einigen Jahrzehnten das Getreide in den Speichern, weil man es weder verbrauchen noch abſetzen konnte. Es hatte deshalb für die Landwirte gar keinen Sinn, ihre Wirtſchaften zu vergrößern. Die Produktion auf Beſtellung wird durch die Zahl der Aufträge beſchränkt und treibt auch nicht beſonders zur Entwicklung der Produktivkräfte in ſolchen Wirtſchaften an.

---

* W. E. Posnikow, Die ſüdruſſiſche Wirtſchaft. S. 330 bis 331.
** W. E. Posnikow, Die ſüdruſſiſche Wirtſchaft. S. 330 bis 331.

Selbstverständlich strebt jeder arbeitende Mensch in dem einen wie in dem anderen Falle danach, seine Arbeitskraft zu sparen und seine Bedürfnisse so gut als möglich zu befriedigen, aber die Existenz solcher Wirtschaften ist mit der Notwendigkeit, die Produktivkräfte schnell zu entwickeln, nicht eng verbunden.

Bei der Produktion für den großen Markt tritt dieser Faktor als die schrecklichste Waffe im Kampfe zwischen den verschiedenen Wirtschaftsformen auf. Durch Einführung des Maschinenbetriebs wurden in jedem Lande Zehn- und Hunderttausende kleiner Wirtschaften vernichtet, und ihre Wirte mußten entweder die Wirtschaft aufgeben oder Hungers sterben; diese Tatsachen sind so allgemein bekannt, daß wir uns bei ihnen nicht länger aufzuhalten brauchen.

Bei der Produktion für den großen Markt tritt für die Besitzer von Kleinbetrieben noch ein anderes Hindernis für das Wachstum der Produktivkräfte auf. Das Steigen der Produktivkräfte setzt eine Vermehrung der von einer Person erzeugten Produkte voraus. Diese Vermehrung erfordert nicht nur eine Ausdehnung der auf jeden Produzenten kommenden Bodenfläche, sondern auch einen gewissen Minimalumfang des Betriebs, bei dem die Anwendung verbesserter Maschinen und Geräte möglich ist. Ebenso ist es in der Industrie, allerdings mit dem einzigen Unterschied, daß sich hier statt der Bodenfläche die Menge des von jedem Arbeiter verarbeiteten Rohmaterials vergrößern muß.

In der Landwirtschaft ist bei verschiedenen Verhältnissen auch das Minimum der Bodenfläche verschieden, das zur Organisation einer einträglichen Wirtschaft erforderlich ist. Dieses Minimum wird durch die Geräte und das lebende Inventar, die bei der Bestellung des Bodens zur Verwendung kommen, bestimmt.

Mehr als in anderen Ländern stieg die Produktivität der Arbeit trotz der landwirtschaftlichen Krise in England infolge der absoluten Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, in den westlichen Staaten Nordamerikas dagegen infolge der Ausdehnung des Ackerlandes und im südlichen und östlichen Grenzgebiet Rußlands aus denselben Gründen. Obgleich in England die Wirkung der Krise, die die Entwicklung der kapitalistischen Pacht hemmt, schwer zu bestimmen ist, vergrößerte sich dort auf jeden Fall, trotz der ungünstigen Bedingungen, die kapitalistische Pacht auf Kosten der kleinen Pacht. Die größten Landerwerbungen machten die Betriebe von 40 bis 120 Hektar (100 bis 300 Acres), dann solche von 20 bis

40 Hektar (50 bis 100 Acres). In den westlichen Staaten von Nordamerika vermehrte sich die Zahl der Wirtschaften mit 100 bis 1000 Acres. Endlich fiel in Südrußland der größte Teil der gepachteten Bodenfläche in die Hände solcher Landwirte, die 25 bis 50 Deßjätinen und darüber bestellten.

Es ist natürlich schwer, alle wirtschaftlichen Bedingungen in Betracht zu ziehen, unter denen die Produktionsmittel, die in der Landwirtschaft der verschiedenen Länder zur Verwendung kommen, am produktivsten ausgenutzt werden können. Doch kann man die vorteilhafteste Ausnutzung der verbesserten landwirtschaftlichen Geräte bestimmen, die am stärksten auf die Produktivität der Arbeit einwirken.

Die Dreschmaschine mit Pferdebetrieb und die Mähmaschine werden von Landwirten erworben, die nicht weniger als 25 Deßjätinen besitzen, weil bei einem kleineren Betrieb die Anschaffungskosten solcher Maschinen nicht gedeckt werden können.

Der Minimalumfang des Ackerlandes bei Ausnutzung des Pfluges ist bedeutend geringer. Zwar ist die Benutzung eines zwei- bis dreischarigen Pfluges auch in größeren Wirtschaften vorteilhaft, aber sie erhöht die Produktivität der Arbeit nicht in einem solchen Maße, daß sie hier in Betracht käme.

Für eine mit Pferden bespannte Drillmaschine ist der Minimalumfang des Ackerlandes der gleiche wie für eine Mähmaschine. Auf eine solche Weise sind für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität die Betriebe mit über 25 Deßjätinen Getreideboden am günstigsten.

Dagegen existiert für die Erhöhung — also Rentabilität — des Bodenertrags ein gewisses Umfangsmaximum des Betriebs, nach dessen Überschreitung die Erhöhung des Bodenertrags (durch Düngung) unvorteilhaft wird. Die Kosten für das Hinausfahren des Düngers steigen mit der Entfernung der Felder vom Gehöft. Ebenso erhöhen sich die Einbringungskosten des Getreides von den entfernt liegenden Feldern.* Darum kann bei allen anderen gleichen

---

* Ein Vorteil der kleinen Ernährungswirtschaft und der mittleren kapitalistischen Bauernwirtschaft gegenüber dem Großbetrieb existiert in Rußland bei Felddüngung nicht, weil bei dem Gemeindebesitz die Lage der bäuerlichen Landanteile weniger günstig ist als bei größeren Gütern. Der Umfang der Landfläche eines Dorfes beträgt in acht Gouvernements durch-

Bedingungen in Rayons mit extensiver Wirtschaft ohne Düngung und ohne Getreideeinfahren von den Feldern der durchschnittliche Umfang des kapitalistischen Betriebs größer sein.

Wahrscheinlich siegt in Gebieten mit wachsender Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit (in England, den westlichen Staaten Nordamerikas und den Grenzgebieten Rußlands) der Betrieb, dessen Umfang das für die vorteilhafteste Ausnutzung der Geräte und des lebenden Inventars erforderliche Minimum etwas übersteigt. Da die Anwendung verbesserter Geräte zur Entwicklung der Produktivkräfte führt und den Minimalumfang der Wirtschaft bestimmt, so bringt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in jeder einzelnen Wirtschaft eine Veränderung ihres Umfanges und ihrer Organisation hervor. Sinkt der Umfang einer Wirtschaft unter dieses Minimum, so wird die Anwendung verbesserter Geräte unvorteilhaft. In der Landwirtschaft wie in der Industrie ist die Anwendung verbesserter Geräte eng mit der Höhe des Arbeitslohns verbunden. Deshalb führt die Verschlechterung der Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu einer Reduktion der verbesserten Geräte, zum Sinken der Arbeitsproduktivität und zum Vorherrschen des Kleinbetriebs.

So erzeugen die technischen Bedingungen (Anwendung von Maschinen) dieselben Folgeerscheinungen wie die ökonomischen Bedingungen. Die Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit bringt das Steigen der kapitalistischen Rente, den Sieg des Großbetriebs. Ebenso ist die mit der Technik verbundene Erhöhung der Arbeitsproduktivität nur in Großbetrieben möglich, während das Sinken der Arbeitsproduktivität zum Siege des Kleinbetriebs führt.

---

schnittlich 20,2 bis 105,6 Quadratwerst, in neun Gouvernements 10,1 bis 18 Quadratwerst usw. (siehe P. Lachtin, Zur Reform der bäuerlichen Lage, S. 10). „Die Hälfte des kulturfähigen Bauernlandes im europäischen Rußland kann nicht gedüngt werden wegen der weiten Entfernung der Felder vom Gehöft, und die andere Hälfte kann nur mit einem bedeutenden Verlust an Zeit, Kräften und materiellen Mitteln gedüngt werden" (ibid., S. 11).

Zehntes Kapitel.

Differenzierung der Bauernschaft verschiedener Gebiete und innerhalb dieser Gebiete.

I. Angaben der Militärpferdezählung über die Differenzierung der Bauernschaft in verschiedenen Gebieten. — II. Die Anwendung verbesserter landwirtschaftlicher Geräte in den verschiedenen Gebieten. — III. Differenzierung der Bauernschaft der verschiedenen Gebiete. — IV. Differenzierung der Bauernschaft innerhalb eines Gebiets und die Entstehung der bäuerlichen Bourgeoisie; Bodenankauf und Sparkasseneinlagen.

I.

Die Angaben der Militärpferdezählung gewähren die Möglichkeit, den Veränderungsprozeß in den bäuerlichen Wirtschaften unter verschiedenen ökonomischen Bedingungen zu beobachten. Diese Angaben zeigen, daß die Veränderungen auch in der wirtschaftlichen Entwicklung in derselben Richtung vor sich gehen, wie dies auch die Angaben über die Statistik der Bauernwirtschaft zeigen, nämlich, daß sich die großkapitalistische Bauernwirtschaft gleichzeitig mit der Zunahme der Produktivkräfte in der Landwirtschaft entwickelt.

Bevor wir jedoch zur Betrachtung der Veränderungen in der Lage der Pferde besitzenden Bauern übergehen, muß folgendes in Betracht gezogen werden:

1. In Gebieten, wo sich die Arbeitsproduktivität erhöht, wo verbesserte Geräte eingeführt werden, muß sich die Menge der Arbeitspferde bei den reicheren Landwirten im Verhältnis zum Getreideboden vermindern. Es erklärt sich einfach daraus, daß bei Verwendung besserer Geräte weniger Pferdekräfte für die gleiche Arbeit gebraucht werden als bei Verwendung schlechterer Geräte.

Die landwirtschaftlichen Geräte verbreiten sich in den südlichen und östlichen Gouvernements; folglich muß so eine bedeutende Verminderung der Pferdeanzahl bei den reichen Landwirten stattfinden, wenn deren Getreideboden nicht vergrößert worden ist.

2. Da die Pferde für die Landwirtschaft am notwendigsten sind, so muß eine Verminderung ihrer Zahl im Verhältnis zur Bevölkerung als ein Merkmal des Verfalls der Produktivkräfte der

Bevölkerung angesehen werden. Zwar kann sich, wie gesagt, in den reichen Wirtschaften die Pferdeanzahl infolge der Einführung verbesserter Geräte vermindern. Doch kann eine solche Verminderung nur bis zu gewissen Grenzen gehen. Auf jeden Fall ist ein Rückgang der Pferdezahl bei der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung ein Beweis für den Verfall ihrer Produktivkräfte.

Nach den von P. Wichljajew* bearbeiteten Angaben der Pferdezählungen ergibt sich, daß sich — mit Ausnahme Südrußlands — die Pferdeanzahl zu Anfang der neunziger Jahre vermindert hat und von einer bedeutenden Nivellierung der Bauernwirtschaften begleitet war. So gab es in den östlichen Gouvernements (Pensa, Simbirsk, Kasan, Ufa) in den Jahren 1891 und 1893 an Arbeitspferden:

In Wirtschaften	Anzahl der Arbeitspferde 1891	1893	Prozent
mit 1 Pferd	417249	434834	+ 4,2
= 2 Pferden	415008	358066	— 13,7
= 3 = ...	200784	157256	— 21,7
= 4 = ...	101552	78426	— 22,8
= 5 = ...	53260	41530	— 22,0
= 6 und mehr Pferden .	113919	85846	— 24,5
	1301772	1155958	— 11,0

Dasselbe Bild läßt sich auch in anderen Rayons, mit Ausnahme der südlichen und baltischen Gouvernements, beobachten.** Bei einem allgemeinen Rückgang der Zahl der Arbeitspferde verlieren die Bauerngruppen mit vielen Pferden am meisten, und es

* P. Wichljajew, Skizzen usw. S. 105 u. f.

** In 23 Gouvernements der westlichen und zentralen Zone verminderte sich die Anzahl der Pferde während der Jahre 1888 bis 1893/94 bei den verschiedenen Gruppen folgendermaßen:

In Wirtschaften	Anzahl der Arbeitspferde 1888	1893/94	Absolut	Prozent
mit 1 Pferd . . .	1693859	1877842	+ 183983	+ 10,86
= 2 Pferden . . .	1774738	1565888	— 208850	— 11,62
= 3 = . . .	838521	589356	— 249165	— 29,72
= 4 = . . .	373492	231192	— 242300	— 38,09
= 5 = . . .	154145	84165	— 69980	— 45,41
= 6 u. mehr Pferden	157098	76159	— 80939	— 51,52
	4991853	4424602	— 567251	— 11,40

vergrößert sich die Gruppe mit einem Pferde, das heißt bei einem allgemeinen Verfall der Produktivkräfte der Bevölkerung findet eine Nivellierung der Wirtschaften statt. Die größeren Bauernwirtschaften, die sich dem kapitalistischen Typus nähern, verschwinden und werden durch die „Ernährungswirtschaften" ersetzt.

„Die Veränderung in der Verteilung der Arbeitspferde ging in den Gouvernements Bessarabien, Jekaterinoslaw, Taurien und Cherson während der Jahre 1891 bis 1896 ganz anders vor sich. Die genannten Gouvernements zeichnen sich durch eine bedeutende Zunahme der Pferdeanzahl aus; die unten angeführte Tabelle aber zeigt, daß diese Zunahme auf die Gruppe mit vielen Pferden entfällt."

In Wirtschaften	Anzahl der Arbeitspferde 1891	1896	Prozent
mit 1 Pferd	104897	103702	— 1,1
= 2 Pferden	471736	585414	+ 24,1
= 3 = ...	99045	125658	+ 26,1
= 4 = ...	137424	194428	+ 41,5
= 5 = ...	44345	64515	+ 44,7
= 6 und mehr Pferden .	81459	109676	+ 34,7
	938906	1183393	+ 26,0

In diesen Rayons fand eine bedeutende Zunahme der Arbeitspferde, also eine Entwicklung der Produktivkräfte statt. Dabei gewannen die Gruppen mit vielen Pferden das meiste, die Gruppe mit einem Pferde aber verlor. Folglich verstärkt sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte die Differenzierung der Bauernschaft. Die Neuverteilung der Pferde im südlichen Gebiet gibt noch kein vollständiges Bild der Differenzierung der Bauernschaft bei Entwicklung der Produktivkräfte.

Oben haben wir schon bemerkt, daß die Einführung verbesserter Geräte die Zahl der Pferde in der reicheren Gruppe relativ vermindern muß. Im südlichen Gebiet verbreiten sich die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen; die Produktivkräfte wachsen viel schneller als die Menge des Arbeitsviehs, und die Differenzierung der Bevölkerung geht in Wirklichkeit rascher vor sich, als man nach der Verteilung der Arbeitspferde annehmen sollte.

Die weitere Analyse der Ernährungswirtschaft und der Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte in der Landwirtschaft wird uns die angeführten Tatsachen genügend erklären: die Ent-

wicklung der Produktivkräfte muß zur Organisation des Großbetriebs und zur Differenzierung der Bauernschaft führen, das Sinken der Produktivkräfte aber zur Verbreitung und Nivellierung der Ernährungswirtschaften.

Die Vergrößerung des Bauernlandes gestattet den Bauern, mehr Produkte für Produktionsmittel zu veräußern, das heißt die Waren produzierende Landwirtschaft zu vergrößern, gewährt den größeren Wirtschaften die Möglichkeit, ihre Produktivkräfte zu entwickeln, verstärkt den Differenzierungsprozeß der Bauernschaft* und dehnt die kapitalistischen Pachtungen auf Kosten der Ernährungspachtungen aus. Diese Schlußfolgerung ist für die Frage der Verstaatlichung des Bodens von Bedeutung.

II.

Die Differenzierung der Bauernschaft in den Grenzgebieten unter dem Einfluß der Entwicklung der Produktivkräfte zeigt sich nicht nur in der Pacht, in dem Umfang des Ackerlandes und in der Viehmenge, sondern auch in der Verbreitung verbesserter Geräte, die ein Mittel zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und Erhöhung der kapitalistischen Rente darstellen.

Die reicheren Landwirte, die die Möglichkeit haben, ihr Ackerland zu vergrößern, entwickeln ihre Produktivkräfte durch Ankauf verbesserter Geräte.** Diese Geräte wirken nicht nur auf die Steigerung der Produktivkräfte, sondern auch auf die Erhöhung der Ernten.

---

* Der Einfluß der Größe des Bauernlandes kommt nicht nur in den verschiedenen Gebieten Rußlands, sondern auch in den verschiedenen Kreisen eines und desselben Gouvernements zum Ausdruck, wenn die Landmenge in ihrem Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung eine verschiedene ist. Im Gouvernement Samara macht in den vier zentralen Kreisen (Busuluk, Samara, Stawropol, Buguruslan) der Prozentsatz der selbständigen Landwirte 78,8 aus, während er in den drei übrigen Kreisen (Nikolajew, Bugulminsk, Nowousinsk) 65,7 beträgt. Die Bauernlandanteile sind in den ersteren Kreisen größer als in den letzteren, folglich gibt es bei größeren Landanteilen weniger „selbständige" Landwirte.

** Der Unterschied in der Verteilung der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf einem gegebenen Territorium und der damit verbundene Unterschied in der Lage der Bauern kommt nicht nur in der verschiedenen Verbreitung der landwirtschaftlichen Geräte in den Grenzgebieten und im landwirtschaftlichen Zentrum, sondern auch in den dicht- und dünnbevölkerten Kreisen ein und desselben Gouvernements zum Ausdruck. So besteht zum Beispiel

Die statistischen Angaben über den Eisenbahntransport der verbesserten Geräte bestätigen, daß in dem dichtbevölkerten Zentrum Rußlands der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung gar keine verbesserten Geräte verwendet, während sie in den Grenzgebieten Verbreitung finden.

Von den Bestimmungsorten für verbesserte Geräte waren folgende die wichtigsten: *

	Bestimmungsorte	Im Jahre 1899 angekommene Pud
Südliches Grenzgebiet	Rostow	321000
	Charkow	140000
	Armawir (Wladikaukaser Eisenbahn)	136000
	Neslobnaja = =	69000
	Jekaterinodar = =	56000
	Isobilnaja = =	50000
	Kiew	121000
	Odessa	75000
	Jelisawetgrad	40000
	Moskau	146000
	Warschau	125000
Östliches Grenzgebiet	Tscheljabinsk	93000
	Orenburg	88000
	Saratow	54000
	Omsk	45000

ein Unterschied zwischen den dichtbevölkerten nördlichen und den dünnbevölkerten südlichen Kreisen des Gouvernements Saratow in der Verbreitung des eisernen Pfluges. In den nördlichen Kreisen ist die Einführung des Pfluges an Stelle des Hackenpfluges bei dem Bodenmangel weniger vorteilhaft. Auf diese Weise verhindern die Bedingungen des Kleinbetriebs, der Getreide in ungenügenden Mengen produziert, die Einführung eines so einfachen Geräts wie den Pflug, und das Land wird mit dem Hackenpflug geritzt.

Nach den Worten des Semstwoagronomen des Gouvernements Moskau, W. G. Baschajew (Skizze über die Bauernwirtschaft des Gouvernements Moskau, 1891), „halten es einige Bauern, und ganz mit Recht, für notwendig, zu den Kosten eines eisernen Pfluges auch die Kosten einer eisernen Egge hinzuzurechnen, weil man mit einer gewöhnlichen Egge die Erdschicht nicht ‚durchreißen' kann". Diese Ausgaben für eiserne Geräte hindern die land- und kapitalarmen Bauern, ihr Land besser umzupflügen.

* Die Statistik des russischen Eisenbahntransportes. Verlag des Eisenbahndepartements. Petersburg 1901.

Aus der Gesamtsumme von 1559000 Pud landwirtschaftlicher Geräte, die auf den größeren Stationen ankamen, entfallen auf Zentralrußland 271000 Pud, wenn selbst Warschau noch zu Zentralrußland gerechnet wird. Folglich begnügt sich ein bedeutender Teil Rußlands mit primitiven landwirtschaftlichen Geräten.

Wohl bildeten sich auch im zentralen landwirtschaftlichen Gebiet kapitalistische Bauernwirtschaften, aber ihr Entwicklungsprozeß geht ebenso langsam vor sich wie die Verbreitung verbesserter und besonders komplizierter Geräte.

Aus den angeführten Zahlen über den Transport landwirtschaftlicher Geräte geht hervor, daß diese in Südrußland die größte Verbreitung finden. Im Gouvernement Cherson zählte man in der Landwirtschaft in den siebziger Jahren 134 Lokomobilen. In den Jahren 1884 bis 1886 fand man schon in drei von den sechs Kreisen dieses Gouvernements 435 Dreschmaschinen. Im Jahre 1895 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen mindestens zweimal so hoch. „Der Finanzbote" (1897, Nr. 21) sagt, daß im Gouvernement Cherson zurzeit ungefähr 1150 Dampfdreschmaschinen vorhanden sind. Im Gebiet Kuban ist die Zahl dieser Maschinen fast die gleiche.*

Die anderen Forscher liefern uns ein ähnliches Bild von der Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenbetriebs in den südrussischen Guts- und Großbauernwirtschaften.

A. Kaufmann gibt in seiner Beschreibung des Amurgebiets (Mir Boshy 1902, Nr. 7) interessante Angaben über die Lage der Bauernwirtschaft im fernen Osten. „Das Dorf Tolstowka ist sehr wohlhabend. Die reichen Bauern bestellen 150 bis 170 Deßjätinen, die ärmsten nicht weniger als 15 bis 20 Deßjätinen. Sie bebauen ihren ganzen Landanteil mit Ausnahme der feuchten Niederungen.... Seinen Geräten und Maschinen nach steht Tolstowka und das benachbarte Dorf Tambowka den reichsten Privatgrundbesitzungen nicht nach: in beiden Dörfern gibt es Landwirte, die Maschinen für 4000 oder 5000 Rubel besitzen. Alle wohlhabenden Landwirte haben schon die teuren Sitzpflüge eingeführt.... In Tolstowka arbeiteten schon im Jahre 1900 12 Garbenbindemaschinen; in diesem Frühjahr sind noch 24 bestellt worden. 12 Landwirte haben Dreschmaschinen eingeführt usw."

* Wl. Iljin, Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. S. 158.

„In Tambowka gibt es nicht wenig Landwirte, die über 166 Deßjätinen bestellen. Doch gibt es dort auch arme Bauern, die nur zwei bis drei Deßjätinen besäen oder gar keinen Getreideboden haben. Im Jahre 1900 gab es in Tambowka 20 Garbenbindemaschinen, 1901 schon 70, dabei noch viele Drill-, Sortier- und Mähmaschinen usw."

Im Gouvernement Orenburg, in dem an der sibirischen Eisenbahn gelegenen Gebiet, fangen die verbesserten Geräte an, sich infolge der Vergrößerung des Ackerlandes und der Erhöhung des Arbeitslohns zu verbreiten. Bis zum Jahre 1901 verbreiteten sich hier nur die Mähselbstraffmaschinen, seit dem Jahre 1902 aber begann man, infolge Erhöhung des Arbeitslohns, Mähselbstbindemaschinen zu bestellen. Nur in einem Kosakendorf wurden in einem der drei Magazine für landwirtschaftliche Geräte im Sommer 36 Mähmaschinen, unter denen 18 Garbenbindemaschinen waren, gezählt. Bei den reichen Landwirten arbeiten die armen Bauern als Lohnarbeiter, hauptsächlich aber die Baschkiren aus der Umgebung.

Auffallend ist die Zunahme des Transportes landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen durch die sibirische Eisenbahn. Im Jahre 1900 wurden 398888 Pud transportiert, das heißt um 109616 Pud mehr als im Jahre 1899 und fast dreimal mehr als im Jahre 1898.

Eine Erklärung dieser erhöhten Einfuhr können wir in folgender Tatsache finden: Bei einem verhältnismäßig großen Landanteil (15 Deßjätinen pro Kopf der Bauernbevölkerung) sucht die sibirische Bevölkerung den Boden immer mehr mit Maschinen zu bestellen, wendet dabei vervollkommnete landwirtschaftliche Geräte an, um einen möglichst großen Teil des Nadjellandes unter den Pflug zu nehmen.

Die früheren landwirtschaftlichen Geräte waren: der gewöhnliche zweirädrige Hackenpflug, die Egge einfachster Konstruktion, die Sichel, die Sense und der Dreschflegel. In der letzten Zeit beginnt man, den kleinrussischen mit Ochsen bespannten Pflug bei Bestellung des Neulandes zu verwenden. Außerdem werden billige Mäh-, Dresch- und Worfelmaschinen einfacher Konstruktion mehr und mehr in Gebrauch genommen.

Der technische Fortschritt in den Grenzgebieten und der allgemeine Aufschwung der Produktivkräfte ist nicht immer von einer Differenzierung des Bauernstandes innerhalb ein und derselben

Gemeinde begleitet. Die günstigen ökonomischen Bedingungen in einem Rayon können bei ungünstigen ökonomischen Bedingungen in anderen Rayons zu einer Differenzierung der Bauernschaft nach Rayons führen, wobei die Bevölkerung des einen Rayons landwirtschaftliche Arbeiter für den anderen Rayon liefert.

III.

Auf Grund der Militärpferdezählung kann man den Schluß ziehen, daß in den südlichen Gouvernements sich die Wirtschaften mit vielen Pferden bedeutend vermehrt haben. Aber gleichzeitig mit der Vermehrung der Pferdezahl bei den reicheren Gruppen stieg auch die Anwendung verbesserter Geräte. Folglich ging die Entwicklung dieser Wirtschaften viel rascher vor sich, als man nach der Vermehrung der Pferdeanzahl annehmen konnte.

Von 1,5 Millionen Pud landwirtschaftlicher Geräte, die auf den Eisenbahnen transportiert wurden, kommt der größte Teil auf die südlichen Gouvernements (und auf das Orenburger Gouvernement). In diesen Gebieten wurden auch landwirtschaftliche Geräte in großen Mengen produziert. Von der Gesamtsumme der in Rußland produzierten landwirtschaftlichen Geräte entfallen auf die drei südlichen Gouvernements — wenn wir das Gouvernement Charkow hinzurechnen — für zirka 6 Millionen Rubel oder zwei Drittel der Gesamtproduktion. Natürlich mußte bei einer solchen Entwicklung der Produktivkräfte der Bevölkerung die Produktion einen großen Umfang erreichen. Und wirklich liefern die südlichen Grenzgebiete das meiste Getreide für den Markt.

In vier südlichen Gouvernements (Taurien, Cherson, Jekaterinoslaw und das Dongebiet) und im Gouvernement Orenburg wurden — nach P. Lachlatin — auf dem Bauernlande ein Fünftel* des in sämtlichen 45 Gouvernements produzierten Ge-

* Nach ihrer Einwohnerzahl enthalten diese fünf Gouvernements ungefähr ein Zehntel der Gesamtbevölkerung des europäischen Rußland. Folglich ist die Produktivität der Arbeit in diesem Rayon doppelt so hoch als im übrigen Rußland. Es muß jedoch bemerkt werden, daß in diesen Gouvernements (Cherson, Taurien, Jekaterinoslaw und das Gebiet der Donschen Kosaken) ein bedeutender Teil der Bevölkerung in Städten lebt (in Cherson 29, in Taurien 19,9 Prozent) und daß deshalb die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit etwas höher ist als bei Berechnung auf die Zahl der Gesamtbevölkerung.

treides erzeugt, und zwar wurde (die jährliche Aussaat ausgeschlossen) in den 45 Gouvernements (1892 bis 1896) 1271 Millionen Pud, in den 4 Gouvernements und in dem Gebiet der Donschen Kosaken (1892 bis 1897) 261 Millionen Pud produziert.

Diese Entwicklung der Produktivkräfte der Bevölkerung war von einem Aufschwung der wohlhabendsten Gruppe der Bauernschaft begleitet.

Die Entwicklung der Großbauernwirtschaft (mit 4, 5, 6 und mehr Pferden) ging jedoch weniger auf Kosten einheimischer pferdeloser und einpferdiger Wirtschaften vor sich, als vielmehr durch die Ausbeutung zugewanderter Arbeiter. Für diese Großbauernwirtschaften liefern die Bauernwirtschaften des zentralen landwirtschaftlichen Gebietes die Arbeiter.

Die einheimischen Bauern erscheinen schon den einwandernden Bauern gegenüber als eine andere Klasse mit entgegengesetzten ökonomischen Interessen.

Wir haben hier die Differenzierung der Bauernwirtschaft nach den verschiedenen Rayons.

Die ungleiche Ausstattung der Bauern verschiedener Gebiete mit Land führte zu einer Differenzierung der Bauernschaft nach Rayons. In den südlichen und südöstlichen Gouvernements gehört der größte Teil der Bauernbevölkerung zur wohlhabenderen Gruppe, die sich der Lohnarbeit der einheimischen, sowie auch der zugewanderten Arbeiter bedient. Diese kommen aus den Gebieten mit landwirtschaftlicher Übervölkerung, die ein Kontingent von Zeit- und ständigen Arbeitern liefern. In den landreichen Rayons herrschen also die bäuerlichen Arbeitgeber vor, in den landarmen Gebieten dagegen die ländlichen Proletarier. Dadurch wird der Differenzierungsprozeß der Bauernschaft aufgehalten: stellenweise können fast alle Bauern wohlhabend sein und Lohnarbeiter anmieten;* in anderen Gegenden dagegen sind alle Bauern Paupers, die denn auch in anderen Gebieten als Lohn-

* In einigen Orten der Grenzgebiete äußert sich diese Differenzierung nach den Rayons in der Ausbeutung der einen Nationalität durch die andere. So werben zum Beispiel in den südlichen Gouvernements die Arbeiter aus den Reihen der zugewanderten russischen Bauern an; am Ural mieten die Kosaken und stellenweise auch die Bauern nur Baschkiren zur landwirtschaftlichen Arbeit; die altansässigen Sibirier wieder die Einwanderer usw.

arbeiter auftreten. In jenen Gebieten, wo — wie wir gezeigt haben — die kapitalistische Pacht vorherrscht (in den südlichen und südöstlichen Gouvernements), werden in großem Umfange zugewanderte Arbeiter aus anderen Gouvernements mit „Ernährungspacht" angemietet. In den Gebieten, wo sich eine Entwicklung der Produktivkräfte bemerkbar macht, herrscht 1. die kapitalistische Pacht, 2. die Großbauernwirtschaft, 3. höherer Arbeitslohn und darum 4. nicht nur die Anmietung der einheimischen armen Bauern, sondern auch der zugewanderten Arbeiter.

Andererseits entsteht in den Gebieten mit einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß eine zahlreiche Klasse landwirtschaftlicher Arbeiter, die nicht nur das Land des Großgrundbesitzers, sondern auch das der Gutsbesitzer und Bauern anderer Rayons bestellen. Je dichter die landwirtschaftliche Bevölkerung, je extensiver die Bodenkultur ist, um so weniger können sich aus dem Milieu der Bauern reiche Landwirte mit einer höheren Arbeitsproduktivität in ihrer Wirtschaft emporheben. Die Erhöhung der Ernährungspacht verschlechtert noch die allgemeine Lage, da in der Form der Ernährungspacht ein bedeutender Teil der Produkte den kleinen Besitzern verloren geht. Es bleibt ihnen so wenig, daß innerhalb der Bauernschaft keine bedeutende Differenzierung stattfinden kann und nur die rohesten Formen des Wuchers gestatten, noch etwas „anzuhäufen". Die Winteranmietung der Arbeiter ist eine der charakteristischen Folgeerscheinungen derartiger Verhältnisse.

In diesen Gebieten herrscht bei einem Sinken der Produktivkräfte 1. die Ernährungspacht, 2. die Kleinwirtschaft der landwirtschaftlichen Arbeiter, 3. niedriger Arbeitslohn, 4. das Aufsuchen von Arbeit außerhalb der Heimat.

Bei der Betrachtung der Bedingungen und des Umfanges der Fluktuation der landwirtschaftlichen Arbeiter muß die Bedeutung der Differenzierung der Bauernschaft nach den Rayons in Betracht gezogen werden, sowie die ökonomischen Verhältnisse in den Rayons, die die Arbeiter liefern, und in den Rayons, wo die Arbeiter angemietet werden.

IV.

Die Differenzierung der Bauernschaft innerhalb der Dorfgemeinde wurde vielfach in der Literatur behandelt. Vielseitig und ausführlich ist diese Frage in dem Buche Wladimir Iljins „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" beleuchtet worden.

In der Einleitung haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Frage über die Differenzierung gewöhnlich ganz unabhängig von der Frage über die Entwicklung der Produktivkräfte erörtert wird. Die Ökonomisten, die den Kleinbetrieb „um jeden Preis" verteidigen wollen, suchen zu beweisen, daß der Differenzierungsprozeß in vielen Gebieten Rußlands nicht stattfindet, und sie beweisen dies auch tatsächlich überzeugend für die Gebiete mit sinkender Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft.

Die Entwicklung der Produktivkräfte als eines Faktors der wirtschaftlichen Evolution zeigt schon den Zusammenhang dieser Entwicklung mit den Verteilungsbedingungen der Produktivkräfte unter die Industrie und die Landwirtschaft. Unter anderem zeigt es sich, daß in dichtbevölkerten Rayons bei einer Entwicklung der Produktivkräfte der Übergang eines Teiles der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die Industrie unvermeidlich ist, weil bei einem technischen Fortschritt die anwachsende landwirtschaftliche Bevölkerung nicht von der Landwirtschaft aufgesaugt werden kann. Der technische Prozeß scheidet aus der Landwirtschaft Arbeitskräfte aus, für die notwendig ist, entweder zur Industrie überzugehen oder mit der Maschine zu konkurrieren, das heißt die Entwicklung der Produktivkräfte aufzuhalten.

Außer in den südlichen und östlichen Grenzgebieten sank in Rußland die landwirtschaftliche Produktion im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung. Folglich vermindern sich auch deren Produktivkräfte.

Das Sinken der Produktivkräfte muß vor allem in folgenden Erscheinungen zum Ausdruck kommen:

1. In der Verminderung der Menge landwirtschaftlicher Produkte im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung.

2. In der Verminderung der Anzahl der Geräte und Produktionsmittel im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ein Rückgang der Viehmenge läßt sich auch in allen außer in den Grenzgebieten konstatieren.

3. In dem Abfluß angehäufter Kapitalien aus der Landwirtschaft in die Industrie infolge eines relativen Sinkens der kapitalistischen Rente und einer Erhöhung der nichtkapitalistischen Rente, in der Verbreitung der „Ernährungspacht".

Der Abfluß des Kapitals aus der Landwirtschaft in die Industrie kann in verschiedenen Formen und auf verschiedenen Wegen vor

sich gehen. Die Grundbesitzer können das Inventar ihrer Wirtschaft beschränken oder nicht vermehren, die erhaltenen Einnahmen verbrauchen oder in Aktien, Obligationen anlegen, kein Kapital zur Erhöhung des Bodenertrags aufwenden und die Bearbeitung ihres Landes den Pächtern überlassen.

Der wohlhabende Bauer kann sein Geld im Handel oder in Sparkassen anlegen oder zum Ankauf von Boden verwenden und auf solche Weise seinen Landbesitz oder seine Renteneinkünfte vergrößern.*

Der Ankauf von Boden könnte nun als neue Kapitalanlage in der Landwirtschaft erscheinen; das stimmt jedoch nicht. Durch den Ankauf von Boden geht das Geld nur aus einer Hand in die andere. Das landwirtschaftliche Kapital wird jedoch dadurch nicht im geringsten erhöht. Früher besaß das Land der Gutsherr A., jetzt der Bauer oder Bürger B. und das ist alles. In der Produktion aber hat sich das Kapital nicht vergrößert. Wenn A. die

---

* „Im Gouvernement Cherson verliert der Adel jährlich Tausende Deßjätinen seines Besitzes. Der jährliche Verlust schwankt je nach dem Ausfall der Getreideernte. Zur Charakteristik führen wir folgende Zahlen über die letzten fünf Jahre des vorigen Jahrzehnts an: 1896 verlor der Adel 28748 Deßjätinen, 1897 51636, 1898 89612, 1899 43642, 1900 24494 zusammen also 238132 Deßjätinen. Am meisten verlor der Adel des Kreises Ananijew, wo 53552 Deßjätinen aus dem Besitz des Adels in die Hände anderer Stände übergingen. Wer erscheint nun als Haupterwerber dieses Bodens? Die Haupterwerbungen machten der Bauern- und Bürgerstand, in dessen Hände während dieser fünf Jahre 156417 Deßjätinen übergingen. Diese Zahl verteilt sich auf die Käufergruppen folgendermaßen: 45351 Deßjätinen kauften einzelne Bauern an; 31451 Deßjätinen Bauerngenossenschaften und endlich 80015 Deßjätinen Genossenschaften von Bauern und Bürgern. Die Menge des von den Deutschen angekauften Bodens ist auch eine bedeutende, nämlich 62369 Deßjätinen. Ein auffallende Erscheinung ist dabei, daß die Dorfgemeinden fast gänzlich unter den Käufern fehlen oder nur einen sehr geringen Prozentsatz ausmachen. So geht der Besitz des Adels in die Hände einzelner Bauern und Bürger über, und es entwickelt sich infolgedessen auf dem Lande eine neue Klasse Grundbesitzer, die Landbourgeoisie. Zugleich mit der Landbourgeoisie vermehrte sich auch das ländliche Proletariat: einerseits infolge der jährlichen Bevölkerungszunahme, andererseits weil die Adelsländereien nicht in die Hände der Gemeinden, sondern auf einzelne Bauern übergehen, die den Boden selbst ausnutzen und ihn nicht verpachten." (Russ. Nachrichten.)

erhaltene Summe in der Landwirtschaft in der Form von Geräten, Vieh usw. verwenden würde, so stiege in der Tat das landwirtschaftliche Kapital, aber nicht beim Bauern B., sondern beim Gutsherrn A.

Eine Vergrößerung des landwirtschaftlichen Kapitals, wie auch des industriellen, kann nur in der Form der Vermehrung der Produktionsmittel vor sich gehen. Eine solche Vermehrung findet jedoch im zentralen landwirtschaftlichen Gebiet nicht statt.

Zwar sind im zentralen Schwarzerdegebiet die Bedingungen für eine Differenzierung der Bauernschaft am ungünstigsten, aber dennoch entwickelt sich dort auf Grund des Landankaufs eine ländliche Bourgeoisie.

Im Gouvernement Poltawa waren die Bauerngemeinden trotz der unbedeutenden Menge angekauften Landes (24000 Deßjätinen) nicht imstande, es zu behalten. Die Rückstände veranlaßten die Bauernbank, ihnen 16700 Deßjätinen abzunehmer, so daß den Gemeinden nur noch 7224 Deßjätinen des angekauften Landes übrig blieben.

Dafür brachte aber die Bauernbank den wohlhabenden Bauern Nutzen: sie kauften einzeln oder in Genossenschaften durch Vermittlung der Bank 143500 Deßjätinen an; sie kauften auch das Land, das man den Bauerngemeinden abgenommen hatte. So kam von der Gesamtmenge des von den Bauern erworbenen Bodens (167500 Deßjätinen) auf die wohlhabenden Bauern mehr als 95 Prozent (160000 Deßjätinen). Dabei haben diese Ankäufe im Verhältnis zu ihren Wirtschaften eine wesentliche Bedeutung: bei Einzelkäufen kommen auf die Wirtschaft 8,4 Deßjätinen, bei Ankäufen der Genossenschaften 5,2 Deßjätinen.*

* Aus dem Bericht W. Frolows über die Filiale der Bauernbank in Poltawa.

Elftes Kapitel.

Die Ernährungswirtschaft.

Der Einfluß der Produktivkräfte auf die Organisation der Wirtschaft.

Der beim Sinken der Produktivkräfte der Bevölkerung eintretende Sieg der kleinen Ernährungswirtschaft, der im Steigen der Ernährungs- und einem verhältnismäßigen Sinken der kapitalistischen Pacht zum Ausdruck kommt, führt zu einer eigenartigen Erscheinung in der Bauernwirtschaft, die von der zweiten Taxationsforschung konstatiert wurde. Die Bauernwirtschaft bleibt nämlich auf einer gewissen Entwicklungsstufe stehen, die Anzahl des Viehes vergrößert sich mit dem Steigen der Arbeitskräfte bis zu gewissen Grenzen; eine weitere Ausdehnung der Bauernwirtschaft geht aber nicht vor sich. Diese Erscheinung wird von einigen Forschern durch den „wohltätigen" Einfluß der Gemeinde erklärt, die sozusagen die Differenzierung der Bauernschaft hemmt. Andere finden eine Erklärung dieser Erscheinung in den charakteristischen Eigenschaften der Ernährungswirtschaft, die der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber besondere Vorteile aufweist.

Die erste wie die zweite Erklärung wird jedoch durch die Tatsachen des russischen Lebens selbst widerlegt. In den Grenzgebieten, wo eine Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft stattfindet, trägt die kapitalistische Pacht den Sieg davon und verschwinden die speziellen Eigenschaften der Bauernwirtschaft: die Wirtschaft wird eine kapitalistische, die eine gewaltige Getreidemenge auf den Markt wirft.

Ebenso könnte auch der „wohltätige" Einfluß der Gemeinde, der sich in der Nivellierung der Bauernwirtschaften äußert, den Umfang der Pacht nicht beeinflussen, wenn die Pacht vorteilhaft wäre und nicht als eine eigentümliche Form der Arbeitsanmietung erschiene. In den Gouvernements Samara und Taurien erzeugt die höhere Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, indem sie die kapitalistische Pacht vorteilhaft macht, aus der Mitte der Bauernschaft eine zahlreiche Gruppe von Landwirten, die eine kapitalistische Wirtschaft führen. Die Gemeinde kann wohl die Entwicklung dieser

Wirtschaften hemmen, aber nicht verhindern. Ihr Einfluß kann die Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses, der seinerseits zu einer Erhöhung der Ernährungspacht und zu einem Sinken der Produktivkräfte führt, befördern, aber die Evolution der Wirtschaft nicht aufhalten.

Zur Erklärung der Widerstandsfähigkeit der Ernährungswirtschaft müssen wir den Stand ihrer Produktivkräfte analysieren.

Bekanntlich erscheint das Streben der Bevölkerung nach Vermehrung und infolgedessen nach Vermehrung des Unterhalts als einer der wichtigsten Faktoren der wirtschaftlichen Evolution. Wenn aus irgend welchen Ursachen die Entwicklung der Produktivkräfte aufgehalten wird oder diese im Sinken begriffen sind, so paßt sich die Bauernwirtschaft dem Bevölkerungszuwachs an und nimmt eine entsprechende Form an, um die Existenz der heranwachsenden Generation zu sichern. Die Wirtschaftsform, die als Resultat dieser Anpassung erscheint, wirkt auf die ganzen landwirtschaftlichen Verhältnisse so bedeutend ein, daß man näher auf sie eingehen muß.

Die Entwicklung der Produktivkräfte der Bevölkerung ist eng mit der Akkumulation der Produktionsmittel im Betrieb verbunden. Das Sinken der Produktivkräfte erscheint als Resultat der Verminderung der Produktionsmittel. Deshalb spielt beim Sinken der Produktivkräfte in der Wirtschaft die menschliche Arbeitskraft eine immer größere Rolle und bestimmt die Menge der in dieser Wirtschaft erzeugten Produkte. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte erlangen dagegen die Produktionsmittel eine immer größere Bedeutung. Beim Mähen mit der Sichel wird zum Beispiel die Menge des an einem Tage gemähten Getreides von der Zahl der Schnitter bestimmt. Mit Mähmaschinen kann man aber mit einer geringeren Anzahl von Arbeitern mehr Getreide mähen, als in Wirtschaften mit mehr Arbeitern und ohne Mähmaschine. Es versteht sich, daß in der einen wie in der anderen Wirtschaft die Arbeitskraft der einzige Faktor ist, der den Wert schafft, aber ihre Bedeutung für die Menge der Produkte ist verschieden. Bei einer armen Bevölkerung, wo bessere Geräte entweder ganz fehlen oder nur in geringer Menge vorhanden sind, entspricht die Menge der erzeugten Produkte der Anzahl der Arbeitskräfte. Wenn zum Beispiel alle Produkte, außer den notwendigsten Existenzmitteln, in dieser oder jener Form expropriiert werden, so werden die „Ein-

nahmen" jeder Wirtschaft durch die Anzahl der Arbeitskräfte bestimmt. Unter solchen Bedingungen nähert sich die „selbständige" Bauernwirtschaft — dem Charakter ihrer Einnahmen nach — der „Wirtschaft" eines Proletariers, dessen „Einnahmen" in Arbeitslohn bestehen. Der wesentliche Unterschied in der Lage dieser beiden besteht darin, daß der erstere seine Existenzmittel aus der eigenen, der letztere aus einer fremden Wirtschaft bezieht, und ferner, daß die Entwicklung der Produktivkräfte der Bauernwirtschaft und die damit verbundene Erhöhung ihrer Einnahmen die Wirtschaft in eine Großwirtschaft umwandeln wird, während die Entwicklung der Produktivkräfte für den Arbeiter keine unmittelbare Bedeutung hat: es vergrößern sich eben nur die Einnahmen des Unternehmers, nicht aber die des Arbeiters.

Je mehr also die Arbeitsproduktivität sinkt, eine um so größere Bedeutung hat in der Bauernwirtschaft die Menge der Arbeitskräfte, die die „Einnahmen" der Wirtschaft vermehren, entweder durch ihre Arbeit in der Wirtschaft selbst oder durch Arbeit außerhalb der Wirtschaft; bei einer geringen Arbeitsproduktivität entspricht der Umfang der Wirtschaft und die Menge der erzeugten Produkte der Anzahl der Arbeitskräfte. Die Begleiterscheinung einer solchen „Arbeitswirtschaft" ist das Fehlen von Arbeitspferden, eisernen Geräten usw. Unter solchen Bedingungen — bei Handbearbeitung des Bodens — würde die Menge der in der Wirtschaft erzeugten Produkte der Anzahl der Arbeiter entsprechen.

Der Einfluß des Sinkens der Produktivkräfte beschränkt sich jedoch nicht nur darauf. Aus der Theorie der nichtkapitalistischen Grundrente geht hervor, daß bei einem Sinken der Produktivkräfte die Ernährungswirtschaft bei der Pacht den Sieg über die kapitalistische Wirtschaft davonträgt.

Je niedriger die Produktivität der Arbeit ist, in desto größerem Maße hängt die Ernährungswirtschaft von den Bedingungen der Bevölkerungsvermehrung ab. Dieser enge Zusammenhang zwischen dem Umfang der Bodennutzung und Wirtschaft einerseits und der Anzahl der arbeitsfähigen Familienmitglieder andererseits ist um so fester und regelrechter, je mehr die Bauernwirtschaft verarmt und je geringer die Rolle ist, die die Produktionsmittel im Betrieb spielen.

Der Zusammenhang zwischen dem Umfang der Familie und dem der Wirtschaft ist von der Statistik für alle Rayons des land-

wirtschaftlichen Rußland konstatiert worden. Stellen wir die Rayons mit Verwendung besserer Geräte denjenigen gegenüber mit primitiven Geräten, so erhalten wir folgende Resultate:

Rayons mit Verwendung besserer Geräte:	Auf die reichere Gruppe kommen in Prozenten				Auf die ärmere Gruppe kommen in Prozenten			
	Höfe	Bevölkerung	Getreideboden	Vieh	Höfe	Bevölkerung	Getreideboden	Vieh
Gouv. Taurien . . .	20	27	49	44,6	50	41,6	21,5	26
„ Samara . . .	20	29	56	52	50	36,6	14,8	15,3
„ Samara, Kreis Kamyschinsk	20	30,3	50,5	53,2	50	36,6	18,6	14,3
Rayons m. landwirtschaftlichem Bevölkerungsüberschuß ohne verbesserte Geräte:								
Gouv. Saratow, nördliche Kreise	—	—	—	—	50	37,7	21	19,7
Gouv. Orel	20	27,4	—	37,8	50	39,4	— Kreis Sadon	23
„ Woronesch . . .	20	28,1	—	37,2	50	37,2	31	23,4
„ Nishnij Nowgorod	20	27,8	38,2	40,3	50	40,6	28,6	24,8

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß der Umfang der Familie von dem der Wirtschaft abhängt. In der wohlhabenderen Gruppe ist der Prozentsatz der Bevölkerung höher als der der Höfe, bei der ärmeren Gruppe dagegen ist es umgekehrt. Im Gebiet mit niedriger Arbeitsproduktivität entspricht der Prozentsatz des Getreidebodens und des Viehs der Anzahl der Personen in der reicheren wie in der ärmeren Gruppe; je dichter die landwirtschaftliche Bevölkerung ist, desto richtiger ist diese Schlußfolgerung. In den Gouvernements Woronesch und Orel weicht der Prozentsatz des Getreidebodens und der Viehanzahl von dem der Bevölkerung in der entsprechenden Gruppe um 10 bis 15 Prozent ab. Diese Abweichung läßt sich nur durch die Kapitalisation der Produktionsmittel erklären. In den Gebieten mit besseren Geräten tritt dieser Unterschied bedeutend schärfer hervor. In den Händen der reicheren Gruppe konzentrierte sich die größere Hälfte des gesamten Getreidebodens und besitzt die ärmere Gruppe verhältnis-

mäßig bedeutend weniger Vieh und Getreideboden als die ärmere Gruppe des Rayons ohne verbesserte Geräte. . . . Im Zusammenhang mit der Differenzierung der Wirtschaften muß auch der Umfang der in den Wirtschaften beider Gruppen angewendeten Lohnarbeit verschieden sein.

Bei einer Gruppierung nach dem Umfang der Familien erweist sich das Verhältnis zwischen diesem und dem der Wirtschaft als noch regelrechter. Im Gouvernement Woroneſch ergeben sich folgende Verhältnisse zwischen der durchschnittlichen Familie und deren durchschnittlicher Ausstattung mit Land und Vieh:

In den Wirtschaften	Auf eine Familie kommen		Stück Vieh	
	Personen beiderlei Geschlechts	Deßjätinen	Pro Wirtschaft	Pro Arbeiter
Ohne Arbeiter	3,40	6,26	2,77	—
Mit 1 Arbeiter	5,52	9,96	4,10	4,10
= 2 Arbeitern	8,01	14,72	6,56	3,28
= 3 und mehr Arbeitern	12,28	23,19	10,86	3,62

Wir bemerken eine vollkommene Übereinstimmung zwischen der ersten (Umfang der Familie) und der letzten Rubrik (Stück Vieh, Wohlstand der Wirtschaft). Bei jedem Umfang der Familie ist die Anzahl des Viehes im Verhältnis zur vorhandenen Bevölkerung gleich gering.

Im Kreise Melitopol des Gouvernements Taurien läßt sich das Verhältnis der Familie zum Umfang des Getreidebodens in folgenden Zahlen ausdrücken:

	Familienmitglieder	Arbeitskräfte in der Familie	Prozentsatz der Hauswirte	Familien mit einem Arbeiter
Ohne Getreideboden	4,1	0,9	7,5	1727
Bis 5 Deßj. Getreideboden	4,6	1,0	11,5	3233
Von 5 bis 10 = =	5,3	1,2	21,0	5597
= 10 = 25 = =	6,7	1,5	39,0	7974
= 25 = 50 = =	8,6	1,9	16,6	2253
Über 50 = =	10,8	2,3	4,4	386

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Zunahme der Familie und die ihrer Arbeitskräfte von der Entwicklung der Wirtschaft weit überholt wird: in der zweiten Gruppe (bis 5 Deßjätinen Getreideboden) kommt auf eine Arbeitskraft weniger als 5 Deßjätinen, während in der letzten Gruppe durchschnittlich mehr als 20 Deßjätinen auf eine Arbeitskraft kommt.

Die Vermehrung der Produktionsmittel in der reicheren Gruppe gewährt diesen die Möglichkeit, den Getreideboden weiter auszudehnen, als es die vorhandenen Arbeitskräfte der Familie gestatten.

Der Umfang der akkumulierten und verbesserten Produktionsmittel steht in engem Zusammenhang mit dem Grade der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei der Pacht, mit der Höhe der Zahlungen usw. Die ausgleichende Nutzung des Pacht- und Nadjellandes ist um so weiter verbreitet, je weniger dem Bauern von dem Ertrag seiner Arbeit übrig bleibt. Die Ernährungswirtschaft erhält dadurch einen äußerst „widerstandsfähigen" Charakter. Welche Wirtschaft kann auch widerstandsfähiger sein, als die, die niemals „Überschüsse" erzielt, die sich stets auf dem Aussterbeetat befindet?

Auf diese Weise hat bei der Organisation der Bauernwirtschaft der Stand der Produktivkräfte die wichtigste Bedeutung. Je niedriger die Produktivkräfte der Bevölkerung stehen, um so mehr wird die Wirtschaftsform durch den Umfang der Familie bestimmt, um so mehr nähert sich die Wirtschaft ihrer Organisation nach dem reinen Typus der Ernährungswirtschaft. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte verändert sich die Form und Organisation der Wirtschaft, da der Umfang der Produktion jetzt weniger von der Menge der in der Familie vorhandenen Arbeitskräfte bestimmt wird, als vielmehr durch die Produktionsmittel. Eine Wirtschaft mit produktiver Arbeit und genügenden Produktionsmitteln verwandelt sich — ihrer Organisation nach — in eine kapitalistische, die Lohnarbeit verwendet und Kapital anhäuft. Ihrer Form nach wird sie zu einer größeren Bauernwirtschaft, die einen bedeutenden Teil ihrer Produkte für den Verkauf erzeugt.

Die Grundanschauung der marxistischen Lehre, daß die Entwicklung der Produktivkräfte unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen von einer Differenzierung der Wirtschaften, von einem Zerfall der gleichartigen Wirtschaften in rentablere Groß- und sich

proletarisierende Kleinwirtschaften begleitet wird, findet die Bestätigung. Die angeführten Tatsachen beweisen diese ökonomische Regel direkt und indirekt: die Verminderung der Arbeitsproduktivität, das Sinken der Produktivkräfte in den kleinen Wirtschaften führt zu einer Nivelliernng der letzteren, wenngleich sich infolge davon die Einkünfte der Großwirtschaften erhöhen können. Wo sich die Produktivkräfte der kleinen Wirtschaften steigern, findet eine Differenzierung auch unter diesen statt.

Endlich weist das Fehlen der Differenzierung in diesem oder jenem Rayon noch nicht darauf hin, daß die kleinen Wirtschaften lebensfähig sind und der Ausbeutung Widerstand leisten können. Das Fehlen der Differenzierung ist im Gegenteil ein Resultat der äußersten Ausbeutung und des niedrigen Standes der Produktivkräfte, kein Zeichen der Selbständigkeit der Bauernwirtschaft, sondern meistens ihrer Annäherung an den Pauperismus und ein Zeichen eines weiteren Verfalls der Produktivkräfte.

* * *

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte in den Grenzgebieten Rußlands ist eine ganz andere als in England und Deutschland. In England und Deutschland steigen die Produktivkräfte nicht nur wegen des Überganges eines Teiles der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Industrie und der Vergrößerung der Bodenfläche im Verhältnis zur Ackerbau treibenden Bevölkerung, sondern auch infolge des steigenden Bodenertrags.

In den Grenzgebieten Rußlands geht das Steigen der Produktivkräfte ausschließlich infolge der Vergrößerung des Ackerlandes im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerung vor sich, das heißt hauptsächlich infolge natürlicher Bedingungen. Diese Vergrößerung hat der technische Fortschritt gefördert, weil dank den Maschinen die Produktivkraft steigen und das Ackerland sich ausdehnen konnte. Aber eine solche Ausdehnung des Ackerlandes kann nicht grenzenlos sein. Wenn also die zunehmende Bevölkerung nicht zur Industrie übergehen wird, so werden die Produktivkräfte auch in den Grenzgebieten sehr bald sinken.

Drohende Anzeichen eines solchen Rückganges lassen sich schon konstatieren. Die häufigen Mißernten in den Grenzgebieten infolge der Erschöpfung des Bodens weisen schon darauf hin, daß auch den Grenzgebieten eine schwere Zukunft bevorsteht.

In einem Artikel der „Petersburger Nachrichten" vom 4. November 1902 wird zum Beispiel bei den ärmeren Bauern eine Verschlechterung der Bodenbearbeitung in Südrußland infolge der Mißernten konstatiert.

Eine ungeheure Menge des ländlichen Proletariats ist natürlich gezwungen, entweder ihr Nadjelland zu verlassen und ihren Unterhalt außerhalb, in Wandergewerben, zu suchen, oder wenn sie ihre Existenz irgendwie zu Hause fristen kann, so muß sie zu einer solchen Art von Bodennutzung ihre Zuflucht nehmen, die nur beim Mangel oder vollständigen Fehlen des Arbeitsviehs möglich ist und die man sonst nirgends außer in Rußland antrifft. Als der Prozentsatz der pferdelosen Bauern noch sehr gering war, konnte ein solcher Landwirt doch noch sein Feld irgendwie pflügen und bestellen, indem er das Arbeitsvieh bei den wohlhabenderen Bauern entweder für Geld oder gegen Abarbeitung mietete. Die Zunahme der pferdelosen Wirtschaften machte es aber den Bauern immer schwerer, auf solche Art ihren Landanteil zu bestellen. Im folgenden geben wir eine Darstellung, wie sich in Südrußland eine eigenartige Bodenbestellung entwickelt hat.

Wenn ein Bauer nicht die Möglichkeit besitzt, seinen Boden für die kommende Aussaat umzupflügen, so besät er das Stoppelfeld, das heißt er sät, nachdem das Getreide abgemäht ist, und dann wird das Land, ohne zu pflügen, nur leicht geeggt. Es ist bedeutend leichter, für die Eggung ein Pferdchen auf einen halben oder sogar auf einen ganzen Tag zu bekommen. Ein weicher Boden, der bei der vorhergehenden Aussaat gut umgepflügt war, gibt unter besonders günstigen Witterungsbedingungen eine mittelmäßige und bisweilen sogar eine gute Ernte. In den meisten Fällen jedoch erntet der Bauer nicht einmal das ausgesäte Getreide. Diese Art der „Bodenbestellung" verbreitete sich immer mehr in Südrußland, dessen Boden verhältnismäßig weniger erschöpft war als der des Zentrums. Eine solche Art der „Bestellung" zieht natürlich eine Verminderung der produzierten Getreide- und Futtermenge nach sich. Diese bedingt ihrerseits eine noch größere Verminderung der Viehmenge. So entsteht eine Art circulus vitiosus, der sich immer weiter ausdehnt.

Zwölftes Kapitel.

Die Dorfgemeinde und das Artel.

I. Der Zusammenhang zwischen der Form des Gemeindebesitzes, der Zunahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Agrikultursystem. Ausgleichende Bodenbenutzung. Pachtgemeinde. — II. Die Bedeutung der Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung. Die Bedeutung der Artele.

I.

Wir haben oben Gelegenheit gehabt, den Einfluß der Gemeinde auf die Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung Rußlands und auf die Entstehung einer landwirtschaftlichen Übervölkerung kennen zu lernen. Hier werden wir uns nur mit dem Einfluß der Organisation und Kultur der Wirtschaft auf die Bodennutzung durch die Gemeindemitglieder beschäftigen.

Von der Gesamtfläche des Bauernlandes findet sich ungefähr 80 Prozent im bäuerlichen Gemeindebesitz. Bei einer solchen Ausbreitung des Gemeindebesitzes ist es natürlich sehr wichtig, seine Bedeutung für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Landes festzustellen. Die Frage — für oder wider den Gemeindebesitz — hat eine umfangreiche Literatur hervorgerufen. In den meisten Fällen betrachtete man aber diese Frage unabhängig davon, in welchem wirtschaftlichen Entwicklungsstadium der Gemeindebesitz vorteilhaft erscheint, die Produktivkräfte der Gemeindewirtschaft steigert, und in welchem er dagegen unvorteilhaft ist und diese Entwicklung hemmt. Seine Verteidiger haben ihn kategorisch in Schutz genommen, die Gegner — ebenso kategorisch — als schädlich erklärt; aber weder die einen noch die anderen haben die wirtschaftlichen Bedingungen in Betracht gezogen. Die einen Forscher haben ihn als eine überlebte Form des Grundbesitzes begraben, die anderen ließen ihn wieder auferstehen und fanden, daß die Gemeinde sich weiter entwickelt und aufblüht.

Wir sind der Meinung, daß die kategorische Entscheidung dieser Frage in beiden Fällen vollkommen unrichtig ist, daß unter gewissen wirtschaftlichen Bedingungen der Gemeindebesitz als eine für die wirtschaftliche Entwicklung sehr günstige Form erscheint, unter anderen Bedingungen dagegen hemmend wirkt.

Ebenso betrachten die Verteidiger des Gemeindebesitzes diesen nur als eine Form wirtschaftlicher Beziehung unter den Gemeindemitgliedern, ohne dabei den rechtlichen Charakter der Gemeinde als einer administrativen Einheit in Betracht zu ziehen. Die Gegner begehen den entgegengesetzten Fehler, indem sie diese zwei Seiten des Gemeindewesens, die zwar unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr eng, aber doch nicht untrennbar verbunden sind, nicht unterscheiden. Endlich erschienen in letzter Zeit solche Gegner des Gemeindebesitzes auf den Plan, die damit die Lösung der Agrarfrage verbanden: der Gemeindebesitz erschien ihnen als Sündenbock für alle negativen Seiten des wirtschaftlichen Bauernlebens.

Beim Studium der geschichtlichen Entwicklung des Gemeindebesitzes ist der enge Zusammenhang zwischen dem Gemeindebesitz, der Bevölkerungsvermehrung und den Veränderungen in der Wirtschaft und Agrikultur leicht wahrzunehmen.

Der Gemeindebesitz erscheint nicht als eine ständige Form der wirtschaftlichen Beziehungen der Bauern unter beliebigen Verhältnissen. Er entsteht unter gewissen Verhältnissen und verändert sich mit der Veränderung dieser Verhältnisse. Die Formen der Bodennutzung und des Grundbesitzes werden durch den Charakter der Landwirtschaft bestimmt, die von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und hauptsächlich von der Bevölkerungsvermehrung abhängig ist. Beim Gemeindebesitz sind verschiedene Arten der Bodennutzung möglich, und die Gemeinde hat keinen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftsform, obgleich sie deren Entwicklung hemmen kann.

Die wilde Weidewirtschaft der unkultivierten Völkerschaften ist eng mit der unteilbaren Gemeinnutzung der Weiden verbunden.

Zur Viehweide braucht man eine bedeutende Landfläche; ihre Einteilung in kleine Flächen würde die Viehzucht im großen Maßstab unmöglich gemacht haben. Die Gemeinnutzung der Weiden erscheint als die geeignetste Form für die intensivste Ausnutzung dieser Fläche bei wilder Viehzucht, da auf ungeteilten wilden Feldern verhältnismäßig mehr Vieh weiden kann.

Der Übergang zu einer intensiveren Wirtschaft führt zu einer Aneignung von gewissen Ländereien. Die Bebauung eines Stückes Steppenland oder ausgerodeten Waldes ruft die Ausscheidung dieses Stückes aus der allgemeinen Weidenutzung hervor. Der gepflügte Boden geht in die Nutzung seines Bestellers über.

Auf solche Weise führt der Übergang von der Viehzucht zum Ackerbau zur Ausscheidung des Getreidelandes aus den Gemeindeweiden und stellt es der Privatnutzung einzelner Familien zur Verfügung. Die Bedeutung des übrigen Bodens aber, der als Viehweide dient, bleibt dieselbe wie früher, er bleibt nach wie vor im Gemeindebesitz. Der angeeignete Boden geht bei Zunahme der Bevölkerung in zeitweilige Benutzung einzelner Gemeindemitglieder über, wobei sich die Landumteilungen und der Flurzwang eingebürgert haben. Auch in diesem Falle hängt die Nutzungsform des Getreidebodens eng mit den Bedingungen einer möglichst extensiven Viehzucht zusammen. Der Flurzwang wurde bedingt durch das Streben, die Weidefläche, die durch die Vermehrung der Bevölkerung verkürzt wurde, nach Möglichkeit auszudehnen.

Beim Übergang von der angeeigneten zur ausgleichenden Bodennutzung haben die Grundsteuern und die Solidarhaft eine gewaltige Bedeutung, die das gleiche Recht auf Bodennutzung gewähren. Daß hier das „Recht auf Arbeit" keine Rolle spielt, läßt sich dadurch beweisen, daß auch jene Gemeindemitglieder, die Steuern entrichten und ihren Nadjel verpachten, einen solchen ebensogut erhalten wie jene, die ihren Landanteil selbst bestellen. Einige Gemeindemitglieder nehmen bei der Landumteilung einen Landanteil für den anderen, den Pächter, der also auf solche Weise sich das Recht auf einen Nadjel erkauft. Selbstverständlich ist das „Recht auf Arbeit" nicht käuflich. . . . Das Recht, einen Nadjel zu erhalten, wird damit motiviert, daß beide Steuern zahlen, sowohl derjenige, der das Land selbst bebaut, als auch jener, der es verpachtet.

Der Übergang zur ausgleichenden Bodennutzung wird durch die Zunahme der Bevölkerung hervorgerufen, die gezwungen ist, ihre Existenzmittel von der gleichen Bodenfläche zu gewinnen. Es ist klar, daß je dichter die landwirtschaftliche Bevölkerung wird, um so notwendiger es ist, entweder den Übergang zu einer anderen intensiveren Kultur einzuschlagen oder eine ausgleichende Verteilung des Bodens, von dem man dieselbe Produktenmenge für eine größere Zahl Esser erhalten kann, vorzunehmen.

Auf jeden Fall wird der Übergang von der Bodennutzung auf Grund von Aneignung zur Landumteilung durch eine Veränderung in den wirtschaftlichen Bedingungen, durch die Notwendigkeit einer intensiveren Ausnutzung des Bodens hervorgerufen. Bei einer Ausdehnung des Getreidebodens und Verkürzung des Weidelandes

in der Dreifelderwirtschaft ist die intensivste Ausnutzung der Bodenfläche als Viehweide nur bei Flurzwang möglich. Darum erscheint der Gemeindebesitz bei Dreifelderwirtschaft als die vorteilhafteste Form des Grundbesitzes für die kleinen Landwirte; der Übergang zum Flurzwang wird von der ökonomischen Notwendigkeit diktiert. Die Form, in der sich der Übergang von der Brachwirtschaft zur Dreifelderwirtschaft vollzieht, kann verschieden sein. Im Kreise Kamyschin zum Beispiel müssen die Dorfgemeinden einen harten Kampf führen, da die Bevölkerung an die „freie" ordnungslose Wirtschaft gewöhnt ist. Als Beispiel hierfür kann die Bestimmung einer Versammlung in der Kolonie Rosenberg dienen, die eine Strafe für die Verletzung der hier seit dem Jahre 1887 eingerichteten Dreifelderwirtschaft festsetzte. Ebenso lesen wir in einem Beschluß vom Jahre 1874 der Kolonie Erlenbach desselben Bezirkes: „Wir geben hiermit allen bekannt, daß jeder, dem es einfallen sollte, nach Art der früheren Jahre freiwillig mehr Land zu pflügen, als ihm zugeteilt wurde, oder seine Weide zu verlassen und an einem ihm nicht zugewiesenen Orte zu weiden, eine Strafe von einem Silberrubel auferlegt, das Land ihm weggenommen und zum Nutzen der Gemeindekasse versteigert wird. Diejenigen Ansiedler, die im vorigen Jahre das Ackerland ungepflügt gelassen haben, müssen bei der diesjährigen Verlosung dasselbe Feld unverweigerlich zurücknehmen."*

Wir haben absichtlich den Übergang zur Dreifelderwirtschaft in den deutschen Kolonien geschildert, um zu zeigen, daß im gegebenen Falle der „Gemeindegeist" des großrussischen Stammes keine Bedeutung hat, sondern einer gewissen ökonomischen Ordnung des Ackerbau- und Wirtschaftssystems entspricht. Der Übergang zur Dreifelderwirtschaft oder zu einem ähnlichen System wird durch die Zunahme der Bevölkerung hervorgerufen, genau wie der Übergang zur ausgleichenden Bodennutzung. Je dichter die landwirtschaftliche Bevölkerung und je extensiver dabei die Wirtschaft geführt wird, um so stärker muß das Streben nach einer ausgleichenden Bodennutzung hervortreten.

Dieser Übergang wird auch dadurch bedingt, daß bei einer gleichmäßigen Bodennutzung nach der Anzahl der Arbeitskräfte

---

* Statistisches Sammelwerk über das Gouvernement Saratow, 9. Bd., S. 198.

oder Esser sich die wohlhabenderen Familien, die auch meist die zahlreichsten sind, mehr Land verschaffen können.

Der Übergang zur ausgleichenden Bodennutzung mit Flurzwang gewährt einer dichteren Bevölkerung die Möglichkeit, sich auf dem gleichbleibenden Territorium zu ernähren. Je geringer die Landmenge ist und je niedriger die Produktivkräfte sind, um so fester haftet die Bevölkerung, wenn sie der Möglichkeit beraubt ist, ihre Produktivkräfte zu entwickeln, an der eigenen Scholle, und um so intensiver ist das Streben der Gemeindemitglieder nach einer ausgleichenden Bodennutzung.

Dieses Streben hindert natürlich den wirtschaftlichen Kampf der Gemeindemitglieder nicht, sobald in der Landwirtschaft günstige Entwicklungsbedingungen für die Produktivkräfte geschaffen werden. Der Gemeindebesitz existiert in den zentralen Gouvernements sowie auch zum Beispiel im Gouvernement Samara; die Organisation der Landwirtschaft aber ist unter den Bauern eine verschiedene. Bei einer und derselben Form des Grundbesitzes kann die Organisation der Wirtschaft je nach dem Stande der Produktivkräfte verschieden sein. Die Steigerung der kapitalistischen Rente, die Entwicklung der Produktivkräfte verwandelt die Wirtschaft eines reichen Gemeindemitglieds in eine Wirtschaft mit Lohnarbeit und verbesserten Geräten, also in eine kleine kapitalistische Wirtschaft. Die Steigerung der nichtkapitalistischen Rente gleicht dagegen die Nutzung nicht nur des Gemeindelandes, sondern auch des gepachteten und gekauften Landes aus. Auf jeden Fall erscheint die Gemeinde als eine administrative Standeseinheit, als eines der stärksten Hindernisse für die Entwicklung der Produktivkräfte, insofern sie den landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß im Dorfe zurückhält.

Die Tatsache, daß in Rußland bei verschiedenen Bodennutzungsformen und verschiedenen Typen der Landwirtschaft der Gemeindebesitz besteht, zeigt uns, daß diese Form des Grundbesitzes durchaus nicht imstande ist, die Agrarfrage zu lösen.

Die Veränderung der administrativrechtlichen Normen des Bauernlebens muß auf die Beziehungen der Gemeindemitglieder untereinander zurückwirken. Wenn die Gemeinde unter anderen politischen Verhältnissen erhalten bliebe, würde sie auch eine ganz andere sein. Ihre Auflösung wird aber auf keinen Fall alle Schattenseiten des Bauernlebens abschaffen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Gemeinde nach der Reform von 1861 deshalb erhalten blieb, weil durch ihr Fortbestehen die bäuerliche Lebensordnung weniger verändert wurde und für die Zwecke des Fiskus und der Administration die Aufrechterhaltung des Gemeindewesens vorteilhafter war. J. F. Samarin bemerkte, und nicht ohne Grund, daß die Frage über die Gemeinde „vielleicht die einzige Frage ist, bei der die Interessen des Staates und der Gutsherren einerseits und der Volkssitten andererseits zusammenfallen". „Die Ausstattung jedes Bauern mit Privatbesitz und die Abgrenzung der einzelnen Landanteile stellte damals eine ungeheure Arbeit dar, so daß die höheren Regierungsinstitutionen vor dieser Arbeit zurückschreckten. Die ganze Sache wurde bedeutend vereinfacht durch die Verteilung des Landes an ganze Bauerngemeinden. . . . Für die Gutsherren war es aus denselben Gründen viel angenehmer, bei Eintreibung der Abzahlungen mit einer ganzen Gemeinde zu tun zu haben, die für ihre Mitglieder haftet, als mit einzelnen Bauern. Als die Frage über die Ablösung der Bauernlandanteile durch die Regierung positiv gelöst wurde, hielt die Regierung die ‚Solidarhaft' für die wichtigste Bedingung einer pünktlichen Entrichtung der Ablösungszahlungen." Und doch darf man die administrativrechtlichen Beziehungen des Bauernstandes nicht mit den wirtschaftlich nachbarlichen Beziehungen der Bauern als Kleinbesitzer untereinander verwechseln. Unter einer und derselben Rechtsordnung existieren äußerst mannigfaltige Gemeindeverhältnisse, und diese Mannigfaltigkeit spricht schon dafür, daß die Gemeinde als eine Form der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Bauern bedeutend lebensfähiger und stärker ist, als die rechtlichen Normen, in die der Bauernstand eingezwängt ist.

Man kann äußerst verschiedene Gemeindebeziehungen wahrnehmen, die beweisen, daß wenn die jetzige Gemeinde auch große Mängel hat, wenn sie eine der Ursachen der ökonomischen Rückständigkeit ist, der Gemeindebesitz als eine Eigentums- und Nutzungsform doch anpassungsfähig für andere wirtschaftliche Beziehungen erscheint.

In einigen Gemeinden der Orenburger Kosaken, im Kreise Troizk, existiert folgende Nutzungsordnung für das Gemeindeland: Das zum Bauernhof gehörige Land befindet sich, wie gewöhnlich in den Gemeinden, in steter Nutzung jedes Mitglieds. Die Wälder und Triften stehen in Gemeindenutzung, während die Wiesen jedes

Jahr umgeteilt werden. Das Ackerland wird von den Gemeindemitgliedern je nach ihren Bedürfnissen gepachtet. Die Gemeinde setzt den Pachtpreis fest, und jeder hat im Verhältnis zu dem gepachteten Lande in die Gemeindekasse zu zahlen.

Wie es scheint, findet in solchen Gemeinden noch keine Klassifikation des Bodens seiner Qualität nach statt und der Pachtpreis ist noch ein gleicher; ein Korrektiv für die ihrer Qualität nach verschiedenen Parzellen aber ist in nächster Zukunft wahrscheinlich und auf jeden Fall möglich.

Soweit mir bekannt ist, gibt es in Pachtgemeinden keine Maximalnorm für die gepachteten Parzellen, weil hier für alle Land in genügender Menge vorhanden ist. Auch hätte eine solche Normierung keine Bedeutung, weil bei den Landumteilungen, sogar in gewöhnlichen Gemeinden, die reicheren Landwirte bei ihren Nachbarn das Land pachten würden.

So erscheint in diesem Falle die Gemeinde als wirklicher Grundbesitzer, als juristische Person; die Gemeindemitglieder sind Pächter und zugleich Teilhaber am Gewinn. Durch die Trennung des Besitzrechtes der Gemeindemitglieder von deren Nutzrechte wird das letztere nicht verkürzt, weil jeder das Recht zu pachten hat. Infolge dieser Verhältnisse treten bedeutende Veränderungen in der Ordnung der Gemeindewirtschaft ein:

1. Die Verpachtung einzelner Landanteile seitens der Mitglieder an andere wird dadurch beseitigt.

2. Das Mißverhältnis zwischen den Arbeits- und Wirtschaftskräften und dem Umfang des Landanteils wird aufgehoben, da jeder nur seinen ökonomischen Kräften entsprechend pachtet und seinen Nadjel nicht nach der Anzahl der vorhandenen oder Revisionsseelen* zugeteilt erhält.

3. Die Gemengelage kann abgeschafft werden, weil niemand hier genötigt ist, an verschiedenen Stellen gelegene Landstreifen zu nehmen. In einigen Gemeinden werden die Wiesen nicht streifenweise verteilt, sondern die nach ihrer Qualität verschiedenen Teile werden versteigert, wobei die Wiesen denjenigen überlassen werden, die sich mit einer kleineren Fläche gegen ein bestimmtes Äquivalent begnügen.

---

* In den gewöhnlichen Dorfgemeinden wird der Boden nach der wirklich vorhandenen, sowie von der letzten „Revision" (Volkszählung) bestimmten Seelenzahl verteilt. Der Übersetzer.

4. Die Abschaffung der Gemengelage gewährt jedem Landwirt die Möglichkeit, eine beliebige Wechselwirtschaft einzuführen.

5. Die Person des Gemeindemitglieds ist nicht an die Scholle gefesselt, weil die Steuern direkt auf dem Boden liegen; als Steuerzahler erscheint der Pächter. Die Unterjochungsverhältnisse, durch die die Person mit der Gemeinde durch den Boden verbunden wird, können bei einer solchen Ordnung leichter verschwinden, und auf jeden Fall mit weniger zerstörenden Folgen für die Existenz der Gemeinde.

6. Die Gemeinde wird dadurch nicht zu einer abgeschlossenen Welt, die von den übrigen Gemeinden vollständig getrennt ist. Unter solchen Verhältnissen ist eine Mobilisation der Bevölkerung, wenngleich in gewissen Grenzen, möglich. Einen Nadjel kann nur ein zur Gemeinde zugeschriebener Bauer bekommen, während das Pachtrecht unbeschränkt ist. So leicht es ist, sich vom Boden loszureißen, indem man auf die Pacht verzichtet, ebenso leicht ist es auch, sie wieder aufzunehmen. Letzteres ist auch für Nichtgemeindemitglieder möglich.

7. Die Landumteilungen werden aufgehoben, da sie durch die Pachtung ersetzt werden; eine Bodenklassifikation ist noch nicht vorhanden, wahrscheinlich, weil sich noch keine Notwendigkeit dafür fühlbar gemacht hat.

Jedes Gemeindemitglied besitzt das Recht, Gemeindeboden zu pachten: der Pachtzins deckt die Steuern, Abzahlungen und Gemeindeausgaben, die in den Gemeinden anderer Art jeder einzelne für sich und seinen Boden zu entrichten hat.

Die Entstehung einer solchen Art Gemeinde steht zweifellos mit der Entwicklung der Geldwirtschaft unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Verbindung.

Auf solche Weise steht die von mir beschriebene Gemeinde einer modernen Stadtgemeinde näher als dem gewöhnlichen Typus der Dorfgemeinde. Nichtsdestoweniger hat diese Pachtgemeinde in ihrer heutigen Gestalt dieselbe nachteilige Seite, wodurch die jetzige russische Bauerngemeinde zu einem der Grundpfeiler geworden ist, auf den sich die Reste der Hörigkeitsverhältnisse noch stützen: sie erscheint als die chinesische Mauer, die den Bauernstand von den übrigen Ständen trennt. Das Recht, aus der Gemeinde auszutreten, und das Eintrittsrecht für Mitglieder anderer Stände in die Gemeinde hätten wahrscheinlich auch der Pachtgemeinde einen

ganz anderen Charakter verliehen. Jetzt ist es natürlich schwer zu sagen, was aus der Gemeinde geworden wäre, wenn man ihren Ständecharakter abschaffen würde. Möglich, daß sie ganz zerfallen würde. Auf jeden Fall würde die Pachtgemeinde unter solchen Verhältnissen widerstandsfähiger erscheinen als die gewöhnliche Gemeinde, weil sie gleich der Stadtgemeinde die Mobilisation des Bodens* und der Bevölkerung in größerem Umfang gestattet, was bei den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen für die Bevölkerung unbedingt notwendig ist.

Während einige Ökonomisten in der Gemeinde die Ursache aller Mißstände auf dem Lande erblicken, glauben andere in ihr einen Rettungsanker vor dem Kapitalismus zu finden; aber weder diese noch jene haben recht. Auch die Pachtgemeinde kann natürlich die Bevölkerung ebensowenig vor der Entstehung eines Proletariats schützen, wie die Gemeinde mit den Landumteilungen, die an einigen Orten zu einer Gemeinde von Paupern wurde, es imstande ist.

II.

Gewöhnlich schlägt man gleichzeitig mit der Aufrechterhaltung des Gemeindebesitzes die Verstaatlichung des Bodens als Korrektiv für den letzteren vor und die landwirtschaftlichen Artele als Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte.

Die Expropriation des Bauernbodens verschärft die Übervölkerung und deren Folgen, die sich aus der Entstehung einer ländlichen Übervölkerung ergeben: sie befördert die Ernährungswirtschaft und Hörigkeitsformen der wirtschaftlichen Verhältnisse, ruft eine Einschränkung der Bedürfnisse und des inneren Marktes hervor, sowie die Auswanderungen und Wanderungen der ländlichen Arbeiter. Es ist klar, daß eine Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung zu entgegengesetzten Folgen führen muß, nämlich zur Entwicklung der kapitalistischen Bauernwirtschaft und kapitalistischen Verhältnissen, zu einer Ausdehnung des inneren Marktes und einer Verminderung der Auswanderungen. Es ist dabei leicht zu erkennen, daß bei einer Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung im zentralen Schwarzerdegebiet, ohne gleichzeitige Industrieentwick-

---

* „Mobilisation des Bodens" ist im Sinne eines Überganges aus einer Hand in die andere zwecks Nutzung und nicht im Sinne eines wirklichen Verkaufs zu verstehen.

lung, die Bauernschaft in einer schlimmeren Lage sein würde als in landreichen Gebieten, weil die gesamte Landmenge im zentralen Rayon geringer ist.

Die intensive Bodenkultur ist bei einer großen Entfernung vom Markte unvorteilhaft, und der unproduktive Verbrauch eines bedeutenden Teiles der hervorgebrachten Erzeugnisse beschleunigt die Überfüllung des Territoriums noch mehr und bedroht die Entwicklung der Industrie. Eine Entwicklung der Produktivkräfte der zunehmenden Bevölkerung ist nur beim Übergang eines bedeutenden Teiles derselben zur Industrie* möglich: dies ist aus der ganzen vorhergehenden Analyse der landwirtschaftlichen Entwicklung ersichtlich. Die Ausdehnung des bäuerlichen Grundbesitzes ist nur in dem Falle für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft günstig und führt nur zu einer unaufhaltsamen Entwicklung der Produktivkräfte, wenn die Erhöhung der Produktion zu einem produktiven Verbrauch in Form einer Vermehrung der Produktionsmittel sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Bearbeitung landwirtschaftlicher Produkte führen wird, das heißt zur Entwicklung der Industrie und infolgedessen zu einer Auffaugung der überschüssigen landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Als ein Mittel, die Produktivkräfte zu entwickeln, empfiehlt man sowohl in Westeuropa als auch in Rußland die kooperative Betriebsform, die Artele. Diese Betriebsform, die alle Vorteile der großkapitalistischen Produktion aufweist, ohne deren Nachteile zu besitzen, erscheint als der zweckmäßigste Ausweg aus der Krisis des Kleinbetriebs.

Indem ihre Verteidiger auf alle Vorteile der Kooperation hinweisen, lassen sie einen äußerst wichtigen Umstand unbeachtet.

Die gegenwärtige Übervölkerung des landwirtschaftlichen Zentrums in Rußland bildet, wie wir glauben oben bewiesen zu haben, eine der Hauptursachen für das Sinken der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Man produziert wenig Getreide, nicht aus Mangel, sondern aus Überfluß an Arbeitskräften. Es ist klar, daß zwei Bauern, von denen jeder nur eine Deßjätine Land hat, auch zusammen nur wenig Getreide produzieren können. Bei Vereinigung vieler Bauern zu einem Artel und bei Anwendung ver-

* In welcher Weise die Entwicklung der Industrie vor sich gehen kann und welche Bedeutung die Kustargewerbe haben, siehe weiter unter Kapitel „Landwirtschaft und Industrie".

besserter Geräte müßte ein großer Teil der Arbeitskraft überflüssig sein,* oder er müßte sich mit der Bearbeitung der in der Landwirtschaft erzeugten Produkte beschäftigen. Das letztere setzt jedoch schon eine Vereinigung der Landwirtschaft mit der Industrie voraus. Eine solche Wirtschaftsform würde als eine Form der Zukunft anzusehen sein, die — indem sie eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte zuläßt — die Möglichkeit einer grenzenlosen Bevölkerungsvermehrung gewährt. Die Bevölkerungszunahme und der technische Fortschritt weisen auf diese Wirtschaftsform als auf die einzige hin, die die beiden entgegengesetzten Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft ausgleicht. Aber eine auf dem Assoziationsprinzip gegründete Organisation einer solchen Wirtschaftsform ist für die Gegenwart eine Utopie.

Die Gegenwart erheischt gebieterisch die Entwicklung der Industrie. Diese hat eine Erhöhung des Arbeitslohnes zur Folge, die auch den Lohn der ländlichen Arbeiter beeinflußt und dadurch als eine die Lage der Bevölkerung hebende Bedingung erscheint. Dadurch steigt die Möglichkeit, daß eine dichtere Bevölkerung sich auf einem und demselben Territorium ernähren kann.

Nach unserer Ansicht können Artele für die Hebung des Bauernstandes in Rußland keine Bedeutung haben. Deshalb hat die Agrarfrage hier auch eine ganz andere Bedeutung als in den fortgeschrittenen Ländern; hier wie dort ist sie mit der Entwicklung der Industrie verbunden: in einem zurückgebliebenen Lande aber muß sie im Zusammenhang mit der allgemeinen Rechtslage gelöst werden, die für die landwirtschaftliche wie für die industrielle Bevölkerung gleich wichtig ist. Deshalb ist es vom praktischen Standpunkt aus vollständig fruchtlos und unnütz, über die Vorteile der Artele zu streiten, wie es ebenso töricht wäre, mit einem hungernden Bauern aus dem Schwarzerdegebiet darüber zu debattierten, ob Austern oder Straßburger Pasteten besser schmecken.

* In einer Wirtschaft der Herren Jaroschko pflügen 30 Mann Sommerarbeiter, darunter 6 bis 8 Erwachsene, die übrigen Halberwachsene, 200 Deßjätinen, fahren das Heu von 300 Deßjätinen ein, ernten und dreschen usw. das Getreide von 500 Deßjätinen und bestellen die Wintersaat. Um eine solche Produktivität der Arbeit zu erreichen, müßten die Bauern entweder über viermal so viel Land haben als jetzt, oder drei Viertel von ihnen müßten sich auch im Sommer mit Gewerben beschäftigen.

Dreizehntes Kapitel.

Industrie und Landwirtschaft.

Kustargewerbe (bäuerliches Gewerbe) und bäuerliche Wirtschaft.

I. Entwicklungsbedingungen der Arbeitsproduktivität in der Industrie. — II. Kustarbetrieb und bäuerliche Wirtschaft. — III. Die Bedeutung des Marktes für die Kustargewerbe. — IV. Die Absatzbedingungen für die Kustarerzeugnisse. — V. Der Ankauf von Rohmaterial. — Schlußfolgerungen.

I.

Der Bodenmangel oder ein geringer Bodenertrag und infolgedessen ein Mangel an landwirtschaftlichen Produkten treibt die bäuerliche Bevölkerung dazu, sich mit Gewerben zu beschäftigen, die erzeugten Produkte gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse auszutauschen oder sie gegen Geld zu verkaufen, damit die Steuern gezahlt und die steigenden Bedürfnisse befriedigt werden können. Der Übergang zur Industrie erlaubt einer dichteren Bevölkerung, sich auf demselben Territorium zu ernähren, weil der landwirtschaftliche Bevölkerungsüberschuß einen Verdienst in der Industrie finden kann. Der Übergang der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Beschäftigung in der Industrie vollzieht sich in der Form der Kustargewerbe. Aber auch hier kann die Entwicklung der Produktivkräfte in sehr verschiedenem Tempo vor sich gehen. Schon allein der Übergang eines Teiles der Bevölkerung zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte erhöht die Produktivkräfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung, obgleich in der Kustarindustrie die Produktivkraft noch äußerst gering ist. Bei der Industriebevölkerung aber ist eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte nur mit Hilfe eines technischen Fortschritts möglich. Deshalb werden wir uns bei den Kustargewerben — als einem Übergangsstadium in der Entwicklung der Produktivkräfte der von der Landwirtschaft noch nicht ganz losgerissenen Bevölkerung — länger aufhalten.

Im wirtschaftlichen Leben Rußlands spielen die Kustargewerbe für einen gewaltigen Teil der Bevölkerung eine große Rolle. Sogar in den Schwarzerdegouvernements beginnen die Kustargewerbe

eine große Bedeutung anzunehmen. Nichtsdestoweniger ist, trotz der Bedeutung der Kustarindustrie im wirtschaftlichen Leben Rußlands, trotz der großen Aufmerksamkeit, die unsere Volkswirte und öffentlichen Institutionen ihr zugewendet haben, bis auf den heutigen Tag noch nicht festgestellt worden, welche Bedeutung sie in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes haben.

Das Fehlen eines festen Standpunktes der Volkswirte den Kustargewerben gegenüber läßt sich, meiner Ansicht nach, teils dadurch erklären, daß sie doktrinär über die Bedeutung des Kleinbetriebs in der wirtschaftlichen Evolution Rußlands denken, ferner auch dadurch, daß sie die Entwicklung der Produktivkräfte, für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes im allgemeinen und für die Bauernschaft im besonderen, ignorieren. Als Illustration dieser Ignorierung des sich in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vollziehenden Prozesses kann eine Motivierung über die Notwendigkeit von ökonomischen Maßnahmen zur Hebung der Kustargewerbe, die die Kommission der Moskauer Semstwo gegeben hat, dienen. Zu dieser Kommission gehörten unter anderen die Professoren Tschuprow und Karyschew, N. Kablukow und W. Grigoriew. Indem die Kommission die Notwendigkeit einer Entwicklung der Kustargewerbe und der Landwirtschaft konstatiert, weist sie auf das Verhältnis zwischen den Kustargewerben und der Landwirtschaft hin. Daraus zog die Kommission den Schluß, daß es notwendig wäre, diese Vereinigung aufrecht zu erhalten und zu verstärken, um „wenigstens einen Teil der Bevölkerung von den Wandergewerben und Fabriken abzuhalten, die auf die ökonomischen Verhältnisse des Gouvernements verderblich einwirken". Herr Karyschew stellt dabei die Hebung der Landwirtschaft, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Bevölkerung, folglich auch ihre Zahlungskraft, sowie die Abhaltung der Bevölkerung von der „demoralisierenden Einwirkung der Wander- und städtischen Gewerbe" als Aufgabe der Semstwo hin.

Danach sehen also diese Nationalökonomen die Aufgabe der Semstwo darin, die Bevölkerung im Dorfe zurückzuhalten und den „demoralisierenden Einfluß" der Stadt zu bekämpfen. Nicht die schlechten ökonomischen Bedingungen treiben ihrer Meinung nach die Bevölkerung in die Wandergewerbe und Fabriken, sondern die Wandergewerbe und Fabriken wirken verderblich auf die ökonomischen Verhältnisse des Gouvernements zurück.

Wie wir aus der Tätigkeit der Moskauer Semstwo weiter sehen werden, ist diese ihr von den Herren Professoren gestellte Aufgabe nicht verwirklicht worden. Im Gegenteil. Dort, wo die Semstwo die Entwicklung der Kustargewerbe gefördert hatte, konnte sie sich keine andere Aufgabe stellen als die, den Kustar in enge Verbindung, folglich auch in Abhängigkeit vom Markte zu bringen und dadurch die scheinbar so schädliche Einwirkung der Stadt noch bedeutend zu verstärken. Allerdings ist die Meinung, daß die Vereinigung der Gewerbe mit der Landwirtschaft ein Bollwerk gegen den zersetzenden Einfluß des Kapitalismus sein könne, in Rußland sehr verbreitet.

Wie klar auch die Tatsache sein mochte, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in der Industrie nur infolge der Entwicklung der Tauschwirtschaft und ihrer Trennung von der Landwirtschaft vor sich gehen konnte, so zeigen doch diese von der Moskauer Semstwo gesteckten Ziele, daß die Bedeutung dieser Tatsache vielen noch unklar ist. Wir wollen deshalb auf diese Erscheinung, auf das Wachstum der Städte und die Trennung der Industrie von der Landwirtschaft, etwas näher eingehen.

Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie läßt sich durch Anwendung verbesserter, teurerer Produktionsmittel erreichen. Die Anwendung solcher Produktionsmittel ist nur bei Massenproduktion für einen umfangreichen Markt möglich und vorteilhaft. Die Produktionstechnik steht in einem so engen Zusammenhang mit der Nachfrage, daß gewöhnlich eine Ausdehnung der Nachfrage nach den betreffenden Produkten von einem technischen Fortschritt und der Entwicklung der Produktivkräfte begleitet wird. Das ist durchaus verständlich. Die Entwicklung der Produktivkräfte, der technische Fortschritt besteht doch darin, daß man bei Aufwand der gleichen Arbeitskraft mehr Produkte erzeugen kann, das heißt mehr Rohmaterial und eine Ausdehnung des Betriebes wird gefordert, um durch erhöhte Produktion den erhöhten Aufwand für Maschinen, Material usw. decken zu können. Das führt dazu, daß der sich entwickelnde Industriezweig von der Landwirtschaft getrennt wird. Es ist unmöglich, gleichzeitig mit einer Unternehmung, die immer größere Aufwände erfordert, einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb zu unterhalten. Die gleichzeitige Unterhaltung eines Industrie- und landwirtschaftlichen Betriebes kann besonders bei beschränkten Mitteln von keinem technischen Fort-

schritt in der Industrie begleitet sein. Und in der Tat sehen wir, daß die sich entwickelnden Industriezweige sich von der Landwirtschaft trennen und spezialisieren. Dagegen mit der Landwirtschaft vereinigt bleiben diejenigen Industriezweige, die entweder eng mit der Landwirtschaft verbunden sind und sich von dieser nicht losreißen können (wie die Bearbeitung der landwirtschaftlichen Produkte an Ort und Stelle), oder jene mit einer noch primitiven Technik, die für einen kleinen Markt produzieren.

Die Arbeitsteilung dringt im wirtschaftlichen Leben der heutigen Gesellschaft immer weiter vor und — je nach der Trennung einzelner kapitalistisch organisierter Industriezweige mit entwickelter Technik von der Landwirtschaft — entstehen neue Gewerbe, die anfangs in der Form kleiner Hausbetriebe oder Kustargewerbe erscheinen. Andere Industriezweige, die sich infolge zurückgebliebener Technik und höherer Transportkosten auf den einheimischen Markt beschränken müssen, verbleiben länger im ersten Stadium des Kustarbetriebes und geben eine lange Zeit hindurch einem großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung Arbeit. Endlich erscheint als eine der wichtigsten Ursachen des technischen Rückstandes einiger Industriezweige und des Vorherrschens des Kustarbetriebs der niedrige Arbeitslohn, mit dem sich der Kustar begnügt. Zu diesen Industriezweigen kann man auch die Weberei* rechnen, die eine große Anzahl Arbeitskräfte in Rußland beschäftigt. Die Produktivität der Arbeit kann in diesem Industriezweig eine ungeheure sein. Wenn nichtsdestoweniger ein bedeutender Teil der Bevölkerung sich zu Hause mit Weberei verschiedener Stoffe beschäftigt, wenn diese Kustarweberei noch nicht gänzlich durch die Fabrik verdrängt ist, so erklärt sich dies nur dadurch, daß die Billigkeit der Arbeitskraft die Anwendung des Maschinenbetriebs unvorteilhaft macht. Ohne bedeutende Aufwände für Maschinen machen zu müssen, kann ein Unternehmer durch Ankauf von Fabrikaten der Kustari das Produkt fast ebenso billig bekommen wie in der Fabrikproduktion. Eine

* In der Sektion für Weberei, auf dem Kongreß für Kustargewerbe, berichtete S. Lissenko, daß, nach den Aussagen der Weberinnen, „niemand für ständigen Verkauf von Garn und Leinwand arbeiten würde, da die Arbeit nicht lohnt. Die Tatsache, daß die Leinwand zu den billigen Preisen verkauft werden kann, ist nur bei einer ungeheuer niedrigen Entlohnung der Arbeit möglich, wo man einer Spinnerin für den Arbeitstag oft nur 5 Kopeken bezahlt."

Erhöhung des Arbeitslohnes der Kustari und der Preise für ihre Produkte kann zu einer Organisation des Großbetriebs, zur Vernichtung der Kustari führen. Diese Tatsache muß man stets vor Augen haben, um sich nicht von utopistischen Hoffnungen auf eine gründliche Hebung der Lage und Erhaltung der Kustari als solche blenden zu lassen. Der Techniker der Moskauer Semstwo kommt in seinem Bericht zu folgendem Schluß:

„Die Kustargewerbe können vom technischen Standpunkte aus in zwei Gruppen eingeteilt werden. Zur ersten gehören solche, die ihren technischen Eigentümlichkeiten nach* in der Kustarform existieren können; die anderen müssen mit der Zeit durch Einführung technischer Verbesserungen zum Fabrikbetrieb übergehen.

Zu den Gewerben, die ihre Kustarform verloren haben, rechne ich zum Beispiel die Produktion von Fayencegeschirren. Die Töpferei verwandelt sich mit der Verbesserung der Technik in Großfabrikbetriebe und erscheint nur bei Großproduktion vorteilhaft. Die vorhandenen Kustari führen nur ein Detail dieser komplizierten Fabrikation aus, nämlich das Ausmalen, während es Kustartöpfer im eigentlichen Sinne des Wortes nicht mehr gibt. Ein anderes Beispiel liefern die Knopfmacherkustari. Dieses Gewerbe, das in den Kreisen Swenigorod und noch häufiger im Kreise Podolsk zerstreut ist, stirbt jetzt aus. Die Beinknöpfe werden durch Fabrik-Kokosnußknöpfe verdrängt.

Trotz der jährlichen Zunahme der Kokosnußknopffabriken finden die Kustarknopfmacher noch die Möglichkeit, wenn auch mit großer Mühe, ihre Knöpfe zu verkaufen und mit dem Maschinenbetrieb zu konkurrieren. Es ist klar, daß jede technische Unterstützung dieses Gewerbes nur in der Einführung von Maschinen bestehen kann, und in diesem Falle muß sich dann das Knopfmachergewerbe, um weiter zu existieren, in einen Fabrikbetrieb umwandeln."

Obgleich der technische Fortschritt, die Spezialisierung der Arbeiter, Erhöhung des Arbeitslohnes zur Organisation des Großbetriebs führt, ist dieser Fortschritt doch von der Entstehung neuer

---

* Es ist überflüssig zu sagen, daß die Bezugnahme auf die „technischen Eigentümlichkeiten" falsch ist. Wenn heute eine Verbesserung der Technik als unmöglich erscheint, kann sie morgen möglich sein, und es ist schwer zu sagen, welcher Industriezweig sich noch durch „technische Eigentümlichkeiten" auszeichnen wird.

Industriezweige und Kustargewerbe begleitet, die sich meistens zuerst auf dem Lande entwickeln, wo billigere Arbeitskräfte zu haben sind.

Die Entwicklung der Kustargewerbe sowie die der Industrie geht gleichzeitig mit der Entwicklung des Warentausches und der Ausdehnung des Marktes, besonders des inneren, vor sich.*

Jene Volkswirte, die es für notwendig halten, die Entwicklung der naturalen Bauernwirtschaften zu fördern, also die Entwicklung eines inneren Marktes aufzuhalten, müssen praktisch stets in einen Widerspruch geraten, weil für den Kustar vor allem ein Markt notwendig ist.

Derselbe „ökonomische Rat der Moskauer Semstwo", der es sich zur Aufgabe gestellt hatte, die ländliche Bevölkerung von dem „demoralisierenden" Einfluß der Stadt zu schützen, behauptet auf Grund der Berichte der Semstwotechniker, daß eine verbesserte Technik der Kustargewerbe erst dann eintreten kann, wenn für ihre Erzeugnisse ein Markt geschaffen wird, und daß „technische Verbesserungen auf die Resultate rein kommerzieller Unternehmungen folgen". (Bericht des ökonomischen Rates der Moskauer Semstwo 1890, Nr. 7, S. 10.)

Viele Kustargewerbe verdanken ihre Existenz der Fabrikindustrie. So erwerben nach Tugan-Baranowski von 141000 Bauern des Gouvernements Moskau, die in den kleinen nichtlandwirtschaftlichen Gewerben beschäftigt sind, nicht weniger als 82000 (das heißt etwa 59 Prozent) ihren Unterhalt durch Gewerbe, die unmittelbar durch die Fabrik oder Großwerkstatt ins Leben gerufen wurden (hierher gehören die Baumwoll-, Woll- und Seidenweberei, die Herstellung von Posamenten, Fransen, das Abhaspeln von Baumwolle, Wolle und Seide, das Patronen-, Spielzeug-, Handschuh- und Bürstengewerbe, Kastorhutmacherei, Kantillen, Goldarbeit und andere kleine Gewerbe).**

---

* Die verbreitete Meinung, daß die Schutzzölle die Entstehung der Fabriken hervorgerufen und die Entwicklung der Kustargewerbe, besonders der Weberei, gehemmt haben, erscheint uns als ganz verfehlt. Wenn die Schutzzölle die Einfuhr billiger ausländischer Stoffe nicht gehindert hätten, so würde die Kustarweberei von der Konkurrenz der billigen Fabrikgewebe noch mehr gelitten, die Produktion sofort einen technisch rationellen Charakter angenommen und die Kustari aus ihren Häusern in die Fabriken getrieben haben; die Fabrik aber wäre zu einer technisch rationelleren Produktion gedrängt worden.

** „Die Fabrik", S. 297.

„Die Hausweberei (Baumwolle) im Kreise Bogorodsk des Gouvernements Moskau konzentriert sich hier wie in anderen Gegenden in der Nähe von großen Baumwollwebereien. Überhaupt ist eine bedeutende Entwicklung der Fabrik in dieser Gegend stets von einer ähnlichen Entwicklung der Hausweberei in derselben Gegend begleitet. Statt eines scheinbar unvermeidlichen Antagonismus zwischen diesen beiden Betriebsformen läßt sich das Gegenteil wahrnehmen.

„Im allgemeinen kommen in den Gouvernements Moskau und Wladimir oft Fälle vor, daß die Baumwollwebereien nicht durch Vermehrung der Fabrikarbeiter ihren Betrieb ausdehnen, sondern die Webeaufzüge in die Bauernhäuser vergeben, mit anderen Worten, das System der kapitalistischen Hausindustrie ausüben. Dieses System gewährt dem Fabrikanten die Möglichkeit, sich den Forderungen des Marktes anzupassen, ohne gleichzeitig große Summen zur Errichtung von Fabrikgebäuden und zur Erwerbung von Maschinen usw. zu verwenden."*

Die Abwanderung nach der Stadt, die Trennung eines Teiles der Bevölkerung von der Landwirtschaft zu hemmen und gleichzeitig nach einer Ausdehnung des Marktes zu streben, das sind zwei entgegengesetzte, einander ausschließende Aufgaben, weil eine Entwicklung der Produktivkräfte und Ausdehnung des Marktes nur bei einer Zunahme der städtischen und ländlichen kaufenden Bevölkerung und bei einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung möglich ist.

Welche Rolle spielt nun hierbei die Landwirtschaft?

II.

Die Entwicklung der Produktivkräfte äußert sich in der Trennung jener Industriezweige von der Landwirtschaft, in denen die Produktivität der Arbeit gestiegen und eine technische Entwicklung möglich ist, entweder infolge einer Konzentration der Produktion oder eines größeren Aufwandes an konstantem Kapital im Betrieb. Gewöhnlich führt ein technischer Fortschritt außerdem zu einer Arbeitsteilung und wird seinerseits wieder durch eine solche hervorgerufen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung erzeugt eine Reorgani-

* „Kurze Übersicht über die Kustargewerbe", zitiert nach dem Artikel von Kurtschinski. „Shisn", Januar 1901.

sation jener kleinen Wirtschaften, die mit diesem Prozeß kollidieren. Wenn sich die Industrie von der Landwirtschaft loslöst, so liefern die Bauernwirtschaften gewöhnlich die Arbeiter für die Industrie, weil zum Unterhalt der Wirtschaft ein nichtlandwirtschaftlicher Erwerb notwendig geworden ist. Auf solche Weise stehen diese Bauernwirtschaften, die der Industrie Arbeiter liefern, in engem Zusammenhang und in gewisser Abhängigkeit von der Industrie. Diese Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe von der Entwicklung der Industrie, vom Arbeitslohn in den Fabriken, besteht so lange, wie sich die Arbeiter nicht vollständig von der Landwirtschaft losreißen. Das Band zwischen der Landwirtschaft und Industrie beschränkt sich aber nicht nur darauf. Beide sind außerdem noch durch den Warentausch miteinander verbunden.

Gegenwärtig befriedigt nur ein vollkommener Proletarier seine Bedürfnisse durch den Kauf. Ein großer Teil der Arbeiter kann noch nicht einmal von dem Arbeitslohn sich und seine Familie ernähren; er muß einen Teil seiner Ernährung aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gewinnen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung kann aber auch nicht alle ihre Bedürfnisse durch die Produkte des eigenen Betriebs befriedigen und ist gezwungen, solche anzukaufen, indem sie ihr Getreide oder ihre Arbeitskraft verkauft. Das gilt besonders von den Wanderarbeitern, die zu einer bestimmten Zeit des Jahres auf Arbeit gehen und von den daraus gewonnenen Einnahmen einen bedeutenden Teil ihrer Ausgaben bestreiten.

Es versteht sich, daß, je höher die Bedürfnisse der sich mit Gewerben beschäftigenden Bauernbevölkerung sind, je weniger landwirtschaftliche Produkte diese erzeugt, eine um so geringere Rolle auch die Landwirtschaft spielt, weil dann den Gewerben mehr Zeit gewidmet wird.

Wenn der landwirtschaftliche Kleinbetrieb sich nicht entwickelt, seine Einkünfte nicht vermehrt und die Industrie dagegen fortschreitet, so steigt auch die relative Bedeutung der letzteren.

Schon gegen Ende der Hörigkeitsepoche konnte ein bedeutender Teil der Bauern sich nicht von der Landwirtschaft ernähren. „Der größte Teil der Bauern beschäftigte sich eine gewisse Zeit mit Landwirtschaft, zu einer anderen Zeit mit Gewerben. Einige verwendeten dabei mehr Zeit auf die Landwirtschaft, andere mehr auf die Gewerbe. Sogar in den landwirtschaftlichen Gouvernements kann man solche Gegenden finden, wo alle arbeitsfähigen Leute zu gewissen

Jahreszeiten auf Arbeit gehen. So gehen zum Beispiel vom Mai bis Anfang Juli im südlichen Teile des Gouvernements Woronesch alle kräftigen Arbeiter auf Heumäharbeiten nach dem Dongebiet. Im Gouvernement Pensa sucht ein großer Teil der Bauern von März bis Anfang Juli einen Erwerb außerhalb.*

In einigen Rayons aber ist diese Bauerngruppe unbedeutend, da die Mehrheit der Betriebe ihre Bedürfnisse durch Verbrauch und Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte bestreiten kann. In anderen Rayons dagegen genügen die landwirtschaftlichen Produkte des eigenen Betriebs nicht einmal, um den Bedarf an Brot befriedigen zu können, geschweige denn die übrigen Bedürfnisse. Ziehen wir dabei in Betracht, daß es in allen Rayons Bauern- und Gutsbetriebe gibt, die einen Überschuß an landwirtschaftlichen Produkten erzeugen, so tritt die verschiedene Bedeutung der Landwirtschaft in den Getreide einführenden und in den Getreide ausführenden Rayons noch stärker hervor.

Schon in den siebziger Jahren zerfielen ihrer Produktivität nach alle Gouvernements in drei Gruppen: die erste Gruppe produzierte Getreide in einer für den einheimischen Verbrauch ungenügenden Menge; zu dieser Gruppe gehören die drei nördlichen Gouvernements (Archangelsk, Olonezk und Wologda), sechs nordwestliche Gouvernements (Petersburg, Nowgorod, Pskow, Witebsk, Mogilew und Smolensk) und sechs zentralrussische (Twer, Moskau, Wladimir, Kaluga, Jaroslaw, Kostroma). Die zweite Gruppe, die Getreide nur in einer für den eigenen Bedarf genügenden Menge produziert, bilden zwei östliche Gouvernements (Wjatka und Perm), die drei baltischen und die vier westlichen (Kowno, Wilna, Grodno und Minsk).

In den Gouvernements, die eine zu kleine Getreidemenge für den einheimischen Bedarf produzieren, gibt es indessen Gutswirtschaften, die mehr Getreide erzeugen, als sie verbrauchen; diese liefern ihren Getreideüberschuß auf den Markt. Dieser Umstand bestätigt jene Schlußfolgerung noch mehr, daß ein gewaltiger Teil der bäuerlichen Bevölkerung in dieser Zone und ein beträchtlicher Teil der Bauernschaft im Schwarzerdegebiet nicht einmal ihre Bedürfnisse an Getreide aus der Landwirtschaft ganz decken können. Zur Befriedigung der übrigen Bedürfnisse und zum Teil auch der

---

* Statistische Materialien über Rußland, gesammelt vom Ressort der Staatsdomänen. 1858 bis 1861.

Nahrungsbedürfnisse müssen sie Geld außerhalb der Landwirtschaft oder durch Kustargewerbe verdienen.

Dieser Ursprung der kleinen bäuerlichen Gewerbe weist auf den Widerspruch hin, in den die Bauernwirtschaft gerät. Wenn die Landwirtschaft einen genügenden Ertrag liefert, der nicht nur zur Befriedigung der Unterhaltsbedürfnisse der ganzen Wirtschaft hinreicht, sondern auch zum Verkauf, also zur Bestreitung anderer Bedürfnisse, so hat der Landwirt keinen Grund, sich mit Wander- oder Kustargewerben zu beschäftigen. Andererseits veranlaßt ein bedeutender Ertrag aus den Gewerben die Kustari, den Gewerben mehr Aufmerksamkeit und Produktivkräfte zu widmen als der Landwirtschaft, die in ihrem Budget eine um so geringere Rolle spielt, je größer die aus den Gewerben erzielten Einnahmen sind. Dieser Widerspruch charakterisiert die ganze wirtschaftliche Lage des modernen Rußland.

Die große Verbreitung der Kustargewerbe in dem Gebiet außerhalb der Schwarzerde weist darauf hin, daß diese sich dort entwickeln, wo die Landwirtschaft keinen genügenden Ertrag liefert. Der größere Ertrag aus den Gewerben in der Gruppe der wirtschaftslosen Bauern weist wieder darauf hin, daß die gleichzeitige Entwicklung, das heißt der technische Fortschritt der Landwirtschaft und der Gewerbe in ein und derselben Wirtschaft, unmöglich ist, wenngleich das für einzelne Wirtschaften erreichbar sein mag.

Endlich zeigt die immer mehr hervortretende Trennung der Industrie von der Landwirtschaft, und namentlich jener Industriezweige, die in der Technik fortschreiten, daß eine Entwicklung der Produktivkräfte in der Industrie nur bei einer Spezialisierung der Wirtschaft möglich ist. Jede technische Verbesserung, sogar im Kleinbetrieb, die aber einen bedeutenden Geldaufwand erfordert, jede Vervollkommnung in den Arbeitsmethoden, die mit größeren Aufwänden für Rohmaterial verbunden ist, führt schon zur Vernachlässigung der Landwirtschaft in demselben Betrieb, und umgekehrt: ein je größerer Teil der Bevölkerung die Landwirtschaft der Gewerbe wegen aufgibt, in einer um so besseren Lage wird sich die Wirtschaft jener Bauern befinden, die sich mit der Landwirtschaft beschäftigen, schon weil auf jede Person der Ackerbauer eine größere Bodenfläche kommt.

Der Übergang zu den Gewerben wird teils durch den Bevölkerungszuwachs hervorgerufen und teils dadurch, daß nicht alle

Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ausgenutzt werden können. Darum erscheinen der Zug nach der Stadt, der Übergang zu den Gewerben und die Auswanderung als eine unvermeidliche, unumgängliche und notwendige Folge der Bevölkerungsvermehrung.

Die Spezialisierung der Arbeiter und die Entwicklung der Produktivkräfte führt zu einer Trennung der Arbeiter von der Landwirtschaft. Die Angaben über die Lage der Arbeiter in den Fabriken zeigen, daß sich die spezialisierten Arbeiter, die auch einen höheren Lohn erhalten, von der Landwirtschaft losreißen, wie es scheint unter dem Drucke der Notwendigkeit und nicht aus Liebe zur Industrie und Fabrik. Das läßt sich auch vom Kleinbetrieb sagen, der mehr oder weniger qualifizierte produktive Arbeit fordert. Dabei ist eine Hebung der Lage der kleinen Produzenten, der Kustari und Arbeiter, nicht möglich. Zwar kann auch bei der produktivsten Arbeit der Anteil der Kustari und Arbeiter an den von ihnen hergestellten Produkten gering sein, da der Löwenanteil gewöhnlich im ersten Falle auf die Aufkäufer und im anderen auf die Unternehmer kommt. Um aber den Anteil der Kustari oder Arbeiter zu vergrößern, die Lage des Produzenten heben zu können, muß die Summe der hergestellten Produkte so bedeutend, um so viel gewachsen sein, daß es möglich wäre, die absolute Höhe ihrer Einnahmen zu steigern.

Es gibt in Rußland landarme Dörfer mit einer so niedrigen Arbeitsproduktivität, daß sogar die Ankäufer von den Bauern nichts holen können. Wenn also der Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte notwendig und unvermeidlich ist, so ist auch unter den jetzigen Tauschverhältnissen die Trennung der Industrie von der Landwirtschaft, der Übergang der Arbeiter zu den Klein- und Großbetrieben unumgänglich.

III.

Im Gouvernement Moskau, wo die Gewerbe eine große Rolle spielen, erhält der Bauer aus der Landwirtschaft 45 Prozent seines Jahresbudgets. Wenn wir annehmen, daß sich alle Bauern mit der Landwirtschaft und gleichzeitig mit Gewerben beschäftigen, so wird doch die Landwirtschaft nur für den eigenen Verbrauch betrieben. Die aus ihr gewonnenen Produkte genügen kaum für den unmittelbaren Verbrauch. Zieht man noch in Betracht, daß es auch im Gouvernement Moskau wohlhabendere Landwirte gibt, so tritt

die Bedeutung der Landwirtschaft für die große Masse der Bevölkerung noch mehr in den Hintergrund. Wenn die landwirtschaftlichen Produkte in der Wirtschaft verbraucht werden, so erscheint als eine Quelle des Mehrwertes und Profits für die wohlhabenderen Bauern, Ankäufer und Unternehmer nicht die landwirtschaftliche, sondern die gewerbliche Arbeit. Die landwirtschaftlichen Produkte machen 45 Prozent des Bauernbudgets aus und werden alle in der Wirtschaft verbraucht; die übrigen 55 Prozent werden aus den Gewerben gewonnen, aber sie machen nicht die Gesamtsumme der durch die industrielle Arbeit geschaffenen Werte aus. Ein bedeutender Teil der von den Bauern erzeugten Produkte wird nicht in der Bauernwirtschaft verbraucht, sondern geht in andere Hände über.* Die Differenzierung der Bauernschaft findet daher auf dem Boden der Beschäftigung mit Gewerben statt.

Gewöhnlich treten aus der Mitte der Kustari einzelne wohlhabendere Unternehmer hervor, oder diese kommen von auswärts und organisieren den Ankauf der Erzeugnisse für den Markt und den Verkauf des für die Kustari notwendigen Rohmaterials. Die erdrückende Mehrheit der Kustari kauft das Material und verkauft ihre Erzeugnisse den Unternehmern, oder sie verarbeitet das ihr von den Fabrikanten gelieferte Material. In beiden Fällen kommt auf den Kustar ein minimaler Verdienst bei einem langen Arbeitstag und äußerst unhygienischen und schweren Arbeitsbedingungen.

Auf jeden Fall dient der Kustar- sowie der Großbetrieb als Operationsobjekt für das Handels- und Industriekapital, das hierbei einen Profit abwirft.

Beim Fehlen des technischen Fortschritts ist die Erzielung eines Profits nur durch den An- und Verkauf des Materials und des Produktes bei den Kustari möglich, weil der Großbetrieb dem Kleinbetrieb gegenüber keine solchen Vorteile bietet, die die größeren Aufwände rechtfertigen könnten. Aber auch bei der Möglichkeit eines technischen Fortschritts wird der große Maschinenbetrieb oft infolge der von uns oben angeführten Ursachen nicht organisiert, nämlich weil die Billigkeit der bäuerlichen Kustararbeit den Ankauf ihrer Erzeugnisse vorteilhafter macht als den Großbetrieb. Für die technisch zurückgebliebenen Industriezweige, die sich in den

* Historische Skizze über die ökonomischen Maßnahmen der Moskauer Semstwo 1905.

Händen der Kustari befinden, spielt auf solche Weise die Abhängigkeit vom Markte, in die sie versetzt sind, die Hauptrolle. Der kapitalistische Zwischenunternehmer nutzt diese Abhängigkeit aus, indem er bei den Kustari fertige Waren ankauft und ihnen das notwendige Rohmaterial liefert.

Wie unabhängig die Kustari auch scheinen mögen, ihre Abhängigkeit vom Markte ist um so fester, je ausgedehnter der Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse ist. Da aber der Markt durch die Spezialisierung der Wirtschaften und die Entwicklung des Warentausches unter ihnen geschaffen wird, so erscheint diese Spezialisierung der Wirtschaften selbst, darunter auch die der Kustarwirtschaften, als die notwendige Bedingung für ihre Entwicklung. Um die Möglichkeit des Verkaufs zu haben, muß der Kustar ankaufen können; folglich ist die Trennung der Kleingewerbe von der Landwirtschaft nicht nur eine Bedingung für den technischen Fortschritt des Kustargewerbes, sondern auch für die Entwicklung des Marktes, das heißt für die Existenz der Gewerbe selbst.

Die Abhängigkeit vom Markte äußert sich nicht nur darin, daß sich der Produzent den Forderungen des Marktes anpassen muß, sondern auch darin, daß der Kustar seine Produkte nicht direkt an den Konsumenten, sondern an den Zwischenhändler verkauft. Auf diese Weise stößt der Kustar schon bei den ersten Schritten seiner produktiven Arbeit, bei einer noch primitiven Technik, auf das Kapital. Aber darauf beschränkt sich seine Abhängigkeit vom Markte nicht. Der Kustar muß zur Weiterführung seines Betriebs Rohmaterial ankaufen, das heißt wieder mit dem Händler zusammentreffen. Je produktiver die Arbeit des Kustars ist, je mehr Rohmaterial er verarbeitet, eine um so größere Bedeutung hat für ihn der Ankauf des Rohmaterials und eine um so wichtigere Rolle spielt der Zwischenhändler. Die Praxis der Moskauer Semstwo zeigt, welche ungeheure Bedeutung der An- und Verkauf des Rohmaterials für die Kustari hat. Die Unterstützung der Kustargewerbe bestand im Verkauf des Rohmaterials an die Kustari und im Ankauf ihrer Erzeugnisse oder in der Beschaffung von Aufträgen mit Hilfe von Gewerbeausstellungen, mit Vorschußzahlungen auf die Aufträge.

Das Moskauer Semstwobureau gelangte zu der Überzeugung, daß „die von der Moskauer Semstwo angestellten Techniker nur dann einen Einfluß auf die Kustararbeit ausüben können, wenn

sie selbst als Besteller und Ankäufer der Kustarerzeugnisse erscheinen. Unter solchen Bedingungen unterwerfen sich die Kustari gern den Anweisungen der Spezialisten und schaffen Produkte der gewünschten Qualität. Infolge davon stellten die Werkstätten als erste Forderung eine möglichst große Heranziehung von Aufträgen, eine Ausdehnung des Absatzes ihrer Erzeugnisse durch Erweiterung des Einzelverkaufs. Die technische Entwicklung folgte auf die Resultate, die man durch allerhand Bemühungen rein kommerzieller Natur erlangt hatte." „Auf solche Weise stellte die Hauptaufgabe der Kustarorganisation der Moskauer Semstwo — die technische Verbesserung der Produktion — bei ihrer Lösung die Frage über die Beschaffung von Aufträgen und die Versorgung mit Rohmaterial in den Vordergrund." Die Moskauer Semstwoverwaltung kam also praktisch zu derselben Schlußfolgerung, die aus der theoretischen Analyse hervorgeht. Sie mußte selbst die Funktion des Kapitalisten, des Ankäufers, übernehmen, um dessen Einfluß auf die Kustari zu vermindern, das heißt sie konnte den Kapitalisten beseitigen, indem sie dessen Funktion übernahm, jedoch nicht zu eigenem Nutzen, sondern im Interesse der Kustari.

Wie wir weiter sehen werden, übernehmen diese Funktion, wenn es die Semstwo nicht tut, die reicheren Kustari selbst, aber bereits im eigenen, nicht im allgemeinen Interesse.

Die Praxis zeigte, daß die Entwicklung des Kustarbetriebs sich in enger Abhängigkeit von der Fabrikindustrie befand. So mußten die Kustari zum Beispiel nach Errichtung einer Bürstenwerkstatt hauptsächlich die Aufträge auf Bürsten zu Maschinenzwecken von verschiedenen Fabriken entgegennehmen.* Die Ausdehnung des Gewerbes und seine Verbesserung erwies sich nur im Zusammenhang und in Abhängigkeit von den Bedürfnissen des Großbetriebs als möglich, und die Semstwo selbst beförderte diese Abhängigkeit. „Nur das System der beständigen Leitung an Ort und Stelle, der Versorgung mit Material und des Ankaufs der Erzeugnisse, gewährte den Kustari die Möglichkeit, den Übergang von der Pro-

* „Die Hauptaufgabe der Semstwowerkstätten bestand darin, unter den Kustari neue Bürstensorten einzuführen, die hauptsächlich in Fabriken zu verschiedenen speziellen Zwecken verbraucht werden, weswegen die Werkstätte entsprechende Aufträge von Fabriken, Werken, Institutionen und verschiedener sich mit dem Verkauf von Bürsten beschäftigenden Handelsfirmen zu erlangen suchte." (Bericht der Moskauer Semstwoverwaltung 1898.)

duktion der alten zur Produktion der neuartigen Erzeugnisse zu bewerkstelligen; es veranlaßte sie, das Risiko auf dem neuen Wege zu wagen, und brachte sie zu der Überzeugung, daß die rationelle Herstellung der neueren Erzeugnisse vorteilhafter ist. Der Übergang erfolgte auf Kosten der Semstwo, nicht aber auf die der Kustari." Es ist klar, daß wenn die Semstwo das „Risiko" nicht auf sich genommen hätte, dies der Ankäufer getan haben würde. Die Kustari konnten es selbständig nicht tun, weil, nach den Aussagen des Berichterstatters, „unser Kustar fast ein Bettler ist, der von heute auf morgen, aus der Hand in den Mund lebt, der keine Vorräte hat, um den Übergang zu einer neuen Produktion zu riskieren".

Das Moskauer Museum für Kustargewerbe, das von der Semstwo zur Ausstellung der Kustargewerbemuster eingerichtet wurde, verwandelte sich allmählich in ein Warenlager, dessen Handelsoperationen insofern für die Kustari von Nutzen waren, als das Museum die Zwischenhändler ersetzte. „Die Kustari gaben ihre Erzeugnisse aber dem Museum ungern in Kommission, sie zogen es vor, wie die Erfahrung des Museums gezeigt, ihre Waren lieber für einen Spottpreis zu verkaufen, als sie in Kommission zu geben, selbst dann, wenn man ihnen Vorschüsse bot." So zwang die Erfahrung die Organisatoren des Museums, sich mit Handelsoperationen zu beschäftigen. Dieselbe Erfahrung führte sie dazu, „ihre Tätigkeit auf die Versorgung der Kustari mit Rohmaterial und Umsatzkapital auszudehnen". Solange das Museum nicht alle Funktionen des Zwischenhändlers übernommen hatte, diente es als Warenlager für die Ankäufer. „Als im Frühjahr 1890 das Museum in die Verwaltung des ökonomischen Bureaus überging ... sah man, daß der größte Teil der Erzeugnisse durch die Zwischenhändler in das Museum geliefert wurde und nur ein sehr geringer Teil von den Kustari selbst." Die Semstwo mußte nicht nur alle Funktionen des Händlers übernehmen, das heißt Rohmaterial liefern und die Kustarerzeugnisse ankaufen, sondern auch eigene Werkstätten errichten. „Um eine erfolgreiche Ausführung der Aufträge (auf Bürsten) zu ermöglichen, mußte ein Bürstenmachermeister sich im Rayon der Bürstenproduktion niederlassen und eine zeitweilige Musterwerkstatt einrichten."* Ebenso geschah es mit den anderen Gewerben. Die Organisation eigener Werkstätten erscheint

* Bericht über die Unterstützung der Kustargewerbe 1893.

bei dem technischen Fortschritt in einem Zweige des Kustargewerbes als unumgänglich, weil die übrigen von der Semstwo übernommenen Handelsfunktionen den Kustari nichts mehr helfen können, wenn gleichzeitig ein Großbetrieb mit besserer Technik entsteht. Die Semstwo muß entweder eigene Werkstätten mit vervollkommneter Technik einrichten oder die Kustari ihrem Schicksal in dem fruchtlosen Kampfe gegen die technisch fortgeschrittenen Unternehmungen überlassen.

Die Tätigkeit der anderen Semstwos in derselben Richtung führte auch, gegen ihren eigenen Willen, zur Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse; auf jeden Fall aber zu keinem Zusammenschluß von Landwirtschaft und Kustargewerben. In dieser Beziehung ist der Versuch der Permer Semstwo, die eine Kustarbank errichtet hatte, nicht minder charakteristisch als die Tätigkeit der Moskauer Semstwo. Obgleich die Bank sich zur Aufgabe gestellt hatte, den ärmeren Kustari zu Hilfe zu kommen, führte ihre Hilfe in Wirklichkeit dazu, daß ihre Debitoren ihre Unternehmungen ausdehnten und Arbeiter anmieteten.*

Auf dem Kustarkongreß wurde ein Bericht von K. Dolgorukow „über die Semstwofabrik" vorgelesen. Die Sudsher Semstwo kam durch bittere Erfahrungen zu der Überzeugung, daß nur dann, wenn die Semstwo die Organisation des Betriebs selbst in die Hand nimmt, sie die Produktivität der Arbeit der Kustari erhöhen und diese vor den Zwischenunternehmern retten kann. In ihrem Bericht an die Kreisversammlung sagte die Semstwoverwaltung: „Bei der Organisation der Kustarwerkstätten wird es nolens volens immer mehr notwendig sein, sich dem Fabrikbetrieb zu nähern. Dabei muß der Hauptunterschied zwischen der Semstwofabrik und den Privatunternehmungen im Prinzip der Beteiligung der Arbeiter am Gewinn bestehen, in der Form einer freiwilligen Lohnerhöhung in der Semstwofabrik." Nur auf solche Weise wurde eine Verbesserung der Technik, die Einführung neuer Maschinen und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität möglich.

Infolge dieser klaren Einsicht der Semstwo hat die „Sudsher Semstwofabrik", unserer Meinung nach, einen Erfolg und ist auch

* „Der Übergang von der Produktion mit eigenen Arbeitskräften zu der mit Lohnarbeit ist das erste und Hauptresultat der Tätigkeit der Permschen Kustarbank." („Chutorjanin" Nr. 40, 1891.)

widerstandsfähiger als verschiedene Artelunternehmen anderer Semstwos, die meistens Schiffbruch erlitten.

Diese Semstwo hatte eingesehen, daß sich der einzelne Kustar, das Kustarartel und auch die Semstwo selbst den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen müssen, die die Form der Unternehmungsorganisation und das Wesen der wirtschaftlichen Beziehungen bestimmen.

Wie aus der Tätigkeit der Moskauer und Permer Semstwo ersichtlich ist, entsprachen die erhaltenen Resultate bei weitem nicht den Aufgaben, die sich die Semstwos gestellt hatten. Die Permer Semstwo organisierte eine Bank, um dem Prozeß der Kapitalisation der Gewerbe entgegenzuwirken, während sie im Gegenteil diesen Prozeß bedeutend gefördert hat; die Moskauer Semstwo hat den Kustar noch enger mit dem Markte verbunden. In beiden Fällen beschleunigte die Semstwo den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung, der in den Gewerben und in der Industrie vor sich geht.

Es versteht sich von selbst, daß weder der Semstwokredit, noch die Vermittlung der Semstwo beim An- und Verkauf der Materialien und Produkte der Kustari das Handelskapital beseitigen konnten. Aber das Eintreten des Handels- und Kreditkapitals der Semstwo in die Konkurrenz führte zu denselben Folgen, die als Resultat der kapitalistischen Entwicklung des Landes erscheinen; es vergrößerte die Konkurrenz und verminderte den Profit der Zwischenunternehmer und Wucherer.

Der Kustar verliert gewöhnlich mehr als die Hälfte seines Lohnes infolge der äußersten Ausbeutung durch das Handels- und Wucherkapital. Die Herabsetzung seines Profits durch die Konkurrenz des Semstwokapitals veranlaßt den Unternehmer, seinen Profit auf andere Weise zu erhöhen, nämlich durch Verbesserung der Technik.

Die theoretische Analyse der Bedeutung der Kustargewerbe und ihrer Entwicklungsbedingungen, sowie auch die Praxis der Semstwos läßt uns folgende allgemeine Schlußfolgerungen ziehen: Der Zusammenhang der Kustargewerbe mit der Landwirtschaft erscheint als ein zeitweiliger und auf den geringen Einnahmen aus der Landwirtschaft, sowie aus den Kustargewerben basierender. Die Erhöhung der Einnahmen aus den Gewerben und die Entwicklung ihrer Technik führt zur Trennung eines Teiles der Bevölkerung von der Landwirtschaft, was für diesen (wenn sich die Trennung

infolge einer Erhöhung des Arbeitslohns vollzieht), wie auch für den Ackerbau treibenden Teil vorteilhaft ist.

Die Unterstützung der Kustari durch die Semstwos konnte sich nicht in der Isolierung der Kustari von der Einwirkung des Marktes und der Industrie im allgemeinen äußern, sondern darin, daß die Semstwo an Stelle der Kapitalisten trat. Der technische Fortschritt war nur bei Organisation größerer Betriebe möglich, wenn nicht durch Kapitalisten, so doch durch die Semstwo oder andere gesellschaftliche Institutionen. Endlich läßt sich die Ausbeutung durch die Zwischenunternehmer nur durch die gesellschaftliche Organisation des Großbetriebs vermindern.

Inwiefern aber eine solche Organisation (wie zum Beispiel die Semstwo) die Interessen des in einen Proletarier verwandelten Kustars schützen könnte, hängt von dem Charakter der gesellschaftlichen Gruppen ab, als deren Vertreter diese Organisation erscheint....

IV.

Beim Studium der Gewerbe wird gewöhnlich die Analyse der allgemeinen ökonomischen Bedingungen vernachlässigt, die die Organisation des Gewerbes bestimmt. So wird zum Beispiel die Organisation des Ankaufswesens nicht mit der Organisation des Gewerbes, mit den Produktions- und Absatzbedingungen in Verbindung gebracht. Die Evolution dieses oder jenes Gewerbes wird nicht im Zusammenhang mit seiner Ausdehnung vorausbestimmt, obgleich dies durch einen Vergleich der Gewerbeentwicklung in verschiedenen Gouvernements möglich wäre.

Die wichtigste Bedeutung für die Lage des Gewerbes, seine Organisation und Entwicklung haben 1. die Absatzbedingungen der Kustarprodukte, 2. die Bedingungen für den Ankauf und der Wert des Rohmaterials; im Zusammenhang damit steht auch die Umlaufszeit des Kustarkapitals, weil dadurch die dem Kustar notwendige Geldsumme bestimmt wird, 3. der Wert der Produktionswerkzeuge in Verbindung mit den technischen Produktionsbedingungen, weil der Wert dieser Werkzeuge den Stand der Technik beeinflußt, 4. die Bedingungen, unter denen die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in diesem Gewerbe möglich ist, und 5. die Arbeitsbedingungen (die Arbeitszeit und der Arbeitslohn, die hygienischen Verhältnisse usw.).

In der Entwicklung eines jeden Gewerbes haben die Markt- und Absatzbedingungen eine gewaltige Bedeutung.

Ein Kustargewerbe entsteht gewöhnlich aus dem Bedürfnis der Bevölkerung der naheliegenden Rayons an Produkten dieses Betriebs. Die Ausdehnung des Marktes erscheint als die erste Bedingung für die weitere Entwicklung eines jeden Gewerbes.

Der Handwerker, der nur gegen Auftrag aus fertigem Material des Auftraggebers für dessen unmittelbaren Verbrauch arbeitet, wird zu einem Kustar, wenn er seine Produkte zu Markte bringt und sie direkt an den Konsumenten verkauft. Mit der weiteren Ausdehnung des Marktes aber, wenn viele Kustari in demselben Rayon in großem Umfang zu produzieren beginnen, wird der direkte Verkauf ihrer Produkte an den Konsumenten erschwert, weil der Konsument zu weit von dem Produzenten entfernt ist. Dann erscheint der Zwischenhändler, der die Erzeugnisse der Kustari aufkauft und sie auf den Markt bringt. Der Verkauf der Kustarerzeugnisse direkt an den Konsumenten existiert gewöhnlich nur in der ersten Entwicklungsperiode des Gewerbes, solange in diesem Gewerbe nur wenige Kustari beschäftigt sind, die für den einheimischen Verbrauch produzieren.

Im Gouvernement Saratow* verkaufen nur wenige Kustari ihre Produkte an den Konsumenten. Von den untersuchten Kustargewerben geschah dies nur in den wenig entwickelten. Zu solchen Gewerben gehören: 1. die Herstellung von Trögen im Dorfe Naskaftym des Kreises Kuznjezk, womit man sich in sieben Wirtschaften beschäftigt; 2. das Walken von Filzschuhen; 3. die Faustandschuhmacherei, womit sich eine geringe Anzahl der Kustari beschäftigt. Ein Teil der letzteren verkauft seine Erzeugnisse auf dem Markte unmittelbar an die Konsumenten. Aber auch die oben angeführten Gewerbearten können die kapitalistische Form annehmen, wenn sich das Gewerbe ausdehnt. So nahm zum Beispiel das Walken der Filzschuhe im Kreise Kineschma des Gouvernements Kostroma eine solche Form an durch die Benutzung der Maschine zum Schlagen und Kämmen der Wolle, wodurch die

* Wir illustrieren unsere Schlußfolgerungen durch eine Charakteristik der Kustargewerbe im Gouvernement Saratow, weil wir unbearbeitetes Material über die Kustari dieses Gouvernements zur Verfügung haben. Eine gute Analyse der Industrieentwicklung aus den Kustargewerben finden wir im Werke W. Iljins „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland".

Produktivität der Arbeit in großem Umfang erhöht wurde. Ebenso nahm die Fausthandschuhmacherei im Dorfe Bogorodsk des Gouvernements Nishnij Nowgorod die Form der Großhausindustrie an.

Außerdem arbeiten noch direkt für die einheimischen Bauern wenige in verschiedenen Dörfern zerstreute Kustari, die sich mit Pechgewinnung und Böttcherei beschäftigen.

Die Ausdehnung des Marktes und die Vermehrung der Kustarerzeugnisse, die man nur auf entfernten Märkten verkaufen kann, zwingt die Kustari, sich entweder an den Zwischenhändler zu wenden oder die Jahrmärkte selbst zu besuchen, was viel Zeit und Geld erfordert. Gewöhnlich werden die Kustari, die mit ihren Waren herumreisen, gleichzeitig zu Zwischenhändlern.

Im Gouvernement Saratow gehören zu den Kustari, die für einen ausgedehnten Markt produzieren:

1. Die Weberkammacher, „von denen nur neun ihre Weberkämme in direktem Auftrag herstellen; die übrigen verkaufen sie an die Zwischenhändler. Die Lieferung findet gewöhnlich am Sonnabend statt." „Von den 142 ständigen Kustarbetrieben produziert jetzt nur einer die Weberkämme unabhängig von dem Zwischenhändler; von den übrigen Bauernwirtschaften, die sich nur zeitweilig damit beschäftigen, sind nur acht Wirtschaften unabhängig vom Zwischenhändler. Alle übrigen 251 Wirtschaften verkaufen jede Woche ihre Weberkämme an die Zwischenhändler und erhalten ihre Entlohnung wie die Fabrikarbeiter, wobei sie unter allen möglichen gesetzlichen und gesetzwidrigen Unterdrückungen zu leiden haben." Die Zwischenunternehmer verkaufen die Weberkämme in Kiew, Odessa, Persien, Irkutsk und Blagoweschtschensk.

2. Die Produzenten von Axtstielen, die ausnahmslos ihre Erzeugnisse an die Zwischenhändler verkaufen. Diese setzen die Axtstiele in den Steppen ab.

3. Die Wagen- und Schlittenmacher, die ihre Erzeugnisse teils direkt an die Konsumenten, teils an die Zwischenhändler verkaufen. (Unter den Kustari selbst gibt es auch Zwischenunternehmer, die genügend Pferde haben, um die Erzeugnisse auf den Märkten herumfahren zu können.)

4. Die Hersteller von gewöhnlichen und Rohrstühlen. Die gewöhnlichen Stühle „kaufen auf den Märkten von Kuznjezk auch die Konsumenten, meistens aber die Zwischenhändler. Sie geben gewöhnlich keine Aufträge auf Stühle, sondern ziehen es vor, deren

Preise auf dem Markte zu bestimmen. Es gibt nur einen beschränkten Kreis professioneller Zwischenhändler, denen es durch ihre geringe Anzahl gelingt, den Markt zu beherrschen."

5. Die Sattler im Dorfe Kameschkir, die nur ein Prozent ihrer Erzeugnisse direkt an die Konsumenten absetzen, und auch das nur, wenn die Zwischenhändler aus irgend einem Grunde ausgeblieben sind. In anderen Dörfern, wo es wenig Sattler gibt, arbeiten diese direkt für die Bauern.

6. Die Schaffellgerber, von denen die kleinen Kustari für den einheimischen Verbrauch, die großen für den Zwischenhändler arbeiten. Es bildet sich also eine eigenartige Einteilung des Marktes: die kleinen Kustari arbeiten nur für den einheimischen Markt, die großen aber für den entfernteren. (Die Produktion für den entfernteren Markt scheint demnach vorteilhafter zu sein.)

7. Die Töpfer, deren Erzeugnisse hauptsächlich die Zwischenhändler kaufen. Das Umlaufskapital der einheimischen Zwischenhändler erreicht kaum die Höhe von 50 bis 60 Rubel. Einzelne Kustari fahren im Winter selbst ihre Erzeugnisse durch die Dörfer, um das zu verkaufen, was sie die Woche hindurch geschaffen haben. Der Einzelverkauf findet zuweilen auch in Form eines Tausches der Töpferwaren gegen Getreide statt.

8. Die Bleistiftmacher, deren Erzeugnisse die reicheren Kustari ankaufen und durch ganz Rußland und sogar nach dem Ausland verbreiten.

9. Die Wurfschaufelmacher verkaufen ihre Erzeugnisse an die Saratower Kreisfemstwoverwaltung, obgleich sie auch für Privataufträge arbeiten.

In den angeführten Kustargewerben bestimmt der Markt nur teilweise die Absatzbedingungen für diese Erzeugnisse, und zwar: bei einem beschränkten Markte und einer geringen Anzahl von Kustari werden die Erzeugnisse direkt an den Konsumenten verkauft; bei einem ausgedehnten Markte und einer großen Anzahl Kustari werden die Erzeugnisse an die Zwischenhändler abgegeben.

Nichtsdestoweniger sind die Absatzbedingungen in den verschiedenen Gewerben bei dem Verkauf an die Zwischenunternehmer durchaus nicht die gleichen; sie werden nicht nur durch den Umfang des Marktes und die Anzahl der Kustari bestimmt, sondern auch durch die Ankaufsbedingungen des Rohmaterials und der Produktionstechnik. So ist zum Beispiel die Produktion von ge-

streiftem Baumwollzeug, die für den großen Markt berechnet ist, in der Form einer kapitalistischen Hausindustrie organisiert; die Kustari wurden zu Stückarbeitern, während in der Bleistiftmacherei — die gleichfalls für einen ausgedehnten Markt arbeitet — die Kustari nicht weniger von den Ankäufern als von den Verkäufern des Rohmaterials ausgebeutet werden.

Im Sattler-, Gerber- und Schafpelzgewerbe und in anderen beuten die reicheren Kustari die ärmeren aus, teils wegen Mangel an den zur Organisation des Gewerbes und zur Anschaffung von Werkzeugen notwendigen Mitteln bei den kleinen Kustari, teils weil diesen die Mittel zum Ankauf des Rohmaterials fehlen.

Auf jeden Fall haben die Absatzbedingungen der Kustarerzeugnisse eine große Bedeutung für die Lage des Gewerbes und des Kustars selbst.

Die Produktion für den größeren Markt veranlaßt den Kustar, sich das ganze Jahr hindurch mit Gewerben zu beschäftigen, wenn diese Produktion, die eine gewisse Spezialisierung des Gewerbetreibenden erfordert, ihm einen genügenden Verdienst verschafft. Übrigens wirken auch die technischen Produktionsbedingungen auf die Dauer der Gewerbeperiode.

Die Produktion für den unmittelbaren Verbrauch erfordert kein bedeutendes Umsatzkapital, weil der Kustar für die durch den Verkauf seiner Produkte erhaltenen Mittel sich alles Erforderliche anschaffen und die Produktion fortsetzen kann. Der Unterschied zwischen dem für den Konsumenten arbeitenden Kustar und dem Handwerker besteht darin, daß der letztere im Auftrag des Konsumenten arbeitet, während der Kustar seine Produkte an den Konsumenten verkauft, ohne vorher einen Auftrag erhalten zu haben.

Die Ausdehnung der Produktion und des Marktes erschwert vor allem den Absatz der fertigen Erzeugnisse direkt an den Konsumenten. Der Verbrauch der Erzeugnisse durch die einheimische Bevölkerung fängt an, eine geringe Rolle zu spielen, deshalb muß der Kustar die Erzeugnisse entweder selbst herumfahren oder an den Zwischenhändler verkaufen. Die Nachfrage nach seinen Produkten abzuwarten, ist der Kustar außerstande, weil er Mittel für die weitere Produktion und eigene Existenz haben muß.

Gezwungen, seine Ware um jeden Preis zu verkaufen, gerät der Kustar in ökonomische Abhängigkeit von dem Ankäufer, der ihm die Mittel zur weiteren Produktion liefert und so als Auftraggeber

des Kustars erscheint. Der Kustar fängt an, gerade wie der Handwerker, gegen Auftrag aus fertigem Material zu produzieren, aber nicht direkt für den Konsumenten, sondern für den Ankäufer.

Im Kreise Arsamas des Gouvernements Nishnij Nowgorod arbeiten im Kürschnergewerbe von 360 Wirtschaften 91,6 Prozent für Zwischenunternehmer; in dem Fausthandschuhmachergewerbe (des Dorfes Bogorodsk und seiner Umgebung) arbeiten von 1500 Personen 80 Prozent für Zwischenunternehmer; im Sattlergewerbe desselben Dorfes von 368 Personen 72 Prozent; im Schuhmachergewerbe (im Dorfe Wyjesdnaja Sloboda desselben Gouvernements) von 600 Wirtschaften 87,5 Prozent; im Juweliergewerbe (im Dorfe Krasnoje des Gouvernements Kostroma) von 5500 Personen 91,5 Prozent; im Nagelschmiedgewerbe (des Kreises Semenowsk) von 2184 Personen 92 Prozent; in dem Dreschflegelmachergewerbe (des Gouvernements Nishnij Nowgorod) arbeiten alle für den Zwischenunternehmer.

Da der Umfang der Produktion von dem Umfang des Marktes abhängt und umgekehrt, weil mit der Zunahme der Produktion auch die Erzeugnisse auf einem immer ausgedehnteren Markte abgesetzt werden, so verändert die Entwicklung des Gewerbes auch die Absatzbedingungen, die ihrerseits auf die Organisation der Produktion einwirken.

Auf solche Weise haben die Absatzbedingungen große Bedeutung für die Organisation und Entwicklung des Gewerbes. Sogar die Technik der Produktion hängt in hohem Grade von den Absatzbedingungen ab.

V.

Ebenso hat der Ankauf des Rohmaterials für die Entwicklung und Organisation des Gewerbes eine große Bedeutung.

In den meisten Kustargewerben bilden die Ausgaben für Rohmaterial den größten Teil der Produktionsausgaben. Das Fehlen der notwendigen Mittel zum Ankauf von Rohmaterial bringt die Kustari in Abhängigkeit von den Zwischenunternehmern, die ihnen das Rohmaterial auf Kredit liefern. So sind zum Beispiel „fast alle Weberkammacher Schuldner der Zwischenunternehmer, indem sie sich verpflichten, für diese die Weberkämme zu fabrizieren. Zwar zahlen die Kustari keine Geldzinsen, sind aber dafür in vollständiger Abhängigkeit von ihren Kreditgebern bei der Preisfestsetzung für ihre Erzeugnisse. Die Zwischenunternehmer drücken gewöhnlich die

Preise für 10 Stück um 5, 20 oder 30 Kopeken herab.... Jeder Zwischenunternehmer gewährt je nach seinem Kapital ein Darlehen gegen Abarbeitung von 3 bis 38 Rubel."

Auf diese Weise nimmt die Produktion der Weberkämme für den Großunternehmer die Form der Hausindustrie an, wobei die Verbindung der Kustari mit dem Unternehmer eine so enge wird, daß die Weberkammacher jahrelang für einen und denselben Zwischenunternehmer arbeiten.

Die ärmeren Schafpelzgerber sind von den Gerbereibesitzern abhängig, die ihnen rohe Felle liefern und die gegerbten zurück erhalten. Die großen Schafpelzgerber kaufen Schaffelle in Partien von 2000 bis 4000 Stück. Infolge des hohen Wertes des Rohmaterials und der technischen Bedingungen zeigt die Schafpelzgerberei die Tendenz, sich aus einer Form des Hausbetriebs in einen größeren zu verwandeln.

In noch größerem Umfang läßt sich diese Tendenz in dem Gerbergewerbe wahrnehmen, wo das Rohmaterial und die Produktionsmittel viel teurer als in dem Schafpelzgerbergewerbe sind. Die Gerber kaufen Felle für eine Summe bis zu 10000 Rubel bei dem Zwischenunternehmer.

In einem bedeutenden Teile der Kustargewerbe kann man das Rohmaterial schon für eine geringe Summe erhalten; in diesem Teile herrscht der kleine Familienbetrieb ohne Lohnarbeit vor. Zwar müssen die Kustari das Rohmaterial, wenn sie es in kleinen Posten kaufen, viel zu teuer bezahlen, jedoch können sie einen „selbständigen" Betrieb führen. In jenen Gewerben, wo zum Ankauf des Rohmaterials bedeutende Mittel erforderlich sind, herrschen entweder Unternehmungen mit Lohn- und Stückarbeit oder das Hausfystem der kapitalistischen Großbetriebe — die Produktion für den Zwischenunternehmer. Zu diesen Gewerben gehören: das Gerber- und Sattlergewerbe, die Verfertigung von Schafpelzen, die Ölschlägerei, die Teppichweberei, die Wurfschaufelmacherei, die Mühlsteinhauerei und andere.

In den aufgezählten Gewerben haben die Ankaufsbedingungen des Rohmaterials eine um so größere Bedeutung, je mehr das betreffende Gewerbe entwickelt ist und eine je größere Bedeutung es für den Kustar hat. Je mehr Zeit der Kustar dem Gewerbe widmet, desto mehr Rohmaterial kann er verarbeiten und über desto mehr Mittel zur selbständigen Organisation muß er verfügen, damit er

nicht in ökonomische Abhängigkeit von den Verkäufern des Rohmaterials gerät. Jede technische Vervollkommnung vergrößert die Menge des verarbeiteten Rohmaterials und dadurch auch die Summe der zur Führung eines selbständigen Betriebs notwendigen Mittel. Auf solche Weise erfordert der technische Fortschritt nicht nur mehr Mittel zur Erwerbung verbesserter Produktionswerkzeuge und die Ausdehnung des Absatzmarktes für eine größere Produktenmenge, sondern auch bedeutend mehr Mittel zum Ankauf von Rohmaterial. Die meisten Kustari haben keine Mittel, weder zu technischen Vervollkommnungen noch zum Ankauf von Rohmaterial bei primitiver Technik. Deshalb ist die Produktionstechnik in den meisten Kustargewerben höchst unvollkommen; die Kustari müssen den Arbeitstag bis zur Grenze der äußersten Möglichkeit ausdehnen, um sich wenigstens einen geringen Verdienst zu schaffen. Die Dauer des Arbeitstags erreicht in einigen Gewerben zwanzig Stunden, und doch erlangen die Kustari nur einen äußerst geringen Verdienst.

Der Ankauf des Rohmaterials versetzt den Kustar in Abhängigkeit von dem Zwischenunternehmer, und ein irgendwie hoher Wert der Produktionsmittel führt schon zur Organisation größerer kapitalistischer Unternehmungen, weil die meisten Kustari außerstande sind, teurere Geräte anschaffen zu können. Im Gerbergewerbe zum Beispiel, wo die Gerbereieinrichtung und die Bottiche einen bedeutenden Wert haben und auch das Rohmaterial teuer ist, organisieren sich Großunternehmungen mit einem bedeutenden Umsatzkapital und Lohnarbeitern.

In jenen Gewerben, wo der Heimarbeitsbetrieb für den Großunternehmer vorherrscht, ist der Wert der Produktionsmittel äußerst gering. Im Weberkammgewerbe übersteigt der Wert der notwendigen Werkzeuge nicht 5½ Rubel, wobei einige dieser Instrumente (wie zum Beispiel Messer und Säge) überhaupt in der Bauernwirtschaft notwendig sind. Einige Instrumente werden von den Kustari selbst angefertigt.

Bei der Rohrstuhlflechterei braucht man Werkzeuge von nicht mehr als 2 Rubel Wert. Bei der Herstellung gewöhnlicher Stühle braucht man Tischlerwerkzeuge im Werte von 7 Rubel.

Im Sattlergewerbe geht der Wert der Werkstätteneinrichtung bis 50 Rubel. Infolge dieses verhältnismäßig hohen Wertes treten hier schon größere Unternehmungen auf, die die Lohn- und Stückarbeit der anderen Kustari ausbeuten.

Die technische Rückständigkeit zwingt die Kustari zur Ausdehnung des Arbeitstags bis zur äußersten Grenze unter unglaublich hygienischen Bedingungen, um nur einen kleinen Verdienst zu erlangen. Die Arbeit des Kustars erfordert fast in allen Gewerben eine ziemlich große Anspannung der Kräfte, beträgt doch die Arbeitszeit 14 bis 16 Stunden täglich und mehr. In der Böttcherei zum Beispiel schlafen die Böttcher im Herbste, wenn die Böttchereierzeugnisse einen guten Absatz haben, kaum 3 Stunden täglich. „Die ganze Nacht löschen wir das Licht nicht aus, wir hoffen auf die Feiertage, an denen wir ausschlafen können; in der Woche kann uns jeder Wind umblasen." So erzählen die Böttcher von der Herbstsaison.

Die Schuhmacher in der Stadt Kuznjezk arbeiten von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts, das heißt 18 Stunden, mit einer halbstündigen Unterbrechung für das Mittagessen und einer Pause von 1 Stunde in der Dämmerung. Vor einem Markttag arbeitet man Tag und Nacht, ohne zu schlafen. Am Tage nach dem Markttag schläft man aus.

Im Schafpelzgewerbe stehen die Kustari an Herbst- und Wintertagen schon um 1 Uhr morgens auf und arbeiten bis 5 Uhr abends, zu welcher Zeit sie anfangen, die Werkstätte zu reinigen und zu heizen. Sie ruhen nur von 7 oder 8 Uhr abends bis 12 oder 1 Uhr nachts, das heißt 4 bis 6 Stunden. Hierzu muß bemerkt werden, daß sich die Arbeit unter äußerst unhygienischen Bedingungen vollzieht, in einer feuchten und überheizten Werkstatt, wo die Schaffelle gedämpft und getrocknet werden.

Die Rohrstuhlflechter arbeiten im Winter 14 bis 16 Stunden, im Sommer 15 bis 17 Stunden.

Die Sattler arbeiten vor den Jahrmärkten auch die Nacht hindurch. Durchschnittlich arbeiten die Kustari während der Saison nicht weniger als 15 Stunden täglich.

Der Arbeitstag der Weberkammacher dauert durchschnittlich 15 bis 16 Stunden, in einigen Perioden arbeitet man jedoch gegen Ende der Woche bedeutend länger, oft bis 20 Stunden und darüber. Im Winter beginnt die Arbeit schon um 2 oder 3 Uhr morgens und endet gegen 10 oder 11 Uhr abends.

Bei einer solchen Dauer des Arbeitstags sind auch noch die hygienischen Arbeitsbedingungen äußerst ungünstig. Außer in jenen Gewerben, wo die Arbeit auf dem Hofe vor sich geht (zum Beispiel

bei Holzverarbeitung), wird die Arbeit in den Bauernhütten ausgeführt, die infolgedessen eine stickige Atmosphäre erfüllt. In den Gewerben für Fellbearbeitung (Schafpelzgerberei, Gerberei, Sattlergewerbe) sind in den Werkstätten infolge der hohen Temperatur und der mit Fellgerüchen erfüllten Luft die Arbeitsbedingungen äußerst ungesund. Was für eine Luft hier herrscht, läßt sich daraus schließen, daß die hölzernen Wände der Schafpelzgerbereien nach zehn Jahren verfaulen.

Trotz solcher Arbeitsbedingungen, unter Hinzuziehung der Ausbeutung von Frauen und Kindern, erlangen die Kustari meistenteils einen sehr geringen Verdienst. Die Einnahmen aus den Gewerben dienen für sie nur als eine Unterstützung in ihrer Landwirtschaft. Ebenso entsteht — je nach der Entwicklung des Gewerbes, dem Stande der Produktionstechnik, dem Werte des Rohmaterials — die ökonomische Abhängigkeit der ärmeren Kustari von den reicheren oder von den Ankäufern der Kustarerzeugnisse oder Verkäufern des Rohmaterials.

Die Angaben, die wir über die Kustargewerbe haben, führen zu folgenden Schlüssen: In den wenig entwickelten Gewerben, in denen die Kustari nur während der von landwirtschaftlichen Arbeiten freien Saisonzeit in den Gewerben beschäftigt sind, haben die reicheren Kustari auch eine bessere Ökonomie, dehnen ihren Getreideboden aus, kaufen Land usw.

In den entwickelteren Gewerben, die dem reichen Kustar einen bedeutenden Verdienst gewähren, konzentrieren diese Kustari ihre Aufmerksamkeit nicht auf die Landwirtschaft, sondern auf die Gewerbe.

Die ärmeren Kustari finden daher fast in allen Kustargewerben eine Beschäftigung. Mittel, um ihre Wirtschaft zu führen, besitzen sie nicht.

Um sich über die Zukunft der Kustargewerbe zu orientieren, müssen vorweg einige Fragen beantwortet werden, und zwar: Was bindet das Gewerbe an die Landwirtschaft? Wie wirkt auf dieses Band die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, das Steigen der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und in den Gewerben? Unter welchen Bedingungen wird dieses Band zerrissen?*

---

* Nachstehende Ausführungen entnehmen wir auf Wunsch des Autors seinem Werke: Die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Agrarprogramme, S. 53 bis 65. Der Übersetzer.

„Die Erforschungen der Kustargewerbe in Rußland und besonders die von der Saratower Semstwo im Kreise Chwalynsk unternommenen detaillierten Forschungen liefern ein reiches Material nicht nur zur Beantwortung dieser Fragen, sondern auch zur Bestimmung der Entwicklungsformen der Industrie. In folgendem werden wir diese Angaben benutzen, um die Frage zu beantworten, in welcher Richtung sich Industrie und Landwirtschaft in Rußland entwickeln werden.

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß in jedem Gewerbe die Zukunft jenen Formen gehört, in denen die Arbeit am produktivsten ist.

„Ein Vergleich des Verdienstes der Kustari mit dem der Fabrikarbeiter wird uns die relative Produktivität in diesen zwei verschiedenen Unternehmungsarten zeigen.

„Bevor wir aber diesen Vergleich ziehen, müssen wir folgendes bemerken: Einige Kustari werden von den Zwischenunternehmern ausgebeutet. Wie wir weiter sehen werden, erhalten die ‚selbständigen' Kustari, die für den Auftraggeber oder für den Markt arbeiten, nicht mehr als die, die für den Ankäufer oder Verleger arbeiten. Deshalb beziehen sich die unten angeführten Angaben auch auf die selbständigen Kustari. Da die letzteren gerade so wenig verdienen wie die für den Zwischenunternehmer arbeitenden, so muß man annehmen, daß die Arbeitsproduktivität der Hauptfaktor ist, der die Höhe des Verdienstes der Kustari beeinflußt.

„Nach den statistischen Angaben über die Fabriken und Werke in den steuerfreien Industriezweigen beträgt der durchschnittliche Lohn eines Arbeiters in den großen Betrieben der Holzverarbeitungsindustrie 11,5 Kopeken pro Stunde, wobei dieser Verdienst weniger als die Hälfte des in dieser Stunde produzierten Wertes ausmacht; natürlich sind dabei alle Ausgaben für Rohmaterial, Maschinen usw. nicht eingerechnet.

„Von den Kustari, die in dem oben genannten Kreise Holz verarbeiten, produzieren täglich:*

Korbmacher	für	28,5	Kopeken
Schaufelmacher	„	33	„
Bastschuhmacher	„	3	„
Mattenmacher	„	15	„
Schlitten- und Wagenmacher	„	23	„

* Bei einem 18stündigen Arbeitstag.

„Auf solche Weise produziert ein Kustar in einem Tage fast dasselbe wie ein Fabrikarbeiter in einer Stunde. Es ist also klar, daß sogar bei den günstigsten Ankaufsbedingungen für das Rohmaterial und die besten Verkaufsbedingungen für die Kustarprodukte der Verdienst eines Kustars sehr gering sein wird, wenn sich die Technik seiner Produktion nicht verbessert. In anderen Gewerben finden wir ein ähnliches Verhältnis.

„Die Kustari des Kreises Chwalynsk schaffen täglich einen Wert von 10 Kopeken im Töpfer- und Netzstrickergewerbe.

„Auch hier finden wir eine geringe Arbeitsproduktivität infolge der schlechten Technik des kleinen Betriebes.

„Es ist charakteristisch, daß der Verdienst eines Kustars in jenen Gewerben höher ist, in denen die Bauern außerhalb der Heimat beschäftigt sind und sich ihrer Lage nach den Lohnarbeitern nähern. So verdienen zum Beispiel die Zimmerleute, Holzsäger und andere Handwerker 36 Kopeken.

„Diese allgemeinen Angaben über die Arbeitsproduktivität der Kustari sagen schon voraus, daß die Kustargewerbe neben dem kapitalistischen Großbetrieb nicht lebensfähig sind und ihre Lage hoffnungslos ist.* Es ist klar, daß nur die äußerste Not und das Fehlen eines besseren Verdienstes die Kustari zwingen, an ihren Gewerben festzuhalten. Unter den Kustarunternehmungen gibt es aber auch solche, die viele Lohnarbeiter beschäftigen und jährlich einen Reingewinn von vielen tausend Rubeln abwerfen. Teilen wir diese Unternehmungen ein nach der Höhe des aus ihnen erhaltenen Reingewinns, so liefern an Einnahmen:

Unternehm.	Rubel	in Proz.	Unternehm.	Rubel	in Proz.
1262	bis 5	26,6	355	20—30	7,5
1501	5—10	31,4	210	30—50	4,6
844	10—15	17,8	61	50—100	1,3
482	15—20	10,2	24	über 100	0,5

zusammen 4739 Unternehmungen 100 Prozent.

„Alle 4739 Unternehmungen liefern einen Reingewinn von 415988 Rubel. Außerdem werden hier noch 65,339 Rubel als Lohn ausgezahlt.

* Man muß hier bemerken, daß der niedrigste Verdienst auch in jenen Gewerben herrscht, die nicht von der Konkurrenz des Großkapitals zu leiden haben. Die niedrige Arbeitsproduktivität der Kustari und die niedrige Einschätzung ihrer Arbeit sind die Hauptursachen dieses geringen Verdienstes.

„Im Kreise Chwalynsk ist die großkapitalistische Produktion fast noch gar nicht entwickelt. Weder in der Stadt Chwalynsk noch im Kreise gibt es Fabriken oder Großbetriebe, und der Kustar wird nicht durch die Konkurrenz der letzteren vernichtet. Nichtsdestoweniger entwickelten sich unter den Kustari kapitalistische Unternehmer, daher müssen sie infolge der Entwicklung der Kustargewerbe und nicht von außen her entstanden sein. Trotz der scheinbar günstigen Entwicklungsbedingungen für die kleine Produktion (dieser Kreis liegt von allen Industriezentren entfernt) ist der Verdienst der Kustari, wie wir sehen, ein äußerst geringer.

„Berechnen wir den Verdienst aus allen Unternehmungen, auch diejenigen eingeschlossen, aus denen man mehr als 100 Rubel monatlich erhält, so ergibt sich ein jährlicher Reingewinn aus dem Hauptgewerbe pro Wirtschaft von 87,77 Rubel. Die größere Hälfte (58 Prozent) aller Wirtschaften erhält monatlich aus den Gewerben (pro Wirtschaft, nicht pro Arbeiter) weniger als 10 Rubel und mehr als ein Viertel aller Wirtschaften (26 Prozent) sogar weniger als 5 Rubel.

„Ein so niedriger Verdienst der Kustari ergibt sich hauptsächlich aus der äußerst niedrigen Produktivität der Arbeit. Die primitive Technik, die ungenügende Spezialisierung der Gewerbe gewähren den Kustari nicht die Möglichkeit, ihre Produkte in einer solchen Quantität und Qualität herzustellen, um dadurch einen genügenden Verdienst zu erzielen. Darum erscheint die Landwirtschaft für die meisten Kustari zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz nötig. Andererseits hindert die Beschäftigung mit der Landwirtschaft den Kustar, sein Gewerbe zu spezialisieren und auf die Verbesserung der Technik die Mittel zu verwenden, über die er verfügt. Es entsteht eine aussichtslose Lage: die ungenügende Landwirtschaft zwingt den Bauern, sich mit Gewerben zu beschäftigen, aber die zeitweilige Beschäftigung in diesen gibt einen schlechten Verdienst. Und dieser ermöglicht keine Verbesserung der Landwirtschaft.

„Einen Vergleich der Rentabilität der Gewerbe in Bauernwirtschaften mit Getreideboden verschiedener Größe und in Wirtschaften ohne Getreideboden zeigt die Tabelle auf S. 165.

„Daraus ergibt sich, daß der höchste Ertrag aus den Gewerben bei jenen Kustari, die keinen Getreideboden haben, und bei den Unternehmern ist, die je mehr als 10 Deßjätinen besitzen und zusammen ungefähr 1000 Lohnarbeiter beschäftigen.

	Zahl der Wirtschaften	Jährlicher Reingewinn in Rubeln			Lohnarbeiter	
		Von Gewerben		Von anderen Beschäftigungen pro Wirtsch.	Zusammen	Pro Wirtschaft
		Zusammen	Pro Wirtschaft			
Ohne Getreideboden	496	59510	120	16,2	61	0,12
Mit Getreideboden						
bis 3 Deßjätinen	848	31370	37	9,9	95	0,11
bis 10 Deßjätinen	1399	75794	54,2	6,6	211	0,14
über 10 Deßjätin.	250	47027	188	7,8	941	3,7

„Der Einfluß der Landwirtschaft auf den Verdienst der Kustari und auf die Produktivität ihrer Arbeit läßt sich am besten verfolgen durch einen Vergleich des Verdienstes der ländlichen und städtischen Kustari in einem und demselben Gewerbe. Ein solcher Vergleich weist auf den gewaltigen Unterschied im Verdienst hin.*

„So beträgt im Filzschuhgewerbe in der Stadt Kuznjezk der monatliche Reinverdienst jedes Arbeiters 18,5 Rubel, im Kreise Chwalynsk 11,2 Rubel. Im Schmiedgewerbe in der Stadt Kuznjezk 36 Rubel, im Kreise Chwalynsk 15 Rubel. Im Schuhmachergewerbe in derselben Stadt 14,5 Rubel und in Powlowka 6 Rubel.

„Dieser Unterschied erklärt sich nicht nur durch die höhere Leistungsfähigkeit der industriellen Spezialisten, sondern auch dadurch, daß die Stadt einen sicheren Absatz gewährt, und daß der Lebensunterhalt in der Stadt teurer ist, folglich auch das Verdienstminimum höher sein muß.

„Bei einem Vergleich des auf jede Wirtschaft kommenden Verdienstes erscheint der Unterschied zwischen der Stadt und dem Dorfe noch größer, da die Arbeitsperiode in der Stadt eine längere ist.

„So kamen zum Beispiel in der Stadt Kuznjezk im Filzschuhgewerbe auf eine Wirtschaft an Reinverdienst 192 Rubel, im Kreise Chwalynsk 82 Rubel. In der Töpferei in derselben Stadt 85 Rubel, im Kreise Chwalynsk 16 Rubel.

* Der durchschnittliche Monatsverdienst aller Kustari macht folgende Summen aus: die Wanderhandwerker erhalten monatlich zirka 9,1 Rubel pro Arbeiter, die Lohnarbeiter der Kustari 9,6 Rubel, die Holz bearbeitenden Kustari 5,1 Rubel, die übrigen Kustari 6,27 Rubel.

„Wir sahen, daß die Produktivität der Kustararbeit eine äußerst geringe ist. Wodurch nun läßt sie sich vergrößern, was kann die Entwicklung des Gewerbes befördern?

„Vor allem kann die Ausdehnung des Marktes als ein solches Beförderungsmittel dienen. Je nach der Erhöhung der Bedürfnisse der Bevölkerung an Produkten, je nach der Ausdehnung der Produktion vergrößert sich auch die Arbeitsproduktivität der Kustari, erhöht sich ihr Verdienst und verlängert sich ihre Arbeitssaison. Das Saisongewerbe verwandelt sich in ein ständiges.

„Nimmt man an, daß das Resultat der russischen Revolution in einer Erhöhung des ökonomischen Niveaus der Bauernbevölkerung bestehen wird und in einer Erhöhung ihrer Bedürfnisse, wenn sich ihre Kauffähigkeit im bedeutenden Grade vergrößern wird, so muß sich auch dementsprechend der Markt ausdehnen und die Produktivität der Arbeit erhöhen.

„Eine Ausdehnung der Kustarproduktion findet vor allem durch eine Verlängerung der Arbeitssaison statt. Je ausgedehnter der Markt, je sicherer der Absatz und je vorteilhafter der Betrieb ist, um so länger wird sich der Kustar mit seinem Gewerbe beschäftigen und nicht zu anderen Erwerben übergehen. Und umgekehrt: das Fehlen eines genügenden Absatzes zwingt den Kustar, sein Gewerbe in der „toten Saison" zu verlassen.

„Gewöhnlich ist daher mit den Absatzbedingungen auch die Entwicklung jedes Gewerbes verbunden; je ausgedehnter und aufnahmefähiger der Absatzmarkt ist, um so besser entwickelt sich das Gewerbe, eine um so größere Zahl von Kustari findet darin ihren Verdienst.

„Bei Erweiterung des Absatzes vergrößert sich nicht nur die Zahl der mit Gewerben beschäftigten Wirtschaften, sondern auch die Menge der Produkte, die jede Wirtschaft herstellt, und steigen ihre Bruttoeinnahmen. Jede Wirtschaft verkaufte:

	Auf dem nächsten Markt	An die Aufkäufer	Auf einem entfernten Markt
Bastschuhe . . .	für 7,6 Rubel	18 Rubel	— Rubel
Schaufeln . . .	= 64 =	78 =	232 =
Joche	= 65 =	74 =	87 =
Riemenzeug . .	= 258 =	2013 =	1766 =
Schuhe	= 158 =	203 =	— =
Töpfereiprodukte .	= 28 =	30,5 =	38 =
Filzschuhe . . .	= 203 =	431 =	431 =

„Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß der Umfang jeden Betriebes von dem Umfang des Absatzmarktes abhängt. Der für einen naheliegenden Markt arbeitende Kustar produziert weniger als jener, der für den Ankäufer oder den entfernten Markt arbeitet. Die Beschränktheit des einheimischen Marktes erlaubt dem Kustar nicht, seine Produktivkräfte zu entwickeln, weil eine Produktion in größerem Umfange sinnlos ist, wenn kein genügender Absatz vorhanden ist.

„Die Absatzbedingungen wirken aber nicht nur auf den Umfang des Kustarbetriebes, sondern auch auf die Norm des Verdienstes der Kustari.

„Die meisten Kustari, die keine Möglichkeit besitzen, ihre Erzeugnisse nach einem entfernten Markt zu bringen, müssen an den Zwischenhändler verkaufen und ihm einen großen Teil ihres Verdienstes abtreten. Diese Verluste beim Verkauf ihrer Produkte äußern sich in einem Sinken des Prozentsatzes ihres Reingewinns im Verhältnis zur gesamten Absatzsumme.

„Bei verschiedenen Formen des Absatzes äußert sich der Prozentsatz des Verdienstes im Verhältnis zum Bruttowert des Produktes in folgenden Zahlen:

	Verkauf in Prozenten:			
	Auf dem nächsten Markt	Auf dem entfernten Markt	An die Ankäufer	Stückweise an den Verleger
Mattenmacher	66	72,5	—	57,7
Schaufelmacher	63,4	66,25	60,81	—
Jochmacher	64,1	74,84	51,35	32
Sattler	18	—	12,75	11,1
Schuhmacher	37,84	—	35,86	24,44
Fausthandschuhmacher .	29,22	—	38	18,2
Töpfer	58,72	69,8	58,2	45,9
Stellmacher	27,39	38	23	—

„Auf solche Weise stehen jetzt die Kustari beim Verkauf ihrer Erzeugnisse vor dem Dilemma: wenn sie ihre Erzeugnisse auf dem nächsten Markt absetzen wollen, um einen höheren Verdienst zu erhalten, so können sie nur im geringen Umfang produzieren, weil der Absatz ein äußerst beschränkter ist; produzieren sie aber in größerem Umfange, so müssen sie ihre Produkte mit Verdienstverlust an die Zwischenunternehmer verkaufen. Nur einzelne wohlhabendere Kustari fahren ihre Erzeugnisse selbst nach einem entfernteren Markt. In

solchen Fällen verkaufen sie nicht nur ihre eigenen, sondern auch angekaufte Produkte.

„Die kapitalistische Massenproduktion fordert einen ausgedehnten Markt. Die Ausdehnung des Marktes bahnt der Massenproduktion den Weg. Die Steigerung der Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung wird einen Anstoß zur Entwicklung der ländlichen Gewerbe geben. Diese Entwicklung wird sich vor allem darin äußern, daß sich die Saisongewerbe (mit Ausnahme jener Gewerbe, mit denen man sich nur in einer gewissen Jahreszeit beschäftigen kann) in ständige verwandeln. Der Übergang zur ständigen Beschäftigung mit Gewerben zerreißt aber das Band, das sie mit der Landwirtschaft verbunden hat.

„Nur wenige Gewerbe, die mit der Landwirtschaft eng verbunden sind, können sich auch bei Entwicklung der Bauernwirtschaft erhalten. Zu solchen gehören die Holz verarbeitenden Gewerbe. Deshalb finden wir bei den Holz verarbeitenden Bauern eine bessere Landwirtschaft als bei den anderen Kustari. Dies ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

	Zahl der Wirtschaften	Prozentsatz zu der Gesamtzahl der Wirtschaften	Anzahl der Pferde	Getreideboden pro Wirtschaft
Wirtschaften der Holz verarbeitenden Kustari:				
Ohne Getreideboden .	35	2,5	5	—
Mit Getreideboden				
bis 3 Deßjätinen . .	501	35,4	341	2
bis 10 Deßjätinen .	750	53	1083	5,4
über 10 Deßjätinen .	129	9,1	389	19,1
Zusammen	1415	100	1818	5,3
Wirtschaften der anderen Kustari:				
Ohne Getreideboden .	241	35,9	18	—
Mit Getreideboden				
bis 3 Deßjätinen . .	161	24	137	2
bis 10 Deßjätinen .	237	35,3	344	5,1
über 10 Deßjätinen .	32	4,8	75	15,7
Zusammen	671	100	574	3

„Der Unterschied zwischen den beiden Kustarigruppen ihrer wirtschaftlichen Lage nach ist sehr bedeutend. Auf jede Wirtschaft der Holz verarbeitenden Kustari kommen durchschnittlich 5,3 Deßjätinen Getreideboden und 1,3 Pferde. Der Prozentsatz der Wirtschaften ohne Getreideboden macht nur 2,5 aus. Die entsprechenden Zahlen bei den anderen Kustari sind dagegen: 3 Deßjätinen Getreideboden, 0,86 Pferde und 35,9 Prozent ohne Getreideboden.

„In welcher Richtung die Ausdehnung des Marktes auf die Kustargewerbe einwirkt, läßt sich nach der Entwicklung des Sattlergewerbes im Kreise Chwalynsk beurteilen, wo sich der Markt zufällig ausgedehnt hat.

„In diesem Kreise befanden sich die Sattler in der besten Lage. Dieses Gewerbe entwickelte sich in Pawlowka infolge des großen Marktes im Gebiet der Donschen Kosaken. Die Sattler haben von allen Kustari dieses Kreises den besten Verdienst. Die statistische Untersuchung hat bewiesen, daß der Umfang ihres Verdienstes im entgegengesetzten Verhältnis zum Umfang ihres Getreidebodens steht. Die Sattler verlassen ihre Landwirtschaft, weil das Gewerbe ihnen einen größeren Verdienst gewährt.

„Der bedeutende Verdienst, den die Sattler aus ihrem Gewerbe erhielten, veranlaßte sie, nicht ihren Getreideboden auszudehnen, sondern die Zahl ihres Viehs zu vermehren. Die Hebung ihres Wohlstandes läßt folgende Gegenüberstellung ersehen: Im Jahre 1885 gab es 43 Sattlerkustarwirtschaften mit 12 Pferden und 32 Kühen, im Jahre 1904 72 Sattlerkustarwirtschaften mit 28 Pferden und 78 Kühen.

„Das Sattlergewerbe erforderte aber bedeutende Mittel zum Ankauf von Rohmaterial; die meisten Kustari haben aber keine Mittel. Deshalb arbeitete fast die Hälfte der Kustari stückweise für den Verleger, wobei ihnen ungefähr ein Drittel ihres Verdienstes verloren ging. Infolge seiner Rentabilität nahm dieses Gewerbe einen kapitalistischen Charakter an und wird nunmehr als Lohnarbeit in bedeutendem Umfang angewendet.

„Dieselbe Wirkung auf die Landwirtschaft wie das Sattlergewerbe hat auch das Schuhmachergewerbe. Das letztere ist am meisten im Dorfe Pawlowka entwickelt, wo 149 Wirtschaften mit 838 Personen darin beschäftigt sind, und in der Stadt Chwalynsk.

„Schon im Jahre 1885 machten die Wirtschaften der Pawlower Schuhmacher 19,7 Prozent aller Wirtschaften dieses Bezirkes aus,

besaßen aber nur 7 Prozent des Getreidebodens und 8,7 Prozent aller Pferde.

„Gegenwärtig hat sich die Zahl der Schuhmacher vermehrt, der Umfang des Getreidebodens, die Zahl der Pferde und Kühe dagegen vermindert.

„Im Jahre 1885 besaßen 130 Schuhmacherwirtschaften an Getreideboden 138 Desjätinen, 53 Pferde und 140 Kühe; außerdem verpachteten sie 264 Deßjätinen Boden.

„Im Jahre 1904 kamen auf 146 Schuhmacherwirtschaften 98,9 Deßjätinen Getreideboden, 16 Pferde, 90 Kühe, und 315 Deßjätinen wurden verpachtet." (Maßlow, Die Entwicklung der Volkswirtschaft und das Agrarprogramm.)

* * *

Ziehen wir jetzt die Schlußfolgerungen aus der kurzen Betrachtung der Kustargewerbe und der Tätigkeit der Moskauer und anderer Semstwos.

In allen Zweigen der Kustargewerbe werden die Produktionsmittel von der Produktionstechnik bestimmt. Je höher die Technik steht, einen um so größeren Wert stellen auch die Produktionsmittel dar; je höher die Produktivität der Arbeit ist, desto mehr Rohmaterial wird verbraucht und desto mehr Mittel sind zu dessen Ankauf notwendig; je größer endlich die Produktion ist, um so mehr erschwert sich der Absatz der Produkte, ein um so größerer Markt wird für den Absatz der Kustarprodukte notwendig.

Auf solche Weise erschwert die Erhöhung der Arbeitsproduktivität im Kustargewerbe für eine immer größere Anzahl der Kustari die Möglichkeit, einen eigenen Betrieb zu führen, weil ein solcher auch immer mehr Mittel erfordert. Und dennoch erscheint die Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht nur als notwendige, sondern sogar als unumgängliche Bedingung für die Entwicklung jedes Industriezweiges. Die Wirtschaft muß sich die Erhöhung ihrer Arbeitsprodukte zum Ziele setzen, weil sonst der Betrieb sich nicht entwickeln, sondern sogar verfallen wird. Wenn also schon bei dem jetzigen Zustand der Kustargewerbe, bei der primitiven Technik, es vielen Kustari an genügenden Mitteln zur Führung eines selbständigen Betriebs mangelt, so wird ihnen das in noch höherem Maße erschwert werden, wenn sich ein größerer Geldaufwand notwendig macht. In einigen Gewerbezweigen ist eine

Erhöhung der Arbeitsproduktivität bei einer Arbeitsteilung, bei gemeinsamer Arbeit mehrerer Personen möglich, was für den einzelnen Kustar unerreichbar ist. Folglich ist eine Förderung der Entwicklung der Kustargewerbe oft unvereinbar mit einer Unterstützung der kleinen Hausbetriebe der selbständigen Kustari.

Die Praxis der Moskauer und anderer Semstwos hat gezeigt, daß unter den gegenwärtigen technischen Bedingungen die kapitalistische Organisation des Kustargewerbes unumgänglich ist. Die Semstwo nimmt zum Beispiel Aufträge an, ebenso wie der Zwischerunternehmer, und gibt diese Aufträge zu einem bestimmten Preise an die Kustari ab. Der Unterschied zwischen der Tätigkeit der Semstwo und der eines Verlegers besteht darin, daß der letztere die Produktion zu seinem eigenen Vorteil organisiert, während die Semstwo es tut, um die Lage der Kustari zu heben. Inwieweit sie darin Erfolg hat, ist eine andere Frage.

Wenn trotz der Billigkeit des Kustarbetriebs der Kapitalist die Organisation eines großen Manufaktur- oder Maschinenbetriebs vorteilhafter findet, so kann es nur deshalb sein, weil diese Produktionsform die Kustarprodukte noch billiger macht. Es ist daher auch klar, daß die Semstwo bei den Kustari die Erzeugnisse nicht teurer kaufen wird, als sie der Kapitalist verkauft. Das Kustargewerbe hält sich nur dadurch, weil die Arbeit der Kustari sehr gering bezahlt wird und weil ihre Erzeugnisse schon so billig sind, daß man keine Großbetriebe einzurichten braucht.

Die Hausindustrie erscheint technisch als die unrationellste Produktionsform. Wenn ein Unternehmer einen Großbetrieb organisiert, so schlägt er die Kustari aus dem Felde oder er versetzt sie in solch unmögliche Lage, daß auch die Tätigkeit der Semstwo ihnen nicht mehr aufhelfen kann.

So führt die Entwicklung der Produktivkräfte in den Kustargewerben zur Organisation von kapitalistischen Großbetrieben, teilt die Gewerbetreibenden in zwei entgegengesetzte Klassen und reißt sie von der Landwirtschaft los.*

* Die wiederholte Untersuchung des Pawlower Rayons (Gouvernement Nishnij Nowgorod) bewies, daß seit 1889 bis 1901 sich die Zahl der gewerbetreibenden Wirtschaften um 971 oder um 16 Prozent vergrößert hat. Die Gruppe der sich ausschließlich mit Gewerben Beschäftigenden vermehrte sich um 21,5 Prozent, fast ausschließlich auf Kosten jener Gruppe, die Landwirtschaft und Gewerbe nebeneinander betreibt und die sich um 18,8 Pro-

Je höher der Arbeitslohn ist, je rascher die Akkumulation des Kapitals vor sich geht, um so rascher vollzieht sich eine Reorganisation der gewerblichen Betriebe in produktivere. Gleichzeitig löst sich unter diesen Bedingungen nicht nur das Gewerbe gänzlich von der Landwirtschaft los, sondern auch die Arbeiter zerreißen rascher das Band, das sie noch an das Dorf fesselt. Je niedriger dagegen der Arbeitslohn und die Produktionstechnik ist, um so fester ist der Arbeiter an die Landwirtschaft gebunden.

---

zent vermindert hat. Die Gruppe der ausschließlich mit der Landwirtschaft Beschäftigten verminderte sich um 2,9 Prozent. Daraus ist ersichtlich, daß in diesem Rayon ein allmählicher Losreißungsprozeß der Gewerbe von der Landwirtschaft vor sich geht.

Vierzehntes Kapitel.

Die Fabrik und die Bauernwirtschaft.

Aus der Analyse der Entwicklungsbedingungen der Produktivkräfte in der Landwirtschaft sahen wir, daß die Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft mit der Verminderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in ihrem Verhältnis zur Bodenfläche steigt, das heißt dann, wenn ein Teil der Bevölkerung die Landwirtschaft verläßt und weniger Arbeitskräfte zur Bestellung des Bodens verwendet werden.

Der Zusammenhang der Kustargewerbe mit der Landwirtschaft hält die überschüssigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zurück.

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb, obwohl wenig produktiv, dient doch zum Teil als Ergänzung des Kustarbudgets, und umgekehrt: die wenig produktive Arbeit des Kustars gewährt diesem doch einen Verdienst und ergänzt die Einnahmen aus der Landwirtschaft. Je weniger die Industrie entwickelt ist, je weniger Arbeitskräfte sie fordert und je niedriger der Arbeitslohn ist, um so geringer ist die Arbeitsproduktivität, mit der sich der Kustar zufrieden geben muß, und um so fester klammert er sich an die Landwirtschaft.

Die Zerstückelung des Bodens unter der gewerbetreibenden Kustaribevölkerung hält die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft auf, gewährt aber gleichzeitig einem größeren Teil der Bevölkerung doch die Möglichkeit, sich auf einem gegebenen Territorium zu ernähren: der Kustar wie der Wanderarbeiter können sich mit einem immer kleineren Landanteil begnügen, indem sie ihre Einnahmen aus den Gewerben durch Verlängerung der Arbeitsperiode erhöhen. Die Differenzierung der Bauernwirtschaften kann unter diesen Bedingungen nicht auf dem Boden der Landwirtschaft, die sich nicht entwickelt, sondern nur auf dem der Gewerbe vor sich gehen. Es entstehen industrielle Wirtschaften der Zwischenunternehmer, der reicheren Kustari, der kleineren Fabrikanten usw.

Der niedrige Arbeitslohn in der Landwirtschaft wie in der Industrie, der als Resultat des Zusammenhanges dieser beiden erscheint, bildet gleichzeitig den Kitt zwischen diesen beiden Ge-

werbetätigkeiten der bäuerlichen Wirtschaft. Folglich hält die Verbindung der Kustargewerbe mit der Landwirtschaft die Entwicklung der Produktivkräfte in beiden auf.

Die allmähliche Auffaugung der Arbeiter durch die kapitalistische Industrie infolge ihrer langsamen Entwicklung befestigt diese Verbindung durch den niedrigen Arbeitslohn noch mehr.

Die Angaben über die Verbindung der Petersburger Arbeiter mit der Landwirtschaft sowie die Angaben über die Arbeiter des Moskauer Gewerbegebiets geben fast die gleichen Resultate.

E. Dementiew fand, daß die Spezialisierung in der Industrie, wenn sie dabei höher gelohnt wird als andere Beschäftigungen, stets die Zahl der noch mit der Landwirtschaft verbundenen Arbeiter vermindert. Ein grelles Beispiel hierfür liefern uns die Gruppen der Arbeiter in den Spinn- und Vorbereitungsabteilungen der Baumwollspinnereien (4,6 Prozent in der ersteren und 4,8 Prozent in der letzteren haben sich noch nicht von der Landwirtschaft losgerissen) und die Gruppe der Graveure in den Kattundruckereien, die die Fabrik gar nicht verlassen.

Unter den Arbeitern verteilen sich die zeitweilig aufs Land zurückkehrenden und ständigen Arbeiter folgendermaßen:

	Von 14 Jahren an und ältere in Prozent	Von 18 Jahren an und ältere in Prozent
In den Handfärbereien	68,7	69,1
Handfärber in Handwebereien und Kattundruckereien	34,5	36,3
Arbeiter in den mechanischen Bleichereien und Färbereien und in den Stoffwaschabteilungen	6,5	8,0

Von den Arbeitern in den Handfärbereien verlassen die Fabrik 69,1 Prozent, von den Färbern der Handwebereien und Handkattundruckereien bereits 36,3 Prozent. Endlich ist der Prozentsatz der die Fabrik verlassenden Arbeiter in den mechanischen Fabriken der geringste. „Auf solche Weise," schließt der Autor, „zeigt uns die Analyse dieser Angaben, daß erstens die Entfremdung der Arbeiter vom Grund und Boden in engerem Zusammenhang mit der Arbeit in mechanischen Fabriken steht und daß zweitens diese Entfremdung um so bedeutender, je spezialisierter in solchen Fabriken der Betrieb ist." . . . „Die mechanische

Fabrikproduktion zeigt die Tendenz, die Arbeiter von der Landwirtschaft loszureißen."*

Die Art der Verbindung der Petersburger Fabrikarbeiter mit der Bauernwirtschaft konnte der Autor dieses Werkes mit Hilfe einiger Zähler bei einer eintägigen Volkszählung 1900 aufklären. Obgleich die unten angeführten Angaben sich nur auf 2600 Arbeiter beziehen, über die vollständiges Material vorhanden war, stimmen doch die von uns erhaltenen Resultate mit denen Dementiews und anderer Forscher überein.

Bei Gegenüberstellung verschiedener Arbeitergruppen in verschiedenen Unternehmungen nach ihrem Verhältnis zum Grund und Boden fällt vor allem ein gewisser Parallelismus zwischen dem Kulturniveau der Arbeiter und ihrer Verbindung mit dem Lande auf: je niedriger das Kulturniveau der Arbeiter einer Unternehmung ist, desto fester ist das Band zwischen dem Arbeiter und dem platten Lande. Die in absteigender Ordnung nach dem Kulturniveau der Arbeiter zusammengestellten verschiedenen Industriezweige und Arbeitergruppen geben folgende Prozentsätze jener Arbeiter, die noch mit dem Lande verbunden sind:

	Die im Sommer aufs Land gehen	Die Geld ins Dorf schicken	Die weniger als drei Jahre	Die 3 bis 10 Jahre	Die über 10 Jahre	Die einen Nadjel haben
			in Petersburg wohnen			
Frauen	5,5	16,0	33,1	20,8	46,0	—
Knochenbrennereien .	34,0	59,8	57,7	20,0	22,3	77,8
Gummimanufaktur . .	17,5	43,4	23,2	30,6	46,2	62,7
Kalinkin- und Putilowwerke	15,4	57,6	35,5	39,3	25,2	62,0
Alle männl. Arbeiter zusammen (inkl. der ungelernten Arbeiter und Handwerker) .	18,0	52,0	—	—	—	69,4

Das Verhältnis zu dem platten Lande und der Bauernwirtschaft wird durch die Frage bestimmt, ob der Arbeiter auf Sommerarbeit

* Dementiew, Was die Fabrik der Bevölkerung nimmt und gibt.

aufs Land geht. Die ausgedehntere Verbindung erwies sich, wie zu erwarten war, bei den Arbeitern der Knochenbrennereien (einfache Arbeit), wo der Prozentsatz der im Sommer aufs Land gehenden Arbeiter 34 Prozent ausmacht, während er bei den Arbeitern der Gummimanufaktur um die Hälfte geringer (17,5 Prozent), noch geringer aber bei den Arbeitern der Kalinkin- und Putilowwerke ist (mechanische Produktion), wo er nur 15,4 Prozent ausmacht.

Von allen männlichen Arbeitern gehen nur 18 Prozent aufs Land, wobei in diese Zahl auch jene Arbeiter mit eingerechnet sind, die nur an Feiertagen oder zum Besuch aufs Land gehen.

Die Tatsache, daß sich die erdrückende Mehrheit der Arbeiter von der Landwirtschaft losgerissen hat, ist schon von Dementiew in seinem oben erwähnten Werke konstatiert worden. Die von uns erhaltenen Angaben bestätigen nur die von Dementiew gezogenen Schlußfolgerungen.

Vier Fünftel der gesamten Arbeiterbevölkerung in den Petersburger Fabriken haben also anscheinend das Band zwischen sich und der Landwirtschaft zerrissen, obgleich ihre Verbindung mit dem Dorfe noch fortbesteht. Dem größten Teile von ihnen gehört noch ein Landanteil, sie können sich aber nicht unmittelbar mit der Landwirtschaft beschäftigen.

Eine mehr oder weniger feste Verbindung mit ihrer Dorfwirtschaft läßt sich bei 18 Prozent der aufs Land gehenden Arbeiter annehmen. Aber auch diese Zahl ist noch als hoch zu betrachten, weil viele nur auf kurze Zeit, zum Beispiel zum Besuch aufs Land gehen. So gelang es einer Zählerin, bei einer genauen Umfrage festzustellen, daß von 111 Personen, die aufs Land gingen, sich nur drei dort mit Sommerarbeiten beschäftigten, während die übrigen zum Besuch auf dem Lande waren. Ein anderer Zähler fand bei einer Umfrage bei über 200 Personen nicht einen, der für längere Zeit aufs Land ging.

Trotz des geringen Prozentsatzes der zur ländlichen Arbeit aufs Dorf gehenden Arbeiter schickt der größte Teil der Arbeiter dennoch Geld aufs Dorf und besitzt dort noch seinen Landanteil. So senden 59,8 Prozent der Arbeiter der Knochenbrennereien Geld und 77,8 Prozent besitzen einen Landanteil. Die entsprechenden Zahlen für die Gummimanufaktur sind 43,4 und 62,7 Prozent; für die Werke Kalinkin und Putilow 57,6 und 62 Prozent und für alle Arbeiter zusammen 52 und 69,4 Prozent. Diese Art Verbindung mit dem

Dorfe ist dem Anschein nach rätselhaft. Arbeiter, die sich von der Landwirtschaft losgerissen haben und das Dorf nicht mehr aufsuchen, senden doch jahraus jahrein Geld dorthin und haben einen Nadjel, den sie nicht selbst bewirtschaften! Und von allen aufgezählten Arbeitern lebte fast ein Drittel (32,2 Prozent) schon 3 bis 10 Jahre in Petersburg und das zweite Drittel (32,8 Prozent) sogar über 10 Jahre. Wenn man zugibt, daß ein kleiner Teil der Arbeiter Geld aufs Dorf schickt zur Unterstützung der Familie, so trifft das doch nicht auf alle zu.

Es ist daher klar, daß der Arbeiter mit dem Dorfe juridisch verbunden ist; vielen Arbeitern wirft ihr „Grundbesitz" nicht nur keine Rente ab, sondern sie müssen noch drauf zahlen.

Einige Volkswirte wollen in diesem Zustand eine Art Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sehen. Der Arbeiter, sagen sie, der einen Landanteil besitzt und Steuern darauf zahlt, hat zur Zeit der Arbeitslosigkeit den Vorteil, daß er sich dann mit der Landwirtschaft beschäftigen kann.

Eine derartige Versicherung hat sicher eine gewisse Bedeutung für einen Teil der Arbeiter; aber wie teuer kommt diese Versicherung dem Arbeiter zu stehen! 35 Jahre hintereinander sendet zum Beispiel ein Arbeiter 23 Rubel jährlich nach Hause, um sich das Recht auf seinen Nadjel zu erhalten! Und dabei ist die Parzelle, um derentwillen er sich viele Bedürfnisse und hauptsächlich die kulturellen, als die am wenigsten notwendigen, versagt, nicht einmal den zehnten Teil dessen wert, was er auf sie zahlen mußte. Das abgesandte Geld hätte vollständig genügt, um eine ansehnliche Altersrente zu erzielen.

Noch ein Beispiel. Zwei Schwestern, Mädchen, von denen jedes monatlich 18 Rubel verdient, senden zusammen 200 Rubel jährlich aufs Dorf, also fast die Hälfte ihrer Einnahme; dadurch sind sie gezwungen, in einem Bette zu schlafen, sich von Schwarzbrot und Hering zu ernähren, wobei sie dem Fischhändler noch etwas dafür zahlen, daß sie ihr Brot in die Heringslake eintunken dürfen!

Die Frauen, die juridisch wenig oder gar nicht mit dem Dorfe verbunden sind, reißen sich von ihm auch leichter los. Nur 5,5 Prozent derselben besuchen das Dorf und nur 16 Prozent senden Geld dorthin.

Nach eigenen Aussagen der Arbeiter wird Geld aufs Dorf gesandt zur Unterstützung der Familie, gewöhnlich 60 bis 80 und

sogar bis 200 Rubel jährlich, ferner zur Bestreitung der Steuern. Kinder, die täglich 10 bis 15 Kopeken verdienen, senden jährlich 10 bis 15 Rubel, „damit sie der Vater nicht ins Dorf zurückfordern soll".

Diese Angaben über die Geldsendungen aufs Dorf und deren Zweck liefern ein eigenartiges Bild von dem Umlauf eines Teiles des nationalen Kapitals. Ein bedeutender Teil der Einkünfte aus der Landwirtschaft wird den Bauern in Form von Unternehmerprofit, Grundrente, Steuern usw. entzogen. Dieser Teil der nationalen Einnahmen wird durch die industriellen Arbeiter in der Stadt mehr als verdoppelt. Einen Teil erhalten die Arbeiter in der Form von Arbeitslohn, wovon sie aber wieder einen Teil ins Dorf zurückschicken. Von hier aus werden diese Einnahmen wieder nach der Stadt zurückgezogen. Bei einem solchen Kreislauf des Kapitals bleibt natürlich für den unmittelbaren Verbrauch des Bauern und Arbeiters sehr wenig übrig, und der Umlauf des Kapitals verliert sich sozusagen ins Nichts.

Der faktisch vom Dorfe losgerissene, juridisch aber an dasselbe gebundene Arbeiter erhält wenig von der Stadt, gibt aber sehr viel der Stadt und dem Dorfe. In der städtischen Fabrik zerstört er seine Gesundheit und die Geldsendungen aufs Dorf verschlimmern seine Lage noch mehr.

Die ungünstigen Lebensbedingungen in der Stadt wirken vernichtend auf die Gesundheit, besonders der jüngeren Arbeitergeneration.

Die in den Baumwollspinnereien beschäftigten Arbeiter meinen allerdings, wenn sie nicht von Zeit zu Zeit aufs Dorf gehen würden, könnten sie es unter den schweren Arbeitsbedingungen nicht lange aushalten. Nach den Aussagen aller Zähler sehen die halbwüchsigen 18 bis 19jährigen Arbeiter denn auch wie 13jährige Kinder aus.

Indessen das Dorf dient dem weitaus größten Teile der Arbeiter nicht als Erholungsort. Im allgemeinen gibt ihm das Dorf für sein Geld nichts weiter als den in Rußland so notwendigen Heimatschein — den Paß!

Fünfzehntes Kapitel.

Arbeitslohn und Grundrente.

I. Die Preise der bevölkerten und nicht bevölkerten Ländereien zur Zeit der Leibeigenschaft. Der Zusammenhang der Preise mit der Rentabilität der Wirtschaft. — II. Der Arbeitslohn und die Grundrente in den verschiedenen Rayons Rußlands. — III. Veränderungen in den Arbeitslöhnen nach den verschiedenen Rayons. — IV. Der Einfluß des landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses in den kleinen Wirtschaften auf die Arbeitslöhne.

I.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter auf den Gütern der großen Grundbesitzer und in den Wirtschaften der reicheren Bauern rekrutieren sich aus den Bauern, deren wirtschaftliche Lage wir oben charakterisiert haben. Die Rayons mit landwirtschaftlichem Bevölkerungsüberschuß liefern auch die meisten landwirtschaftlichen Arbeiter, die Rayons dagegen, die keinen oder einen geringen landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß haben, nehmen die aus anderen Rayons herausgetriebenen Arbeiter (gewöhnlich aber nicht alle) auf.

Es ist natürlich, daß die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter eng verbunden ist mit der der kleinen Bauern, denen ihre Wirtschaft nur ungenügend Existenzmittel bietet. Deshalb läßt sich auch die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter nur im Zusammenhang mit der Lage der Kleinbauern betrachten. Es muß jedoch hierbei bemerkt werden, daß die Nationalökonomie auf die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter zu wenig Rücksicht nimmt. Sie sind Stiefkinder der Ökonomie.

Dafür widmen ihnen die Agrarier ihre besondere Aufmerksamkeit; wir hören von den Agrariern der verschiedenen europäischen Länder ständig Klagen über den Mangel an Arbeitskräften und deren Kostspieligkeit, wodurch nach ihrer Meinung die Landwirtschaft der Industrie gegenüber im Nachteil ist.

In der russischen ökonomischen Literatur finden wir die Bestätigung dieser Klagen durch jene Nationalökonomen, die weit davon entfernt sind, die Interessen der Agrarier zu verteidigen, sondern vielmehr den Kleinbetrieb in ihren Schutz nehmen wollen.

So sucht zum Beispiel Kablukow in seinem Werke über die Entwicklungsbedingungen der Bauernwirtschaft in Rußland ausführlich zu beweisen, daß die Landwirtschaft für den großen Unternehmer unvorteilhaft ist. Herr Sam. Sack bemüht sich, zu beweisen, daß die Grundbesitzer wenig Mehrwert erhalten, weil der landwirtschaftliche Großbetrieb als nachteilig erscheint. Da der landwirtschaftliche Großbetrieb dennoch existiert, so tritt die Frage auf, ob nur durch die Herabsetzung des Arbeitslohns, durch die Verlängerung der Arbeitszeit und andere Maßregeln, die den Mehrwert erhöhen, die Landwirtschaft der Großgrundbesitzer erhalten bleiben kann? Die Lösung der Frage, die die oben genannten Nationalökonomen geben, nämlich daß im landwirtschaftlichen Großbetrieb der Mehrwert gering ist, schließt jede Möglichkeit aus, die Lage der ländlichen Arbeiter zu heben, weil der landwirtschaftliche Betrieb mit Lohnarbeit weder den Arbeitstag verkürzen, noch den Arbeitslohn erhöhen kann, ohne sich dabei zu ruinieren. Den Ökonomisten bleibt also nur noch übrig, gleich Kablukow, über „die Vorteile der Kleingrundbesitzer" nachzudenken.

Mit denselben Argumenten, wie Sack, treten die Unternehmer stets dann hervor, wenn die Normierung und Verkürzung des Arbeitstags oder Erhöhung des Arbeitslohns gefordert wird. Dann ertönen die Klagen darüber, daß der Profit so gering sei, daß jede Erhöhung des Arbeitslohns die Produktion unprofitabel machen werde. Die Voraussagen der Unternehmer erweisen sich stets als verfehlt und falsch. Ebenso unrichtig sind auch die Schlußfolgerungen jener Ökonomisten, die von dem geringen Mehrwert in den landwirtschaftlichen Großbetrieben sprechen.

In Wirklichkeit ist in der Landwirtschaft die Norm des Mehrwertes hoch, und diese Tatsache fordert keine besonderen Beweise. Während der Leibeigenschaft überstieg bei der niedrigen Produktivität der Fronarbeit der Grad des aus ihrer Ausbeutung erhaltenen „Mehrwertes" 100 Prozent, da das Gesetz die Fronarbeit auf drei Tage in der Woche zu beschränken suchte.

Bei der freien, produktiveren Arbeit stieg die Rate des Mehrwertes bedeutend. Dies geht schon daraus hervor, daß der Teilbau dem Grundbesitzer über 100 Prozent Mehrwert ohne jeden Kapitalaufwand einbringt. Auch die Rate des Mehrwertes, der bei Anwendung der Lohnarbeit erzielt wird, ist nicht geringer als 100 Prozent.

Die Klagen der Agrarier über die „Kostspieligkeit" der Arbeiter sind, auch vom Standpunkt der Unternehmer aus, vollständig unbegründet. Die Hebung der Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter wird auf keinen Fall die Produktion aufhalten. Wenn an einigen Orten die Verminderung des Ackerlandes und das Brachliegenlassen einzelner Getreidefelder stattfindet, so geschieht dies keineswegs infolge der kostspieligen Arbeitskräfte oder der niedrigen Rate des Mehrwertes, sondern infolge verschiedener anderer Ursachen.

Die Entwicklung der Warenproduktion erscheint als Faktor, der die Entstehung der Grundrente, deren Anwachsen und folglich auch das Steigen der Bodenpreise bedingt.

Die Entwicklung der Frontauschwirtschaft in Rußland in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mußte deshalb den Bodenpreis an jenen Orten in die Höhe treiben, wo sich die Getreideproduktion für den Markt stärker entwickelt hatte. Wirklich war der Unterschied in den Preisen für die bevölkerten und nicht bevölkerten Ländereien in den Jahren 1854 bis 1859 in den Rayons mit vorherrschender Fronwirtschaft bedeutend geringer als in den Rayons mit vorherrschendem Obroksystem.* Eine Ausnahme bilden nur die dünn bevölkerten Grenzgouvernements. In der Zone der zentralen Schwarzerde überstiegen die Preise der bevölkerten Ländereien gegen Ende der Hörigkeitsepoche die der nicht bevölkerten um eine geringe Summe, und zwar:

In den landwirtschaftlichen Gouvernements		Im Industriegebiet	
Orel . . .	um 12 Prozent	Jaroslaw . . .	um 48 Prozent
Tula . . .	= 11 =	Kostroma . . .	= 52 =
Rjäsan . .	= 12 =	Nishnij Nowgorod	= 35 =
Tambow .	= 20 =	Wladimir . . .	= 43 =
Woronesch .	= 6 =	Moskau	= 29 =
Kursk . .	= 5 =	Smolensk . . .	= 28 =
Twer . .	= 29 =		

* Die Preisangaben über die bevölkerten und nicht bevölkerten Rayons sind den Tabellen entnommen, die D. J. Richter in seinem Bericht über die Bodenpreisstatistik angeführt hat (Arbeiten der kaiserlich freien ökonomischen Gesellschaft 1897, Nr. 4) und die der Verfasser aus dem dreibändigen Werke der landwirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums des Innern über die Bodenpreise (1859) zusammengestellt hat. Die Angaben über die Gouvernements Taurien, Astrachan, Perm, Wjatka und das Gebiet

Durchschnittlich betrug der Bodenpreis pro Deßjätine in der zentralen landwirtschaftlichen Zone 30,7 Rubel, in den Industriegouvernements 22 Rubel, wobei die „Bauernseelen" den Preis der bevölkerten Ländereien in den Industriegouvernements um 5,8 Rubel, in den landwirtschaftlichen um 3 Rubel im Vergleich zu den nicht bevölkerten erhöhten. Aber auch dieser unbedeutende Preisunterschied zwischen den bevölkerten und nicht bevölkerten Ländereien muß in der Schwarzerde noch vermindert werden, weil in diesem Rayon weniger Deßjätinen auf jeden Leibeigenen kamen und deshalb der Preis der Leibeigenen eine größere Wirkung auf den Verkaufspreis der bevölkerten Güter ausüben mußte als in den Industriegouvernements der Waldzone. Aus dem Preisunterschied zwischen den bevölkerten und unbevölkerten Ländereien ergibt sich, daß ein Leibeigener in den Industriegouvernements auf 50,4 Rubel, in der zentralen Schwarzerde auf 20,4 Rubel geschätzt wurde.

Gleichzeitig mit dem relativen Sinken des Preises eines Leibeigenen stieg der Bodenpreis in der Schwarzerde verhältnismäßig sehr hoch. Es fragt sich, weshalb der Leibeigene in der Schwarzerde so gering bewertet, während er in den Industriegouvernements bedeutend höher eingeschätzt wurde, obgleich er hier wie dort gleich intensiv ausgenutzt wurde? Der relativ höhere Bodenpreis in den Schwarzerdegouvernements ließe sich vielleicht durch die besseren Getreideernten erklären; auf keinen Fall aber läßt sich dadurch die Billigkeit der Leibeigenen erklären, die man gleichzeitig mit dem Boden verkaufte. Dabei entsprach aber, wie wir später sehen werden, der Preis des Bodens nicht der Ergiebigkeit desselben.

Der Leibeigene wurde in der Schwarzerde vorteilhafter ausgebeutet als in den Industriegebieten, weil der Gutsbesitzer in der Schwarzerde ein höheres Überprodukt aus der Ausbeutung der Bauern erhielt als in der Waldzone. Dies ergibt sich daraus, daß die Preise der bevölkerten, sowie der nicht bevölkerten Güter in den landwirtschaftlichen Gouvernements höher waren. Folglich läßt sich die relative Billigkeit der bevölkerten Güter gegenüber den nicht bevölkerten in den Rayons mit vorherrschender Fron-

---

der Donschen Kosaken haben wir ausgelassen, weil hier zu wenig verkauft wurde und folglich die Angaben ungenau sind. Die Angaben über das Gouvernement Taurien sind weggelassen, weil die Verkäufe während des Krimkriegs oder bald nachher stattfanden.

arbeit nur dadurch erklären, daß das Mehrprodukt, die Einnahmen des Gutsbesitzers, schon in der Hörigkeitsepoche teilweise den Charakter einer Grundrente* anzunehmen begann und auf solche Weise den Preis des Bodens unabhängig von dessen leibeigener Bevölkerung beeinflußte. Jene Einkünfte, die der Gutsherr aus seinem Grundbesitz erhielt, wurden nach und nach als Grundrente betrachtet und die nicht bevölkerten Ländereien gleich den bevölkerten eingeschätzt.

Diese hohe Einschätzung des Bodens als Einnahmequelle und das gleichzeitige Sinken des Preises für den Leibeigenen, der den Wert schaffte, äußerte sich nach Aufhebung der Leibeigenschaft darin, daß die in der Form der Rente fixierten Einkünfte aus der Gutswirtschaft den ganzen Profit verschlangen. Deshalb klagten auch die Grundbesitzer trotz des schnellen Steigens der Bodenpreise und folglich der Einkünfte der Grundbesitzer über die ungünstige Lage der Landwirtschaft und die Kostspieligkeit der Arbeitskräfte.

Das Verhältnis der Einnahmen, die der Gutsherr aus den Leibeigenen erhielt (diese Einnahmen werden wir Profit nennen im Gegensatz zur Grundrente, die sich dem Gutsherrn als Einnahmen aus dem Boden darstellt), läßt sich bestimmen wie folgt: Der Verkaufspreis des Bodens erscheint als kapitalisierte Einnahme des Grundbesitzers, deren Quelle der Boden ist. Der Verkaufspreis der Leibeigenen erscheint als kapitalisierter Profit, den der Gutsherr aus den Bauern, als seinen Arbeitern, zieht. Auf solche Weise werden die kapitalisierte Rente und der kapitalisierte Profit in dem Verkaufspreis der bevölkerten und unbevölkerten Güter bestimmt, wobei der Preis des unbevölkerten Bodens die kapitalisierte Rente und der des bevölkerten Bodens die kapitalisierte Rente einschließlich des kapitalisierten Profits des Grundbesitzers darstellen.

---

* Jener Teil des Profits, der in der Form der auf den Verkaufspreis einwirkenden Einnahmen fixiert wird, ist nicht das, was man gewöhnlich unter Grundrente versteht, als Einnahme, die von der verschiedenen Arbeitsproduktivität auf Grund verschiedener Fruchtbarkeit bedingt wird. Die Ähnlichkeit der ersten Art der Einkünfte mit der Grundrente besteht darin, daß auch jene mit dem Grundbesitz verbunden ist und im Bodenpreis zum Ausdruck kommt. Der Unterschied dagegen besteht darin, daß die erste Art Einkünfte auf den Preis der Produkte nicht einwirkt und einen Teil des Profits ausmacht. Infolge dieser Ähnlichkeit nennen wir auch diese Einkünfte Grundrente.

Aus der oben angeführten Tabelle ist ersichtlich, daß in den rein landwirtschaftlichen Gouvernements der kapitalisierte Profit (im bedingten Sinne) verhältnismäßig gering war. Zwar war der Preis der bevölkerten Güter in der zentralen landwirtschaftlichen Zone bedeutend höher als in den Industriegouvernements und die Arbeit des Ackerbauers war dort auch produktiver (das ist wieder daraus ersichtlich, daß der Preis der bevölkerten Güter höher war); nichtsdestoweniger erschien der Preis der Leibeigenen dort bedeutend geringer als in den Industriegouvernements, und folglich war auch der Profit der Grundbesitzer geringer. Die Grundrente, die sich im Preise des unbevölkerten Bodens äußerte, verschlang fast den ganzen Profit.

Wenn in den Schwarzerdegouvernements ein im Verhältnis zu den Industriegouvernements bedeutender Teil des Profits durch die Rente verschlungen wurde, so folgt daraus natürlich noch nicht, daß nur dieser Teil verschlungen wurde. Auch in den Industriegouvernements verwandelte sich wahrscheinlich ein Teil des Unternehmerprofits in Grundrente, es läßt sich aber nur aus dem Vergleich der Rente und des Profits in den beiden Rayons der Teil feststellen, der sich in einem dieser Rayons in Grundrente verwandelt hatte.

Rechnen wir die Gouvernements mit erhöhter Grundrente, in denen der Preis eines Leibeigenen weniger als 20 Prozent des Gesamtpreises der bevölkerten Ländereien ausmachte, zu einer Gruppe, und die Gouvernements, in denen der Preis für einen Leibeigenen mehr als 20 Prozent des Bodenpreises betrug, zur anderen Gruppe, so ergibt sich folgendes Bild: von der Wolga bis nach Polen zieht sich eine Zone (im Norden von den Industrie-, im Süden von den südlichen und südöstlichen Schwarzerdegouvernements begrenzt), die zur ersten Gruppe gehört. Diese Zone fällt mit dem Rayon der erhöhten Grundrente und, seit der Bauernbefreiung, mit dem des niedrigen Arbeitslohns zusammen.

(Siehe Tabelle I u. II auf den folgenden Seiten 185, 186 u. 187.)

Tabelle I.

Gouvernements, in denen der Preis der Bauern 20 Prozent des Bodenpreises übersteigt:

Gouvernement	Der Preis des bevölkerten Bodens in Rubel pro Deßjätine	Der Preis des nicht bevölkerten Bodens in Rubel pro Deßjätine	Der Unterschied in Rubel	Der Unterschied in Prozent
Twer	19,41	15,05	4,4	29
Jaroslaw	22,38	15,05	7,3	48
Kostroma	13,20	8,66	4,5	52
Nishnij Nowgorod	27,—	20,01	7,0	35
Wladimir	19,76	13,86	5,9	43
Moskau	33,21	25,77	7,4	29
Smolensk	15,66	12,12	3,4	28
Kaluga	24,56	17,77	6,8	38
St. Petersburg	20,30	14,71	5,59	27
Pskow	13,14	9,46	3,68	28
Witebsk	14,50	11,35	3,15	22
Charkow	25,95	16,59	9,36	32
Kiew	37,69	24,49	13,20	35
Wolhynien	23,20	13,57	9,63	41
Jekaterinoslaw	17,96	13,70	4,26	24
Kasan	19,41	15,33	4,08	21
Samara	15,48	8,96	6,62	42
Orenburg	9,08	5,56	3,52	38
Gouvernements, in denen der Preis der Bauern 20 und weniger Prozent des Bodenpreises ausmacht:				
Nowgorod	8,26	7,16	1,10	13
Kowna	28,6	22,95	5,11	18
Wilna	16,57	13,50	3,07	18
Grodno	21,12	20,83	0,29	1
Minsk	12,59	11,50	1,09	8
Mohilew	10,99	9,55	1,44	13
Tschernigow	18,52	17,91	0,61	3
Poltawa	25,34	20,94	4,40	14
Podolien	35,92	34,69	1,23	3
Cherson	17,91	14,69	3,22	18
Simbirsk	25,36	21,52	3,84	15
Pensa	27,67	23,27	4,40	16
Saratow	19,71	15,86	3,85	19
Orel	31,64	28,19	3,5	12
Tula	35,34	31,70	3,6	11
Rjäsan	32,18	28,78	3,4	12
Tambow	28,03	23,44	4,6	20
Woronesch	27,82	26,29	1,5	6
Kursk	29,27	27,73	1,5	5

Tabelle II.

Gouvernements mit einem Arbeitslohn von 56 und mehr Rubel:

Gouvernement	Jährlicher Arbeitslohn in Rubel	Die Ernten pro Deßjättne in Pud	Der Bodenpreis pro Deßjättne in 1889 in Rubel
St. Petersburg	87	40,5	37
Nowgorod	75	34,6	26
Twer	61	32,1	44
Pskow	58	33,6	70
Kaluga	57	25,7	49
Moskau	75	30,5	41
Wladimir	75	29,3	59
Jaroslaw	75	42,5	33
Kostroma	75	30,9	30
Nishnij Nowgorod	57	34,9	60
Simbirsk	56	40,3	76
Samara	65	33,7	32
Saratow	66	36,4	59
Woroneſch	57	37,3	93
Charkow	63	33,4	104
Poltawa	60	35,2	106
Das Donſche Koſakengebiet	90	25,0	55
Jekaterinoslaw	84	24,8	86
Taurien	104	24,9	76
Cherſon	80	24,7	94
Beſſarabien	85	41,6	105
Kurland	90	51,4	81
Livland	80	56,5	95
Eſtland	75	56,5	77
Durchſchnitt	73	35,95	66,30

Folglich ſank der Preis der Leibeigenen in der dichtbevölkerten Zone mit vorherrſchender Fronwirtſchaft. Daraus reſultiert, daß der Boden an und für ſich, ohne Bauern, im Preiſe zu ſteigen und vom Standpunkt der Gutsherren aus ein viel wertvolleres Kapital zu werden anfängt als die ihn bevölkernden Bauern. Die Entwicklung der Frontauſchwirtſchaft und des Warentauſches im all-

Zu Tabelle II.

Gouvernements mit einem Arbeitslohn von weniger als 56 Rubel:

Gouvernement	Jährlicher Arbeitslohn in Rubel	Die Ernten pro Deßjätine in Pud	Der Bodenpreis pro Deßjätine in 1889 in Rubel
Smolensk	46	32	39
Wjatka	50	29,4	—
Kasan	48	33,2	72
Ufa	50	34,3	36
Orenburg	54	35,9	—
Tschernigow	50	27,9	87
Pensa	52	38,7	77
Tambow	54	45,5	93
Rjäsan	51	40,3	100
Tula	51	36,3	95
Orel	49	37,8	91
Kursk	55	40,8	124
Podolien	44	38,1	125
Kiew	51	48,2	154
Wolhynien	36	37,1	80
Grodno	37	26,2	58
Minsk	45	29,9	38
Mohilew	47	26,7	28
Witebsk	50	28,2	47
Wilna	45	22,8	50
Kowna	50	38,1	65
Durchschnitt	47,40	34,05	76,70

gemeinen erforderte aber eine Ausdehnung des Ackerlandes, schuf folglich eine vom Standpunkt des Gutsherrn aus überschüssige Bevölkerung und rief, als deren Resultat, eine Erhöhung der Preise des unbevölkerten Bodens hervor. Diese Entwicklung bildet die letzte Etappe der Leibeigenschaft. Wenn der Gutsherr Einkünfte nicht im Verhältnis zu den Bauern, sondern dem Umfang seines Gutes entsprechend erhält, wenn der Boden an und für sich im Preise steigt, nicht aber die Leibeigenen, so verliert die Leibeigenschaft für den Grundbesitzer ihre Bedeutung, da die Ausdehnung

des Grundbesitzes den Wert seines Bodens in höherem Maße steigert als die Vermehrung der Anzahl der ihm gehörigen Bauern.

Stellen wir uns die konkrete Lage der Dinge gegen Ende der Hörigkeitsepoche vor. Nehmen wir an, daß die Hälfte des Bodens von Gutsbauern zum eigenen Unterhalt bestellt wird, während die andere Hälfte den Gutsacker ausmacht. Wie wir schon gesehen haben, sind die Einnahmen in Form der Grundrente bedeutend höher als die Einnahmen in Form des Profits, die aus dem Eigentumsrecht auf die Bauern hervorgehen. Der Grundbesitzer konnte aber nur Einnahmen aus jenem Teile des Bodens erzielen, der zum Gutsacker gehört, nicht aber aus dem Bauernland, das zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bauern bestimmt war. Vom Standpunkt des Gutsherrn aus erschien der Wert der Bauern bedeutend geringer als der des von ihnen bestellten Bodens. Die Einnahmen, die der Gutsherr aus seinem Eigentumsrecht auf die Bauern erzielte, waren bedeutend niedriger als die Einnahmen, die man aus dem von ihnen besessenen Boden hätte herausschlagen können. Auf solche Weise verlor das Eigentumsrecht des Gutsbesitzers auf die Bauern gegen Ende der Hörigkeitsepoche in den Schwarzerdegouvernements bedeutend an Wert, während das Bauernland an Wert gewann. Das Bauernland während der Hörigkeitsepoche zu verkürzen, war in den meisten Fällen für den Gutsbesitzer unvorteilhaft, weil er dann die landarmen Bauern ernähren mußte. Folglich erschien die Bauernbefreiung, die den Gutsherren statt des sich in Nutzung der Bauern befindlichen Landes (das den ersteren nichts einbrachte) Ablösungsgeld gab, nicht als nachteilig, sondern vielmehr vorteilhaft, wenigstens für den mittleren und großen Grundbesitzer.

II.

Trotzdem, daß ein bedeutender Teil der von den Gutsherren in der Hörigkeitsepoche durch Ausbeutung der Bauern gewonnenen Einnahmen sich in Grundrente verwandelt hatte, sank nach der Bauernbefreiung die Grundrente nicht, vielmehr stieg sie sehr rasch.

Die oben angeführten Angaben beziehen sich auf die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Die weiteren Angaben über die Bodenpreise und Arbeitslöhne sind aus dem Anfang der siebziger und dem Ende der achtziger Jahre, das heißt sie sind durch einen Zeitraum von fünfzehn Jahren voneinander getrennt.

Die Angaben über die Arbeitslöhne der ländlichen Arbeiter von ganz Rußland werden gewöhnlich auf Grund der Aussagen der

Grundbesitzer zusammengestellt, die sich nicht durch Objektivität auszeichnen. Für die siebziger Jahre besitzen wir außer den Aussagen der Grundbesitzer auch noch Angaben über die Arbeitslöhne, die den Beschreibungen der Güter in den „Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Landwirtschaft" entnommen wurden. Diese beiden Arten von Angaben sind in der Tabelle III (siehe S. 190 und 191) angeführt.

Aus dem Vergleich dieser Angaben läßt sich feststellen, wie glaubwürdig die Aussagen der Grundbesitzer über die Arbeitslöhne in der siebziger Jahren waren, und die Angaben, die, auf ihre Aussagen gestützt, Korolenko in seinem Buche über die Arbeitslöhne in den achtziger Jahren anführt.

Das allgemeine Bild der Durchschnittslöhne der Jahresarbeiter in den verschiedenen Gouvernements erweist sich als ein gleichartiges. Die relative Höhe der Arbeitslöhne in den verschiedenen Rayons ist nach den Angaben der Kommission, die sich auf die Aussagen einer Bank für gegenseitigen Kredit stützen, sowie nach den Aussagen der Landwirte in den siebziger Jahren und den Angaben der Korrespondenten in den achtziger Jahren, ein und dieselbe; aber beim Vergleich der absoluten Höhe der Arbeitslöhne nach den Berichten der Bank und den Aussagen der Grundbesitzer in den siebziger Jahren erweist sich, daß die Grundbesitzer einen etwas höheren Arbeitslohn, durchschnittlich um 5 bis 6 Rubel, pro Arbeiter angegeben haben. Wenn also die Grundbesitzer in den siebziger Jahren einen um einige Rubel erhöhten Arbeitslohn angaben, so läßt sich eine solche Übertreibung auch für die achtziger Jahre annehmen. Für uns ist aber im gegebenen Falle weniger die absolute Höhe des Arbeitslohns wichtig, als vielmehr dessen relative Höhe nach den einzelnen Rayons, die, wie wir schon bemerkt haben, nach allen Angaben fast übereinstimmt.

Wenn wir die Arbeitslöhne und Bodenpreise während der achtziger Jahre in den verschiedenen Rayons und Gouvernements vergleichen, so erweist sich, daß in Rayons mit hohen Arbeitslöhnen die Bodenpreise bedeutend niedriger sind als in den Rayons mit niedrigem Arbeitslohn. Teilen wir das europäische Rußland nach der Höhe des Arbeitslohnes in zwei Rayons ein, so finden wir folgende Zahlen für die Gebiete mit hohem und niedrigem Arbeitslohn. (Siehe Tabelle II S. 186 und 187). In den Gouvernements, in denen der Arbeitslohn mehr als 55 Rubel (durchschnittlich

Tabelle III.

Gouvernement	Der Arbeitslohn gegen Ende der fünfziger Jahre	Der Arbeitslohn in den siebziger Jahren		Der Arbeitslohn in den achtziger Jahren	Erhöhung des Arbeitslohns		Erhöhung der Getreidepreise in Prozent	Erhöhung des realen Arbeitslohnes in Prozent
		Nach Berichten der Bank	Nach Aussagen d. Grundbesitzer		in Rubel	in Prozent		
1. Nordwestliche Gouvernements:								
St. Petersburg . . .	—	62	—	87	25	40	5	35
Nowgorod	32	48	56	75	21	36	7	29
Pskow	—	36	40	58	20	50	−15	65
Estland	—	—	43	75	30	60	3	57
Livland	—	—	50	80	32	74	1	73
Kurland	—	—	52	90	48	92	− 5	97
2. Industriegouvernements:								
Moskau	45	60,5	67	75	14	20	13	7
Twer	40	42,5	58	61	11	19	9	10
Wladimir	38	60	64	75	13	20	15	5
Jaroslaw	36	45	65	75	20	30	9	21
Smolensk	—	41	41	46	5	12	—	12
Kaluga	—	35,5	42	57	18	43	7	36
Nishnij Nowgorod .	—	36	54	57	13	29	19	10
Kostroma.	—	55	58	75	18	31	17,5	13,5
3. Östliche Gouvernements:								
Kasan	—	42	—	48	6	14	15	− 1
Ufa	—	33	—	50	17	51	38	13
Samara	20	59	75	65	− 2	− 3	47	−50
Orenburg	—	45	—	54	9	20	—	—
Astrachan	—	65	—	87	22	33,5	—	—
4. Östliche und Zentralschwarzerdegouvernements:								
Simbirsk	—	40	41	56	15	36	15	21
Pensa	—	46	45	52	6	15	19	− 4
Saratow	—	52,5	55	66	12	22	42	−20

Fortsetzung der Tabelle III.

Gouvernement	Der Arbeitslohn gegen Ende der fünfziger Jahre	Der Arbeitslohn in den siebziger Jahren		Der Arbeitslohn in den achtziger Jahren	Erhöhung des Arbeitslohns		Erhöhung der Getreidepreise in Prozent	Erhöhung des realen Arbeitslohns in Prozent
		Nach Berichten der Bank	Nach Auslagen d. Grundbesitzer		in Rubel	in Prozent		
Rjäsan	—	42	48	51	6	12,5	39	−26,5
Tambow	—	47,5	50	54	5	10	28	−18
Tula	—	42,6	50	51	4	8	11	− 3
Orel	—	43	45	49	5	11	19	− 8
Kursk	—	40	49	55	10	20	23	− 3
Woronesch	—	43,5	60	57	5	8	23	−15
5. Südwestliche Gouvernements:								
Kiew	—	53	—	51	− 2	− 3	43	−46
Tschernigow	—	34,6	45	50	10	22	17	5
Podolien	—	52	—	44	− 8	−15	37	−52
Wolhynien	—	44	—	30	−14	−31,5	35	−66,5
Poltawa	—	43,5	51	60	12	23,5	12,5	11
Charkow	—	51,5	55	63	9	16	31	−15
6. Südliche Gouvernements:								
Cherson	—	46	60	80	27	45	53	− 8
Taurien	—	75	81	104	26	32	28	4
Jekaterinoslaw	—	63	73	84	16	21,5	22	− 0,5
Das Donische Kosakengebiet	—	63	—	90	27	43	12	31
Bessarabien	—	42	65	85	31	58,5	30	28,5
7. Westliche Gouvernements:								
Kowno	—	35	40	40	2	5	− 6	11
Wilna	—	32,5	35	45	11	31	11	20
Grodno	—	28	30	37	8	28	31	− 3
Witebsk	—	37,5	45	50	8	17,5	− 8	25,5
Minsk	—	30	35	45	12	34	22	12
Mohilew	—	30	26	47	19	73	− 3	76

73 Rubel) beträgt, beläuft sich der durchschnittliche Bodenpreis* auf 30 Rubel, bei Ernten von durchschnittlich 35,95 Pud pro Deßjätine für die Jahre 1883 bis 1888.

Für die Rayons mit einem geringeren Arbeitslohn als 56 Rubel (durchschnittlich 47,40 Rubel) beträgt der Bodenpreis 76,70 Rubel bei einem Ernteertrag der fünf Getreidearten (nach Korolenko) von 34,05 Pud pro Deßjätine. Danach ist bei hohem Arbeitslohn (durchschnittlich 73 Rubel jährlich) und bei höheren Durchschnittserntен (35,95 gegen 34,05 Pud) der Bodenpreis um 20,5 Rubel niedriger.

Die Folgerung, daß der Bodenpreis und folglich auch die Grundrente in den Rayons mit niedrigem Arbeitslohn infolge der billigen Arbeitskräfte steigt, läßt sich folgendermaßen prüfen: In den Rayons, wo die Ernteerträge höher sind, wo eine intensivere Bodenkultur herrscht, muß auch ein größerer Arbeitsaufwand auf ein gegebenes Territorium kommen. Da aber die Arbeitskraft eines Menschen bei intensiver Kultur auf einem kleinen Territorium verbraucht wird, so muß der Unterschied in den Produktionskosten (in der Form von Arbeitslohn) auf einer Einheit des Territoriums in den Bodenpreisen bei höherem Ernteertrag empfindlicher zum Ausdruck kommen, vorausgesetzt, daß die Höhe des Arbeitslohnes auf die Grundrente einwirkt. Nehmen wir an, daß in den Rayons mit extensiver Kultur ein Arbeiter vier Deßjätinen bestellen kann, daß der bestellte Boden 4 Prozent der Gesamtfläche ausmacht, daß der kapitalistische Grundbesitzer durch Herabsetzung des Arbeitslohnes einen Surplusprofit von zwanzig Rubel erhält, so wird dieser Surplusprofit (auf zehn Deßjätinen verteilt) zwei Rubel pro Deßjätine ergeben. Wenn aber dieser Surplusprofit in einem Rayon mit intensiver Kultur erzielt wird, wo ein Arbeiter nur zwei Deßjätinen bestellen kann und der bestellte Boden 50 Prozent der Gesamtfläche ausmacht, so würde der kapitalistische Grundbesitzer durch Herabdrückung des Arbeitslohnes fünf Rubel Surplusprofit pro Deßjätine, das heißt um zweieinhalbmal mehr erhalten. Folglich muß in den Rayons mit intensiver Bodenkultur der Unterschied in den Bodenpreisen infolge des Unterschieds in den Arbeitslöhnen schärfer hervortreten. Eine Vergleichung der Bodenpreise in den Rayons mit intensiverer Kultur kann die Tatsache bestätigen,

---

* Landwirtschaftliche und statistische Angaben auf Grund der Aussagen der Landwirte, Lieferung 4, Ausgabe des landwirtschaftlichen Departements.

daß die Erhöhung der Grundrente durch den niedrigen Arbeitslohn bestimmt wird, weil in solchen Rayons die Einwirkung der Arbeitslöhne auf die Grundrente eine stärkere sein muß.

Wenn wir solche Gouvernements nehmen, in denen die Höhe der Ernteerträge den Durchschnitt überschreitet, und sie nach der Höhe der Arbeitslöhne einteilen, so ergeben sich folgende Gruppen:

Gouvernements	Ernten in Pud	Jährlicher Arbeitslohn der Arbeiter in Rubel	Bodenpreise in Rubel
Mit Arbeitslohn von 75 und mehr Rubel:			
Petersburg	40,5	87	37
Jaroslaw	42,5	75	33
Bessarabien	41,6	85	105
Kurland	57,4	90	81
Livland	56,5	80	95
Estland	56,5	75	77
	49,2	82	71,3
Mit Arbeitslohn von 56 bis 75 Rubel:			
Simbirsk	40,3	56	76
Saratow	36,4	66	59
Woronesch	37,3	57	93
Poltawa	35,2	60	106
	37,3	60	83,5
Mit Arbeitslohn unter 56 Rubel:			
Pensa	38,7	52	77
Tambow	45,5	54	93
Rjäsan	40,3	51	100
Tula	36,3	51	95
Kursk	40,8	55	124
Kiew	48,2	51	154
Orel	37,8	49	91
Podolien	38,1	44	125
Kowno	38,1	40	65
	40	50	102,7

Aus der angeführten Tabelle ist ersichtlich, daß in den Gouvernements mit einem Arbeitslohn von 75 und mehr Rubel der Bodenpreis bedeutend niedriger ist, als der in den Gouvernements mit geringem Arbeitslohn, obgleich die Ernten in den ersteren Gouvernements bedeutend höher sind als in den letzteren; in Rayons mit einem jährlichen Durchschnittslohn von 82 Rubel ist der Arbeitslohn um 32 Rubel höher als in dem letzten Rayon, während der Bodenpreis fast um 32 Rubel niedriger ist (31,4 Rubel*).

* Dieses Zusammenfallen der Zahlen, daß der Bodenpreis um die gleiche Summe niedriger, wie der Arbeitslohn höher ist, ist natürlich nur reiner Zufall. Um den Einfluß des Arbeitslohnes auf die Grundrente konkreter darzustellen, mußte man eine derartige Berechnung aufstellen. — Wenn die Arbeitskraft eines Menschen bei der heutigen Technik zur Bearbeitung von 4 Deßjätinen ausreicht, wenn durchschnittlich 40 Prozent der Bodenfläche bestellt werden, so verteilen sich die kapitalisierten Einnahmen des Grundbesitzers, die sich im Bodenpreise äußern, auf 10 Deßjätinen. Indem ein kapitalistischer Grundbesitzer die Arbeitskraft eines Arbeiters auf 10 Deßjätinen ausnutzt, erhält er eine Grundrente und einen Unternehmerprofit. Nehmen wir an, daß der Bodenpreis durch die Kapitalisierung der Grundrente zu 5 Prozent bestimmt wird, so stellt sich die Grundrente in einem Rayon mit einem Arbeitslohn von über 75 Rubel auf 3,56 Rubel pro Deßjätine und in einem Rayon mit einem Arbeitslohn unter 56 Rubel auf 5,13 Rubel, und von 10 Deßjätinen also auf 35,6 und 51,3 Rubel. Außerdem sind die Ernten in den Rayons mit hohem Arbeitslohn um 9,2 Pud pro Deßjätine (von 4 Deßjätinen um 36,8 Pud) höher als in den Rayons mit niedrigem Arbeitslohn. Folglich erhält der Grundbesitzer bei niedrigem Arbeitslohn 35,6 Rubel Grundrente, worin eine Rente für die 36,8 Pud Ernteertrag von 10 Deßjätinen eingerechnet ist. Um aber zu berechnen, wieviel Grundrente der Grundbesitzer in Rayons mit hohem Arbeitslohn erhält, wenn der Boden ebenso fruchtbar ist wie in dem Rayon mit niedrigem Arbeitslohn, muß man von der Gesamtsumme 36,6 Rubel, die der Grundbesitzer als Grundrente von 10 Deßjätinen erhält, das Mehrprodukt von 36,8 Pud abziehen. Nehmen wir an, daß der Wert dieser 36,8 Pud 18 Rubel beträgt, so macht die Grundrente 17,6 Rubel aus, während sie in einem Rayon mit niedrigem Arbeitslohn 51,3 Rubel beträgt. Folglich erhält der Grundbesitzer in den Rayons mit niedrigem Arbeitslohn von 10 Deßjätinen um 33,7 Rubel Grundrente mehr, als in den Rayons mit hohem Arbeitslohn, indem er dem Arbeiter 32 Rubel weniger zahlt. Diese komplizierte Berechnung erfordert außerdem noch viele Korrekturen; sie hat deswegen nur Bedeutung als eine Illustration jener Form, in der sich die Verwandlung des Profits in die Grundrente vollzieht.

Als Faktoren, die auf die relative Höhe der Grundrente einwirken, werden gewöhnlich der größere oder geringere Bodenertrag und die hohen Getreidepreise betrachtet. Aus der angeführten Tabelle ist ersichtlich, daß die Ernten auf die Höhe der Grundrente weniger einwirken als der Arbeitslohn. Wenn wir die Getreidepreise in den Rayons mit hohen und niedrigen Arbeitslöhnen vergleichen, so erweist sich auch die Einwirkung dieses Faktors auf die Grundrente als unbedeutend, da die Getreidepreise in beiden Rayons fast die gleichen sind.

Die Grundrente steigt bekanntlich mit der Bevölkerungsvermehrung, und so kann man annehmen, daß der Bodenpreis in dichter bevölkerten Rayons höher ist. Die Bevölkerungsvermehrung erhöht unbedingt die Grundrente; jedoch dadurch, daß jene die Nachfrage nach den landwirtschaftlichen Produkten steigert, die Getreidepreise erhöht, zum Übergang zu einer intensiveren Kultur und zum Aufwand neuer Arbeit und Kapitalien auf dasselbe Territorium veranlaßt und auf solche Weise die Differentialrente in die Höhe treibt. Den Einfluß der intensiven Kultur haben wir schon betrachtet, und die Getreidepreise sind im Rayon mit niedrigem Bodenpreis und hohem Arbeitslohn nicht niedriger als im Rayon mit hohem Bodenpreis und niedrigem Arbeitslohn, eher umgekehrt. Auf solche Weise können wir eine Erhöhung der Grundrente durch Herabsetzung des Arbeitslohnes konstatieren.

Wodurch wird nun diese Erscheinung bestimmt und zu welchen Folgen führt sie?

Die unmittelbar in der Landwirtschaft aufgewandte Arbeitskraft hat eine viel größere Bedeutung als in der Industrie, und zwar in dem Sinne, daß der Unternehmer auf die Arbeitskraft einen größeren Teil der Produktionskosten aufwendet als in der Industrie. Deshalb beklagen sich, trotz der geringen Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiten, die Grundbesitzer über die Kostspieligkeit der Arbeitskräfte. Dieser Umstand, das heißt der größere Anteil der unmittelbar in der Landwirtschaft angewendeten Arbeitskraft, veranlaßte Rodbertus, den Schluß zu ziehen, daß die Grundrente infolge der niedrigen organischen Zusammensetzung des agrikolen Kapitals entsteht, daß infolge eines größeren Aufwandes an variablem im Vergleich zum konstanten Kapital ein höherer Mehrwert auf das angewendete Kapital entsteht. Dieser verhältnismäßig größere Teil des Mehrproduktes macht auch die Grundrente aus.

Lassen wir die Frage über die Richtigkeit dieser von Rodbertus aufgestellten Grundrententheorie beiseite, so muß man doch auf jeden Fall zugeben, daß der Extraprofit, den infolge dieser oder jener Ursache ein landwirtschaftlicher Betrieb abwirft, die Grundrente erhöhen muß. Diese Wirkung muß auch die Höhe des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter haben, die die Verschiedenheit der Profitformen in den verschiedenen Rayons bestimmt.

Die Verwandlung von Surplusprofit in Grundrente, den man durch die Herabdrückung des Arbeitslohnes erhält, ist von Marx im dritten Band des „Kapital" konstatiert worden, obgleich weder ein Beweis, noch eine Erklärung dieser Verwandlung angeführt wurde. Marx weist nur auf diese Erscheinung hin. „Eine viel allgemeinere und wichtigere Tatsache ist die Herabdrückung des Arbeitslohnes der eigentlichen Agrikulturarbeiter unter sein normales Durchschnittsniveau, so daß ein Teil des Arbeitslohnes, der dem Arbeiter abgezogen wird, einen Bestandteil des Pachtgeldes bildet und so unter der Maske der Grundrente dem Grundeigentümer statt dem Arbeiter zufließt. Dies ist zum Beispiel in England und Schottland, mit Ausnahme einiger günstig situierten Grafschaften, allgemein der Fall. . . . Die Arbeiten der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse über die Höhe des Arbeitslohnes . . . beweisen zur Evidenz, über allen Zweifel, daß die hohen Rentesätze und die ihnen entsprechende Steigerung des Bodenpreises während des Anti-Jakobinerkrieges teilweise nur dem Abzug von Arbeitslohn und seiner Herabdrückung selbst unter das physische Minimum geschuldet waren; das heißt dem Wegzahlen eines Teils des normalen Arbeitslohnes an den Grundeigentümer. . . . Ja, eins der Hauptargumente für Einführung der Kornzölle von seiten der Pächter, wie der Grundeigentümer war das, daß es physisch unmöglich sei, den Arbeitslohn der Ackerbautaglöhner noch tiefer zu senken." (3. Band, 2. Teil, S. 166 bis 167.)

Aus dem Ausgeführten folgt, daß eine relative Herabdrückung des Arbeitslohnes nicht zur Erhöhung des Unternehmerprofits des Landwirts, sondern zu einer Steigerung der Grundrente führt, daß der Unternehmer als solcher nicht immer durch die Herabsetzung des Arbeitslohnes gewinnt, sondern der Grundeigentümer, der in diesem Falle kein Unternehmer zu sein braucht. Diese sonderbare Erscheinung, die augenscheinlich den Gesetzen der politischen Ökonomie widerspricht, erklärt sich durch die besondere Stellung der

Landwirtschaft. In allen Industriezweigen erhöht die Herabdrückung des Arbeitslohnes die Profitrate der Unternehmer. Unter dieser Bedingung wirft das variable Kapital einen höheren Mehrwert ab, und folglich ist auch die Profitrate höher. In der Landwirtschaft kann infolge einer Herabsetzung des Arbeitslohnes keine Erhöhung des Unternehmerprofits stattfinden, wenn der Surplusprofit sich in Grundrente verwandelt und sich in der Steigerung der Bodenpreise äußert.

Diese Fixierung der Einnahmen, diese Verwandlung von Profit in Grundrente setzt das Vorhandensein von Pächtern voraus, die imstande oder gezwungen sein können, die erhöhte Grundrente in Form von Pachtpreisen zahlen zu müssen.

Es ist die Not, die immer zwingt, auf unvorteilhafte Bedingungen einzugehen. So vollzieht sich auch die Verwandlung von Profit in Grundrente um so schneller, und um so leichter ist der „Sieg" des kleinen Pächters über den großen, je schlechter im allgemeinen die Lage der Pächter ist. Und in der Tat, nehmen wir an, daß infolge des herabgedrückten Arbeitslohnes der Profit des Grundbesitzers als eines Unternehmers steigt, so erscheint die Ausdehnung seines eigenen Ackers und die Verkürzung des Pachtlandes vorteilhaft für ihn. Der kapitalistische Pächter in England zum Beispiel wird den Pachtzins bis zu einem solchen Grade erhöhen, daß ihm noch die gewöhnliche Profitrate übrig bleiben muß. Eine weitere Erhöhung des Pachtpreises wird er nicht zulassen, folglich kann sich unter diesen Bedingungen nur der Surplusprofit in Grundrente verwandeln. Der kleine nicht kapitalistische Eigentümer ist dagegen gezwungen, so hohe Pachtpreise zu zahlen, daß es der Grundbesitzer selbst oder der kapitalistische Pächter für unvorteilhaft hält, eine kapitalistische Wirtschaft zu führen; der kleine Pächter ist genötigt, dem Grundbesitzer den Unternehmerprofit in der Form des Pachtzinses auszuzahlen, den der letztere erhalten könnte, wenn er seinen Acker selbst bewirtschaftet hätte. Der Pächter muß seine Arbeit niedriger als die eines Lohnarbeiters einschätzen.

Auf solche Weise kann der Grundbesitzer, trotzdem daß sein Profit sich infolge des herabgedrückten Arbeitslohnes erhöhen muß, seinen Boden verpachten, indem er den Pachtzins nicht im Verhältnis zum Profit, sondern noch bedeutend mehr in die Höhe treibt.

Der kleine Pächter wird den „Sieg" über den großen Unternehmer dadurch davontragen, daß er für ihn arbeiten und ihm

den Profit in Form des erhöhten Pachtpreises abgeben wird. Der Grundeigentümer wird eine sogenannte „Rente" auch von seinem Acker erhalten und diese Rente als eine Einnahme, die ihm der Boden an und für sich einbringt, betrachten. Da aber diese Rente auch den Profit einschließt, so kann es sich erweisen, daß er die Führung der eigenen Wirtschaft als sehr wenig einträglich ansieht, ja ihm oft sogar als nachteilig erscheint.

Folglich betrachtet es der Grundbesitzer, wenn der infolge des niedrigen Arbeitslohnes erhöhte Profit sich auf solche Weise in der Form der Grundrente und erhöhten Bodenpreise fixiert, sozusagen als objektive Eigenschaft seines Bodens, eine erhöhte Rente abzuwerfen, und findet die eigene Bewirtschaftung unvorteilhaft, ja sogar nachteilig, da sie außer der erhöhten Rente keine gewöhnliche Profitrate einbringt. Es findet, wie es auf den ersten Blick scheint, vom Standpunkt des Nationalökonomen eine „gesetzwidrige" Erscheinung statt: der Arbeitslohn ist auf das äußerste Minimum herabgedrückt, der ländliche Arbeiter muß, um existieren zu können, sich in der Stadt einen Verdienst suchen, und der Profit des Landwirts sinkt gleichzeitig mit dem Steigen der Grundrente und Bodenpreise. Die Landwirte beklagen sich über die Nachteiligkeit der Wirtschaft, die Kostspieligkeit der Arbeitskräfte und darüber, daß die ländlichen Arbeiter verwöhnt sind, oft die Kontrakte brechen, Kontrakte, bei denen die Arbeiter gewöhnlich nicht einmal ihre notwendigsten Bedürfnisse befriedigen können. Die Landwirte suchen ihre Zuflucht zu der wucherischen Winteranmietung zu nehmen, um auf solche Weise den Arbeitslohn herabzudrücken; aber auch dies führt schließlich zu keiner Erhöhung der Profitrate, sondern nur zu einer weiteren Steigerung der Grundrente und Bodenpreise und zu neuen Klagen über die Kostspieligkeit der ländlichen Arbeiter.

Die durch solche Mittel gesteigerten Einnahmen des Grundbesitzers müssen die kleinen Pächter aufbringen, damit der erstere die Verpachtung des Bodens an sie vorteilhaft finden soll. Die erhöhte Grundrente setzt ihrerseits den Profit herab usw. Diese wucherische Anmietung der Arbeiter wirkt auf die Pacht ein, und umgekehrt. Schon die Verpachtung kleinerer Parzellen an die kleinen Pächter schafft die Möglichkeit, den Pächterprofit in den Pachtpreis umzuwandeln und auf solche Weise den Bodenpreis zu steigern.

„Dies ist zum Beispiel der Fall in Irland. Der Pächter ist hier im Durchschnitt ein kleiner Bauer. Was er dem Grundeigentümer

als Pacht zahlt, absorbiert oft nicht nur einen Teil seines Profits, das heißt seiner eigenen Mehrarbeit, auf die er als Inhaber seiner eigenen Arbeitsinstrumente ein Recht hat, sondern auch einen Teil des normalen Arbeitslohnes, den er unter anderen Verhältnissen für dieselbe Arbeitsmenge erhalten würde. Außerdem expropriiert ihn der Grundeigentümer, der hier durchaus nichts tut für die Verbesserung des Bodens, von seinem kleinen Kapital, das er größtenteils durch eigene Arbeit dem Boden einverleibt." (Marx, Das Kapital, 3. Band, 2. Teil, S. 165.)

Unter solchen Verhältnissen kann der kleine Eigentümer als Unternehmer bei Verwandlung des Profits in Pachtpreis und trotz der Herabsetzung des Arbeitslohnes über den großen Landwirt dadurch den Sieg davontragen, daß er für den letzteren arbeiten und ihm den Profit als erhöhten Pachtzins auszahlen wird.

Diese Verwandlung von Profit in Grundrente erklärt teilweise auch den langsamen Fortschritt und in einigen Fällen auch den Rückschritt der Landwirtschaft in den kapitalistischen Ländern. Und in der Tat, jede Erhöhung des Profits, entweder infolge der Steigerung der Getreidepreise oder der Herabdrückung des Lohnes der ländlichen Arbeiter, fixiert sich sofort als Grundrente, und der Unternehmerprofit des grundbesitzenden Landwirtes sinkt wieder, obwohl Grundrente und Bodenpreis steigen. Infolge des Vorhandenseins kleiner Pächter, die die Not zwingt, unter den für sie nachteiligsten Bedingungen zu pachten, wird der erhöhte Pachtpreis leicht fixiert: die kleinen Eigentümer spielen die Rolle von Lohnarbeitern, aber indem sie den letzteren Konkurrenz machen, verbessern sie ihre Lage nicht, sondern verschlechtern sie vielmehr durch die Erhöhung der Grundrente bis zu einem solchen Grade, daß sie den Profit und einen Teil des Arbeitslohnes absorbiert. Die Lage der „selbständigen" kleinen Eigentümer ist infolgedessen eine gleiche wie die der ländlichen Arbeiter, deren Lohn bis zum äußersten Minimum herabgedrückt ist. Deshalb kann man die auf die Tatsache des Vorhandenseins von Kleinpacht gestützten Schlußfolgerungen einiger Ökonomisten, daß die Kleinwirtschaft über den Großbetrieb den Sieg davonträgt, als eine bittere Ironie auf die Kleinwirtschaft betrachten. Der Sieg der kleinen Pächter ist derselbe Sieg, den der Schuldner erringt, der sich vor der Tür seines Gläubigers aufhängt: die für ihn vernichtende Erhöhung des Pachtpreises und Herabsetzung des Arbeitslohnes setzt tatsächlich den Unternehmer-

profit des grundbesitzenden Landwirtes herab, und zwar deshalb, weil der letztere sich dafür durch Heraufschraubung der Grundrente entschädigt. Wenn sich der durch Herabsetzung des Arbeitslohnes erhaltene Surplusprofit in Grundrente verwandelt, so ist es für den Grundbesitzer nicht besonders vorteilhaft, eine eigene Wirtschaft zu führen, weil die Pächter ihm als Pachtpreis den Unternehmerprofit auszahlen. Der Grundbesitzer fängt an, auch von demjenigen Boden Einnahmen als Grundrente zu erhalten, der fast nicht bearbeitet wird, zum Beispiel von den Wiesen, indem er daraus Nutzen zieht, daß der Konsument die erhöhte Rente in solchen Produkten auszahlen muß, deren Preis infolge des teuren Transportes durch die Konkurrenz der Grundstücke mit niedriger Grundrente nicht herabgesetzt werden kann.

III.

Die am Anfang dieses Kapitels angeführten statistischen Angaben sprechen von der relativen Höhe des Arbeitslohnes in den verschiedenen Rayons. Vergleichen wir die Höhe des Arbeitslohnes in zwei verschiedenen Perioden, so können wir dessen Bewegung nach den verschiedenen Rayons wahrnehmen.

Die Angaben über die Arbeitslöhne im europäischen Rußland beziehen sich, wie schon oben erwähnt wurde, auf den Anfang der siebziger und das Ende der achtziger Jahre, das heißt sie sind durch einen Zeitraum von fünfzehn Jahren voneinander getrennt. Um den Arbeitslohn für die siebziger Jahre zu bestimmen, wurden die Durchschnittszahlen nach den Angaben der „Gesellschaft für gegenseitigen Bodenkredit" und den Aussagen der Grundbesitzer aufgestellt. Die Höhe des Arbeitslohnes für die achtziger Jahre basiert ausschließlich auf Angaben der Grundbesitzer, folglich ist sie etwas größer als in Wirklichkeit, da die Grundbesitzer, die in den siebziger Jahren den Arbeitslohn etwas höher angegeben hatten, wahrscheinlich dasselbe auch in den achtziger Jahren getan haben.

Aus dem Vergleich der Arbeitslöhne der siebziger und achtziger Jahre ergibt sich, daß der Arbeitslohn, in Geld ausgedrückt, im ganzen europäischen Rußland, drei südwestliche Gouvernements (Kiew, Podolien und Wolhynien) und ein östliches (Samara) ausgenommen, gestiegen ist. Jedoch erweist sich diese Erhöhung des Arbeitslohnes als fiktiv, da der reelle Arbeitslohn, in Getreide aus-

gedrückt, fast in der Hälfte des europäischen Rußland nicht gestiegen, sondern gesunken ist. (Siehe Tabelle III, S. 190 und 191.)

Die Erhöhung des Arbeitslohnes fand in den Industrie-, Nordwest-, baltischen, westlichen und drei südlichen Gouvernements statt, in allen übrigen dagegen ging ein Sinken vor sich.

Wenn wir die Tabellen auf Seite 185, 186, 187 und 190 und 191 vergleichen, so finden wir darin viel Gemeinsames. Das Gebiet, das sich über Zentralrußland von der Wolga bis Polen erstreckt (im Norden von den Industrie- und Nordwestgouvernements, im Süden von der südlichen Schwarzerde begrenzt), zeichnete sich in der Hörigkeitsepoche durch verhältnismäßig hohe Bodenpreise und niedrige Preise der Leibeigenen und nach der Bauernbefreiung ebenso durch hohe Bodenpreise und niedrige Arbeitslöhne aus. Dieser Rayon wird auch, mit Ausnahme einiger westlicher Gouvernements und einschließlich der Grenzgebiete, und zwar der östlichen und südlichen Gouvernements, durch ein Sinken der Arbeitslöhne seit Anfang der siebziger bis zu Ende der achtziger Jahre charakterisiert.

Die Industrie- und nordwestlichen Gouvernements zeichnen sich dadurch aus, daß in der Hörigkeitsepoche die Preise für den Boden relativ niedrig, die für die Bauern hoch waren. Nach der Bauernbefreiung waren auch die Bodenpreise relativ niedrig und der Arbeitslohn relativ hoch. In dem Zeitraum zwischen den siebziger bis zu Ende der achtziger Jahre stieg hier auch der Arbeitslohn.

Das Grenzgebiet der Schwarzerdegouvernements wies in der Hörigkeitsepoche relativ niedrige Bodenpreise und hohe Preise für die Leibeigenen auf, nach der Bauernbefreiung ebenso relativ niedrige Bodenpreise und einen relativ hohen Arbeitslohn. Aber in dem Zeitraum zwischen den siebziger und achtziger Jahren ist der Arbeitslohn hier nicht gestiegen, in einigen Gouvernements sogar bedeutend gesunken.

Es ist zweifellos, daß dieser Unterschied in den drei angeführten Rayons durch die Verschiedenheit der Bedingungen, unter denen sich die Warenproduktion vor wie nach der Hörigkeitsepoche entwickelt hat, bedingt wird. Infolge dieses Unterschieds entstanden auf dem Boden der Warenproduktion folgende wirtschaftliche und soziale Verhältnisse.

Die einseitige Entwicklung in den zentralen landwirtschaftlichen Gouvernements der Fronwirtschaft, die für den Markt Getreide produzierte, und das Fehlen anderer Gewerbezweige führte dazu,

daß in diesem Rayon vom Standpunkt des Grundbesitzers eine Übervölkerung entstanden ist. Der Preis eines Bauern sank im Verhältnis zum Bodenpreis. Es lag im Interesse des Grundbesitzers, die bäuerliche Bodennutzung einzuschränken, die Bauern zur Umsiedlung zu bewegen usw. Das gänzliche Fehlen der Gewerbe beraubte die Bauern der dichtbevölkerten zentralen Schwarzerde der Möglichkeit, sich außerhalb der Landwirtschaft zu beschäftigen. Infolge dieser einseitigen Entwicklung der Warenproduktion sank der Preis der Bauern, und es entstand eine Übervölkerung, weil eine Ausdehnung des Gutsackers notwendig wurde. Daher verringerte sich durch die Entwicklung der Getreideproduktion für den Markt die Fähigkeit des Territoriums, auf dem nur Landwirtschaft betrieben wurde, die Bevölkerung zu ernähren. In den Industriegouvernements dagegen erhöhte die Entwicklung der industriellen Warenproduktion für eine dichtere Bevölkerung die Möglichkeit, sich auf einem gegebenen Territorium zu ernähren. Diese Erhöhung äußerte sich in der Hörigkeitsepoche in einem relativ höheren Preise der Leibeigenen und nach der Bauernbefreiung in einem höheren Arbeitslohn, genau wie im zentralen landwirtschaftlichen Rayon sich die relative Übervölkerung nach der Aufhebung der Leibeigenschaft in den niedrigen Arbeitslöhnen äußerte.

Höhere Arbeitslöhne trifft man, wie wir gesehen haben, in den dünn bevölkerten Grenzgebieten und im Industrierayon an.

Obwohl in den Grenzgebieten der Arbeitslohn höher ist als in anderen Rayons, kann man doch nicht sagen, daß die hohe Arbeitsentlohnung in den Grenzgebieten darauf hinweist, daß hier infolge einer Entwicklung der Waren produzierenden Landwirtschaft für eine größere Bevölkerung die Möglichkeit entstanden ist, sich auf dem gegebenen Territorium zu ernähren. Die Bewegung der Arbeitslöhne weist im Gegenteil darauf hin, daß infolge der Entwicklung der Warenproduktion in der Landwirtschaft eine kapitalistische Übervölkerung entstand. Solange die Grenzgebiete dünn bevölkert waren, stieg der Arbeitslohn. Aber teils infolge der Bevölkerungszunahme, teils infolge der Einführung landwirtschaftlicher Maschinen, die durch den relativ hohen Arbeitslohn gefördert wurde, begann die Aufnahmefähigkeit des Territoriums sich zu vermindern und der Arbeitslohn zu sinken.

Ein ganz anderer Prozeß geht in den Industriegouvernements vor sich. Infolge der Entwicklung der industriellen Warenproduktion

erhöhte sich hier im Verhältnis zu anderen Rayons die Möglichkeit, eine dichtere Bevölkerung zu ernähren; der Arbeitslohn in der Landwirtschaft sank nicht, sondern stieg.

Daraus ergibt sich, daß die Industrie auch bei dichter Bevölkerung den Lohn der ländlichen Arbeiter erhöht. Diese Lohnerhöhung ist natürlich nicht der größeren Humanität der Fabrikanten zuzuschreiben, sondern der Konkurrenz um den Arbeiter, die die Industriellen mit der Landwirtschaft führen, und aus diesem Grunde stellen sich auch die Agrarier und deren Ideologen der Industrie gegenüber sehr feindlich. Die Fabrik, sagen sie, „demoralisiert" das Volk, das heißt mit anderen Worten: Die Industrie verhindert durch ihre Entwicklung, daß der Lohn der ländlichen Arbeiter noch weiter herabgedrückt werden kann.

* * *

Bedeutet aber eine solche Lage wirklich eine Krise für die landwirtschaftliche Großproduktion? Ist die ländliche Großwirtschaft wirklich unvorteilhaft? Vom Standpunkt des Landwirtes ist sie es ohne Zweifel, weil er hauptsächlich die Einnahmen nicht in seiner Eigenschaft als Unternehmer, sondern als Grundbesitzer, als Rentier erhält. Seine Einnahmen aber als Rentier werden in hohem Grade durch die Verwandlung des Unternehmerprofits in Grundrente bedingt. Die Nichtrentabilität der Wirtschaft ist nur eine scheinbare infolge der durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse entstandenen Fiktion, daß der Grundbesitzer durch Verpachtung des Bodens und Ausbeutung des kleinen Eigentümers den in Rente verwandelten Profit erhalten kann. Eine so erhöhte Grundrente, wie im landwirtschaftlichen Zentrum Rußlands, kann nicht nur durch das Sinken der Getreidepreise herabgesetzt werden, sondern auch infolge einer Krise der Kleinwirtschaft, einer Krise, die durch die Entwicklung der Tauschwirtschaft im allgemeinen und durch die erhöhte Pacht im besonderen hervorgerufen wird.

Aus der Tatsache der Verwandlung von Profit in Rente folgt, daß Rodbertus in seiner Rententheorie nur formal recht hat, aber nicht in Wirklichkeit. Ein Teil der Grundrente entsteht wirklich infolge der hohen Profitrate und sondert sich von dem Gesamtprofit ab, den der grundbesitzende Landwirt erhält. Aber dieser Teil der Grundrente entsteht durch die Herabsetzung des Arbeitslohnes, denn schließlich wird die Möglichkeit, einen großen Teil des

Profits in Grundrente zu verwandeln, wie dies im zentralen landwirtschaftlichen Rayon geschieht, durch das Vorhandensein kleiner bäuerlicher Pächter bedingt, die durch ihre ökonomische Lage gezwungen sind, jenen Teil des Profits dem Grundeigentümer als Pacht auszuzahlen, den der letztere bei eigener Bewirtschaftung dank der billigen Arbeitskräfte erhalten haben würde.

Wenn ein wesentlicher Teil der Grundrente nicht infolge des Unterschieds der Arbeitsproduktivität auf verschiedenem Boden und bei verschiedenem Kapitalaufwand entsteht, so müssen wir zugeben, daß er in Rußland im allgemeinen durch den niedrigen Arbeitslohn bedingt wird, der hier niedriger ist als in anderen Ländern. Eine derartige Rente muß deshalb entstehen, weil sie schon jetzt durch den Weltmarkt beeinflußt wird. Der Einfluß der Ernteerträge auf die Grundrente muß in Rußland äußerst gering sein, da sowohl die Ernten als auch die Getreidepreise in der russischen Landwirtschaft die niedrigsten sind.

Nach der Tabelle, die vom Sekretär des landwirtschaftlichen Ministeriums der Vereinigten Staaten zusammengestellt wurde, betrug der Jahreslohn der ländlichen Arbeiter in Großbritannien 775 Franken, den Vereinigten Staaten 1250, Frankreich 625, Holland 500, Deutschland 450, Italien 250, Indien 150 Franken.

In Rußland beträgt der jährliche Durchschnittslohn der ländlichen Arbeiter nach den Aussagen der Grundbesitzer 153 Franken.

Nach den Angaben des amerikanischen Autors soll der Arbeitslohn eines russischen Landarbeiters 300 Franken betragen, aber diese Angaben über Rußland sind dem „Sammelwerk für die Kolumbiaausstellung" entnommen worden, das für Ausländer bestimmt war. Der von uns angeführte Lohn entspricht der Wirklichkeit und gibt ein drastisches Bild über die Lage der russischen Landwirtschaft und die Höhe der Löhne der russischen Landarbeiter.

IV.

Die moderne kapitalistische Ordnung wird durch das Vorherrschen der Industrie der Landwirtschaft gegenüber charakterisiert. Die Analyse der kapitalistischen Verhältnisse geht gewöhnlich von der Analyse der Verhältnisse in der Industrie aus. Deshalb richteten die Ökonomisten ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Lage der Industriearbeiter, und deshalb entstand wahrscheinlich auch die Meinung, daß durch Einführung von Maschinen in die Industrie eine

Reservearmee von Arbeitern geschaffen würde. Wenn wir aber die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft vergleichen, so müssen wir anerkennen, daß die Industrie die Arbeiterbevölkerung im Prozeß der ökonomischen Entwicklung absorbiert, und nur zur Zeit von Krisen oder Neuverteilung der Produktivkräfte unter die einzelnen Industriezweige werden Arbeiter aus der Industrie ausgeschaltet und es entsteht die gefürchtete Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in der Industrie würde sich vermindert haben, wenn sie sich nicht durch die chronische Übervölkerung in der Landwirtschaft vermehrt hätte. Indem die Landwirtschaft nach Extensivität strebt, werden stets Arbeitskräfte von ihr abgestoßen und eine ständige Reservearmee von Arbeitern und Paupern geschaffen, die den Arbeitslohn nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie herabsetzen.

Ebenso erklärt man gewöhnlich den Rückgang der Landwirtschaft durch Auswanderung und Abwanderung nach den Städten. Das ist unrichtig. Die Bevölkerung wird im Gegenteil von der Landwirtschaft abgestoßen und zieht in die Stadt nicht deshalb, weil in der Stadt der Arbeitslohn hoch, sondern weil er in der Landwirtschaft niedrig ist. Aus denselben Gründen wandert auch die Bevölkerung aus. Das Vorhandensein eines Lumpenproletariats in den Städten weist darauf hin, daß der Bauer nicht des Wohllebens wegen in die Stadt zieht. Diese Abwanderung der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird durch Herabdrückung des Lohnes bedingt.

Solange eine Herabdrückung des Lohnes möglich ist, kann sich die Grundrente auf ihrem bisherigen Niveau erhalten und sogar steigen.

Deshalb erscheint die wucherische Winteranmietung in den dichtbevölkerten Rayons als ein Mittel, die hohen Einkünfte von einem gegebenen Grundstück zu erhalten, trotz der allgemeinen Tendenz der Weltwirtschaft, die Grundrente zu senken.

Eines der wirksamsten Mittel, den Lohn der ländlichen Arbeiter herabzudrücken, sind die Einschränkung der Bevölkerungsfluktuation und die oben schon geschilderten Hindernisse der elementaren Strömungen der Bevölkerung, die durch eine Neuverteilung der Produktivkräfte hervorgerufen werden. Der Gouverneur von Tobolsk, Bogdanowitsch, wies unter anderem darauf hin, daß „als Hauptbeweggrund gegen die Auswanderungen gewöhnlich der angeführt

wird, daß die letzteren dem europäischen Rußland Arbeitskräfte entziehen, die für dessen Landwirtschaft und Industrie notwendig sind".

Die von Bogdanowitsch angeführten Erwägungen sind vom Standpunkt des Grundbesitzers aus vollständig gerechtfertigt, weil die Übervölkerung zu einer Verminderung der Getreideproduktionskosten bis zum Minimum führt. Der Fehler dieser Erwägungen aber besteht darin, daß in den landwirtschaftlichen Gouvernements dieses Minimum schon seine Grenze erreicht hat. Eine weitere Verminderung der Produktionskosten würde zum Aussterben der Bevölkerung geführt haben. Deshalb führt die Tendenz der Weltwirtschaft in jenen Gegenden, wo der Arbeitslohn schon sein Minimum erreicht hat, zu einer Herabsetzung der Grundrente, die infolge des niedrigen Arbeitslohns künstlich in die Höhe getrieben wurde.

Das Steigen der Bodenpreise und der Grundrente, das bis zur Hälfte der achtziger Jahre in diesen Gouvernements andauerte, stockte und beide begannen sogar zu sinken. Der Bodenpreis fing an, gerade in den Rayons mit dem niedrigsten Arbeitslohn am stärksten zu sinken, während in den übrigen Gebieten der Bodenpreis fortfuhr zu steigen. In jenen Gouvernements, in denen die Bodenpreise in den achtziger Jahren gesunken waren, machte der durchschnittliche jährliche Arbeitslohn 54 Rubel aus, in den übrigen aber, wo die Bodenpreise gestiegen waren, 64 Rubel. Infolgedessen erschien die Erhöhung der Grundrente auf Kosten der Arbeitslöhne in jenen Rayons, wo der Arbeitslohn schon das äußerste Minimum erreicht hatte, unmöglich, und die Grundrente begann hier zuerst zu sinken.

Der Aussterbeprozeß führt bekanntlich nicht nur zu unangenehmen Folgen für jene, die unmittelbar seiner Wirkung unterliegen, sondern auch zu gewissen Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben des Landes. Es verschlechtert sich zum Beispiel die Qualität der Arbeiter, was sogar für einen sehr engherzigen Landwirt ein schwerwiegendes Argument ist. In seiner schärfsten Form kann man diesen Prozeß unter den Baschkiren des Gouvernements Orenburg beobachten.

Die Baschkiren essen sich nur zur Zeit der Heu- und Getreideernte satt, wenn sie in die Bauern- und Kosakendörfer auf Arbeit gehen. Da aber ihr Verdienst sehr unbedeutend ist, so herrscht im Winter eine schreckliche Sterblichkeit unter ihnen. Nach den statisti-

schen Angaben übersteigt in den Sommermonaten die Zahl der Geburten die der Sterbefälle, während im Winter die letzteren in einem solchen Grade zunehmen, daß die Baschkirenbevölkerung absolut abnimmt, und die Überlebenden sind schwach und kränklich.

Dieser Prozeß des Aussterbens und der Auswanderung hindert eine weitere Herabdrückung des Existenzminimums, trotz der Winteranmietung, die dem Anschein nach die Möglichkeit gewährt, den Arbeitslohn willkürlich herabzusetzen. Auf diesem Boden findet ein eigenartiger Kampf ums Dasein statt. Da der Bauer, um leben und Steuern zahlen zu können, Anleihen machen muß, so muß er auf jede, auch auf die nachteiligste Bedingung eingehen. Welche Strafen ihm in der Zukunft auch drohen mögen, so nimmt er doch die unerfüllbaren Verpflichtungen auf sich, nur um existieren zu können. Andererseits erscheint dieser Moment für den Anmieter als der passendste, um billigere Arbeitskräfte zu bekommen, da ihn die Frage nicht kümmert, ob der Lohn die Existenz des Arbeiters sichert. Auf solche Weise wird die Bauernmasse zu einem Gegenstand der Wucheroperationen. Die Verletzung des Kontraktes, der die Existenz nicht sichert, erscheint als unvermeidliche Folge dieser Verhältnisse.

Die oben angeführten Hindernisse einer weiteren Herabdrückung des Arbeitslohns führen dazu, daß, nach den Angaben einiger Landwirte, die Winteranmietung, die formal um zwei- bis dreimal billiger ist als die Sommeranmietung, in Wirklichkeit nicht billiger zu stehen kommt, und zwar wegen der häufigen Kontraktbrüche. Die Macht der Verhältnisse, der Selbsterhaltungstrieb erweisen sich stärker als der Kontrakt. So liegen die Verhältnisse infolge der Zerstückelung des Bodens in jenen Gegenden, wo eine Übervölkerung herrscht.

In den südlichen und südöstlichen Gouvernements, wo eine Ausdehnung der Landwirtschaft und ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, entstehen Verhältnisse, die den in der Industrie herrschenden ziemlich nahe kommen. Gleichwie nach der Stadt, ziehen auch dorthin jene Arbeiter, die aus dem landwirtschaftlichen Zentrum abgestoßen werden. Trotzdem, daß die zentralen landwirtschaftlichen Gouvernements einen bedeutenden Teil Arbeitskräfte liefern, ist der Arbeitslohn doch großen Schwankungen ausgesetzt, und zwar ausschließlich unter dem Einfluß des Angebots und der Nachfrage.

Der Arbeitslohn sank stellenweise während der Mißernten bis zum Minimum und stieg ziemlich hoch, wenn sich ein Mangel an

Arbeitskräften fühlbar machte. Infolge dieser Schwankungen der Arbeitslöhne wurden die Kontrakte entweder von Arbeitern oder von den Landwirten, für wen es dann gerade vorteilhaft erschien, gebrochen. Wenn der Landwirt seine Arbeiter teurer angemietet hatte, als sich später der Marktpreis für die Arbeitskraft stellte, so nahm er zu allen möglichen Maßnahmen Zuflucht, um die Arbeiter zur Kontraktverletzung zu zwingen. An Mitteln fehlte es ihm dabei natürlich nicht. Als wirksamste erschienen: die Verabreichung schlechter Nahrung, allerlei Schikane und Strafabzüge usw. Wenn aber die Anmietung zu einem niedrigeren Preise erfolgt war, als später der Marktpreis wurde, so verließen die Arbeiter von selbst das Gut, um ihre Arbeit anderwärts teurer zu verkaufen. Aber diese für beide Teile mehr oder weniger gleichen Verhältnisse (soweit die Verhältnisse zwischen Arbeit und Kapital überhaupt gleich sein können) haben sich in dem letzten Jahrzehnt infolge der raschen Verbreitung landwirtschaftlicher Maschinen, die die Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte verminderten, zugunsten der Landwirte verändert.

„Jetzt," sagt Jaroschko in seinem Bericht für die Gesellschaft der Landwirte, „wird ein derartiger Mangel an Arbeitskräften sich bei einem sehr guten Ausfall der Ernten nicht wiederholen, und als Haupturſache erscheint die früher nicht bekannte Verbreitung der Heu- und Getreidemähmaschinen, die nicht nur dazu gedient haben, den Arbeitslohn zu regulieren (herabzudrücken), der jetzt von der einmal festgestellten Norm nicht mehr abweicht, sondern die jene noch vor fünf Jahren gewaltigen Lohnarbeiterartele von den Feldern Tauriens fast gänzlich vertrieben haben. Einzelne kleine Gruppen finden auch jetzt noch Arbeit in der gebirgigen Gegend der Krim, wo das hügelige, steinige Terrain nicht zur Maschinenbearbeitung geeignet ist. Aber das sind nur traurige Reste aus früheren Zeiten. . . ." Auch ist jetzt der Prozentsatz der Frauen- und Kinderarbeit gestiegen und erreicht eine Höhe von 50 bis 75 Prozent und noch mehr von der Gesamtzahl der Lohnarbeiter. Dazu kommt noch die Konkurrenz der wohlhabenden Bauern, die Maschinen besitzen und den Preis für das Heu- und Getreidemähen herabsetzen.

Außer den allgemeinen Tendenzen der heutigen russischen Landwirtschaft, die zu einer Verschlechterung der Lage der Lohnarbeiter führen, versetzen die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft

selbst den Arbeiter in eine abhängigere Lage als die Industrie. Die Hauptursache dieser Abhängigkeit, auf die unter anderen auch Kautsky hingewiesen hat, besteht darin, daß der landwirtschaftliche Arbeiter eng mit dem Haushalt des Landwirtes verbunden ist. Der ländliche Arbeiter kann während der Arbeit keinen eigenen Tisch, keine eigene Wohnung, überhaupt keinen eigenen Haushalt haben. Wenn er aber eine eigene Wirtschaft führt, ist er so an sie gebunden, daß der Rayon, in dem er Arbeit finden kann, für ihn äußerst beschränkt ist. Unter solchen Bedingungen entstehen auch die Formen der Winteranmietung, von denen wir oben schon gesprochen haben.

In der modernen Industrie, sagt Kautsky, ist der Betrieb von dem Haushalt völlig getrennt. Hier hat der Arbeiter die Möglichkeit, einen eigenen Haushalt zu gründen, und wir wissen, er macht reichlich Gebrauch von dieser Möglichkeit, obgleich hier noch ein weites Feld für Mißbräuche aller Art besteht. In die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Industrie greift die Gesetzgebung ein, damit wenigstens jene Mißbräuche, die die öffentliche Gesundheit und das Staatsinteresse bedrohen, beseitigt werden, in der Landwirtschaft gibt es eine Arbeiterschutzgesetzgebung dagegen nur in wenigen Ländern.

V.

Die landwirtschaftliche Übervölkerung, die durch den Mangel an Industrie und das Sinken der Produktivkräfte hervorgerufen wurde, bringt die schlimmsten Folgen für die landwirtschaftliche Bevölkerung unvermeidlich mit sich. Diese Folgen werden noch durch die Hilflosigkeit und geschichtlich bedingte kulturelle Rückständigkeit dieser Schichten der Bevölkerung verschärft. Nichtsdestoweniger gewährt die Entwicklung der Industrie einen Ausweg für die gegenwärtige Landwirtschaft.

Die ökonomische Entwicklung der Produktivkräfte führt zu einer weiteren Arbeitsteilung, zu einer immer größeren Spezialisierung einzelner Zweige der Volkswirtschaft, da diese Art Spezialisierung die Produktionskosten verringert und daher während der Auflösung der alten Wirtschaftstypen als die vorteilhafteste erscheint. Die Zersplitterung der Landwirtschaft zwingt die Wirtschaften verschiedener Rayons, diejenigen Produkte auf den Markt zu bringen, deren Produktion in dem betreffenden Rayon am vorteilhaftesten

ist. Es findet ein ebensolcher Prozeß der nationalen Arbeitsteilung statt, wie er während der Auflösung des Handwerkes vor sich geht. Es teilt sich in einzelne spezialisierte Gewerbe, die schließlich die Notwendigkeit der Maschineneinführung hervorrufen.

Solange der kleine Landwirt für den eigenen Bedarf produziert und sich auf diese Art Produktion beschränken kann, so lange ist er keinen äußeren Einflüssen ausgesetzt, die ihn zwingen könnten, die Wirtschaftsorganisation zu ändern und einen neuen Wirtschaftstypus zu schaffen. Der kleine Eigentümer begnügt sich mit einer immer geringeren Arbeitsproduktivität.

Die Entwicklung der Produktivkräfte schafft neue Unternehmungstypen, die den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßter sind. Die Schaffung solcher Typen ist natürlich an einem neuen Orte, wo man auch neue Unternehmungen organisiert, leichter als an dem alten, wo Wirtschaften des alten Typus in Überfluß vorhanden sind. Die Reorganisation des Betriebs in dicht bevölkerten Gegenden fordert die Auflösung der Ernährungswirtschaft und den Übergang eines Teiles der Bevölkerung von der Landwirtschaft zur Industrie. Der Kleinbetrieb aber, der einen bedeutenden Teil Produkte für den eigenen Verbrauch produziert, besitzt infolgedessen die größte Möglichkeit, sich den Forderungen des Marktes zu widersetzen. Dank diesem Widerstandsmittel gegen die Reorganisation der Wirtschaft ist die kleine Bauernwirtschaft der beste Boden für die Aufrechterhaltung der alten wirtschaftlichen Verhältnisse. Die geschichtlichen Traditionen und Überbleibsel gedeihen auf diesem Boden am besten, weil hier die Groß- und Kleinwirtschaft Interesse an der Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsform haben. Die neuen Formen müssen vor allem die landwirtschaftliche Bevölkerung vermindern, was bei der langsamen Entwicklung der Industrie nur durch Hungersnöte geschehen kann. Die kleine Wirtschaft aber schützt vor absoluter Hungersnot und gewährt bei einem unbedeutenden Nebenverdienst eine Existenz, wenn auch keine ausreichende. Dabei erweist sich, daß oft die wenig produktive, aber äußerst billige Arbeit sogar für den Großbetrieb vorteilhaft ist. Weil der kleine Bauer einen Teil seiner Subsistenzmittel aus dem eigenen oder gepachteten Boden erhält und dadurch an seine Wirtschaft gebunden ist, begnügt er sich mit einem äußerst geringen Zuschuß zu den Einnahmen aus seiner eigenen Wirtschaft, und um existieren zu können, begibt er sich in eine fortwährende Abhängig-

keit. Andererseits ist eine solche Kombination auch für den kleinen Eigentümer von Vorteil. Weil die wenig produktive, billige Arbeit eine größere Menge von Arbeitskräften zur Bestellung des Gutsackers fordert, gewährt sie einer größeren Bevölkerung eine halbe Hungerexistenz. Es entsteht der den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen eigene Widerspruch: die geringe Produktivität der Arbeit ermöglicht einer größeren Bevölkerungsdichtigkeit auf einem gegebenen Territorium, wenn auch kärglich, zu leben.

Das Bestehen und die Aufrechterhaltung aller kleinen Bauernwirtschaften ist bei der Warenproduktion unter modernen Wirtschaftsverhältnissen unmöglich.

Folgt aber daraus, daß man den Bauern das Land entziehen soll? Natürlich nicht. Schon abgesehen davon, daß die Gesamtheit der ökonomischen und sozialen Verhältnisse ohne den Willen irgend eines einzelnen die Kleineigentümer sehr rasch aus ihren Wirtschaften auf den Arbeitsmarkt hinauswirft, würde eine solche Loslösung des Bodens von den Bauern zu einem Faktor werden, der eine Reservearmee von Arbeitern schafft, den Arbeitslohn nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie herabdrückt. Den Bauern dagegen an die Scholle fesseln, indem man die Erscheinungen, die die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufen haben, nicht aufhebt, heißt eine Reservearmee von Arbeitern an dem betreffenden Orte schaffen, die die Lage der übrigen kleinen Eigentümer verschlechtert und den Arbeitslohn herabdrückt. Diese Armee ist ihrer sozialen Lage nach vollständig hilflos.

Gegenwärtig bestreitet wenigstens die Hälfte der Bauernbevölkerung einen bedeutenden Teil ihres Budgets durch Lohnarbeit in dieser oder jener Form. Deshalb haben diese Bauern als Verkäufer ihrer Arbeitskraft kein unmittelbares Interesse an dem technischen Fortschritt ihrer kleinen Wirtschaft. Durch Hebung der Lage der Lohnarbeiter, Erhöhung der Arbeitslöhne und Regulierung der Arbeitszeit usw. gewinnen diese Kleineigentümer unmittelbar als Verkäufer ihrer Arbeitskraft und als Pächter. Auf solche Weise hat die Masse der kleinen Eigentümer dieselben Interessen wie die Proletarier, insofern die Bauern als Verkäufer ihrer Arbeitskraft erscheinen; die Hebung der Lage der Kleineigentümer ist bei den modernen kapitalistischen Verhältnissen nur durch eine gemeinsame Hebung der Lage der landwirtschaftlichen und Industriearbeiter möglich.

Für einen Teil der Bauern hat die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft eine unmittelbare Bedeutung als Mittel, die eigene Wirtschaft zu heben und auszudehnen.

Für den anderen Teil aber, für die ärmsten Bauern und für die ländlichen Arbeiter hat die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft und Industrie eine andere Bedeutung: unmittelbar gewinnen sie nicht daraus, aber die Hebung ihrer Lage ist bei einer Entwicklung der Produktivkräfte ihnen ermöglicht.

In bezug auf den Verbrauchscharakter des „nationalen Einkommens" (produktiver oder nicht produktiver Verbrauch) sind die Interessen der gesamten Bauernbevölkerung die gleichen: der produktive Verbrauch liegt im Interesse der selbständigen und unselbständigen Bauern. Wenn bei den ersteren daraus die Wirtschaft gewinnt, so gewinnt der persönliche Verbrauch der letzteren.

Sechzehntes Kapitel.

Die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft.

I. Der Umfang der Wanderungen der ländlichen Arbeiter. Richtung dieser Wanderungen. Bedingungen, unter denen die Wanderungen stattfinden. — II. Anmietungsbedingungen. Arbeitsbedingungen in den Ökonomien. Die Maschinen und die traumatischen Verletzungen der Arbeiter.

I.

Die Entstehung eines landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschusses im zentralen Schwarzerdegebiet treibt die Bevölkerung, sich einen Verdienst außerhalb zu suchen. Es entsteht eine Wanderung der Bevölkerung in großem Umfang aus dem Zentrum nach den Grenzgebieten, um dort landwirtschaftliche Arbeit zu finden. Obgleich die wenig produktive Arbeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung im zentralen landwirtschaftlichen Rayon zwei- bis dreimal mehr Arbeitskräfte verschlingt, als es beim gegenwärtigen Stande der landwirtschaftlichen Technik erforderlich ist, so bleibt dennoch ein gewaltiger Überschuß bestehen. Nach den Berechnungen von S. Korolenko beträgt der Überschuß an Arbeitern, wenn man auf jeden Arbeiter $2^1/_2$ Deßjätinen rechnet, in den 21 Gouvernements ungefähr 5 Millionen Menschen, von denen nur $2^1/_2$ Millionen eine Beschäftigung als ländliche Wanderarbeiter finden können. Fürst N. Schachowski* führt Angaben über die im Jahre 1891 ausgegebenen Pässe an, wonach die Zahl der im zentralen Rayon ausgestellten Pässe zwei Millionen übersteigt. Von dieser Zahl entfallen mehr als die Hälfte auf landwirtschaftliche Arbeiter. Im Jahre 1901 zählte man schon ungefähr 2800000 Arbeiter. Doch sind alle diese Zahlen als vermutliche anzusehen. Allein nach drei südlichen Gouvernements, Cherson, Taurien, Jekaterinoslaw, nach dem Donschen Kosakengebiet, Kubangebiet sowie nach zwei östlichen Gouvernements, Samara, Orenburg, und nach dem Uralgebiet gehen ungefähr eine Million Menschen auf landwirtschaftliche Arbeit. In das Kubangebiet zum Beispiel wandern über 300000 Mann

* Landwirtschaftliche Wanderarbeit, 1896, S. 23 u. 24.

ein, in das Gouvernement Samara zirka 250000, in das Gouvernement Cherson über 125000 usw.

Aber außer den Wanderungen aus einem Rayon in den anderen finden auch Fluktuationen landwirtschaftlicher Arbeiter aus einem Kreise in den anderen innerhalb desselben Gouvernements statt. Im Gouvernement Saratow zum Beispiel gehen die Arbeiter aus den nördlichen Kreisen nach den südlichen auf Arbeit.

Wir haben schon genügend die Ursachen besprochen, die die Bauern zwingen, auf Arbeit zu gehen.

Es ist interessant, die eigenen Erklärungen der Bauern zu hören.

Bei der Umfrage im Jahre 1899 an die Arbeiter auf den Sanitätsverpflegungsstationen des Gouvernements Samara wurden über die Auswanderungsursachen folgende Antworten erhalten:

	Ungenügender Verdienst in der Heimat	Landlosigkeit	Bodenmangel	Überfluß an Arbeitskräften in der Familie	Überlastung mit Rückständen und Schulden	Schlechte Ernten
Samara. . .	3068	235	1289	181	3247	3511
Pensa	661	231	6541	192	2432	2678
Saratow . .	3221	882	2411	289	633	3378
Simbirsk . .	659	242	1232	43	556	606
Nishnij Nowgorod	261	33	405	4	152	175

In dieser Tabelle ist die äußerst niedrige Zahl jener Arbeiter charakteristisch, die infolge „Überflusses an Arbeitskräften in der Familie" auswandern, und dabei wird auf diese Auswanderungsursache oft hingewiesen als auf einen Beweis dafür, daß die Wanderarbeiter aus wohlhabenden Familien stammen. Nach der Meinung der Arbeiter selbst ist „ein Überfluß" an Arbeitskräften in der Familie nicht vorhanden.

Ferner ist noch charakteristisch, daß aus den dünner bevölkerten Gouvernements und Kreisen die Arbeiter hauptsächlich wegen Mißernten auswandern. Die Lage der ärmsten Bauern erweist sich auf jeden Fall als eine schlechte: „Wenn Land vorhanden ist, wächst kein Getreide — wenn die Ernten gut sind, hat man kein Land. . . ." Schließlich nimmt die Belastung der Bevölkerung mit Rückständen und Schulden eine der ersten Stellen unter den Auswanderungsursachen ein.

Auf diese Weise ist aus den Antworten der ländlichen Arbeiter der Zusammenhang ihres Wirtschaftszustandes mit ihrer Lage als Arbeiter klar ersichtlich.

Die Richtungen, nach denen die ländlichen Arbeiter wandern, ziehen sich aus dem landwirtschaftlichen Zentrum nach den Grenzgebieten hin. Nach Neurußland wandern hauptsächlich die Arbeiter aus den Gouvernements Poltawa, Kiew, Tschernigow, Orel, Charkow und Kursk, nach Bessarabien aus Podolien und Wolhynien, in das Donsche Kosakengebiet und nach Kuban aus den östlicher liegenden Gouvernements (Woronesch, Tambow) und aus den Gouvernements am westlichen Wolgaufer. Jenseits der Wolga, in das Gouvernement Samara und das Uralgebiet wandern die Arbeiter aus den Gouvernements Tambow, Pensa, Simbirsk, Saratow, Nishnij Nowgorod und Kasan.

Um einen so langen Weg zu unternehmen, ist vor allem Geld nötig.

Was das Reisegeld betrifft, gibt es zwei Kategorien Arbeiter, die sich ohne solches behelfen müssen. Die erste erhält Vorschuß von den Anmietern und legt damit ihren Weg zurück, die letztere aber geht als Bettler bis zum Anmietungsort.

Der Umfang der Mittel, die die übrigen Arbeiterkategorien mit auf die Reise nehmen, hängt — abgesehen von ihrem wirtschaftlichen Wohlstand und der Möglichkeit, Geld zu erlangen — von der Art ihrer Auswanderung ab, sowie von der Entfernung des Endpunktes ihres Weges. Im allgemeinen schwankt der Geldvorrat der Arbeiter für ihre Reise von 20 bis 30 Kopeken bis zu über 20 Rubel. Durch eine Umfrage im Jahre 1891 bei 900 Arbeitern, die aus Charkow nach Taganrog wanderten, erhielt man folgende Angaben über die Geldsummen, die sie mit auf den Weg genommen hatten. 260 Personen machten sich mit 5 Rubel und weniger auf den Weg; 230 Personen hatten 5 bis 7 Rubel, 300 7 bis 10 Rubel, 90 bis 15 Rubel, 20 bis 20 Rubel, 10 Personen über 20 Rubel.

Das Reisegeld verschaffen sich die Bauern auf folgende Art: 1. Sie verkaufen ein Kalb oder ein paar Hammel, das letzte Getreide und sogar die letzten Habseligkeiten; 2. durch Verpfändung des Nadjellandes; 3. durch Verpfändung von Mobilien, Pelzen, Leinwand und anderem beim Wucherer, der in der Regel ein wohlhabender Bauer ist und viel Saatland besitzt. Der Wucherer nimmt

Zinsen je nach dem Vertrauen, das er zu dem Verpfänder hat. Er bestimmt zum Beispiel, daß ihm der Gläubiger bei seiner Rückkehr statt der erhaltenen 6 Rubel 8 oder 10 Rubel zahlen muß. Andere „Wohltäter" nehmen keine Zinsen, sondern verpflichten die Familie des Gläubigers, eine bestimmte Fläche Sommer- oder Wintergetreide für ihn zu mähen und in Garben zu binden. Wenn dann der Arbeiter mit leeren Händen zurückkommt, so muß er die letzte Kuh oder die letzten Schafe verkaufen, um seine Schuld bezahlen und im Winter wenigstens warme Kleider haben zu können. 4. Als letzte Art, sich Geld zu verschaffen, erscheinen die Anleihen bei den Geistlichen, Gutsbesitzern und einheimischen Kleinhändlern. Mit dem Gutsbesitzer vereinbart man, die Aussaat und Ernte des Wintergetreides und die Ernte des Sommergetreides zu besorgen zu einem Preise von 2 bis 5 Rubel für eine Deßjätine.

„Von der ganzen Masse der Arbeiter," sagt der Arzt Tesjakow,* „kommen nach dem Gouvernement Cherson 70 Prozent zu Fuß; davon hatten nur 25,3 Prozent ein Fuhrwerk zum Transport ihrer Sachen gemietet. Mit der Eisenbahn kamen 7,6 Prozent, mit dem Dampfschiff 4,8 Prozent, in Kähnen 9,2 Prozent. Obwohl die Wanderung der Arbeiter aus den Gouvernements Poltawa, Tschernigow, Kiew und anderen Gouvernements nach Cherson längs der Eisenbahnen und schiffbaren Flüsse stattfindet, legt ein großer Teil den Weg zu Fuß zurück, was für die furchtbare Armut jener Zehntausende von Arbeitern männlichen und weiblichen Geschlechtes spricht, die ihre Arbeitskraft auf den Märkten des Gouvernements Cherson verkaufen."

„Die Fußgänger machen sich auf den Weg entweder allein oder in Gruppen von zwei bis dreißig und mehr Personen. Die Bauern gehen zum Beispiel aus den Gouvernements Kursk, Tambow und Poltawa meistens in Gruppen und ernähren sich von in Wasser aufgeweichtem Zwieback oder durch Betteln. Alle diese Arbeiter müssen ihre Sachen und Vorräte auf dem Rücken tragen. Indem sie einen langen und ermüdenden Weg zurücklegen und sich dabei sehr armselig ernähren, haben sie unterwegs noch viel von den Behörden zu leiden: man treibt sie überall weg, von den Plätzen, Straßen usw."

---

* Die ländlichen Arbeiter und die sanitäre Aufsicht über dieselben im Gouvernement Cherson.

„In einer etwas günstigeren Lage befinden sich jene Arbeiter, die besser mit Mitteln versorgt sind und die in Artelen von zehn bis dreißig Personen gehen. Sie mieten gemeinsam ein Fuhrwerk, das sie mit Wäsche, Proviant und Sensen beladen. Die Bauern selbst müssen den ganzen Weg zu Fuß zurücklegen, weil der Wagen- und Pferdebesitzer es nicht erlaubt, sich auf den schon mit 20 bis 30 Pud beladenen Wagen zu setzen. Wenn es trocken ist, so ist es noch erträglich, zu Fuß zu gehen, sagen die Arbeiter, wenn es aber schlammig ist, was sehr oft vorkommt, so ist es schrecklich, besonders für die Mädchen: von dem Schuhwerk schwellen die Füße an und sind mit Wunden und Blasen bedeckt. Jeder Tritt ist eine Qual, aber man muß weiter gehen! Das Artel wartet nicht, es eilt zum Markte, wo es sich vermieten kann, und ist außerstande, auf die erkrankten oder erschöpften Mitglieder Rücksicht zu nehmen. Deshalb ziehen die Mädchen das Schuhwerk aus und laufen barfuß durch den Frühjahrsschlamm, der am Morgen oft mit einer Eiskruste bedeckt ist. Die Folge davon sind die zahlreichen rheumatischen Erkrankungen der Frauen, die man sehr oft in den kleinrussischen Dörfern antrifft.“*

Von den Arbeitern, die in Berefowka (Gouvernement Cherson) angekommen sind, waren unterwegs:

427	Personen	14490	Tage,	oder	durchschnittlich	34	Tage	jeder
441	=	7027	=	=	=	16	=	=
3570	=	29850	=	=	=	8	=	=

Zieht man in Betracht, daß nach dem Gouvernement Cherson nicht weniger als 25000 Wanderarbeiter kommen, die folglich 12500000 Tage auf den Weg verwenden, so wird dies, in Geld ausgedrückt, bei einem Minimalarbeitslohn von 25 Kopeken pro Tag eine Summe von 4 Millionen Rubel ausmachen. In Wirklichkeit aber müssen wir diese unproduktive Verwendung um zwei- oder dreimal erhöhen.

Von den Arbeitern, die nach dem Gouvernement Samara gekommen sind, brauchten für den Weg:

824	Personen	1	bis	2	Tage	194	Personen	15	bis	30	Tage
186	=	3	=	4	=	46	=	über	1	Monat	
301	=	5	=	7	=	11	=	=	3	Monate	
676	=	8	=	14	=						

* N. Schachowski, Landwirtschaftliche Wanderarbeit, S. 59 u. 60.

Die letzte Kategorie geht wahrscheinlich schon im Frühling auf Arbeit, und „indem sie während des langen Weges hier und da arbeitet und bettelt, kommt sie erst zur Zeit der Sommerarbeiten zum Anmietungsort".*

Dem Alter nach verteilen sich die registrierten Arbeiter im Gouvernement Samara folgendermaßen:**

	Im Jahre 1898 Personen	Prozent	Im Jahre 1899 Personen
Erwachsene (über 15 Jahre) . .	26122	(90,8)	24262
Halbwüchsige (7 bis 15 Jahre) .	1410	(4,8)	1132
Kinder (bis 7 Jahre)	1210	(4,2)	725

In dem Bericht über das Gouvernement Cherson für das Jahr 1896 lesen wir: „Aus dem Dorfe Lessok des Kreises Tscherkask kamen 15 Artels von 185 Personen. Es fällt auf, daß viele Fuhrwerke mit Knaben und Mädchen von 10 bis 15 Jahren besetzt sind. Es erweist sich, daß viele Familien alle ihre Mitglieder ausschicken, die etwas verdienen können. Dabei wird der Wagenführer beauftragt, sie zu vermieten. Wenn es ihm aber nicht gelingt, sie anzubringen, so hat er das Recht, über die Kinder nach seinem Gutdünken zu verfügen."***

II.

Im Bericht von 1898 über die Lage der Arbeiter in Nikolajew finden wir folgendes: „Der ganze Markt ist während einer Regenperiode mit Schlamm bedeckt, und darin liegen, bis auf die Knochen durchnäßt, die Arbeiter in Haufen zusammen. . . . Nach dem Regen steigen die Ausgaben für Medikamente gegen Influenza, Fieber und Rheumatismus und ähnliche Krankheiten gewöhnlich ungeheuerlich."† In einem ähnlichen Zustand befinden sich auch die anderen Arbeitsmärkte in den Gouvernements Cherson und Samara.

Indem die Arbeiter unterwegs und auch am Anmietungsort hungern, streben sie natürlich danach, möglichst bald angemietet zu

* Die ländlichen Arbeiter, Farmen und Güter des Gouvernements Samara in sanitärer Beziehung, 1899, S. 36.

** Dasselbe, S. 40. Die Angaben für das Jahr 1899 sind den kombinierten Tabellen entnommen, die uns der Verwalter des Sanitätsbureaus, M. M. Gran, gütigst zur Verfügung gestellt hat.

*** W. W. Chisshjakow, Die Wanderarbeiter im Gouvernement Cherson, 1899, S. 44.

† Dasselbe, S. 37.

werden. Die Arbeiter werden gewöhnlich in Artelen angemietet. Oft treten bei der Anmietung besondere Vermittler auf, die mit den Arbeitern Kontrakte für sich selbst schließen und dann die Arbeiter den Landwirten abtreten und dabei ein gutes Geschäft machen.

Der Nowousinsker Korrespondent des „Saratower Blattes" macht auf das Erscheinen neuer Elemente in der Landwirtschaft aufmerksam.

„Sie schlagen für einen äußerst geringen Lohn vor, ein beliebiges Stück Feld zur Aussaat vorzubereiten, Heu zu machen, das Getreide zu mähen und zu dreschen. Außerdem verpflichten sich noch einige von ihnen schriftlich, bis zu einem gewissen Termin so und so viel reines Getreide von jeder Deßjätine zu liefern, wobei sie, im Falle dasselbe infolge der Witterungsveränderung zugrunde geht, den Verlust tragen müssen. Es ist interessant, sich mit dem Vermittler, als einer in der Landwirtschaft völlig neuen Persönlichkeit, bekannt zu machen. Vor allem ist er ein ziemlich wohlhabender Bauer. Da er die Unmöglichkeit einsieht, die Wirtschaft in der vom Groß- und Urgroßvater überlieferten Weise fortzuführen, so sucht er sie durch Maschinenbetrieb zu ersetzen. Nach und nach macht er sich folgenden Plan zurecht: Habe ich Maschinen und ständige Arbeiter, so kann ich gleichzeitig nicht nur meine eigenen, sondern auch fremde Felder bearbeiten; dies verkürzt die Umlaufszeit des aufgewendeten Kapitals. Die Sache wird reiflich überlegt, und er tritt an ihre Verwirklichung heran. Die Unternehmung wird nicht übereilt, sondern organisiert mit allen Vorsichtsmaßregeln. Er kauft zu ziemlich billigen Preisen bessere Geräte und Maschinen sowie Arbeitsvieh, er sucht noch im Winter zu möglichst billigen Preisen gute Arbeiter auf und hält sie durch schriftliche Kontrakte uud Vorschüsse für die ganze Zeit der ländlichen Arbeiten fest. Im Frühjahr übernimmt er Akkordarbeiten — und die Sache ist gemacht. Die Anzahl der Aufträge vermehrt sich schnell, auch die Unternehmung selbst vergrößert sich. Die Konkurrenz mit den großen Getreideproduzenten wird dem kleinen Landwirt möglich."

Bei weitem nicht alle Arbeiter finden in Ökonomien und bei den Bauern einen Verdienst. Viele gehen von dem Arbeitsmarkt mit leeren Händen weg, nachdem ihnen noch das verloren gegangen ist, was sie hatten. Nach den Angaben der Bezirksverwaltungen

im Gouvernement Saratow kehrten die Arbeiter von 118 Bezirken (die Angaben beziehen sich nur auf 189 Bezirke) vor dem Termin zurück, weil sie keine Arbeit finden konnten.

Und selbst wenn die Arbeiter Beschäftigung finden, kommen sie doch in keine glänzenden Verhältnisse. Der Verwalter einer Verpflegungsstation in Golt berichtet, daß „auf der Station zehn Gruppen von Arbeitern erschienen, die ihre Arbeit verlassen hatten, ohne ihren Lohn und Paß erhalten zu haben; einige von ihnen hatten nicht einmal ihr Felleisen zurück erhalten. Sie alle gaben als Ursache ihres Weggangs schlechte Kost, systematische Schikane und sogar Prügel an. Man zwang dadurch die Arbeiter zum Weggehen, damit ihnen der Lohn und der Paß entzogen werden konnte. Abgesehen davon, daß derartige Verhältnisse die Arbeiter zugrunde richten und verbittern, führt der ‚Gebrauch', den Paß zurückzubehalten, dazu, daß die ‚Paßlosen' Gefahr laufen, ins Gefängnis zu geraten, und die Möglichkeit verlieren, sich für die Saison zu vermieten."*

Dasselbe sagt auch Chishnjakow** „über die zahlreichen Mißbräuche der Ökonomien, Kolonisten und der bäuerlichen Anmieter: schlechte Kost, Strafen, allzuschwere Arbeit und sogar Prügel werden stets von den Verwaltern der Verpflegungsstationen als Ursachen der häufigen Rückkehr ganzer Artels angegeben. Die Arbeiter kommen ohne das verdiente Geld, ohne Paß, in elendem Zustande, noch mit deutlichen Spuren der Prügelstrafe bedeckt, an. Wie oft dies vorkommt, läßt sich schon daraus ersehen, daß nur für den Monat Juni 1898 der Verwalter einer Station in Wosnessensk 29 Fälle anführt, in denen die Arbeiter ihre Beschäftigung verlassen hatten. Im ganzen waren es 230 Arbeiter, die zusammen 2030 Tage verloren hatten. Nur in zwei Fällen hatten sie einen Teil ihres verdienten Lohnes erhalten, in den übrigen nichts. Es gibt Grundbesitzer, die mit kostenloser Arbeit hantieren und die schon unter den Arbeitern berüchtigt sind."

Wenn der ländliche Arbeiter seinen Dienst antritt, gerät er in eine solche Lage, daß er, nach den Aussagen der Landwirte selbst, das Gefängnis seinem „freien Leben" vorzieht. Diese Meinung äußerten viele Mitglieder der Gouvernementsberatungskommissionen von 1896.

---

* Teßjakow, S. 66.

** Ländliche Wanderarbeiter im Gouvernement Cherson, S. 45.

„Auf dem Kongreß der Landwirte zu Orel wurde im Bericht des Herrn Bahr eine Parallele gezogen zwischen den Beziehungen zu den Arbeitern in den Ökonomien des westlichen Gebietes und denen in den Wirtschaften der zentralen Gouvernements, und zwar zum Nachteil der letzteren. Er wies auf viele Übelstände hin: „Schlechte Wohnungen, unmögliche sanitäre Verhältnisse; die Speisen wird kaum das Vieh genießen." Der Berichterstatter ist übrigens der Meinung, daß „dem gegenüber die Gefängnisstrafe für die Arbeiter nichts Schreckliches ist. Im Gefängnis hat man die Speiser umsonst, und sie sind auch noch viel besser, als die von den Landwirten verabreichten." Dieselbe Ansicht äußerte auch ein Landhauptmann des Kreises Staroskolsk. Er findet, daß für den Arbeiter das Gefängnis keine Strafe ist, vielmehr hält es der Arbeiter für angenehm und sogar für gesund. Diese sich beständig wiederholenden Hinweise darauf, daß das Gefängnis dem Arbeiter angenehm ist, sind äußerst bezeichnend.*

Wohnungen für die Saisonarbeiter gibt es in den meisten Ökonomien nicht, und dort, wo solche vorhanden, sind sie schlechter als die Viehställe. In „einer von allen möglichen Miasmen erfüllten Luft, auf schmutzigen Pritschen mit schmutzigen Strohsäcken und mit ebenso schmutzigen und oft sogar feuchten Schafpelzen bedeckt, schlafen die erschöpften Arbeiter dicht nebeneinander und oft sogar Männer und Frauen bunt durcheinander. (Tesjakow, S. 90.)

So sind die Lebensbedingungen der Arbeiter in den Ökonomien. Die Arbeitsbedingungen sind noch viel schlimmer. Die ländliche Arbeit, besonders beim Maschinenbetrieb, ist äußerst anstrengend,

---

* Bericht W. W. Chishnjakows über die Lage der ländlichen Arbeiter in sanitärer Beziehung. S. 19, 37 bis 49.

Über die Ernährung der Arbeiter in den Ökonomien des Gouvernements Samara sind ziemlich viele Angaben vorhanden, infolge der dort vorhandenen Sanitätsaufsicht. Wir führen einige der angetroffenen abscheulichsten Fälle an: „Im Kreise Nikolajew fand man (1897) in einer großen Ökonomie, wo die Arbeiterzahl bis auf 1000 steigt, vollständig verfaultes Fleisch." Auf eine diesbezügliche Bemerkung erhielt der Kontrolleur vom Verwalter folgende Antwort: „Die sind doch an alles gewöhnt . . ." Über eine andere Ökonomie berichtet derselbe Kontrolleur, daß dort die Arbeiter nicht nur bitteres, sondern auch vermodertes Brot erhalten. „Wenn man anfängt zu schneiden, so erhebt sich eine Wolke grünen Staubes." Solche Fälle lassen sich unzählige anführen.

und dabei ist die Arbeitszeit sehr ausgedehnt. Oft drischt man nachts bei Fackellicht oder elektrischen Lampen. Der Arbeitstag erreicht 16 bis 17 Stunden, die Mittagszeit eingerechnet.

„Sehr häufig hört man von Gewalttätigkeiten und Prügeln, um die Arbeiter anzutreiben. Auf die Verpflegungs- und Sanitätsstationen kamen oft wund geprügelte Arbeiter. Am häufigsten hört man die Arbeiter über Prügel klagen, die sie von deutschen Landwirten bekommen haben, aber durchaus nicht selten sind auch derartige Klagen in den russischen Ökonomien, wo sich in dieser Beziehung besonders die unteren Angestellten auszeichnen."

Im allgemeinen trifft die Meinung der Alten, daß die Landarbeit die angenehmste und nützlichste Beschäftigung sei, in der heutigen Zeit nicht mehr zu, da der kapitalistische Geist auch in der Landwirtschaft herrscht. Mit der Einführung des Maschinenbetriebs in die Landwirtschaft haben sich die Verhältnisse nicht verbessert, sondern eher verschlimmert.

„Der Maschinenbetrieb führte in der Landwirtschaft zu einer bis vor kurzem noch unbekannten Spezialisierung der Arbeit, was die Entwicklung von Berufskrankheiten und zahlreichen traumatischen Verletzungen unter den ländlichen Arbeitern gefördert hat." (Tesjakow, S. 94.)

„Im Sommer zur Zeit der Feldarbeit entsteht, nach dem Ausdruck des Dr. Woizechowski, eine ganze Reihe traumatischer Verletzungen. Diese Verletzten überfüllten die Semstwokrankenhäuser. Der Juli und besonders der August, die Zeit der angestrengtesten Landarbeit, bringen die größte Anhäufung von Kranken. Die Semstwoaufnahmezimmer erinnern, nach dem Ausdruck desselben Arztes, an Feldlazarette."*

Die traumatischen Verletzungen, die sich die Arbeiter durch die Maschinen zuziehen, sind noch dabei unvergleichlich schwerer, als die der Industriearbeiter. Nach den Angaben des Arztes Ontschukow hatten die Verletzungen zur Folge:

	In der Landwirtschaft	In der Industrie
Den Tod der Arbeiter .	in 3,7 Prozent	2,5 Prozent aller Fälle
Völlige Arbeitsunfähigkeit	= 5,5 =	1,9 = = =

* Über die traumatischen Verletzungen der Arbeiter beim landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb. Bericht des Semstwoarztes Ontschukow.

Es sind mehrere Ursachen dieser so häufigen Unfälle durch die landwirtschaftlichen Maschinen vorhanden. Die wichtigsten sind: das Fehlen eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit des Maschinenbesitzers für Unfälle; das Fehlen einer speziellen Aufsicht über den landwirtschaftlichen Betrieb; die kulturelle Rückständigkeit der Arbeiter und das Nichtvertrautsein derselben mit den Maschinen; der lange Arbeitstag, der die Arbeiter überanstrengt, und die Kinderarbeit an den Maschinen. Man kann hier 9 bis 10jährige Kinder als Arbeiter an den Maschinen antreffen.

Das Erscheinen landwirtschaftlicher Maschinen brachte eine neue Organisationsform in die Landwirtschaft und versetzte die ländlichen Arbeiter in eine Lage, die der Lage des Industriearbeiters ähnlich ist. Mit der Maschine lösen die kapitalistischen Verhältnisse die alten „patriarchalischen" ab, die noch im zentralen Schwarzerdegebiet in verschiedenen Formen der Ernährungspacht, der Winteranmietung usw. herrschen.

Diese kapitalistischen Verhältnisse lassen sich nicht mehr ignorieren, und es wird hauptsächlich von den Ärzten immer häufiger die Forderung aufgestellt, daß eine Verantwortlichkeit der Unternehmer, eine landwirtschaftliche Inspektion und Sanitätsorganisation einzuführen notwendig ist. Die weitere Entwicklung der Produktivkräfte wird auch noch eine Reihe anderer Fragen aufwerfen.

Siebzehntes Kapitel.

Die Regulierung der Arbeitsbedingungen auf dem Lande.

I. Die provisorischen Gesetze von 1863. Die Kommission Walujew. — II. Der allrussische Kongreß der Landwirte 1895. — III. Die Verordnung vom 12. Juni 1886 und die Äußerungen der Gouvernementsberatungskommissionen von 1896.

I.

Die Gesetzgebung, die die Anmietungsverhältnisse reguliert und in die Beziehungen zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern eingreift, muß sich nicht nur den Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Staatsinteressen zur Aufgabe stellen, sondern auch die Verteidigung der Schwächeren gegen die Stärkeren. Eine solche Aufgabe stellt sich prinzipiell die Fabrikgesetzgebung, indem sie den Kinderschutz einführt, den Arbeitstag verkürzt usw.

Nehmen wir an, daß die Gesetzgebung über die ländlichen Mietsverhältnisse von demselben Prinzip ausging, so hat sie die Besitzer als die Schwächeren angesehen, die sie vor den „Übergriffen" der Arbeiter schützen wollte.

Bis zur Reform des Jahres 1861 war von diesem Standpunkt aus keine Notwendigkeit zu einer gesetzlichen Regulierung der ländlichen Arbeitsverhältnisse vorhanden, weil nur in den südlichen und südwestlichen Steppen Lohnarbeiter zur Weizenernte und Aussaat und zur Heuernte angemietet wurden, wobei man in großem Umfange Flüchtlingen eine Zuflucht gewährte. Außerdem waren damals die Landwirte durch die Lage der Verhältnisse genügend gegen alle „Mißbräuche" der Arbeiter geschützt, die nicht auf die Bedingungen der Grundbesitzer eingehen wollten. Nach den Worten des Berichterstatters der Kommission der „Freien Ökonomischen Gesellschaft", Skariatin, „hielt die patriarchalische Gewalt die Disziplin auf dem Lande aufrecht und schützte uns vor Ordnungsstörungen". Es ist natürlich, daß nach der Reform von 1861 die Landwirte eine solche Gesetzgebung forderten, die ihnen die Disziplin und Ordnung auf dem Lande sichern sollte.

Die provisorischen Gesetze über die Anmietung zu landwirtschaftlicher Arbeit, erlassen im Jahre 1863, setzten sich das Ziel, gewissermaßen den Gutsbesitzern zu Hilfe zu kommen, die durch die Reform von 1861 in ganz andere bürgerliche Verhältnisse zu ihren Leibeigenen versetzt worden waren. Nach dem Artikel 16 dieser Gesetze werden die Arbeiter für eigenmächtiges Verlassen der Arbeit, für Trägheit, Trunkenheit, Fahrlässigkeit einer Geldbuße zugunsten der Unternehmer unterworfen, in dem Umfang, wie es im Kontrakt festgesetzt ist. Wenn aber im Kontrakt keine speziellen Bedingungen darüber vorhanden waren, so wurden die Arbeiter für einen gefeierten Tag durch Abzug von zwei Tagen Arbeitslohn bestraft.... Diese Strafe wird nach Beschluß des Friedensrichters auferlegt. Auf solche Weise gewährten die provisorischen Gesetze dem Unternehmer das Recht, zu seinem Nutzen Strafen aufzuerlegen für Vergehen, die sich äußerst schwer objektiv bestimmen lassen und nicht einmal im Kontrakt vorgesehen sind. Die gesetzlichen Gründe für eine Lösung des Kontraktes waren für beide Teile ungleich. Auf Anklage des Anmieters waren Grobheit und freche Handlungen des Arbeiters gegen seinen Anmieter, sowie gegen dessen Angehörige, Verwalter oder Angestellte ein genügender Grund zur Lösung des Kontraktes. Auf die Klage eines Arbeiters wurde der Kontrakt nur gelöst, wenn er Prügel bekommen, schwere Beleidigungen und überhaupt schlechte Behandlung erlitten hatte, oder im Fall einer Verletzung der Kontraktsbestimmungen über die Lohnauszahlung und Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit genügender und guter Nahrung. Die Gesetze hatten aber die Versorgung mit ungesunder Kost, wenn im Kontrakt nichts darüber erwähnt war, nicht vorgesehen. Überhaupt bestimmten die provisorischen Gesetze nur Bestrafungen der Arbeiter zugunsten der Unternehmer.

Diese provisorischen Gesetze wurden bald nach Aufhebung der Leibeigenschaft eingeführt, als der Gutsbesitzer sich noch nicht an die neuen bürgerlichen Verhältnisse gewöhnt hatte. Man konnte erwarten, daß diese bürgerlichen Verhältnisse allmählich ins Leben und in das Bewußtsein der Gutsbesitzer und Arbeiter eindringen würden. Es stand wenigstens zu erwarten, daß die „Kaiserliche Freie Ökonomische Gesellschaft" die provisorischen Gesetze als eine Übergangsstufe von den Hörigkeitsverhältnissen zu den modernen Verhältnissen betrachten würde. Und doch arbeitete eine von dieser Gesellschaft eingesetzte Kommission „zur Erläuterung und Ergänzung

des Dienstbuches und der Gesetze über die Anmietung" Verbesserungen zu den Gesetzen von 1863 aus, indem sie die Rechte der Anmieter auszudehnen und die der Arbeiter zu beschränken vorschlug. Überhaupt hörten nach dem Erlaß der provisorischen Gesetze von 1863 die Klagen der Grundbesitzer über die ungenügende „Regulierung" der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht auf, obgleich die Hörigkeitsepoche immer weiter in das Dunkel der Vergangenheit versank. Ein Korrespondent der „Arbeiten der Freien Ökonomischen Gesellschaft" beklagt sich über die Zügellosigkeit der Arbeiter bei der Winteranmietung und bemerkt unter anderem: Übrigens ist die Frage schon so weit gediehen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der sich die Regierung ernstlich damit beschäftigen wird."

Die unter dem Vorsitz Walujews eingesetzte Kommission zur Erforschung der Landwirtschaft formuliert in ihrem Bericht die Klagen der Grundbesitzer wie folgt: „Die Hauptklagen der Grundbesitzer beziehen sich auf den Mangel an Arbeitern und deren Kostspieligkeit. Der Mangel an Arbeitskräften versetzt die Landwirtschaft in eine schwankende, unbestimmte Lage. Es sind keine Arbeiter vorhanden, und wenn solche da sind, so sind sie unzuverlässig. Es wird auch ein Mangel an Hausgesinde empfunden." Zur Beseitigung des Mangels an Arbeitskräften werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Beschränkung der Erbteilung, Einführung einer sogenannten Artelwirtschaft, da eine große Familie, die kleine Parzellen bestellt, mehr freie Arbeitskräfte für den Landwirt liefern kann.

2. Eine frühere Beendigung der Sommermanöver und Beurlaubung der Soldaten zu freier Lohnarbeit.

3. Belobigungszeugnisse für die Arbeiter.

4. Beschränkung der Feiertage.

5. Die im Winter angemieteten Arbeiter erscheinen niemals zum festgesetzten Termin, deshalb ist die Einführung eines Arbeiterreglements erforderlich.

Bei den Anmietungsangelegenheiten dürften folgende Maßnahmen beim Kontraktbruch angewendet werden:

1. Die Bezirksverwaltungen und die Polizei sollen nach Vorlegung eines schriftlichen Kontraktes unverzüglich und ohne die Sache zu untersuchen und ohne eine Verteidigung der Arbeiter anzuhören, diese zur Rückkehr zum Gutsbesitzer zwingen, den sie

eigenmächtig verlassen haben. Die weitere Führung der Sache kommt dem Friedensrichter zu.

2. Die Angelegenheit steht dem Friedensrichter jenes Ortes zu, wo sich der Arbeiter zeitweilig aufhält.

3. Nach dem Vorschlag der Gesellschaft der Landwirte sollen die Strafen, wenn der Arbeiter zahlungsunfähig ist, aus der Dorfgemeindekasse bezahlt werden.

4. Festsetzung der administrativen Rechte der Grundbesitzer im Bereich ihrer ökonomischen Tätigkeit.

5. Anerkennung des strafrechtlichen Charakters einer Verletzung der Anmietungsbedingungen.

6. Spezielle Arresthäuser.

7. Körperliche Züchtigung.

8. Zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist eine Beschränkung der Feiertage erforderlich. Zu diesem Zwecke soll die Geistlichkeit dem Volke einflößen, nur die Sonn- und wichtigsten Feiertage einzuhalten; die Beschränkung der Bauern in ihren Arbeiten nach dem Gottesdienst ist zu verbieten.

9. Einrichtung einer Altersversorgungskasse durch Lohnabzüge.

II.

Außer diesen Meinungen, die die Grundbesitzer in den Regierungskommissionen geäußert haben, muß man noch den allrussischen Kongreß der Landwirte zu Moskau im Jahre 1895 erwähnen, der genau dasselbe verlangte. Der größte Teil der Landwirte sprach sich für eine Verstärkung der Repressivmaßregeln den Arbeitern gegenüber aus, obgleich einige Kongreßmitglieder sie entschieden als irrationell bezeichneten. Aus den Debatten des Kongresses, sowie auch später aus den Aussagen der Gouvernementsberatungskommissionen im Jahre 1898 geht hervor, daß die Lage der Bauern schon keine so günstige sei, daß man diese Klagen für berechtigt halten könnte. So bemerkt zum Beispiel das Kongreßmitglied D. A. Kuleschow, daß die Maßregel, die Kontraktbrüchigen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, in Wirklichkeit ihre Bedeutung verliert, weil die Bauern das Gefängnis als ein bequemes Winterquartier betrachten, wo sie warm sitzen und beköstigt werden. Diese Ausdrucksweise wird sehr oft von den Landwirten wiederholt, wobei sie sich nicht die Mühe nehmen, zu erklären, weshalb die Bauern eine solche Liebe zum Gefängnis haben.

In Anbetracht dieser Erwägungen schlugen einige Kongreßmitglieder folgende Maßnahmen vor: Zurückführung der kontraktbrüchigen Arbeiter zum Arbeitgeber durch die Polizei; die Einrichtung einer besonderen Abteilung im Ministerium des Innern, die den Grundbesitzern bei der Anmietung der Arbeiter zu Hilfe kommen soll; strenge Maßregeln gegen Bettelei, indem man die arbeitsfähigen Bettler auf Zwangsarbeit in die Ökonomien schickt; Erteilung des Rechtes an die Gebiets- und Gouvernementskongresse der Landwirte, Entschädigungstaxen für Beschädigung, Verlust und nachlässige Behandlung der Geräte einzuführen; ein Gesuch einzureichen, daß unsere Geistlichkeit, nach dem Beispiel der deutschen, nicht unterlassen soll, das Volk an die Heiligkeit einer pünktlichen Kontrakteinhaltung zu erinnern.

Nur wenige Kongreßmitglieder sprachen sich in entgegengesetztem Sinne aus. So findet zum Beispiel ein Kongreßmitglied, daß der Landwirt, dank seiner privilegierten Stellung, seine Pflichten nicht erfüllt. „Statt in Geld zahlt er in Coupons, deren Wert er nicht auszahlt, wenn der Arbeiter es fordert, sondern wenn es dem Gutsbesitzer beliebt, das heißt nach einigen Monaten oder sogar erst ein Jahr nach Beendigung der Arbeit. Den Terminarbeitern zahlt er den Lohn nicht, wenn sie ihn brauchen, sondern wenn der Landwirt flüssiges Geld hat, was sehr selten vorkommt. Der Landwirt gibt sich alle Mühe, um die Beköstigung der Arbeiter so billig als möglich zu gestalten, beköstigt sie deshalb sehr schlecht und fordert dabei, daß die Arbeiter die höchste Summe an Arbeit leisten sollen."

Ein zweiter Redner bemerkte, daß die Mißhelligkeiten zwischen den Landwirten und Arbeitern infolge der Anmietung zur Zeit der Steuerentrichtung entstehen, wenn der Bauer Geld nötig hat und sich für einen geringen Lohn verdingt, nur um einen Vorschuß zu erhalten.

Von allen Kongreßmitgliedern hat nur Fürst N. S. Wolkonski die Wünsche der Mehrheit in ein richtiges und klares Licht gestellt. Wir erlauben uns, seine Äußerungen ausführlicher zu zitieren. In seiner Antwort auf die Projekte der Landwirte, jene Landwirte, die weggegangene Arbeiter anmieten, sowie auch die Dorfgemeinde, der diese Arbeiter angehören, zur Verantwortung zu ziehen, sagte Wolkonski, daß ein Kontrakt, bei dem die Verantwortlichkeit nicht auf den Kontraktschließenden fällt, „gar kein Kontrakt ist, sondern

die Anerkennung eines gewissen Hörigkeitsverhältnisses bedeutet. Bei einem freien Vertrag sind solche Maßnahmen unnötig, sie werden auch nicht in diesem Sinne vorgeschlagen. Bei der Anmietung von Arbeitern gegen Zahlung nach geleisteter Arbeit dient der Umstand, daß der Arbeitslohn den auf eine mehr oder weniger lange Zeit gemieteten Arbeitern noch nicht ausgezahlt ist, dem Anmieter als Gewähr dafür, daß die Arbeit ausgeführt werden wird." Diese einfache und sogar ganz elementare Erwägung ist auf wunderbare Weise aus den Köpfen der Kongreßmitglieder entschwunden. „Das Streben nach billiger Arbeit," sagt Wolkonski weiter, „veranlaßt die Landwirte, zur Anmietung mit Vorschüssen ihre Zuflucht zu nehmen. Solche Anmietungsart wird aber durch das Gesetz (von 1865) besonders wenig geschützt und um so weniger, je ärmer die Bauernbevölkerung eines Ortes ist. Die Zahlung kann hier nicht zurückgehalten werden, weil sie schon im voraus gegeben ist. Die Unterjochung durch die Dienstbücher erscheint unter diesen Bedingungen vielleicht als zweckmäßig, gleichzeitig aber auch in ihrer wirklichen Gestalt, weil alle solche Anmietungsarten ein Darlehen in verborgener Form sind. Diese Unterjochung der Arbeiter soll nicht dazu dienen, die Anmietungsbedingungen zu sichern, sondern die Auszahlung eines Darlehens an einen Menschen, dem man nichts nehmen kann." Zum Schlusse bemerkte noch Wolkonski ganz mit Recht, daß die Regierung kein finanzielles Interesse daran hat, solche Unterjochungsverhältnisse einzuführen.

Diese vom Standpunkt eines Unternehmers folgerichtige Rede klang wie eine Dissonanz in dem harmonischen Chor der Landwirte. . . .

So waren die Gesinnungen der Landwirte vor dem Erscheinen des Gesetzes von 1886.

III.

Der Gang der gesetzgeberischen Arbeiten über die Regulierung der landwirtschaftlichen Anmietung war nach dem Erlaß der provisorischen Gesetze von 1863 folgender: Im Jahre 1867 wurde durch eine allerhöchste Resolution dem Minister des Innern befohlen, einen Gesetzentwurf über die Beziehungen zwischen den Landwirten, Arbeitern und dem Hausgesinde auszuarbeiten. 1870 wurde unter dem Vorsitz Ignatiews eine Kommission zur Prüfung der Anmietungsverhältnisse eingesetzt. Das von der Kommission ausgearbeitete Projekt aber wurde nicht gebilligt. Die im Jahre

1872 eingesetzte und von Walujew geleitete Kommission arbeitete einen neuen Entwurf eines Arbeitsreglements aus mit obligatorischen Dienstbüchern; der Reichsrat aber fand auch diesen Entwurf unbefriedigend. Erst das 1886 vom Minister des Innern ausgearbeitete Anmietungsgesetz trat in Kraft.

Das Gesetz vom 12. Juni 1886 brachte bedeutende Verbesserungen in das provisorische Gesetz von 1863 zugunsten der Unternehmer. Während nach dem letzteren der Arbeiter den Kontrakt lösen konnte, wenn er Prügel und schwere Beleidigungen erlitten hatte, so betrachtet das Gesetz von 1886 schwere Beleidigung und schlechte Behandlung nicht mehr als berechtigte Gründe für den Weggang der Arbeiter, obgleich „Grobheit gegen den Anmieter und seine Familie", „Trägheit", „Nachlässigkeit", „Trunkenheit", Ungestüm, freches Benehmen, unvorsichtiges Umgehen mit dem Feuer, Unfähigkeit, die Arbeit zu leisten usw. als gesetzliche Gründe für die Entlassung der Arbeiter betrachtet wurden. Die wichtigste Änderung aber im Gesetz von 1886 besteht in der Einführung von Kontrakt- und Abrechnungsbüchern, die dem Unternehmer bedeutende Vorteile gewähren: der Unternehmer kann den Arbeiter eigenmächtig bestrafen, während nach den provisorischen Gesetzen von 1863 nur der Friedensrichter Strafen auferlegen konnte. Die Arbeiter unterliegen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit für nachlässige Erfüllung der Kontrakte. „Wenn die Polizei von dem Unternehmer eine Anzeige über Nichterscheinen oder eigenmächtigen Weggang eines Arbeiters erhält, so ergreift sie sofort Maßnahmen, um ihn unverzüglich aufzufinden, und zwingt ihn, zum Anmieter zurückzukehren, wobei sie ihm die nach den Ortsbedingungen kürzeste Frist bestimmt und ihm seine Pflichten und die aus Nichterfüllung derselben hervorgehenden Folgen erklärt." Wenn der Arbeiter diese Forderungen nicht erfüllt, wird er einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt.

Trotzdem das Gesetz von 1886 viel entschiedener als das von 1863 die Interessen der Grundbesitzer verteidigte, hören die Klagen der letzteren und die Forderungen, die Anmietungsverhältnisse zu „regulieren", nicht auf. In Anbetracht dessen wandte sich das Ministerium des Innern mit einer Reihe von Fragen an die Gouvernementsberatungskommissionen,* um die die Revision des

* Sammelwerk der Äußerungen bezüglich der Fragen zur Prüfung des Gesetzes von 1886. Petersburg 1898.

Gesetzes von 1886 betreffenden Fragen aufzuklären. Schon die Redaktion dieser Fragen weist darauf hin, daß man die Wünsche der Grundbesitzer verstand. So wurde die Frage über die Kontraktverletzungen folgendermaßen gestellt: „Läßt sich die Verletzung der Kontrakte durch die Arbeiter als eine allgemeine Erscheinung wahrnehmen? Beobachtet man solche Kontraktverletzungen bei den zugewanderten Arbeitern oder auch öfters bei den einheimischen?" Ferner: „Ist die Verantwortlichkeit der ländlichen Arbeiter, die sich einer Kontraktverletzung schuldig machen, in genügendem Maße dadurch gesichert, daß man dem Anmieter das Recht gewährt, die Arbeiter strafrechtlich zu verfolgen oder eine Geldentschädigung für den Verlust, den der Anmieter erleidet, zu fordern?" Die achte Frage lautet: „Erweist sich die Aufrechterhaltung der im Gesetz von 1886 angeordneten Zurückführung der Arbeiter zum Anmieter als zweckmäßig?"

Die Antworten der Gouvernementsberatungskommissionen bezeichnen natürlich bei den Kontraktverletzungen die Arbeiter als den schuldigen Teil, obgleich die faktischen Angaben, die in diesem Sammelwerk angeführt sind, zeigen, daß der Prozentsatz der Kontraktverletzungen „aus unbekannten Gründen" bei den Grundbesitzern viel höher ist als bei den Arbeitern.

Die Mehrheit der Meinungen der Kommissionen erkennt direkt oder indirekt die Winteranmietung als Ursache der Kontraktverletzungen seitens der Arbeiter an. „Im Winter geht der Bauer auf jede Bedingung ein", zum Beispiel eine Deßjätine Getreide für 1,50 Rubel abzumähen, während er bei Sommeranmietung 4 bis 6 Rubel erhält. „Obgleich den Anmietern das Risiko dieses Anmietungsverfahrens wohl bekannt ist, so halten sie doch daran fest, weil sie durch die Möglichkeit, die Notlage der Bauern im Winter auszunutzen und sie für einen äußerst niedrigen Lohn zu gewinnen, angelockt werden."

Die Mehrheit der Kommissionen sowie auch die Mehrheit des allrussischen Kongresses der Landwirte sprach sich für eine Verstärkung der repressiven Maßregeln gegen die Arbeiter aus, obgleich die Kommissionen das Gesetz vom 12. Juni 1886, das die strafrechtliche Verfolgung eines kontraktbrüchigen Arbeiters gestattet, geprüft hatten. Die Beratungskommission des Gouvernements Wladimir zum Beispiel findet, daß die Bestrafung eines Arbeiters mit Arrest nicht über einen Monat für Nichterscheinen oder eigen-

mächtigen Weggang von der Arbeit, oder nach Empfang eines gleichzeitigen Vorschusses von mehreren Anmietern auf Arbeiten, die er wissentlich nicht erfüllen kann, für Grobheit gegen den Anmieter und offenen, mit Frechheit verbundenen Ungehorsam, in keiner Weise als genügend betrachtet werden kann. Im Gouvernement Tambow bezeichnet man die Bestrafung mit nicht mehr als einem Monat Gefängnis oder körperlicher Züchtigung von nicht über zwanzig Schlägen für Personen, die von einer solchen Strafe nicht ausgeschlossen sind und dieselbe ohne Schaden für ihre Gesundheit aushalten können, als eine zweckmäßige für nachlässige Arbeiter, weil das Verlassen des Anmieters „einem Imstichlassen des Nächsten in großer Gefahr gleich ist". Einige Beratungskommissionen projektierten, die Dorfbehörden und die Polizei zu verpflichten, eigenmächtig weggegangene Arbeiter zurückzuführen. Alle Forderungen der ersten Anmieter müssen von den Beamten unverzüglich erfüllt werden; andernfalls werden sie für die Nichterfüllung verantwortlich gemacht.

Als äußerst charakteristisch erscheint jener Umstand, daß in den Antworten der Kommissionen sogar die Meinungen der Beamten, Gouverneure und Verwalter der Kameralhöfe objektiver und vorurteilsfreier erscheinen als die Antworten der Adelsmarschälle, Vorsitzenden der Semstwoverwaltungen und Privatgrundbesitzer. Am stärksten kamen diese Meinungsverschiedenheiten in der Kommission von Jekaterinoslaw zum Ausdruck. Hier fand es die Minderheit (der Gouvernementsadelsmarschall und der Vorsitzende der Semstwoverwaltung) sogar für unbequem, überhaupt Zuflucht zur freien Lohnarbeit zu nehmen: „Die Notwendigkeit, in der Landwirtschaft freie Lohnarbeit anzuwenden, versetzt die Wirtschaft nach der Meinung dieser Personen in eine schwere Abhängigkeit von den ländlichen Arbeitern, und eine solche Abhängigkeit untergräbt die Wirtschaft des Privatbesitzes." Indem sich diese Minderheit nicht bestimmt darüber ausspricht, in welcher Weise sie die freie Lohnarbeit abschaffen und dadurch die Wirtschaft des Privatbesitzes vom Untergang retten will, weist sie doch auf die Notwendigkeit der Erteilung einer gewissen Gewalt an den Grundbesitzer hin. Die Mehrheit dagegen, die aus dem Gouverneur, dem Verwalter des Kameralhofs, dem Staatsanwalt und Mitgliedern der Gouvernementsbehörden bestand, unterzog das Gesetz von 1886 einer vollständig objektiven Kritik. Nach der Meinung dieser Mehrheit

springt in diesem Anmietungsgesetz die rechtliche Ungleichheit der Kontrahenten besonders scharf in die Augen, sowie die Fürsorge der Interessen der Anmieter im Vergleich zu denen der Angemieteten. So droht zum Beispiel dem Arbeiter für alle Vergehen dem Anmieter gegenüber strafrechtliche Verantwortlichkeit, dem Anmieter dagegen droht eine Geldstrafe nur für die Entlohnung in Getreide und verschiedenen Waren statt in Geld. Für eine gewissenhafte Erfüllung der Verpflichtungen der Landwirte den Arbeitern gegenüber ist absolut keine Garantie vorhanden. Die Kommission weist darauf hin, daß mangelhafte Speisen und dazu noch von schlechter Qualität für die Arbeiter, das Fehlen von Wohnungen sowie die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen ohne Schutzvorrichtungen sehr gewöhnliche Erscheinungen sind; daß der Arbeiter der Möglichkeit beraubt ist, sich an das Gericht zu wenden, da ihm die für die Führung des Prozesses erforderliche Zeit fehlt; falls er es dennoch tut und seine Klage als ungerechtfertigt erkannt wird, so kann es nach dem Gesetz als eigenmächtiges Wegbleiben von der Arbeit angerechnet werden, wofür ihn der Landwirt außer mit Lohnabzug noch extra bestrafen kann. „Die Auflösung des Kontraktes ist dem Landwirt bedeutend leichter gemacht als dem Arbeiter; der Anmieter kann den Arbeiter wegen Faulheit, Nachlässigkeit und Unordentlichkeit vor Ablauf des Termins entlassen. Diese Entlassung wird ohne Rechtsspruch vollzogen, und der Arbeiter kann den Anmieter erst nach der Entlassung verklagen. Außerdem ist die ‚Unfähigkeit zur Arbeit' als Entlassungsgrund laut § 10, Art. 58 ein äußerst unbestimmter und relativer Begriff: jeder Arbeiter kann als unfähig zu einer gewissen Arbeit bezeichnet werden." Indem diese Kommission darauf hinweist, daß der Arbeiter durch sein Recht, den Anmieter nur im Falle tätlicher Beleidigung verlassen zu können, nicht genügend geschützt ist, findet sie, daß das Recht des Arbeitgebers, dem Arbeiter vom Lohne abzuziehen und ihn zu bestrafen, zu dehnbar ist. Die Abzüge für Grobheit, Ungehorsam, nachlässige Arbeit „kommen dem Landwirt zugute, und er wird zum Richter in seiner eigenen Sache". Für die Verletzung der Pflicht des Arbeitgebers, dem erkrankten Arbeiter eine Unterstützung zu gewähren, ist im Gesetz keine Strafe vorgesehen.

Für die Beschädigung einer Maschine wird dem Arbeiter durch den Friedensrichter ein Arrest bis zu drei Monaten auferlegt. Einige Kommissionen schlagen auch vor, die Verletzungen der Pferde

zu bestrafen. Dagegen fiel es keiner Kommission ein, von den Verletzungen der Menschen und von der Notwendigkeit einer Inspektion über die Wohnungen, Arbeitsbedingungen und genügenden Schutzvorrichtungen an den Maschinen zu sprechen, sowie über die Frauen- und Kinderarbeit.

Die Frage über die landwirtschaftliche Inspektion, eine sanitäre Organisation und die Verantwortlichkeit der Unternehmer für die Verletzungen der Arbeiter wurde schon im vorigen Jahrhundert von einigen Ärzten und sogar von Semstwos gestellt, weil sie durch die wirtschaftliche Evolution des Landes scharf hervortritt. Die Geschichte hat aber bewiesen, daß solche Fragen erst dann gelöst werden können, wenn sie kategorisch von den dabei interessierten Klassen gestellt werden.*

---

* Als das Gesetz von 1886 die Arbeiterfrage auf dem platten Lande zu „regulieren" geplant hatte, waren Bauernaufstände und Streiks der ländlichen Arbeiter noch eine sehr seltene Erscheinung. Das Gesetz spricht deshalb nur von „eigenmächtigem Verlassen der Ökonomie", aber nicht von einem Streik. Die letzten Jahre zeichnen sich in Rußland aber durch Bauernaufstände aus, und seit 1905 sind Streiks zu einer alltäglichen Erscheinung geworden.

Im Kampfe gegen diese Bewegung erließ die Regierung am 15. April 1906 ein „Gesetz gegen Streiks der ländlichen Arbeiter", dessen wichtigste Punkte in folgendem bestehen. Den Arbeitern, die sich einer Aufwiegelung zum Streik schuldig gemacht haben, wird eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten bis zu 1 Jahr auferlegt. Wenn der Aufwiegler nicht zu den streikenden Arbeitern gehört, wird er mit einer Gefängnisstrafe von 2 bis 8 Monaten bestraft; wenn aber kein Streik stattgefunden hat, so wird der Aufwiegler dennoch mit einer Strafe von 2 bis 4 Monaten belegt. Wenn einer zu einem Verband gehört, der sich das Ziel gesteckt hat, die Arbeiter zum Streik zu bewegen, wird er mit Festungsstrafe von 1 Jahr 4 Monaten bis zu 4 Jahren und Entziehung gewisser Rechte bestraft.

Aber weder dies Gesetz, noch die Versuche einiger Gouverneure, den Streikenden mit dem Kriegsgericht zu drohen, konnte diese Bewegung aufhalten. Im Jahre 1905 streikten die ländlichen Arbeiter nur in 55 Kreisen, (12 Prozent), im Jahre 1906 aber schon in 143, also in 30 Prozent aller russischen Kreise. Der Übersetzer.

Schluß.

I.

Unter den brennenden Tagesfragen des modernen Lebens tritt in Rußland die Bauernfrage als eine der wichtigsten hervor, die die schnellste Lösung fordert. Sie ist aufs engste mit allen wichtigen Fragen verbunden, weil kein „fester bürgerlicher Rechtszustand" mit der rechtlosen Lage der Bauern vereinbar ist.

Gleichzeitig mit der Bauernfrage als einer rechtlichen hat die Frage über die landwirtschaftlichen Verhältnisse und über einen Ausweg aus der schweren Lage der Bauernwirtschaft eine ebenso wichtige Bedeutung.

Für eine gewaltige Masse der Bauernbevölkerung treten die Fragen „eines bürgerlichen Rechtszustandes" vor der schrecklichen Frage des Hungergespenstes unwillkürlich in den Hintergrund.

Die Krise der Bauernwirtschaft, die sich seit Jahrzehnten bald in akuten Hungersnöten, bald in einem chronischen Hungern der Bauernmassen äußerte, war natürlich niemandem ein Geheimnis. Alle wußten und wissen, daß sich die Landbevölkerung in einer schweren Lage befindet, aus der ein Ausweg gefunden werden muß. Zahlreiche Regierungskommissionen zur „Untersuchung" der Lage der Landwirtschaft, die hier einen Ausweg finden sollten, schrieben Dutzende von Bänden, in denen die „Lage der Bauern" in den schwärzesten Farben geschildert wurde, und was war das Resultat? Die Kommissionen saßen zusammen, befragten Sachverständige, die Bauern hungerten weiter und entrichteten die Steuern immer unpünktlicher. Das „Interesse" der Regierung für die Bauern wurde allein dadurch aufrechterhalten, daß die Bauern die Hauptsteuerzahler waren.

Die Bauernschaft tritt aber nicht nur als Steuerzahler, sondern auch als Pächter der Gutsländereien in die Erscheinung. Gleichzeitig mit den Hunderten von Millionen, die sie in die Staatskasse entrichten, zahlen sie weitere Hunderte von Millionen in der Form des Pachtzinses an die Gutsherren. Der Fiskus und der Grundbesitz erscheinen hier als Konkurrenten, weil sie das Geld aus ein und derselben Quelle beziehen. Dabei erschöpfte sich allmählich

diese Quelle, während sich das Streben, daraus zu schöpfen, durchaus nicht verminderte. In den Gouvernementsberatungskommissionen wurden, wie wir gesehen haben, verschiedene Repressivmaßregeln projektiert, die den Gutsbesitzern die Einhaltung der Kontrakte seitens der Bauern sichern sollte. Die Gutsbesitzer erklärten sogar, daß die Gefängnisstrafe nicht streng genug sei, weil die Bauern dort genug zu essen bekämen und ein Obdach fänden.

Weiter konnte man doch nicht gehen!

Die „spezielle Beratungskommission zur Untersuchung der Landwirtschaft", eingesetzt im Jahre 1902, hat keine weiteren Schritte zur Lösung der Frage getan.

Zwar trat die Aussichtslosigkeit der Lage der Bauernwirtschaft so stark hervor, daß diese Komitees sie nicht unbeachtet lassen konnten. Infolge ihrer Zusammensetzung aber konnten sie keinen Ausweg finden. Ein Teil der Komitees schlug der Regierung großmütig vor, die Bauern mit Staatsland auszustatten, und nur wenige empfahlen, jene Parzellen, die man den Bauern bei der Bauernbefreiung im Interesse der Gutsbesitzer abgenommen hatte, wieder loszukaufen und an die Bauern zu verteilen. Bei der erdrückenden Mehrheit der Komitees traten die Klasseninteressen der Grundbesitzer in einer nackten, oft sogar zynischen Form hervor, als ob die Frage über die kritische Lage der Bauernwirtschaft gar nicht existierte. Auf solche Weise vermochten die bureaukratischen Versuche keinen Ausweg aus dieser kritischen Lage zu finden, zu der die ökonomische Entwicklung oder, richtiger gesagt, der ökonomische Rückschritt im zentralen Schwarzerdegebiet geführt hatte.

Zu den Beratungen, Kommissionen, Komitees wurden verschiedene einflußreiche Personen eingeladen. Man hielt es aber für überflüssig, sich mit den Meinungen und Wünschen der am meisten dabei Interessierten, der Bauern, bekannt zu machen. Obgleich in einigen Komitees dank der wohlwollenden Erlaubnis der Präsidenten auch Bauern eingeladen wurden, kann diese vereinzelte Erscheinung kaum als eine wirkliche Vertretung der Bauerninteressen betrachtet werden.

II.

In dem ausgedehnten Territorium Rußlands sind die Agrarverhältnisse äußerst verschieden. Die ökonomische Lage der Bauernschaft ist danach in den verschiedenen Rayons Rußlands gleichfalls eine verschiedene.

In den südöstlichen Grenzgebieten und im Norden des europäischen Rußlands sowie auch in Sibirien, wo die Leibeigenschaft gar nicht oder nur in sehr beschränktem Maße Geltung hatte, blieben gleichzeitig mit dem Bauernland große Flächen der Staats- oder Kosakenländereien übrig. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die mit Land genügend ausgestattet war, trieb in den meisten Fällen Raubbau: sie litt nicht unter dem Bodenmangel, sondern unter Unwissenheit und Rechtlosigkeit. In den Kosakengebieten lieferten die Ländereien, mit Ausnahme des Nadjellandes, dem Rayon eine bedeutende Einnahme, die sich allerdings bei der kontrollosen Verwaltung der Bureaukratie vielfach verflüchtigte.

In diesen Gebieten entwickeln sich trotz der erwähnten ungünstigen Bedingungen, die das gegenwärtige bureaukratische Regime geschaffen hat, die Produktivkräfte der Bevölkerung. Sie erzeugt hier eine immer größere Menge landwirtschaftlicher Produkte, dehnt ihr Ackerfeld rasch aus, fängt an, verbesserte landwirtschaftliche Geräte und Maschinen in großem Umfang anzuwenden usw.

Zwar äußert sich diese wirtschaftliche Entwicklung in der Bereicherung nur bei einem Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung, während der andere Teil Lohnarbeiter und Taglöhner für seine reicheren Nachbarn liefert, aber dank der Entwicklung der Produktivkräfte und des Bedürfnisses an Arbeitskräften ist der Arbeitslohn in diesen Rayons bedeutend höher als in Zentralrußland. Auf diese Weise entwickeln sich sogar unter den gegenwärtigen Verhältnissen in jenen Rayons, wo die Bevölkerung genügend mit Land versorgt ist, kapitalistische Beziehungen unter den Dorfbewohnern, und deren Bedürfnisniveau erhöht sich. Sogar für die proletarisierten Elemente dieser Bevölkerung ist der Bauer der zentralen Schwarzerde, der seine „eigene" Wirtschaft hat, nur ein einfacher Paria, den die ersteren im Gefühl ihrer eigenen Überlegenheit von oben herab behandeln.

Die „Bauernfrage" erscheint folglich in jenen Rayons, in denen die Bevölkerung genügend mit Land versorgt ist, nur als eine Frage des „Rechtszustandes".

In einer ganz anderen Lage befindet sich die Bevölkerung der zentralen Schwarzerde. Schon zur Zeit der Leibeigenschaft hatten einige Gutsbauern äußerst geringe Landanteile und waren gezwungen, auf dem Gutsacker zu arbeiten, der auf Kosten des Bauernlandes immer mehr ausgedehnt wurde. Bei Aufhebung der Leib-

eigenschaft wurde das Bauernland noch bedeutend verkürzt; die „befreiten" Bauern mußten Land bei dem Gutsbesitzer pachten, um die Steuern zahlen und existieren zu können.

Die Verarmung der Bevölkerung, die einen großen Teil ihres Verdienstes dem Staate oder dem Gutsbesitzer abgibt, hindert die Entwicklung des Verbrauches der Industrieprodukte. Dies seinerseits hinderte wieder das Wachstum der industriellen Bevölkerung und der Industrie, die den landwirtschaftlichen Bevölkerungsüberschuß hätte aufnehmen können.

Infolge eines fehlenden Marktes und der niedrigen Arbeitsproduktivität der Industriebevölkerung konnte sich die letztere nicht das ganze Jahr hindurch mit Gewerben beschäftigen und war gezwungen, an der Landwirtschaft festzuhalten, um sich die nötigen Existenzmittel sichern zu können.

Auf solche Weise erschien und erscheint noch jetzt die Industriebevölkerung als ein Konkurrent der reinen landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dies hat den Kampf um den Boden noch mehr verschärft. Es entwickelten sich die sogenannten Kustargewerbe, bei denen die Bauern keinen genügenden Verdienst, weder vom Gewerbe noch von der Landwirtschaft, erhielten.

Der Kampf um den Boden hat die Ausbeutung der Bevölkerung noch verstärkt, die Pachtpreise erhöht und die Not verschärft. Diese Not führte nun ihrerseits zu einer weiteren Einschränkung des inneren Marktes, sie hielt den Verwandlungsprozeß der technisch zurückgebliebenen Kustarbetriebe in produktivere, ausschließlich industrielle Unternehmungen auf. Der „Überschuß" an landwirtschaftlicher Bevölkerung, der durch ungünstige soziale Verhältnisse geschaffen wurde, hinderte, indem er eine Verarmung der Bevölkerung hervorrief, den Abfluß des „Bevölkerungsüberschusses" in die Industrie und verschärfte auf diese Weise die Not noch mehr.

Die Bauern des landwirtschaftlichen zentralen Schwarzerdegebiets bearbeiten nicht nur ihren eigenen Boden und den der benachbarten Gutsbesitzer, sondern liefern auch Hunderttausende von Arbeitern für die südlichen, östlichen und Industriegouvernements, setzen auch dort den Arbeitslohn herab und verschlechtern die Lage des Proletariats. So entstand eine hoffnungslose Lage: einen Verdienst in Gewerben als „selbständiger" oder Lohnarbeiter zu finden, ist nur bei einer Entwicklung dieser Gewerbe möglich; die allgemeine Armut hat jedoch den Markt beschränkt, der für die Ent-

wicklung der Gewerbe notwendig ist. In der Landwirtschaft eine Beschäftigung zu finden, wurde ebenfalls durch die Konkurrenz um den Boden verhindert. Eine solche Lage der Bauernwirtschaft führte zu einer Verarmung der Bevölkerung, zu einer allgemeinen Nivellierung in der Armut und Not. Die Differenzierung der Bauernschaft findet unter den hungernden Paupern nicht statt. Nur die Wucherer schlagen aus den äußerst geringen Mitteln, die den Bauern verblieben sind, noch etwas heraus, alles übrige wird vom Pachtzins und den Steuern verschlungen.

Einen Ausweg aus der kritischen Lage zu finden, in die die Bauernschaft des zentralen Schwarzerdegebiets geraten ist, ist nur bei einer Hebung ihres ökonomischen Wohlstandes möglich. Nur dann wird sich ihre Kauffähigkeit erhöhen, der innere Markt sich ausdehnen und der „überschüssigen" landwirtschaftlichen Bevölkerung die Möglichkeit erleichtern, zur Industrie überzugehen. Obgleich die Entwicklung der Industrie in der gegenwärtigen Gesellschaft nur in Form einer Entwicklung des Kapitalismus mit allen seinen nachteiligen Seiten vor sich gehen kann, so gewährt doch der wirtschaftliche Fortschritt bedeutend mehr Kampfmittel gegen diese als der wirtschaftliche Rückschritt oder Stillstand und zerstört nebenbei alle Reste der Hörigkeitsverhältnisse.

In den südlichen und südöstlichen Grenzgebieten des europäischen Rußland, wo die Bauernschaft mit einer genügenden Landmenge ausgestattet ist, zeigt sich die Differenzierung der Dorfbevölkerung sogar unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Arbeitslohn ist hier bedeutend höher. Die Technik ist besser, die Arbeitsproduktivität höher, landwirtschaftliche Maschinen usw. finden in größerem Umfang Verwendung. All dies aber verstärkt die ökonomische Differenzierung der Landbevölkerung. Wenn die Bauernschaft des zentralen Gebiets ihre Bodennutzung ebenso ausdehnen könnte wie die Bauernschaft der Grenzgebiete, würde dort eine ebensolche Lage entstehen. Und die Verbesserung ihrer rechtlichen Lage würde jene Folgen noch verstärken, die sich aus der Verbesserung ihrer ökonomischen Lage ergeben.

An Stelle der Teilung der Bevölkerung in Stände, bei der an dem einen Pole der privilegierte Adel steht und am anderen die Bauernschaft, die durch Rechtlosigkeit und ökonomische Unterdrückung nivelliert ist, würde eine Klassendifferenzierung der Landbevölkerung treten.

III.

Die Agrarfrage wäre sicher noch einige Jahrzehnte hindurch eine streitige und offene geblieben, wenn nicht die Ereignisse selbst diesen kordischen Knoten zerhauen hätten.

Die Krise des bureaukratischen Regimes fiel mit der äußerst verschärften Krise der Bauernwirtschaft zusammen.

Eine Änderung der rechtlichen Verhältnisse konnte ohne eine bedeutende Umgestaltung der sozialen Verhältnisse nicht vor sich gehen.

Die Bauernschaft, die über keine gesetzlichen Mittel verfügte, um ihre Bedürfnisse zur Sprache zu bringen, äußerte ihren Protest in der Form von Aufständen, Holzräubereien, Brandstiftungen, Streiks usw. Oft nahmen die Bauern die Freiheitsbewegung der städtischen Bevölkerung eigenartig auf, aber, wie dem auch sein mag, eine Idee hatte sich fest in die Köpfe der Bauern eingewurzelt: die bäuerliche Bodennutzung muß ausgedehnt werden.

Schon zu Anfang des Jahres 1905 fühlten die Grundbesitzer das Herannahen des Gewitters; sie verhielten sich nun aufmerksamer zu der Agrarfrage, als die Komitees von 1902.

Nach dem Bericht der „Russischen Nachrichten" lenkte die Agrarfrage die spezielle Aufmerksamkeit der Semstwoleute, die im März 1905 in Moskau einen Kongreß abgehalten hatten, auf sich. Sie erkannten die hochgradige Wichtigkeit und dringende Notwendigkeit einer weitgehenden Reform und stellten folgende Forderungen auf:

1. Das staatliche Eingreifen in die ökonomischen Verhältnisse muß sich auch auf das Gebiet der Agrikultur erstrecken.

2. Eine wirksame Agrargesetzgebung wird durch eine gründliche Reform der Staatsordnung Rußlands auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes bedingt.

3. Die bevorstehende Agrarreform muß auf folgender Unterlage aufgebaut werden:

a. Die Hebung der ökonomischen Lage der ländlichen Bevölkerung durch obligatorische Ablösung von Privatländereien, die für die landarmen Gruppen verschiedener Kategorien notwendig sind. (Die Ausarbeitung dieser Frage ist mehreren Mitgliedern übertragen worden.)

b. Die Erklärung der Staats- und Apanageländereien zu einem Staatsfonds; die Vergrößerung dieses Fonds durch Ankauf und Ablösung von Privatländereien und Ausnutzung dieses Fonds im Interesse der arbeitenden Bevölkerung.

c. Die Regulierung der Pachtbedingungen auf dem Wege eines staatlichen Eingreifens.

d. Die Einsetzung allgemein staatlicher Vermittlungskommissionen zwecks Einführung der Agrarmaßnahmen, den oben angeführten Gründen entsprechend.

e. Eine zweckmäßige, auf breiter Basis angelegte Kolonisations- und Ansiedlungspolitik; die Erleichterung des Kredits; eine Reform der Bauernbank und Unterstützung der genossenschaftlichen Unternehmungen.

f. Eine gründliche Revision der Raingesetzgebung zwecks Erleichterung, Beschleunigung und Verbilligung der Feldvermessung sowie der Abschaffung der Gemengelage der Privat- und Nadjelländereien.

Ziehen wir in Betracht, daß diese Semstwoleute hauptsächlich die liberale Gruppe der Grundbesitzer darstellen, so muß man zugeben, daß sie einen bedeutenden Schritt vorwärts getan haben, oder richtiger zu tun gezwungen waren.

Der erste Punkt ihres Programms, der „die obligatorische Ablösung von Privatländereien zugunsten landarmer Gruppen verschiedener Kategorien" fordert, und der sechste Punkt, der von der Vermessung der Landteile spricht, beabsichtigen, jene Landteile, um die das Bauernland bei der Bauernbefreiung verkürzt wurde und die in einigen Gouvernements die Beziehungen zwischen den Bauern und Gutsbesitzern verschärfen und den Anlaß zu Agrarunruhen geben, an die Bauern zurückzugeben. Zwar geht der erste Punkt weiter, da er eine Zuerteilung von Land für alle landarmen Bauerngruppen fordert und folglich auch für die, die von der Landverkürzung bei der Bauernbefreiung nicht betroffen worden sind; in diesem Punkte aber ist die Norm nicht angegeben worden, die für die Bauern als „notwendig" angesehen wird.

Die von der Saratower Semstwo eingesetzte Kommission unter Anteilnahme von Bauern erkannte vier Deßjätinen pro Person männlichen und weiblichen Geschlechtes als Norm an. Bei einer solchen Norm wird vom Großgrundbesitz kaum noch die Erinnerung übrig bleiben.

Selbstverständlich schlagen die Semstwoleute eine solche Norm nicht vor, weil sie weiter von einer Regulierung der Pachtbedingungen, von der Bauernbank sprechen.

Die Ausdehnung des Bauernlandes durch Ankauf von Privatländereien wird die Bodenpreise viel mehr als jetzt in die Höhe treiben. Wer wird nun aber die neue Ablösungs- und Ankaufssumme bezahlen? Die Semstwoleute schlagen nicht vor, die Staats- und Apanagenländereien zu veräußern, um Geld zu bekommen (das hätte bedeutet, dem Großgrundbesitz mehr zu geben als ihm genommen wurde); sie geben aber auch keine anderen Quellen an. Wahrscheinlich nehmen sie an, daß diese Summe die Bauern zahlen, die das Land kaufen werden. Das steht ihnen aber auch heute schon frei! Jetzt zahlen die Bauern Pachtgeld. Wird es ihnen leichter sein, wenn dieser Pachtpreis Ablösungszahlung genannt wird? Die Krise der Landwirtschaft äußert sich doch gerade darin, daß die Bauern bei ihren geringen Mitteln nicht imstande sind, Geldaufwände zu machen. Für die Gutsbesitzer ist es indessen am vorteilhaftesten, die Zahlungen nicht direkt von den Bauern, sondern von der Regierung zu erhalten.*

Vielleicht glaubt man, einige andere Bevölkerungsgruppen zu belasten, sagen wir jene Grundbesitzer, die bei der Bauernbefreiung eine Ablösungssumme erhalten haben? Wenn dies sogar möglich wäre, weshalb soll eine Gruppe der ökonomisch starken Klassen zugunsten der anderen belastet werden? Weshalb ist der Pachtzins oder der Profit „rechtmäßiger" als die Ablösungsgelder? Es lassen sich andere gesellschaftliche Bedürfnisse finden, auf die man die Einkünfte aus dieser Belastung zweckmäßiger verwenden kann.

Auf solche Weise erkennen die Semstwoleute die Notwendigkeit und vielleicht auch die Unumgänglichkeit einer Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung an, sie stellten sich die Aufgabe, die Frage ohne Nachteil für die Grundbesitzer, wohl aber zum Nachteil einer anderen gesellschaftlichen Klasse, der Bauern selbst, zu lösen.

---

* Man sagt, daß viele Grundbesitzer dafür besorgt sind, daß die Regierung ihre Ländereien ankaufen soll, weil es jetzt unmöglich ist, eine Wirtschaft zu führen. Die Anhänger des „Entschädigungsprinzips", die konstitutionellen Demokraten, nennen ihre Politik „realistisch". Allerdings ist es ein kurioser „Realismus", der sich in einer Freigebigkeit auf Kosten des Volkes äußert.

Weitere fortschrittliche Gruppen erkennen die Notwendigkeit einer Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung an, indem sie von anderen Prinzipien ausgehen.

Die Vertreter der kapitalistischen Interessen Rußlands, die konstitutionellen Demokraten, forderten die Zwangsenteignung der Privatländereien zugunsten der Bauern. Sie halten es für „prinzipiell erwünscht", die armen Bauern mit Land im Umfang der Verbrauchsnorm zu versorgen, das heißt im Umfang der „Durchschnittsbedürfnisse an Nahrung und Kleidung, sowie der Steuerentrichtung". Nach ihrem Projekt muß der größte Teil des großen und mittleren Privatbesitzes enteignet werden. Als Ausnahme sind nur jene Ländereien zu betrachten, auf denen eine höhere Kultur eingeführt ist. Der Enteignung unterliegen ohne Ausnahme 1. Ländereien, die gewöhnlich verpachtet oder mit bäuerlichem Inventar bestellt werden; 2. die die gesetzlich für jede Gegend festgesetzte Maximalnorm des Besitzes übersteigen.

Dem Anschein nach ist dieses Projekt radikal. Es enthält jedoch Punkte, die die bäuerlichen Deputierten in der Duma veranlaßten, sich ablehnend dazu zu verhalten. Abgesehen davon, daß die konstitutionellen Demokraten in ihrem Projekt die Beurteilung, welche Ländereien der Enteignung anheimfallen sollen, bureaukratisch organisierten Kommissionen überlassen, wollen sie außerdem diese Enteignung auf Grund des Prinzips der Entschädigung vollziehen. Der Ablösungspreis des Bodens wird durch Kapitalisierung des Reingewinns (also der Grundrente und des Unternehmerprofits) festgesetzt. Nach den äußerst bescheidenen Berechnungen des Kadettenführers Kuttler wird die Ablösungssumme wenigstens 4 Milliarden Rubel ausmachen.

Dabei wurde die Krisis der Kleinwirtschaft im zentralen Schwarzerdegebiet gerade durch die hohen Pachtpreise und Steuern hervorgerufen. Die Vermittlung des Staates, an den die Abzahlungen geleistet werden müssen, wird wohl schwerlich die Lage der Bauern verbessern, stellenweise sogar verschlimmern, weil es den Bauern in den Revolutionsjahren gelungen ist, die Pachtpreise bedeutend herabzusetzen und den Arbeitslohn zu erhöhen.

Es ist deshalb natürlich, daß der größte Teil der bäuerlichen Abgeordneten zu den radikalen Parteien hält: zu den Trudowiki, Volkssozialisten, Sozialrevolutionären und endlich Sozialdemokraten.

IV.

Schon zur Zeit der Aufhebung der Leibeigenschaft sahen die damals noch wenig zahlreichen Sozialisten, daß durch die Reform von 1861 die Bauernschaft in eine noch schwerere Lage versetzt wurde, die zu einer neuen Unterjochung der Bauern durch die Gutsbesitzer führen würde. „Lieber keine Reform, als eine solche", sagte verzweiflungsvoll Tschernischewsky, der hervorragendste russische Gelehrte seiner Zeit.

Der politische Druck trieb immer ausgedehntere Schichten der Intelligenz in die Befreiungsbewegung, zum Kampf für die Volksinteressen. Diese Bewegung der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts äußerte sich in dem „Unter das Volk gehen", um die Bauern und die Arbeiter mit den Forderungen des Sozialismus bekannt zu machen, mit den Forderungen nicht nur einer politischen, sondern auch einer ökonomischen Befreiung der Bauern und Arbeiter von dem Drucke des Kapitals und des Grundbesitzes.

Der Gemeindegrundbesitz gab den Sozialisten, den sogenannten „Volkstümlern", die Hoffnung, daß die russischen Bauern, kraft ihrer traditionellen Gewohnheiten, die Ideen des Sozialismus leichter auffassen würden als die westeuropäischen Bauern, und sofort zu einer sozialistischen Produktionsweise übergehen könnten. Gleichzeitig suchten die Volkswirte zu beweisen, daß infolge des Mangels an äußeren Märkten, die die westeuropäischen Staaten schon inne hatten, sich der Kapitalismus in Rußland nicht entwickeln könnte, und daß deshalb Rußland einen ganz anderen Weg der ökonomischen Entwicklung gehen würde, den Weg von der Naturalwirtschaft direkt zum Sozialismus.

Die Wirklichkeit hat diese Illusionen der „Volkstümler" grausam zerstört. Die Bauern haben sie nicht verstanden, und die Regierung verfolgte die „Volkstümler" für ihre friedliche Propaganda auf die barbarischste Art. Der größte Teil nahm dann seine Zuflucht zum Terror, und es begann ein verzweifelter Kampf zwischen einem kleinen Haufen opferfreudiger Leute mit der allmächtigen Regierung. Die Regierung siegte und es trat eine schwere Reaktion ein.

Die Entwicklung des Kapitalismus nahm ihren Fortgang. Gleichzeitig fand ein tiefgehender Prozeß der Revision der alten Weltanschauung innerhalb der Gesellschaft statt. Die Entwicklung des Kapitalismus ließ sich immer weniger ableugnen. In den neunziger

Jahren entstand ein Kampf zwischen der Weltanschauung der „Volkstümler", die sich auf den Glauben an die sozialistischen Instinkte der Bauern gründete, und dem Marxismus, der die Unumgänglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung einsah, die Notwendigkeit betonte, eine selbständige sozialistische Arbeiterpartei zu gründen und in der Organisation der Arbeitermassen den besten Weg zur Befreiung Rußlands und zum Sozialismus erblickte.

Das Vorherrschen des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft indessen begünstigte das Fortbestehen der Ideen der „Volkstümler" und die in der Vergangenheit erlittenen Enttäuschungen veranlaßten sie, nur einige Korrekturen in ihren Anschauungen vorzunehmen. Obgleich die „Volkstümler" die Tatsache der Entwicklung des Kapitalismus in der Industrie anerkennen mußten, blieb noch der Glaube an die Widerstandsfähigkeit der bäuerlichen Ernährungswirtschaft, die imstande sei, dem Kapitalismus in der Landwirtschaft zu widerstehen. Die Volkswirte dieser Richtung suchten zu beweisen, daß die kleine Ernährungswirtschaft widerstandsfähig und daß die kapitalistische Landwirtschaft infolge der eigenartigen ökonomischen Ordnung Rußlands unmöglich sei. Nach wie vor wurde die Dorfgemeinde von ihnen als ein Embryo der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft betrachtet.

Diese Lehre der „Volkstümler" hat noch bis auf den heutigen Tag einen bedeutenden Einfluß auf die russische Intelligenz und äußert sich hauptsächlich in den Programmforderungen der sogenannten „Parteien der Volkstümler", deren Vertreter jetzt in der Duma drei Fraktionen bilden: die Fraktionen der Trudowiki, Volkssozialisten und Sozialrevolutionäre. Indem diese Fraktionen die Ideale des „Durchschnittsbauern", der seine Arbeitskraft nicht veräußert und keine Arbeiter anmietet, widerspiegeln, fordern sie die Verstaatlichung aller Ländereien. Die Trudowiki und Volkssozialisten sind aber der Meinung, daß die Verstaatlichung des Nadjellandes und jener Privatländereien, die die für jede Gegend festgesetzte „Arbeitsnorm" nicht übersteigen, allmählich vorzunehmen ist. Ebenso findet in den Projekten dieser beiden Parteien die Anerkennung des Rechtes jedes Bürgers auf einen Landanteil eine Beschränkung; dieses Recht wird nur, insofern freies Land vorhanden ist, anerkannt. Die Sozialrevolutionäre dagegen wollen den ganzen Grund und Boden nach dem Prinzip der ausgleichenden Bodennutzung verteilen, also auch das Nadjelland zum Eigentum

aller machen. In der Forderung der ausgleichenden Bodennutzung erblicken die Sozialrevolutionäre eine Übergangsmaßregel zu einer sozialistischen Ordnung.

In diesem Projekt der Sozialrevolutionäre ist außer dem Utopismus auch ein gut Teil Bureaukratismus enthalten. Die jetzige Gesetzgebung mischt sich in das Leben der Dorfgemeinde ein und diese bureaukratische Bevormundung wird mit Recht verurteilt. Denn die Vorschriften der Bureaukratie, den Boden gleichmäßig zu benutzen, würden die Gemeindemitglieder nicht befolgen, wenn sie nicht vorteilhaft sind. Der pferde- oder wirtschaftslose Bauer wird auch bei ausgleichender Bodennutzung gezwungen sein, seinen Nadjel zu veräußern. Die Versuche, die Wirtschaften auszugleichen, ist nur auf dem Boden der allgemeinen Armut zu verwirklichen. Bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln alle reich zu machen ist eine kleinbürgerliche und vulgäre Utopie. Wenn diese Art Gleichheit unausführbar ist, so existiert im Gegensatz dazu die Gleichheit der Armut in vielen Gegenden, und die Ausdehnung eines solchen Zustandes wird wohl schwerlich irgendwen begeistern. In welchem Umfange man auch den bäuerlichen Grundbesitz ausdehnen mag, es wird immer zu wenig Boden geben, um alle Bauernwirtschaften wohlhabend machen zu können.

Das Streben, das Bauernleben in den Rahmen eines kleinbürgerlichen Ideals — einer ökonomischen Gleichheit aller kleinen Eigentümer — einzuzwängen ist nicht nur utopistisch, sondern auch reaktionär, da es zu einer bureaukratischen Bevormundung führt. Nur ein fanatischer Bureaukrat kann hoffen, durch Reglementierung die sich entwickelnden Wirtschaften ausgleichen zu wollen, einen Ausgleich zu schaffen zwischen einer Wirtschaft mit einem Kapital von einigen Tausend Rubeln und einer Wirtschaft ohne Produktionsmittel.

Ohne eine bureaukratische Reglementierung wird sich die heutige Dorfgemeinde in eine Gesellschaft kleiner Grundbesitzer verwandeln, aus der die ärmeren um so rascher hinausgedrängt werden, je günstiger die ökonomischen Entwicklungsbedingungen sind.

Im allgemeinen entspringen die Programme, die auf den theoretischen Voraussetzungen der „Volkstümler" beruhen, meistenteils aus Wohlwollen für die Bauern; bei ihrer Verwirklichung aber müssen sie zu ganz anderen Resultaten führen als man erwartet.

Die Ausdehnung des Gemeindebesitzes, die man „Sozialisierung des Bodens" nennt, wird zum Beispiel nicht zur „ausgleichenden

Bodennutzung", sondern zu einer Differenzierung der Bauernschaft führen, und zwar deshalb, weil bei genügendem Vorhandensein von Land der Reiche eine große Wirtschaft führen kann, der Arme aber, mag er auch noch so viel Land besitzen, außerstande sein wird, es zu bestellen.

Unter den heutigen kapitalistischen Verhältnissen wächst das Kapital um so rascher, je reicher der Unternehmer ist. Wohlhabende Bauernwirtschaften werden imstande sein, ihre Produktivkräfte zu entwickeln, das Ackerfeld auszudehnen, was wir auch jetzt in den östlichen und südlichen Grenzgebieten Rußlands finden, wo bei den Bauern genügend Land vorhanden ist. Andererseits werden die armen Bauern ihr Land veräußern und sich an den reicheren Nachbarn vermieten. Diese Entwicklung der Bauernwirtschaft wird den Klassenkampf zwischen den reicheren und proletarisierten Bauern verschärfen.

Für einen Sozialdemokraten ist die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem Lande nicht schrecklich, weil durch diesen Kampf das Proletariat die Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse erreichen wird.

Die Erben der „Volkstümler", die die Entwicklung des Klassenkampfes und des Kapitalismus auf dem Lande aufhalten wollen, werden zu entgegengesetzten Resultaten gelangen, wenn sich ihr Programm verwirklichen ließe.

Gegenwärtig können wir die Resultate des bäuerlichen Bodenreichtums beobachten. Sie sind für alle Bauern äußerst günstig, führen aber zu einer beschleunigten Differenzierung der Dorfbevölkerung: die Reichen dehnen ihre Ökonomie aus und betreiben eine Großwirtschaft. Die Proletarier erhalten einen höheren Arbeitslohn als in den zentralen Gouvernements und sind keine Sklaven der Gutsbesitzer. Die Sozialrevolutionäre täuschen unwissentlich sich selbst und die ärmeren Bauern und schwächen deren Klassenkampf ab, indem sie jene Klassengegensätze nicht aufdecken, die auf dem Lande nach der Expropriation des Großgrundbesitzes eintreten werden.

Die gemäßigteren Programmforderungen der „Volkstümler" führen gleichfalls zu ganz entgegengesetzten Resultaten, als erwartet wurde. So wird zum Beispiel die Herabsetzung der Pachtpreise einen Anstoß zur Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaften geben auf Kosten der kleinen Ernährungswirtschaften.

Oben sahen wir, daß der Pachtzins eine doppelte Form hat: entweder pachten die reicheren Bauern, indem sie einen geringeren Preis im voraus zahlen, um einen Profit zu erlangen, oder die armen Bauern pachten zu einem hohen Preis auf Kredit, um einen Verdienst zu finden. Die letzte Form der „Unterjochungspacht" existiert deshalb, weil der Arme außerstande ist, mit dem Kapitalisten zu konkurrieren, er sieht sich gezwungen, für einen höheren Preis zu pachten, obgleich er nicht einmal dabei seinen Arbeitslohn herauswirtschaftet.

Wenn man dem Grundbesitzer verbieten wollte, zu Wucherpreisen zu verpachten, so wird der Arme sich dadurch nicht nur von dieser Unterjochung befreien, sondern auch vom gepachteten Lande. Der kapitalistische Unternehmer dagegen, der imstande ist, den Pachtpreis im voraus zu zahlen, wird nunmehr zu einem geringeren Preise pachten. Danach wird die Forderung, die Pachtpreise zu regulieren, zur Abschaffung der Hörigkeitsverhältnisse und zur Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft führen.

Wenn der Gutsbesitzer es jetzt vorteilhaft findet, die kleinen Pächter durch die Unterjochungspacht auszubeuten, die ihm die Grundrente und den Unternehmerprofit liefert, so wird bei Abschaffung dieser Pachtform er selbst oder der kapitalistische Pächter eine kapitalistische Wirtschaft führen. Man kann daraus sehen, wie die Hoffnungen jener „Politiker" verwirklicht werden, die nach der politischen Befreiung mittels Regulierung der Pachtverhältnisse die Entwicklung des Kapitalismus aufhalten wollen!

Die Formen des Grundbesitzes bestimmen die Wirtschaftsformen indessen noch nicht, wie wir es in verschiedenen Ländern beobachten können.

Die Formen der Betriebe werden durch die technischen und ökonomischen Verhältnisse bedingt und sind viel beweglicher als die Grundbesitzformen, gleichviel, ob sich der Boden im Besitz einer Privatperson oder einer Gemeinde befindet. Bei einer allgemeinen kapitalistischen Entwicklung wird sich auch der Kapitalismus auf dem Lande entwickeln, wenn die Technik fortschreiten wird.

Auf jeden Fall muß man die Hoffnungen derer als naiv betrachten, die durch eine Reform des Grundbesitzes den Kapitalismus aufhalten oder ganz beseitigen wollen. Gerade das Gegenteil wird eintreten: bei Abschaffung der Bauernausbeutung durch die Unterjochungspacht wird für einige die Möglichkeit eintreten, die Pro-

duktivkräfte ihrer Wirtschaft zu entwickeln, für andere aber der Übergang zur Industrie erleichtert werden, deren Entwicklung auch den Arbeitsmarkt ausdehnen wird. Die Klassengegensätze werden mit Abschaffung der „Hörigkeitsverhältnisse" nicht verschwinden, sondern sich zuspitzen. . . .

In der ersten Reichsduma waren die Parteien der „Volkstümler" noch nicht getrennt, weil die Forderungen der großen Bauernmasse noch nicht klar zum Ausdruck gekommen waren. Der Aufklärungsprozeß der Bauern dauert noch lange und wird sobald keinen Abschluß finden. Aber schon jetzt haben die intelligentesten „Volkstümler" eingesehen, daß die Bauern auf keinen Fall ihren Landanteil mit den städtischen Einwohnern oder mit den landlosen Bauern teilen wollen. Deshalb sonderte sich im Jahre 1906 aus der Partei der Sozialrevolutionäre die Partei der Volkssozialisten ab. Die „Volkstümler", die sich über den Klassenkampfstandpunkt erhoben fühlten, standen vor dem Dilemma: entweder sich von den sozialistischen Programmforderungen loszusagen, um die Sympathien der Bauernmasse zu gewinnen, oder aber diese Forderungen aufrechtzuerhalten, aber dadurch die Sympathien der Bauernschaft zu verlieren. Man mußte wählen: . . . Nach links gingen die Sozialrevolutionäre, indem sie ihr altes Programm unberührt ließen, nach rechts, den Weg des Opportunismus — die Volkssozialisten. Die Trudowiki, zu deren Fraktion die meisten bäuerlichen Abgeordneten gehören, stehen noch unter dem Einfluß der „Volkstümler", aber ohne jede sozialistische Färbung. Sie stellen eine typische demokratische kleinbürgerliche Partei mit allen dem Kleinbauern eigentümlichen Illusionen dar.

Die moderne russische Bauernbewegung ist also ebenso sozialistisch, wie die der Bauern in Deutschland zur Zeit der Reformation. Die Bauern wollen ihren Landanteil vergrößern, ohne sich Rechenschaft abzugeben, in welcher Form sie das Land erhalten können. „Erkämpft uns das Land!" — dies sind die „Cahiers" der russischen Bauern. . . . .

V.

Das Programm, das auf der marxistischen Weltanschauung beruht, setzt sich nicht das Ziel, den kleinen landwirtschaftlichen Betrieb zu erhalten.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft führt zur Zerstörung einer immer größeren Anzahl kleiner Betriebe und zur Ver-

wandlung eines Teils derselben in Großbetriebe. Man darf jedoch den Prozeß der Pauperisierung nicht mit dem der Proletarisierung verwechseln.

Oben haben wir den Pauperisierungsprozeß im zentralen Schwarzerdegebiet charakterisiert. Diese Erscheinung wirkt nicht nur auf die Lage der Bauernschaft, sondern auch auf die der Arbeiterklasse zurück. Die Bauernschaft stößt aus ihrer Mitte eine ungeheure Menge von Lohnarbeitern ab, die sich noch nicht von der Scholle losgerissen haben und die das Niveau des Arbeitslohnes herabsetzen. Außerdem bildet der Pauperismus der Bauernschaft die Ursache, daß die Reste der Leibeigenschaft in Form der Naturalpacht, Arbeitspacht, Winteranmietung zur landwirtschaftlichen Arbeit usw. beibehalten werden.*

Die Verminderung oder Aufhebung jener Bedrückungen, sowie die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung werden nicht nur einen Anstoß zur wirtschaftlichen Entwicklung des Dorfes und zur Differenzierung seiner Bevölkerung geben und die Reste der Leibeigenschaft beseitigen, sondern auch die Konkurrenz jener Bauern untereinander abschwächen, die halb selbständig, halb Arbeiter sind, und den Arbeitslohn sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande herabdrücken. Es wird kein solch allgemeines „Aufarbeitgehen" stattfinden, weil viele ihre Landwirtschaft ausdehnen und ausschließlich darin Beschäftigung finden werden, während die Erhöhung der Bedürfnisse der Bevölkerung einen Anstoß zur Entwicklung der Industrie geben und damit Gelegenheit zum Erwerb geboten wird. All dies ist ein unvermeidliches Resultat der Hebung der ökonomischen und rechtlichen Lage der Bevölkerung. Die Befreiung des Volkes wird dazu den Anstoß geben, gleichviel ob gewisse Bevölkerungsgruppen es wollen oder nicht. Der sich jetzt teilweise mit Landwirtschaft beschäftigende Kustar wird sie mit der Ausdehnung des Marktes für das Gewerbe aufgeben. Zwar wird die Entwicklung der Gewerbe um so rascher zu der kapitalistischen Produktion führen, je rascher diese Entwicklung vor sich geht; die Konkurrenz der Lohnarbeit der Pauper wird jedoch abgeschwächt werden.

---

* Das Vorhandensein der Hörigkeitsverhältnisse dadurch zu erklären, daß man bei Aufhebung der Leibeigenschaft die Landanteile vieler Bauern verkürzt hat, ist falsch.

Und dieser mit den Resten der Leibeigenschaft verbundene Pauperismus erscheint als das stärkste Hindernis für die Hebung der Lage der Lohnarbeiterschaft, für deren Organisation und Kampf um eine bessere Zukunft.

Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß die Bodennutzung der Bauern ausgedehnter ist als deren Grundbesitz. Viele große Wirtschaften werden gänzlich an die Bauern verpachtet. Der ungemein hohe Pachtpreis aber und die Steuern lassen die Bauernmasse nicht aus der Not und Unterjochung herauskommen, gestatten ihr nicht, ihren Unterhalt ausschließlich durch Lohnarbeit oder aus der eigenen Wirtschaft zu gewinnen. Die Erleichterung der Steuer- und Abzahlungslasten bei Ausdehnung der Bodennutzung wird nicht zur Aufrechterhaltung der kleinen Betriebe führen, sondern die schwersten Formen der Unterjochung abschaffen. Die Abschwächung der Konkurrenz um den Boden, die Entwicklung kapitalistischer Betriebe aus den Kustargewerben werden zur „Abrundung" der wohlhabenderen Wirtschaften führen, gleichzeitig aber werden sie die Lage auch der proletarischen Elemente des Dorfes verbessern und ihren Klassenkampf dadurch erleichtern, daß sich die Klasse der armen Eigentümer, die den Arbeitsmarkt schwer belastet, vermindern wird.

All diese Schlußfolgerungen werden durch einen Vergleich der Bauernwirtschaften des landwirtschaftlichen Zentrums mit denen der Grenzgebiete bestätigt. Es ist klar, daß, je mehr die bäuerliche Bodennutzung, ausgedehnt wird, um so mehr werden sich die Bauernwirtschaften denen der Gouvernements Orenburg, Taurien, Cherson und des Donischen Kosakengebietes nähern.

Ein Vergleich des Charakters der Bodennutzung in den verschiedenen Rayons beweist, daß, je größer der Bodenmangel ist, um so stärker ist das Streben der Bauern nach „ausgleichender" Bodennutzung und umgekehrt: eine mit mehr Land ausgestattete Bevölkerung differenziert sich auch stärker. Deshalb wäre die Aufrechterhaltung des Bodenmangels das beste Mittel, die ausgleichende Bodennutzung fortbestehen zu lassen. Die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung ist aber vor allem eine unumgängliche Tatsache, mit der man als solcher rechnen muß.

In welcher Form nun die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung vor sich gehen muß, werden wir im nächsten Abschnitt behandeln.

VI.

Die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung wird, wie schon oben gesagt, von allen angeführten fortschrittlichen Gruppen als unumgänglich anerkannt. In Wirklichkeit handelt es sich in den verschiedenen Projekten weniger um die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung, als um die Erleichterung der Abzahlungen für den Boden, sowie darum, wem diese Abzahlungen zugute kommen sollen. Auch jetzt ist infolge der Pacht der Umfang der bäuerlichen Bodennutzung viel ausgedehnter als der bäuerliche Grundbesitz. Dies verbessert aber die Lage der Bauern nicht im geringsten, weil der Pachtzins einen großen Teil der aus dem Boden gewonnenen Produkte verschlingt.

Die Frage besteht darin, wie und unter welchen Bedingungen die bäuerliche Bodennutzung ausgedehnt werden kann: entweder in der Form des kleinen Grundbesitzes oder in der Form der Ausdehnung der Bodennutzung bei Anerkennung des Eigentumsrechtes irgend einer gesellschaftlichen Organisation, sei es nun das der Regierung, der Semstwos oder der Dorfgemeinde?

Die Lösung dieser wie aller anderen gesellschaftlichen Fragen ist nur vom Standpunkt der Interessen einer gesellschaftlichen Klasse aus möglich, weil die Interessen aller Klassen bei weitem nicht dieselben sind. Deshalb wollen wir betrachten, welche Lösung für jede von diesen verschiedenen gesellschaftlichen Klassen am vorteilhaftesten ist.

Oben haben wir schon darauf hingewiesen, daß für die Grundbesitzer die „Ablösung" der Ländereien, die man an die Dorfgemeinde oder einzelne Bauern verteilt, am vorteilhaftesten ist. Die Parzellen hätten die Bauernmasse an die Güter gefesselt und sie gezwungen, auf diesen Gütern einen Verdienst durch Lohnarbeit oder Pacht zu suchen, weil das eigene Land zur Ernährung der Bauernfamilie ungenügend gewesen wäre.

Die Ausstattung der Bauern mit Boden in dem Umfang, wie es der Saratower ökonomische Rat vorgeschlagen hat, hätte einen starken Anstoß zur Entwicklung der Bauernwirtschaft gegeben: die reicheren und mittleren Bauern würden sich in kleine Grundbesitzer verwandeln, wenn ihnen der Boden als Privateigentum zugeteilt würde. Das ländliche Proletariat würde aber natürlich den Boden nicht halten können und somit keinen Nutzen davon haben.

Da der kleine Grundbesitz sehr schwer aus einer Hand in die andere übergeht, so würde eine solche Verteilung des Bodens dessen Mobilisierung hemmen. Um den Betrieb auszudehnen und eine neue Wirtschaft zu organisieren, müßte man den Boden ankaufen und ein nicht unbedeutendes Kapital aufwenden. Infolgedessen wird nicht nur die Entwicklung der Produktivkräfte der Wirtschaft infolge eines solchen „unproduktiven" Verbrauchs aufgehalten, sondern auch die Mobilisierung des Bodens erschwert.

Danach ist vom Standpunkt der Interessen der wohlhabenderen Bauerngruppen aus die Verteilung des Bodens an die Dorfgemeinde, die auch „Sozialisierung des Bodens" genannt wird, bedeutend vorteilhafter. Bei einem Gemeindebesitz, der die Gemeinde fesselnden administrativen Bande ledig ist, wird die Mobilisation des Bodens bei einer Entwicklung der Produktivkräfte in den Bauernwirtschaften bedeutend erleichtert, weil kein Kapitalaufwand zum Bodenankauf erforderlich ist. Vom Standpunkt der ärmeren Gruppen der Dorfbevölkerung erscheint eine solche Lage der Dinge durchaus nicht als wünschenswert. Ohne Zweifel werden die proletarischen Elemente des Dorfes aus der „freien" Gemeinde hinausgedrängt und nichts erhalten, da sie keine eigene Wirtschaft haben. Innerhalb einer kleinen Gemeinde werden die Grundeigentümer, die den Boden gemeinschaftlich besitzen, die erdrückende Mehrheit ausmachen. Sie werden sich zu ihrem „eigenen" Boden sehr eifersüchtig verhalten und jeden, wenn es ihnen nur möglich sein wird, mit oder ohne Entschädigung für das Nutzungsrecht hinausdrängen. Auf jeden Fall wird bei einer Verteilung des Bodens nach den einzelnen Höfen* sowie auch bei der Verteilung an die Dorfgemeinde die wirtschaftslose Gruppe der Bevölkerung nichts gewinnen. Der Unterschied zwischen Gemeinde- und Hofbesitz wird nur darin bestehen, daß im ersteren Falle die armen Bauern den Pachtzins erhalten werden, solange sie noch nicht vollständig aus der Gemeinde hinausgedrängt worden sind.** Beim Hofbesitz wird

* Sehr richtig bemerkt K. Kautsky im Erfurter Programm: „Das Teilen, das ist der Sozialismus des Kleinbetriebs, der Sozialismus der ‚konservativen' ‚staatserhaltenden' Volksschichten, nicht der Sozialismus des großindustriellen Proletariats." (Das Erfurter Programm, S. 154.)

** Die Zuteilung von Boden an die Gemeinde ist stellenweise unmöglich, da sich in den verschiedenen Rayons eines Gouvernements der Boden um die Dörfer herum in verschiedenem Besitz befindet. Manche Dörfer

dieses Hinausdrängen der Ärmeren aus der Zahl der Grundbesitzer in Form des Ankaufs oder der Pacht der Parzellen der ärmeren Bauern vor sich gehen. Dieser Prozeß wird vielleicht auf einige Zeit verzögert werden, weil der Ankauf des Bodens mehr Mittel erfordert als die Pacht.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Prozeß vom Entwicklungsgrad der Produktivkräfte der Bevölkerung abhängen wird, weil deren Armut eines der Haupthindernisse für die Entwicklung der Industrie und einer rationellen Landwirtschaft ist.

Man könnte nun annehmen, daß die Verstaatlichung des Bodens, der in die Nutzung der Bauern übergeht, die wünschenswerteste Form vom Standpunkt des Proletariats aus sei. Die Grundrente würde bei Verstaatlichung des Bodens in die Hände des Staates übergehen. Hätte sich ein Staat vom modernen europäischen Typus von dem Prinzip leiten lassen, den seiner Hilfe am meisten bedürftigen Teil der Bevölkerung zu unterstützen, so würde eine solche Lösung der Agrarfrage den Interessen der Ärmsten am besten entsprechen. Der moderne Staat in Westeuropa und in Amerika, der sich auf die Herrschaft der Bourgeoisie gründet, benutzt sein Budget, um seine Herrschaft und seine Stellung zu befestigen. Je größer seine Mittel sind, um so unabhängiger wird die Bureaukratie von der Volksvertretung, einen um so größeren Druck kann sie auf die letztere ausüben, um so leichter kann sie die Militär- und Marineausgaben erhöhen. Deshalb würde ein großer Landfonds in den Händen des modernen Staates nur zur Verstärkung der Klassenherrschaft dienen.

Hätte der Staat nur jene Funktionen zu erfüllen, die jetzt die Selbstverwaltung übernimmt, nämlich die Fürsorge für Volksbildung, Volkshygiene usw., so würde die Erhöhung seines Budgets nicht diese Bedeutung haben. Dann würden die verschiedenen gesellschaftlichen Klassen nur darum kämpfen, wie man diese Mittel verwenden soll und was für ein Bedürfnis notwendiger ist. Einen solchen Kampf treffen wir auch in den westeuropäischen Munizipalitäten an. Die Hauptfunktionen des modernen Staates bestehen aber nicht darin. Und von diesem Standpunkt aus ist den ärmsten Klassen der Bevölkerung weder die Verteilung des Bodens an

---

sind ringsum von Nachbardörfern umgeben, andere von Guts- oder Staats- oder Apanagenländereien.

einzelne Höfe, noch an Gemeinden, noch die Verstaatlichung des Bodens* wünschenswert.

Es bleibt uns noch übrig, die Bedeutung einer Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung zu betrachten, wenn das Eigentumsrecht den größeren örtlichen Körperschaften der Selbstverwaltung verliehen wird („Munizipalisierung des Bodens").

VII.

In der gegenwärtigen Zeit erscheint die Reorganisation der örtlichen Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage als eins der notwendigsten Bedürfnisse. Die Vertretung aller Bevölkerungsklassen in den Ortsorganisationen erscheint als eine der wesentlichsten Forderungen des modernen Lebens.

Bis jetzt erschien die Semstwo als eine Vertretung der Grundbesitzerklasse. Infolge dieser ihrer Organisation konnte sie natürlich die Forderungen nicht erfüllen, die von anderen Klassen an sie gestellt wurden. Nichtsdestoweniger mußte die Semstwo, ihren Aufgaben gemäß, einen bedeutenden Teil ihrer Mittel für die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgeben. Der Klassencharakter der Semstwoorganisation äußerte sich vielmehr in der Art der Besteuerung, in der Belastung des ärmsten Teiles der Bevölkerung.

Das städtische und ländliche Proletariat ist dabei sehr interessiert, wer die Steuerlast zu tragen hat und wie die aus dieser Besteuerung erhaltenen Mittel verwendet werden.

Der Übergang eines Teiles des Bodens auf die örtliche Selbstverwaltung löst die erste Frage: wer Boden erhält, der hat die Grundrente zu zahlen. Der wirtschaftlose städtische und ländliche Einwohner ist außerstande, die Rente zu zahlen, erhält deshalb auch keinen Boden zur Nutzung. Folglich wird er bei der Bodennutzung verdrängt, gleichviel, ob sich der Boden im Besitz einer Privatperson, der Gemeinde oder Ortsverwaltung befindet.

Die Frage, wie die auf diese Weise erhaltenen Mittel verwendet werden sollen, hängt vom Klassenkampf ab. Auf jeden Fall ist die ärmste Bevölkerung sehr dabei interessiert, daß diese ge-

---

* Die Verstaatlichung des ganzen Bodens, des großen wie des kleinen Grundbesitzes, ist außerdem noch vollständig utopistisch. Viele bäuerliche Grundeigentümer hätten diese als einen Versuch angesehen, ihnen das Land zu nehmen und sie in die Leibeigenschaft zu bringen.

waltigen Landstrecken nicht in die vollständige kontrollose Verwaltung des reicheren Teiles der Bevölkerung fallen: dies würde den Kampf um die Einnahmen aus dem Boden erschweren. Wenn sich diese Landstrecken im Besitz einer Privatperson oder der Gemeinde befänden, so würden sie nicht nur die Grundeigentümer stärken, sondern auch die Bevölkerung der Möglichkeit berauben, die Grundrente zu Bedürfnissen der Ortsverwaltung zu verwenden.

Die Ausdehnung des Landfonds der Körperschaften der Selbstverwaltung auf Kosten des privaten Großgrundbesitzes schwächt die Stütze des bureaukratischen Regimes und der Standesordnung ab, vernichtet sie sogar und reißt die Reste der Leibeigenschaft mit ihren Wurzeln aus. Eine solche Perspektive erschreckt nicht nur die Reaktionäre, sondern auch die Liberalen, die bereit sind, im Namen der Volksinteressen die Schlinge am Halse des Volkes, von der es sich zu befreien strebt, noch enger zusammenzuziehen. Sobald kein Großgrundbesitz mehr existiert, wird es unmöglich sein, die Semstwo zu einer Vertretung des Adels zu machen sowie ein Oberhaus aus Großgrundbesitzern zu bilden. Es ist nicht verwunderlich, wenn die Verehrer des alten Zustandes die Aufrechterhaltung des Adels warm befürworten.

Am populärsten ist folgendes Argument, womit man die Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes begründet: „Die Expropriation der großen Ländereien, beziehungsweise deren Grundrente, können nur jene fordern, die nach einer Umwandlung der kapitalistischen Produktionsweise in eine gesellschaftliche streben. Dies ist nur in einer mehr oder weniger entfernten Zukunft möglich." Die Expropriation der Grundrente aus dem Privatbesitz allein werde die Ausbeutung der Arbeit und die kapitalistischen Verhältnisse nicht aufheben, folglich ist sie zwecklos und überflüssig, solange die Möglichkeit einer sozialistischen Organisation der Produktion nicht vorhanden ist.

Zu dieser kuriosen Argumentation nehmen sogar die Gegner der kapitalistischen Ordnung ihre Zuflucht.

Oben suchten wir zu beweisen, daß die Expropriation der Grundrente in Wirklichkeit nur eine Besteuerung des Einkommens ist, das man aus dem Eigentumsrecht am Boden gewinnt; sie hat dieselbe Bedeutung wie die progressive Einkommensteuer.

Die progressive Besteuerung des Einkommens schafft auch die kapitalistischen Verhältnisse nicht ab, und dennoch wäre es sehr unvernünftig, sie als unerwünscht zu betrachten.

Die Verwandlung der Grundrente in eine Einnahme der demokratischen Orts-(Semstwo-)Organisationen läßt sich auf zwei Wegen verwirklichen: entweder allmählich mittels Einführung einer steigenden Grundrentensteuer oder mit einem Male durch Übergabe des Grundbesitzes an die örtliche Selbstverwaltung.

Das erstere ist auf friedlichem Wege, wenn auch unter langsamem Kampfe der demokratischen Bevölkerungsschichten mit dem Großgrundbesitz, möglich.

Der zweite Weg ist aber nur vermittels eines scharfen Zusammenstoßes der Klasseninteressen sowohl der städtischen als auch der ländlichen Bevölkerung mit dem Großgrundbesitz möglich. Nur der wenngleich zeitweilige Sieg der Demokratie wird die Möglichkeit gewähren, dem Großgrundbesitz einen entscheidenden Stoß zu versetzen. Dadurch wird sich die Demokratie befestigen und ihr die Sympathien der Bauernbevölkerung gesichert werden, denn die Erfolge der Demokratie sind mit den Interessen der Massen solidarisch. Nur unter dieser Bedingung wird eine Reaktion des Adels und der Bureaukratie unmöglich sein.*

Die Demokratie wird gezwungen sein, diese Wege zu gehen.

Entweder auf einmal durch eine Revolution oder allmählich durch den alltäglichen Kampf in einem Rechtsstaat muß die Grundrente von den großen Ländereien zu einem gesellschaftlichen Eigentum werden. Diese Maßnahme ist eins der wirksamsten Mittel zur Befestigung der Demokratie und zur Entwicklung der Produktivkräfte des Landes: indem sie die Hörigkeitsverhältnisse auf dem Lande abschafft, vernichtet sie auch die politische Macht, die sich auf diese Wirtschaftsformen stützt.

Viele glauben, daß das Proletariat gar nicht dabei interessiert ist, wem der Boden gehört.

Um das Verhältnis des Proletariats zum Grundbesitz klar zu legen, führen wir eine Analogie aus dem städtischen Leben an. Liegt es im Interesse des Proletariats, daß das städtische Eigentum unter den einzelnen Kapitalisten, unter Kapitalistengruppen

---

* Die gemäßigte demokratische Partei treibt eine sogenannte „realistische" Politik. Diese besteht darin, daß die „Realisten" sich stets im Nachtrab der Bewegung befinden und fürchten, die Bourgeoisie durch „unermeßliche Forderungen" abzuschrecken. Ein solcher Schritt übersteigt die Kräfte dieser schwankenden Partei, und deshalb scheint er ihr nicht „realistisch" zu sein.

oder Unternehmergesellschaften „gemeinschaftlich" verteilt wird? Man kann erwidern, daß die bäuerliche Gemeinde keine Unternehmergesellschaft ist; wir wollen mit diesem Beispiel aber nur die sozialen Beziehungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zueinander illustrieren. Der wohlhabende Bauer verhält sich und wird sich im Kampfe um die Einnahmen aus dem Boden zu den wirtschaftlosen Bauern nicht besser verhalten als jeder andere Unternehmer.

Jener Teil der Bevölkerung, der keine eigene Wirtschaft besitzt und vom Arbeitslohn lebt, ist nur daran interessiert, daß das Besitzrecht die anderen Gesellschaftsklassen nicht stärken soll, daß die Einnahmen aus dem Eigentum zur Bestreitung der Bevölkerungsbedürfnisse verwendet werden sollen.

Infolgedessen erscheint die Demokratisierung der örtlichen Selbstverwaltung als eine der notwendigsten und nächsten Aufgaben.

Die Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung ist unumgänglich.

Die Übergabe des zur Ausdehnung der bäuerlichen Bodennutzung erforderlichen Landes an die Ortsverwaltungen erscheint als die rationellste Maßnahme vom Standpunkt des Proletariats, das den Boden nicht unmittelbar benutzen kann.

Inwieweit die bäuerliche Bodennutzung ausgedehnt werden wird, hängt von den Klassenverhältnissen in der Revolution ab. Selbstverständlich, je mehr der Bodenbesitz der Selbstverwaltungen ausgedehnt wird, ein desto größerer Schritt wird auf dem Wege der politischen und ökonomischen Entwicklung getan werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, brachte die sozialdemokratische Fraktion folgendes Agrarprojekt in der Duma ein:

1. Aufhebung aller Gesetze, die die freie Verfügung der Bauern über ihr Landeigentum einschränken.

2. Die Enteignung und Übergabe der Kirchen-, Kloster-, Apanagen- und Kabinettländereien, sowie die der Staatsländereien ohne Entschädigung an die größeren Körperschaften der Ortsverwaltung, die auf Grund des demokratischen Wahlrechts gewählt werden. Die nichtbevölkerten Ländereien, die zu einem Kolonisationsfonds dienen können, ebenso die Wälder und Gewässer, die für die Gesellschaft von Bedeutung sind, gehen in die Verwaltung des demokratischen Staates über.

3. Auf derselben Grundlage, das heißt ohne Entschädigung, müssen auch die Privatländereien (der Kleinbesitz und die Nadjel-

ländereien ausgenommen) enteignet werden und an die demokratischen Ortsverwaltungen übergehen. Diese haben die Minimalgröße für jede Gegend zu bestimmen, von der an die Privatländereien der Enteignung anheimfallen sollen.

4. Dieselben Selbstverwaltungsorgane haben auch zu bestimmen, auf welche Art die Bevölkerung den enteigneten Boden zu benutzen hat. . . .

Die Bauernbewegung veranlaßte nicht nur die linken Parteien der Duma, sondern auch das Zentrum, die konstitutionellen Demokraten, die Forderung der Zwangsenteignung des größeren und mittleren Privatbesitzes aufzustellen. Mit erdrückender Mehrheit sprach sich die erste Reichsduma für dieses Prinzip aus, wobei sie aber die Form und den Umfang der Enteignung nicht bestimmte.

VIII.

Die Einberufung der Reichsduma, die Wahlkampagne und die Tätigkeit der Duma haben Bevölkerungsschichten revolutioniert, die bisher noch geschlummert hatten. Viele Deputierte aus den entferntesten Winkeln Rußlands erhielten Instruktionen über private und örtliche Bedürfnisse.

Die Zusammenstöße der verschiedenen Parteien untereinander und der Duma mit der Regierung weckten nicht nur den Gedanken, sondern beförderten auch die Konzentration der gesellschaftlichen Kräfte.

Diese Konzentration bedrohte sowohl die Bureaukratie als auch die Gutsbesitzer, weil die Bauernfrage nicht mehr eine Frage dieses oder jenes Dorfes war, wo die Bauern nur an ihre Not und an ihren Kampf mit ihrem Gutsbesitzer dachten, sondern ein Kampf aller Bauern gegen alle Gutsbesitzer. So hat die erste Dumatagung die Isoliertheit der Bauern beseitigt, jenen Idiotismus des Dorflebens, der den Horizont der Bauern einengte und deren Aufmerksamkeit auf den Kampf mit dem benachbarten Gutsbesitzer lenkte. Die Revolution äußerte sich darin, daß sie die zersplitterten, isolierten revolutionären Kräfte auf eine höhere Entwicklungsstufe hob, und sie in einem gemeinsamen Streben mit ein und derselben Lösung um ein und dasselbe Zentrum vereinigte.

Es war leicht wahrzunehmen, daß, je nachdem sich die Bauern- und Arbeiterbevölkerung mit der Tätigkeit der Reichsduma bekannt machte, sie ihre Sympathien und Aufmerksamkeit immer mehr um

die Losungen der Trudowiki und Sozialdemokraten konzentrierte: die völlige Enteignung des privaten Großgrundbesitzes und dessen Übergabe an die Bauern zur Nutzung.

Die Regierung sah die Gefahr und beeilte sich, die Duma auseinanderzujagen, um die Kräfte der Revolution zu zersplittern. Die Auflösung der Duma verschärfte aber die Beziehungen der Bauern zu den Gutsbesitzern und der Regierung und rief Zusammenstöße hervor. Obgleich die letzteren stets mit Niederlagen der Bauern und grausamen Verfolgungen durch die Regierung endigten, wurde es doch allen klar, daß sich die Kräfte der Regierung in diesem Kampfe immer mehr erschöpften. Die Regierung sah ein, daß sie mit den Feldgerichten und Strafexpeditionen allein die Bauernbewegung nicht unterdrücken konnte und bald im Kampfe mit den Bauern ihren eigenen Untergang finden würde, wenn sie nicht wenigstens einen Teil der Bauern beruhigte.

Für die Regierung galt es, die durch die Duma populär gewordene Idee einer allgemeinen staatlichen Lösung der Agrarfrage zu vernichten. Deshalb mußte sie den Bauern irgend einen Brocken hinwerfen, um ihre Aufmerksamkeit auf die Teilung dieses Bissens zu lenken und dadurch sie gleichzeitig der Hoffnung auf eine andere, vorteilhaftere Lösung der Agrarfrage zu berauben.

Dies versuchte die Regierung mittels ihrer Agrarpolitik nach der ersten Dumaauflösung.

Durch den Ukas vom 9. August 1906 wird ein Teil der Nadjelländereien der Bauernbank zum Verkauf an die Bauern übergeben. Ein zweiter Ukas vom 27. August 1906 ordnete den Verkauf von Staatsländereien an die Bauern an. Schließlich ordnete am 19. September ein Ukas an, daß den Auswanderern Kabinettsländereien am Altaigebirge zur Verfügung gestellt werden sollen.

Über diese Ländereien haben die Kommissionen, die durch den Ukas vom 4. März 1906 eingesetzt wurden*, zu verfügen.

---

* Diese Kommissionen bestehen aus Staatsbeamten (Gouverneur, Adelsmarschall, Landeshauptmann usw.), drei Vertretern der Semstwo und drei Bauernbevollmächtigten. Ihre Aufgabe besteht darin, daß sie „die notwendigsten Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung allmählich befriedigen sollen, bei unbedingter Aufrechterhaltung der Rechte der Privatbesitzer". Zu diesem Ziele müssen sie der Bauernbank in ihren Operationen zu Hilfe kommen, die Vermittlung zwischen dem Ankäufer und Verkäufer von Ländereien und der Bauernbank übernehmen usw. An vielen Orten haben die

Diese Politik sollte nicht nur die Bauernbewegung schwächen, sondern auch die finanzielle Lage der Regierung aufbessern. Da die Abzahlungen von den Bauern schwer einzutreiben waren, so hoffte die Regierung von den Käufern eine bedeutende Summe zu erhalten.

Dieser Plan erwies sich auch für die Gutsbesitzer so günstig, daß viele von ihnen, die während der Dumatagung den Bauern ihre Länder zu billigen Preisen verkauft hatten, ihre Kontrakte brachen, in der Hoffnung, mit Hilfe der Regierung und der Bauernbank den Bauern dreimal soviel Geld zu entreißen. Diesem Wunsche der Gutsbesitzer entsprechend, beschloß die Regierung, die Operationen der Bauernbank beim Ankauf von Privatländereier auszudehnen. Auch diese Operation wird, wie die Regierung glaubt, eine bedeutende Summe einbringen.

Wenn wir die ökonomische Bedeutung dieser Regierungsmaßnahmen betrachten, so ergibt sich folgendes: Im ganzen zählt man im europäischen Rußland 140 Millionen Deßjätinen Staatsländereien; der größte Teil aber liegt in den dünn bevölkerten Gouvernements (Astrachan, Wologda, Olonezk, Perm und Wjatka) und besteht aus Wäldern und Sümpfen. Inwieweit diese Ländereien kulturfähig sind, kann man daraus schließen, daß sich im Gouvernement Perm zum Beispiel einige Geometer und Taxatoren in den Wäldern und Sümpfen verirrten und verhungerten.

Von den Staatsländereien werden vier Millionen Deßjätinen kulturfähigen Landes und drei Millionen Deßjätinen Wald zum Verkauf vorgeschlagen. Der größte Teil dieser Ländereien liegt jedoch in Gouvernements, wo der Bodenmangel nicht so fühlbar und die Unterjochungspacht nicht so verbreitet ist. So in den Gouvernements Saratow über 200000 Deßjätinen Staatsland, Samara 1350000 Deßjätinen, Astrachan 840000 Deßjätinen, Perm 257000 Deßjätinen, Orenburg 225000 Deßjätinen, Taurien 214000 Deßjätinen, Cherson 218000 Deßjätinen und Ufa 190000 Deßjätinen.

Mit diesem Mittel würde sogar durch unentgeltliche Abgabe der Staatsländereien an die Bauern die Hörigkeitsverhältnisse im größten Teil des europäischen Rußlands nicht abgeschafft werden können. Der Verkauf aber ist obendrein ein Versuch, auch noch die jetzt nicht

---

Bauern die Bedeutung dieser Kommissionen verstanden und deren Wahlen boykottiert mit dem Hinweis, daß sie die Lösung der Agrarfrage von der Reichsduma erwarten.

unterworfenen Bauern zu unterjochen, weil sie hohe Ablösungssummen zu zahlen haben werden.

Dieselbe Bedeutung hat der Verkauf der Apanagenländereien, die in einigen von den oben angeführten Gouvernements und außerdem in den Gouvernements Kiew, Podolien und Simbirsk liegen.

In den meisten Gouvernements der zentralen Schwarzerde und des baltischen Gebiets, wo die Hörigkeitsverhältnisse der Bauern sich erhalten haben, gibt es nur wenig Staats- und Apanagenländereien, dagegen am meisten Gutsländereien. Damit ist klar, daß die Regierung gar nicht beabsichtigt, die Bauern mit den Staats- und Apanagenländereien zu befriedigen, sondern die Bauernschaft zu spalten und einen Teil durch die Hoffnung zu erkaufen sucht, daß er in Zukunft eine Parzelle als Eigentum erhält.

Ebenso ist auch von der Bauernbank keine Lösung der Agrarfrage zu erwarten. Jetzt sind die Operationen dieser Bank im Verhältnis zu dem wirklichen Bedarf der Bauern an Land sehr gering. Vielleicht wird die Regierung sich dazu aufraffen, die Bauernbank zum Ankauf von 10 bis 20 Millionen Deßjätinen Privatlandes zu veranlassen. Jedoch hängen die Operationen der Bauernbank nicht ausschließlich von dem Willen der Regierung, sondern auch von dem der Gutsbesitzer ab. Wenn die Bauernbewegung die Gutsbesitzer nicht besonders stark beunruhigen wird, so werden sie ihr Land nicht verkaufen und es vorziehen, die Bauern durch Hungerpacht, Teilbau usw. auszubeuten. Die Bauernbank kann also ihre Operationen nur bei Erstarkung der allgemeinen revolutionären Bewegung und speziell der Bauernbewegung ausdehnen. Allein die Erstarkung der revolutionären Bewegung wird zur völligen finanziellen Machtlosigkeit der Regierung führen.

Die Bauernfrage ist ja gerade deshalb so schwer zu lösen, weil ihre Lösung mit dem Verlust von einigen Milliarden Rubel entweder für die Bauern oder Gutsbesitzer verbunden ist. Die Regierung kann gewiß die Verpflichtung übernehmen, den Gutsbesitzern diese Milliarden auszuzahlen; aber die Agrarbewegung besteht gerade darin, daß die Bauern weder wollen noch imstande sind, den Pachtzins zu zahlen. Die Ursachen der Revolution muß man in den vorhandenen wirtschaftlichen Verhältnissen suchen, die sich nicht im geringsten dadurch ändern werden, daß die Regierung statt der Gutsbesitzer von den Bauern die Abzahlungen erheben wird. Die neue Schuld von Milliarden wird den Kredit der Regierung

vollständig untergraben, weil sich die Obligationen der Bauernbank durch neue ausländische Anleihen nicht decken lassen. Die Obligationen der Bauernbank müssen durch die Abzahlungen der Bauern gedeckt werden. Aber die Eintreibung dieser neuen Abzahlungen wird zu neuen und häufigen Konflikten zwischen den Bauern und der Regierung führen, weil all die Konflikte, die jetzt auf dem Boden der Pacht zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern stattfinden, dann zwischen den Bauern und der Regierung vor sich gehen werden.

Die Ausdehnung der Operationen der Bauernbank auf über zehn Millionen Deßjätinen Land wird von den Bauern über hundert Millionen jährlicher Abzahlungen fordern. Auf das Eingehen der Abzahlungen zu hoffen, ist jedoch bei Erstarkung der Bauernbewegung* unmöglich. Wenn man dazu noch in Betracht zieht, daß sich bereits ohne die Operationen der Bauernbank die finanziellen Mittel der Regierung erschöpfen, so muß man die Unumgänglichkeit eines noch nie dagewesenen finanziellen Kraches anerkennen, der nicht nur Rußland, sondern auch einen bedeutenden Teil Westeuropas erschüttern wird. Die Regierung glaubt die Revolution überstehen zu können, sie strengt alle ihre finanziellen Kräfte dabei an. Diese Anstrengung aber, die die Revolution noch auf einige Jahre ausdehnt, zieht nicht nur die Regierung, sondern auch diejenigen, die sich auf die Regierung stützen, ins Verderben. Die heutige Schuld von zehn Milliarden lastet wie ein schwerer Alp auf der Regierung. Eine neue Schuld von fünf Milliarden wird die Stunde der Abrechnung vielleicht hinausschieben, aber nicht dauernd hindern können.

Die Pläne der Regierung sind schon deshalb unausführbar, weil die Bauernschaft bereits ruiniert ist und nur noch wenige Bauern durch die Spekulation der Regierung sich fangen lassen werden.

Von demselben Geiste, wie die oben schon erwähnten Ukase, ist auch der Ukas vom 9. November 1906 über die Auflösung der Dorfgemeinde, des „Mir", durchdrungen.

Das Wesen dieses Ukases vom 9. November 1906 besteht darin, daß jedes Gemeindemitglied von der Gemeinde die Ausscheidung seines Landanteils als sein volles Privateigentum fordern kann. Wenn in der Gemeinde seit mehr als 24 Jahren keine Land-

* Und das ist gerade die Bedingung, unter der die Bauernbank eine große Menge von Ländereien ankaufen kann.

umteilungen stattfanden, so wird diesem Gemeindemitglied sein faktischer Nadjel zugeteilt; wenn aber in den letzten 24 Jahren Landumteilungen stattgefunden haben, so wird das nach der letzten Umteilung ihm zugeteilte Los sein Eigentum. Wenn er mehr Land hat, als nach der jetzigen Zahl seiner Familienmitglieder ihm zusteht, so muß er der Gemeinde für das übrige Land den Ablösungspreis auszahlen. Will die Gemeinde darauf nicht eingehen, so kann es der Semski Natschalnik (Landeshauptmann) veranlassen.

Die Gemeinde (das Mir), die die Regierung stets als Stütze der „patriarchalischen" Ordnung betrachtete, wird durch diesen Ukas aufgelöst, und zwar oft gegen den Willen der Gemeinde zugunsten einzelner Gemeindemitglieder.

Wenn die Bevormundung der Bauern unter anderem auch durch die Gemeinde als eine administrativ-wirtschaftliche Organisation die Entwicklung der Volkswirtschaft gehemmt hat, so kann diese zwangsweise Auflösung dennoch nicht geringen Schaden verursachen, da stellenweise der Gemeindebesitz für die Mehrheit der Mitglieder vorteilhaft ist. Darum aber kümmert sich die Regierung nicht. Divide et impera! Die Bauern traten in der Revolution oft geschlossen im Namen des „Mirs" auf; auf ihren Gemeindeversammlungen nahmen sie revolutionäre Resolutionen an; die „Gemeinde" teilte unter ihren Mitgliedern das Gutsgetreide usw. Diese Bauneinheit zu zerspalten — das bezweckt dieser Ukas.

Diese Ukase genügten der Regierung jedoch im Kampfe mit der Bauernbewegung allein nicht. Sie nahm auch zu anderen Mitteln ihre Zuflucht. Um die Bauernbewegung zu schwächen und einen Teil der Bauernbevölkerung zur Auswanderung zu veranlassen, wurden in die Dörfer 400000 Plakate versandt, die mit großen Buchstaben „die freie Kolonisation der Staatsländereien im asiatischen Rußland und die Regierungsunterstützung bei der Auswanderung" verkündeten. Diese Plakate rieten den Bauern, ihren Nadjel aus dem Gemeindebesitz auf Grund des Ukases vom 9. November auszuscheiden, ihn zu verkaufen oder bei der Bauernbank zu verpfänden, die den Auswanderern gern zu Hilfe kommen werde. Die Bauern wurden in der schlimmsten Art geprellt. Eine gewaltige Anzahl* von ihnen glaubte der Regierung und machte

* Vom 1. Januar bis zum 1. April gingen durch Tscheljabinsk über 100000 Auswanderer.

sich auf den Weg nach Sibirien. Da für sie keine Ländereien vorbereitet waren, so hungern heute noch viele auf den Stationen der sibirischen Eisenbahn.

Die Bewegung wuchs endlich der Regierung über den Kopf. Sie traf Maßnahmen, die Auswanderung zu verhindern.

So wird zum Beispiel aus dem Gouvernement Poltawa vom 28. April 1907 telegraphiert: „Die Auswanderungsbewegung aus dem Gouvernement Poltawa nahm ungeheure Dimensionen an infolge der Agitation des Landeshauptmannes und der Semstwoagenten. Die Hauptverwaltung für Kolonisationsangelegenheiten sieht sich jetzt gezwungen, Maßnahmen zur Einschränkung der Auswanderung zu ergreifen. . . ."

Zu welcher Demagogie die Regierung ihre Zuflucht oft nimmt, um die Bauernbewegung abzuschwächen, ist schon aus dem Gesetzentwurf der Regierung ersichtlich, der in den Zeitungen veröffentlicht worden ist. Danach soll jedem Familienhaupt, das über 25 Jahre alt ist und seine Tätigkeit in der Landwirtschaft nachweisen kann, das Recht auf einen Nadjel bis zu 50 Deßjätinen (!) aus den Staatsländereien gewährt werden.

Alle von uns oben angeführten Ukase wurden in der Zeit nach der Dumaauflösung bis zur Einberufung der zweiten Duma erlassen. Jetzt hat die Regierung der Duma einen Gesetzentwurf über den Gemeindebesitz vorgelegt, der in seinen Hauptzügen dem von uns angeführten Ukas vom 9. November 1906 ähnlich ist. Vom letzteren unterscheidet er sich hauptsächlich darin, daß die Regierung statt des Landeshauptmanns einen Regierungskommissar zur entscheidenden Instanz in den Fragen des Ausscheidens aus der Gemeinde machen will. Der verhaßte Name eines Beamten wird durch einen anderen der Bevölkerung noch unbekannten Namen ersetzt. Die Regierung hält es aber für unmöglich, die Bauern ohne administrative Bevormundung zu lassen.

Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Reichsduma die Gesetzentwürfe der Regierung ablehnen wird. Jetzt, wie vor einem Jahre, stehen sich die Regierung und das Volk als unversöhnliche Gegner gegenüber. Es läßt sich natürlich schwer voraussagen, welche Resultate dieser Kampf bringen wird. Eins läßt sich aber mit Bestimmtheit behaupten: Von keiner Frage hängt die Wiedergeburt Rußlands mehr ab, als von der Lösung der Agrarfrage.

Wir empfehlen:

Die Lage der arbeitenden Klasse * in Rußland *

Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit.

Von K. A. Pashitnow.

Autorisierte Übersetzung von M. Nachimson

Mit einem Anhang von M. Nachimson.

Preis broschiert Mk. 2.50, gebunden Mk. 3.—

o o o

Zur Kritik * der politischen Ökonomie *

von Karl Marx.

Herausgegeben von Karl Kautsky.

Zweite, vermehrte Neuausgabe

LVIII und 202 Seiten. Preis broschiert M. 2.—, gebunden M. 2.50.

o o

Der Text der berühmten Schrift von Karl Marx ist unverändert abgedruckt worden, vermehrt ist sie durch die im Nachlaß von Marx vorgefundene „Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie". Sie stellt, wie der Herausgeber eine erhebliche Bereicherung der marxistischen Literatur und damit auch des vorliegenden Buches dar.

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.

herausgegeben von Franz Mehring.

Gesammelte Schriften von Karl Marx u. Friedr. Engels 1841 bis 1850.

Komplett in vier Bänden gebunden Mk. 20.—

Der erste Band enthält die Schriften von Marx und Engels, in denen sie sich bis zur Schwelle des Sozialismus entwickeln, den begründet zu haben ihr unsterbliches Verdienst ist.

Der zweite Band enthält alles, was sie in der theoretischen Begründung und Entwicklung ihres neu gewonnenen Standpunkts gearbeitet und mit anderen Richtungen der Zeit durchkämpft haben, bis zum Kommunistischen Manifeste, der klassischen Geburtsurkunde des modernen wissenschaftlichen Kommunismus.

Der dritte Band veröffentlicht endlich ihre Aufsätze aus der Neuen Rheinischen Zeitung und deren Revue, also die praktischen Proben auf die Richtigkeit ihrer theoretischen Resultate. Damit ist die erste Periode in der öffentlichen Wirksamkeit für Marx und Engels abgeschlossen.

Der vierte Band enthält die Briefe Lassalles an Marx und Engels, die zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der vorliegenden Sammlung stehen, aber sie ihrem Wesen nach für die fünfziger Jahre fortsetzen, indem sie für dies Jahrzehnt die sicherste urkundliche Grundlage bieten, sowohl für die Geschichte des modernen wissenschaftlichen Kommunismus, als auch für die Biographien seiner klassischen Vorkämpfer.

Einige Urteile der Presse.

„Aeußerlich bietet der erste uns bereits vorliegende Band nur einige dem Inhalt nach ganz verschiedene und unzusammenhängende Jugendschriften von Marx: seine Doktor-Dissertation über die griechische Philosophie, dann seine Aufsätze über die Zensur und Preßfreiheit, über den Holzdiebstahl, seine Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie und seine Abhandlung über die Judenfrage, sowie zwei von Engels über die Nationalokonomie und über England. . . . Doch da tritt Mehring mit seinen bescheiden als „Einleitungen" betitelten Ausführungen dazwischen, und aus den bunten, vereinzelten Fragmenten der geistigen Tätigkeit Marx' entsteht allmählich vor unseren Augen ein ganzes volles Leben, eine bis zur Handgreiflichkeit plastische Gestalt des Mannes, der das Zentrum bildete, um ihn herum, in geringerer oder größerer Entfernung, alle die ihm nahe standen und seine geistige Atmosphäre bildeten, die Verwandten, Lehrer, Freunde, Studien- und Kampfgenossen, die Männer der dreißiger und vierziger Jahre, aus der Vergessenheit herausgerissen, wieder zum Leben beschworen; wir sehen sie alle lebendig, sich bewegen, kämpfen, denken, arbeiten, mit Marx und untereinander in geistigem Kontakt, jeden in seiner Eigenart, mit seinen besonderen geistigen Anlagen und Interessen, sogar mit seinem Charakter und Temperament."

„Vorwärts."

Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland.

Von Karl Marx.

Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky.

Zweite Auflage. XXXII und 142 Seiten 8°. Preis brosch. Mk. 1.50, gebd. Mk. 2.—

„Jeder, der inskünftig über die 48er Revolutionen objektiv schreiben will, wird dieses Buch, das selbst weder objektiv ist, noch es sein will, zu Rate ziehen müssen, da es in äußerst geistvoller, klarer Darstellung helle Schlaglichter auf damalige Zustände wirft. Wir können das Buch unseren Lesern auf das angelegentlichste empfehlen. Es ist geradezu bewunderungswürdig, wie Marx es verstanden hat, auf so kleinem Raum den gewaltigen Stoff sozusagen erschöpfend darzustellen. Das vermag nur ein Mann mit weitem Blick, prägnantem Stil und eminentem Expositionstalent. . . . Keiner wird das Buch nach beendigter Lektüre aus der Hand legen ohne das Gefühl, eines großen Geistes Hauch verspürt zu haben." Sonntagsblatt des „Berner Bund", Nr. 82 vom 9. August 1896.

„. . . so bedarf es wohl kaum des Hinweises auf die bekannte klare und fesselnde Darstellung des Marxschen Stils, um einleuchten zu lassen, daß wir eine der interessantesten Schriften über die politischen Umwälzungen der Jahrhundertsmitte vor uns haben. Die Übersetzung von Kautsky ist vortrefflich; sie liest sich wie ein Original."

„Die Gesellschaft", Monatsschrift für Literatur, Kunst und Sozialpolitik, 8. Heft, 1896.

„So frisch und anschaulich zeichnete Karl Marx die Situation. Meint man nicht, die Tinte dieser Skizze sei kaum erst trocken geworden, die Schilderung sei von diesem Meister des epigrammischen Stils heute erst geschrieben?"

„Leipziger Volkszeitung", Nr. 122 vom 30. Mai 1896.

„Vorurteilslose Leute werden finden, daß die Briefe heute noch nicht nur das Lesen wert, sondern auch als Dokumente für ein Urteil über jene Zeit sorgsam zu bewahren sind." „Frankfurter Zeitung", Nr. 304 vom 1. November 1896.

„Die ausgezeichnete Übersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland, die Marx von London aus 1851 und 52 in der Neuyorker „Daily Tribune" veröffentlicht hat, ist dem deutschen Arbeiterpublikum unter dem Titel „Revolution und Konterrevolution" zugänglich gemacht. Die Parteipresse hat ihre Leser nicht mit besonderem Nachdruck auf diese neue Publikation verwiesen, und doch wäre die weiteste Verbreitung derselben für die politische Bildung der deutschen Arbeiterschaft äußerst wertvoll. Jeder aufgeklärte Arbeiter wird diese Darlegungen — nicht nur, was selbstverständlich ist, mit Nutzen — sondern auch mit Vergnügen lesen können."

„Vorwärts", Berlin, Nr. 263, 13. Jahrg.

✻ ✻ ✻ Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ✻ ✻ ✻

Die Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

von Franz Mehring.

Erster Band
Bis zur Märzrevolution

Zweiter Band
Bis zum preuß. Verfassungsstreit

Dritter Band
Bis zum deutsch-französ. Krieg

Vierter Band
Bis zum Erfurter Programm

Preis pro Band broschiert Mk. 4.—, elegant gebunden Mk. 5.—

Einige Urteile der Presse über die erste Auflage.

„Das Werk Mehrings ist eine mustergültige Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Durchsichtige, klare Darstellung der Vorgänge paart sich mit tiefgründiger, umfassender Kenntnis des sorgsam gesichteten und wohlbearbeiteten Stoffes, den zu sammeln allein schon die Frucht vieljähriger Arbeit ist. Anschaulich werden die geschichtlichen Zusammenhänge, die treibenden Kräfte der Entwicklung aufgedeckt, die wirtschaftsgeschichtlichen Vorbedingungen der sozialen Bewegung ins rechte Licht gerückt, die Persönlichkeiten, die in der Geschichte des Sozialismus eine Rolle spielen, treffend und sachlich gezeichnet und ihrer Bedeutung gemäß gewürdigt."
„Leipziger Volkszeitung", Nr. 128, 1. Juni 1897.

„Je näher dieses monumentale Werk der Gegenwart rückt, desto bunter werden die Bilder, desto schärfer die Konturen, desto belebter die Szenen, desto lebendiger die Beziehungen der geschilderten Zustände, Strebungen und Strömungen, Parteigruppierungen und Kämpfe zu den heutigen, desto mehr wird auch der Leser gefesselt durch das Auftreten der Träger wohlbekannter Namen. Unter diesen ragen die beiden Unsterblichen hervor, Karl Marx und Friedrich Engels, deren geistiges Porträt zu den anziehendsten und gelungensten Partien der ersten Bogen gehört. Mit lebhaftem Interesse und wachsender Spannung verfolgen wir den Entwicklungsgang beider Männer durch die jugendliche Gärungsperiode bis zur vollen Klärung, wobei wir mit ihren sozusagen apokryphen Schriften, die nur noch in wenigen Exemplaren existieren und doch unvergängliche Denkmäler und Marksteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung bilden, bekannt gemacht werden."
„Schwäbische Tagwacht", Nr. 129, 5. Juni 1897.

„Der Verfasser des Buches hat es verstanden, mit bewundernswerter Sachkenntnis den gewaltigen Stoff zu beherrschen. Die wunderbare Klarheit des Stiles bei aller Kürze und Knappheit der Schilderung wirkt auf den Leser in erfrischendster und anregendster Weise. Wer das Buch zu lesen versteht, wird es mit Anerkennung und Begeisterung aus der Hand legen."
„Fränkische Tagespost", Nr. 134, 12. Juni 1897.

○ ○ ○ Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ○ ○ ○

Wir empfehlen:

Sechzehn Jahre in Sibirien

Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von L. G. Deutsch.

Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. 350 Seiten. Gebunden M. 3.50.

Siebtes Tausend.

○ ○

„Neben Dostojewskis erschütternden ‚Memoiren aus einem Totenhause' und Kennans ‚Sibirien' kann das im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erschienene Buch unseres Parteigenossen Leo Deutsch ‚Sechzehn Jahre in Sibirien' wohl eines der besten Werke genannt werden, die über die Zustände in jenem ungeheuren Kerker Auskunft geben. Ja, in seiner ergreifenden Einfachheit übertrifft das Buch von Leo Deutsch bei weitem die Darstellungen des Amerikaners. Der Verfasser hat ungewollt, nur von seinem tragischen Stoff gedrängt, seiner Schilderung einen straffen künstlerischen Gehalt gegeben, eine Steigerung, die uns beim Anblick der vielen düsteren Bilder kaum zum Aufatmen kommen läßt. . . .

„. . . Das Buch wird von neuem die Parteigenossen mit Bewunderung für die russischen Helden erfüllen, von neuem zu Protesten gegen den russischen Knuten-Absolutismus anspornen."

„Vorwärts", Berlin.

„Leo Deutsch schildert in seinem Buche, das in vier Sprachen erschien, seine Erlebnisse von seiner Verhaftung in Freiburg im März 1884 an bis zu seiner Flucht aus Sibirien im Jahre 1901 in eingehender und anziehender Weise. Die interessantesten Teile des Werkes sind natürlich diejenigen, welche sich auf den Transport der Verurteilten und das Leben derselben in den sibirischen Strafanstalten beziehen. Deutsch war in das Gefängnis von Kara gebracht worden. Wahrhaft ergreifend sind seine Mitteilungen über die Schicksale einer ganzen Reihe hochgebildeter Frauen, die es vorzogen, sich freiwillig den Tod zu geben, als sich den brutalen Mißhandlungen zu unterwerfen. Dabei bleibt der Verfasser stets maßvoll in seinen Ausdrücken, selbst wenn er die erschütterndsten Tragödien schildert, und das bei ihm vorherrschende Gefühl ist doch nur das Bedauern, daß solche Dinge in seinem Vaterland, das er so sehr liebt, vorkommen können. Deutsch befand sich im Sommer 1900 in Blagoweschtschensk, als Tausende von Chinesen im Amur ertränkt wurden, und der Verfasser schildert nun in ausführlicher Weise die Vorgänge, denen er zum Teil als Augenzeuge beigewohnt hat. Das sehr lesenswerte Buch schmücken verschiedene Bilder, so das Porträt des Verfassers selbst und die Porträts von sechs anderen Verbannten, drei Frauen und drei Männern, sowie Bilder von den Etappenstationen und der Strafkolonie Kara."

„Frankfurter Zeitung".

„Deutsch schildert ganz meisterhaft das deutsche und russische Gefängnisleben, die Zwangsarbeit in Sibirien, den Verkehr der Behörden mit den Gefangenen, und vor allem die russischen Revolutionäre selbst. Es ist selten, daß ein wissenschaftlich vielseitig gebildeter Mann sich so, wie der Verfasser, ein konkretes, naives Verhältnis zu allen Dingen bewahrt hat, Menschen verschiedenster Art gleich liebevoll und mit gleich feinem psychologischen Verständnis beobachtet. Vor der Seelengröße der revolutionären Offiziere, Studenten, Arbeiter, Beamten muß man die allergrößte Hochachtung haben. Sie leben nur dem Kampfe für ihre Sache. Hunderte, Tausende von Angehörigen der Bildungsschicht, deren Existenz der Zarismus zertritt, verhungern in den Gefängnissen, erfrieren in der Steppe, brechen unter ihren Ketten zusammen. Doppelt soviele folgen nach. Unabsehbar, wie der Weg zum Ziel, das vor ihnen liegt, ist die Kolonne der Kämpfer. Werden alle Opfer etwas helfen?"

„Die Hilfe", Nr. 41.

Soeben ist erschienen:

Viermal entflohen

Von Leo Deutsch

Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien".

Preis broschiert Mk. 1.50, gebunden Mk. 2.—

o o o

Leo Deutsch hat in dem ersten Teil seines neuen Buches **„Viermal entflohen"** eine sehr interessante Ergänzung zu **„Sechzehn Jahre in Sibirien"** gegeben. In dem umfangreichen zweiten Teil schildert er seine Erlebnisse in direktem Anschluß an sein früheres Werk: seine Flucht aus Sibirien, seinen Aufenthalt im Ausland und in der Hauptsache seine Rückkehr nach Rußland im Jahre 1905.

Wir erleben an der Hand seiner Darstellung mit ihm die Revolution selbst und gewinnen dabei einen tiefen Einblick in die treibenden Kräfte der Revolutionäre sowohl wie der Reaktion. Im hohen Grade spannend sind die Schilderungen seiner Verhaftung und seiner Einkerkerung in verschiedenen Gefängnissen St. Petersburgs, der Leiden während seines Aufenthalts in der Peter-Pauls-Festung, der administrativen Verbannung und des Transports nach dem schrecklichen Turuchansk in Sibirien und seiner abermaligen glücklichen Flucht. Und stets ist der liebenswürdige Erzähler, der bereits an der Schwelle des Greisenalters steht, voll guten Muts und starken Vertrauens auf den kommenden Sieg seiner Sache.

Wir empfehlen nachstehende billige Volksausgaben:

Die Französische Revolution

Volkstümliche Darstellung
der Ereignisse in Frankreich von 1789 bis 1804.
Von **Wilhelm Blos.**

Preis gebunden Mk. 4.—

o o

Die Deutsche Revolution

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849.
Von **Wilhelm Blos.**

Preis gebunden Mk. 4.—

o o

Die Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik

Von **Louis Heritier.**

Preis gebunden Mk. 4.—

o o

Die Geschichte der französischen Kommune von 1871

Von **Lissagaray.**

Dritte Auflage. Preis gebunden Mk. 3.—

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

S
469
R9M3415

Masslow, Peter
Die Agrarfrage in Russland

BioMed

Inhalt der Internationalen Bibliothek.

(Die fehlenden Nummern sind vergriffen.)

Band

1 Dr. **Ed. Aveling, Die Darwinsche Theorie.** Siebente Auflage. Mit Porträt u. Biographie Darwins. Preis geb. M. 2.—

2 **Karl Kautsky, Karl Marx' Ökonomische Lehren.** Gemeinverständlich dargestellt und erläutert. Elfte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

5 **Karl Kautsky, Thomas More und seine Utopie.** Mit einer historischen Einleitung. 2. verbess. Aufl. Preis geb. M. 3.—

6 **A. Bebel, Charles Fourier.** Sein Leben und seine Theorien. Mit einem Porträt Fouriers und einer Abbildung des Phalansteres. 3. Aufl. Preis geb. M. 2.50.

8 **J. Stern, Die Philosophie Spinozas.** Mit Porträt Spinozas. Dritte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

9 **A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus.** 46. Auflage. Preis geb. M. 2.50.

10 **Lissagaray, Die Geschichte der Kommune von 1871.** Dritte Auflage. Illustrierte Ausgabe. Preis geb. M. 3.—

11 **Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.** Elfte Auflage. Preis gebunden M. 1.50.

12 **Karl Marx, Das Elend der Philosophie.** Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends". 4. Auflage. Preis gebunden M. 2.—

13 **Karl Kautsky, Das Erfurter Programm** in seinem grundsätzlichen Teile. Achte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

14 **Friedrich Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England.** Zweite, durchgesehene Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

16 Dr. **F. B. Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes.** Sechste Auflage. Mit 34 Abbildungen im Text und einer farbigen Tafel. Preis gebunden M. 2.50.

17 **Franz Mehring, Die Lessing-Legende.** Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur. Zweite Auflage. Mit einem neuen Vorwort. Preis gebunden M. 3.—

18 Dr. **H. Lux, Etienne Cabet** und der Ikarische Kommunismus. Mit einem Porträt Etienne Cabets. Preis gebunden M. 2.—

20 **G. Plechanow, N. G. Tschernischewsky.** Eine literar-historische Studie. Preis gebunden M. 3.—

21 **Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft.** Sechste Auflage. Preis geb. M. 3.—

22 **Josef Dietzgen, Das Acquisit der Philosophie** und **Briefe über Logik.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 2.—

23 **Howell, Die Englische Gewerkvereins-Bewegung.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 2.—

24 **Karl Marx, Revolution u. Konter-Revolution in Deutschland.** Zweite Auflage. Preis gebunden M. 2.—

26 a, b, c Dr. **A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft.** Gesammelte Vorträge und Aufsätze. Erste Serie in drei Teilen.

Band

26 a — **Leben und Tod.** Illustriert. Dritte Auflage. Preis gebunden M. 2.—

26 b — **Kleinere Aufsätze und Vorträge.** 3. Auflage. Preis geb. M. 2.—

26 c — **Moses oder Darwin?** Eine Schulfrage. 9. Auflage. Preis gebunden M. 1.50.

27 **Lindemann (E. Hugo), Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England.** 2. Auflage. Mit einem neuen Vorwort. Preis gebunden M. 2.50.

28 **Gaston Moch,** Kapitän a. D. der Artillerie, **Die Armee der Demokratie.** Preis gebunden M. 1.50.

30 **Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie.** Dritte, durch eine Einleitung des Verfassers vermehrte Auflage. Preis gebunden M. 2.50.

31 **Josef Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit.** Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft. Mit Porträt. Preis gebunden M. 2.—

32 **Josef Dietzgen, Kleinere philosophische Schriften.** Eine Auswahl. Preis gebunden M. 2.50.

33 **Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien.** Erinnerungen eines russischen Revolutionärs. Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. Siebtes Tausend. Preis gebunden M. 3.50.

34 Dr. **A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft.** Zweite Serie. Mitten im Kampf. Pädagogisches. Aus dem sonnigen Süden. Preis gebunden M. 4.—

35 **Karl Marx, Theorien über den Mehrwert.** Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie" von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. Erster Band. Preis gebunden M. 6.—

36 — —, Zweiter Band, erster Teil. Preis gebunden M. 5.—

37 — —, Zweiter Band, zweiter Teil. Preis gebunden M. 5.50.

38 **Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung.** Preis gebunden M. 1.50.

39 **Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.** Preis gebunden M. 3.—

40 **K. A. Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland.** Uebersetzt von M. Nachimson. Preis gebunden M 3.—

41 **Leo Deutsch, Viermal entflohen.** Preis gebunden M. 2.—

42 **Peter Maslow, Die Agrarfrage in Rußland.** Die bäuerliche Wirtschaftsform und die ländlichen Arbeiter. Uebersetzung von M. Nachimson. Preis gebunden M. 3.—

43 **Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich.** Aus dem Französischen übertragen von Hermann Wendel. Gebunden M. 3.—